

politicum

**Josef Krainer Haus
Schriften**

Politik und Ethik

24

Univ.-Ass.
Dr. Erich BRUNNMAYR
Soziologe, Wien

Univ.-Prof. Dr. Konrad GINTHER
Institut für Völkerrecht und Interna-
tionale Beziehungen
Universität Graz

Wolfdieter HASENCLEVER
Gesellschaft für Zukunftsplanung
e. V., Schelklingen, BRD

Ludwig KAPFER
Direktor des Josef-Krainer-Hauses

Univ.-Prof. Dr. Norbert LESER
Institut für Philosophie, Universität
Wien

Univ.-Prof.
Dr. Maximilian LIEBMANN
Institut für Kirchengeschichte, Uni-
versität Graz

Univ.-Doz.
Dr. Manfred PRISCHING
Institut für Soziologie, Universität
Graz

Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
Institut für Öffentliches Recht, Uni-
versität Graz

Markus RUTHARDT
Chefredakteur der „Steirerkrone“

Univ.-Ass.
Dr. Eduard G. STAUDINGER
Institut für Zeitgeschichte, Universi-
tät Graz

Univ.-Prof. Dr. Józef TISCHNER
Institut für Philosophie, Universität
Krakau, Polen

Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Institut für Philosophie, Universität
Graz

Univ.-Doz. Dr. Heimo WIDTMANN
Lehrbeauftragter an der Universität
Graz

Dr. Kurt WIMMER
Stellv. Chefredakteur der „Kleinen
Zeitung“

Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
Institut für Umweltwissenschaften,
Universität Graz

Ing. Alfred WORM
Abgeordneter der Gemeinde Wien,
Journalist

Kurt WEINKE
Politik und Ethik 1

Kurt WIMMER
Ganz ohne Moral geht es nicht 5

Eduard G. STAUDINGER
Politik und Privileg 7

Franz WOLKINGER
Für eine ökozentrische Ethik 10

Maximilian LIEBMANN
Österreichs Schicksalsjahr 1934
und die Kirche 14

Reinhard RACK
Bürokratie und Bürger 22

Konrad GINTHER
Politik und Ethik, Dritte Welt 25

Manfred PRISCHING
Die Jugend flüchtet –
Politikverdrossenheit, Wertwandel,
Alternativkultur 28

Józef TISCHNER
Zur Heiligung der Arbeit 33

Norbert LESER
Macht, Politik und Moral 38

Wolfdieter HASENCLEVER
Alternative Politik und
neue Moral 47

Erich BRUNNMAYR
Demokratie und Entfremdung 52

Alfred WORM
Moral, Politik und Kontrolle 55

Markus RUTHARDT
Rednerpult und Bahre 58

Heimo WIDTMANN
Ethik und Politik in Szenen 59

ex libris 61

Ludwig KAPFER
Der „politicum“-Politikertest 62

Die drei Lesungen des Gesetzes 64

Josef-Krainer-Haus-Schriften

24

Noch erhältliche Nummern:

Heft 16 „Neue Arbeit“
Heft 17 „Umwelt“
Heft 18 „Wie nahe ist 1984?“
Heft 19 „Genossenschaften: Grüne Selbsthilfe“
Heft 20 „Architektur und Politik“
Heft 21 „Medien und Politik“
Heft 22 „Sprache und Politik“
Heft 23 „Landesverteidigung“
Heft 23a „40 Jahre Steirische Volkspartei“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP-Steiermark

Medieninhaber: ÖVP-Steiermark

Ständige Redaktion: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,
Dr. Manfred Prisching

Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:
Univ.-Prof. Dr. Kurt Weinke und Helmut Wolf

Graphische Gestaltung und Illustrationen:
Georg Schmid

Fotos: Christian Jungwirth

Karikaturen: Dipl.-Ing. Franz Quinz

Hersteller:
„AUSTRIA“ Manfred Agath Ges.m.b.H., 8010 Graz,
Sackstraße 16

Für den Vertrieb verantwortlich:
Ing. Karl Robasch und Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaft- lichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,
Univ.-Prof. Dr. Christian BRUNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,
Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK,
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,
Univ.-Prof. Dr. Gerald SCHÖPPER,
Univ.-Prof. Dr. Wilfried SKREINER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE,
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER

Die vorliegenden Beiträge sind das Ergebnis der Projektgruppe Politik und Ethik
bzw. der Winterakademie 1984 zum gleichen Thema.

Die Zitate zu den einzelnen Zeichnungen wurden von Schülern der 6. A-Klasse
des Bischöflichen Gymnasiums Graz verfaßt.

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste
jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien,
wie sie im „Modell Steiermark“ vergeben sind.

POLITIK UND ETHIK

Die Frage, ob in den letzten Jahren die Zahl jener Politiker, die ein moralisch nicht akzeptables Verhalten an den Tag legten, zugenommen hat, oder ob die Sensibilität der Bevölkerung für amoralisches Verhalten größer geworden ist, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß die beiden, antipodenhaft anmutenden Begriffe „Politik“ und „Moral“ in jüngster Vergangenheit stark in das Zentrum politischer Überlegungen gerückt sind – eine überaus begrüßenswerte Erscheinung!

Doch sei vorweg betont, daß wir – in Österreich – insofern in einer glücklichen Situation sind, als es hier keine politischen Skandale großen Stils gab; vor allem aber ist die wichtige Rolle der diversen demokratischen Institutionen zu nennen (die man sogar als Konstituenten einer jeden Demokratie nennen könnte), die eine, jeder Diktaturfremde offene Gesellschaft bedingt, und somit jede Verschleierungsmöglichkeit minimalisiert.

Unter diesen Auspizien sind auch die folgenden oft sehr kritischen Ausführungen zu werten. Es mutet paradox an, daß gerade eine Demokratie, in der weit weniger Grund zur Kritik an deren Einrichtungen gegeben ist, als in einer Diktatur, viel mehr Kritik geübt wird – doch liegt es auch in einer Definitionsbestimmung der Demokratie, diese Kritik als Korrektiv, und somit auch als sinnvoll, ja sogar als notwendig für ihre Weiterentwicklung zu betrachten.

Rückblick

Bekanntlich ist dieses Problem einerseits stets aktuell, wie es andererseits auch auf eine lange Tradition zurückblicken kann: in einer theoretisch überaus anspruchsvollen Weise taucht es bereits zur Zeit der griechischen Sophistik¹ auf, als man Theologie und Politik, vor allem aber das Verhalten der Politiker den Untertanen gegenüber kritisch untersuchte. Zu Recht wird in diesem Zusammenhang stets Platon² erwähnt, dessen großes Werk „Politeia“ nicht nur zum Paradigma für unzählige, folgende Überlegungen oft sehr ähnlicher Art wurde³, sondern auch als Vorbild für einen, eigentlich alle Lebensbereiche einschließenden Begriff von „Politik“ dienen kann. Man ist meist etwas überrascht, als Untertitel dieses großen Dialog-Werkes zu lesen: „Über die Gerechtigkeit“, doch ist diese politische Hauptnorm zu Recht als Leitidee ausserkoren worden, um die sich alle übrigen, politischen Werte und Normen gruppieren und auch wenn

wir auf diesen Begriff die skeptisch klingende Frage: „Was ist Gerechtigkeit“ anwenden, so sei hervorgehoben, daß für Platon dieser moralpolitische Zentralbegriff gerade durch seine differenzierte, definitorische Herausarbeitung aus mehreren, möglichen Bedeutungen nichts leerformelhaftes an sich trug⁴. Wenn man bedenkt, daß Augustinus, Morus, Campanella und manche Vertreter des „utopischen Sozialismus“ zumindest mittelbar von Platons „Politeia“ beeinflusst waren, erkennt man erst die große, zukunftsweisende Bedeutung dieses Werkes, das somit weder von kirchlichen, noch von liberalen politischen Überlegungen eingeholt werden konnte.

Methodische Vorbemerkung:

Obwohl das Problem der Interdependenz von „Politik“ und „Moral“ in jedem Zeitalter eine mehr oder minder intensive, theoretische Auseinandersetzung mit mehr oder minder adäquaten Lösungsvorschlägen erfährt, so erweist es sich auch in unserer Zeit (besser gesagt: gerade in ihr) als überaus relevant, da es, wie bei allen ethischen, rechtlichen und anthropologischen Problemen, keine absoluten Lösungen gibt, die sich, z. B. mit Minimalrevisionen versehen, auf geänderte Gegebenheiten anwenden lassen. Jede Änderung des sozio-ökonomischen Bereichs, jede Neuformulierung von Zielvorstellungen erfordert offensichtlich auch eine Neubestimmung des Beziehungsgefüges „Politik“ und „Moral“! Auch diesbezüglich scheinen wir in der (von vielen) als beklagenswert empfundenen Position der „Neurath'schen Schiffer“ zu sein, die ihr leck gewordenes Schiff auf schwankender, hoher See und ohne Hoffnung auf ein Trockendock instand setzen müssen. Man muß sich dabei der Tatsache bewußt bleiben, daß es keine absoluten (ja, nicht einmal einen objektivierbaren) und somit a priori (im Sinne Kants) vorgegebenen Raster von Normen gibt, die im Sinne einer „platonischen Idee“ oder mit der Hartmann-Methode⁵ des Wertfühls bloß rezeptiv zu erfassen sind. Auch jeder Rekurs auf Gott, wie dies vor allem von mittelalterlichen Politidenkern propagiert wurde, oder auf die Natur des Menschen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß als letzte Instanz der Mensch anzusetzen ist, der somit auch, im Falle eines offenkundigen Scheiterns seiner Bemühungen, nicht aus der Verantwortung für sein politisches Tun entlassen werden kann⁶; auch wenn dieser Überle-

gung keine starke emotionale Sympathie entgegengebracht werden kann, muß doch der konventionelle Charakter unserer obersten Wertentscheidungen – gerade im politischen Bereich⁷ – hervorgehoben werden! Die Frage, ob dies nicht notwendigerweise einen „ethischen Relativismus“ zur Folge habe, der sich gerade auf dem politischen Sektor als verhängnisvoll erweisen könnte, ist insofern gegenstandslos, als jeder ethische Absolutismus in diachroner und synchroner Betrachtung maximal als Postulat auftaucht, doch de facto nicht erwiesen werden kann: die Notwendigkeit steter Neubestimmung im Lichte neuer Einsichten und geänderter Zielvorstellungen, vor allem auf Grund neuer sozio-ökonomischer Gegebenheiten, erscheint somit unumgänglich zu sein und das Schwärmen von „ewig geltenden Normen und Werten“, stets noch ein reicher Fundus für politische Sonn- und Feiertagsüberlegungen, als völlig inadäquate Lösungsmöglichkeit dazustehen.

So gesehen wird leicht aus einer angenommenen Tugend (Weiterbestehen von einmal fixierten Normen und Werten) ein Laster (Inflexibilität von handlungssteuernden Prinzipien), da wohl evident ist, daß moralische Normen im politischen Umfeld eben nicht kontextfrei erstellt werden können (um etwa das Ideal der Generalisierbarkeit zu ermöglichen), sondern das Element der Praxisrelevanz im Vordergrund zu stehen hat.

Dieses Plädoyer für möglichst große Flexibilität im Bereich der politischen Normen sollte allerdings nicht übersehen lassen, daß eine förmliche Änderungssucht auf diesem Sektor, wie man dies in den letzten Jahrzehnten hierzulande erleben konnte, nicht uneingeschränkt gebilligt werden kann. Man kann es diesbezüglich am ehesten mit einem der Wissenschaftstheorie des „Kritischen Rationalismus“ entlehnten Prinzip halten und es in Form einer Analogie auf den politischen Bereich übertragen: gemeint ist damit die ambivalente Haltung der Bewahrung und Änderung Theorien gegenüber⁸. Als Quintessenz einer längeren Diskussion dieses Problems ergab sich als Lösung: solange sich Theorien bewähren, ist jede Änderung ungerechtfertigt und somit zu vermeiden, da man dadurch entweder ihren prognostischen oder ihren erklärenden Wert nicht genügend beachten kann und sie vorschnell „ad acta“ legt. Ein Bewahren einer Theorie (sozusagen „um jeden Preis“), obwohl sie als überholt anzusehen ist, ist genauso

schlecht, da man bei ihr in hyperkonservativer Manier die Exhaustionsmethode¹⁰ überstrapazierte, obwohl schon längst ein Paradigmen-Wechsel nötig wäre.

Wenn man diese wissenschaftstheoretischen Überlegungen auf das Problem der moralpolitischen Ebene transponiert, so ergibt sich die Einsicht, daß auch hier nicht unbeschränkt neuen Idealen und Zielen das Wort gesprochen werden soll, nur um der Änderung des Althergebrachten willen, da es sich oft so verhält, wie dies Wittgenstein als Motto für seine „Philosophischen Untersuchungen“ wählte: „Überhaupt hat der Fortschritt das an sich, daß er viel größer aussieht, als er wirklich ist“¹¹. Gerade in einer Zeit stürmischer Änderungen auf so ziemlich allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wirkt eine derartige Warnung als hyperkonservativ und atavistisch. Bevor jedoch nicht mit intersubjektiv einsichtig zu machenden Gründen dargelegt wird, warum ein Normen- und Wertewandel auf einem bestimmten Sektor erforderlich ist, erscheint ein Beibehalten bisher in Geltung gewesener Normen und Werte als zweckmäßig. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so kann man nun von einer Neubestimmung auf alte Werte politischer Provenienz sprechen und, auch wenn es stimmt, daß diese schon zu ihrer Zeit bloße Postulate, doch nicht Realität waren, so ist doch eine Renaissance überkommener Werte und Normen insofern bemerkenswert, als man nach dem 2. Weltkrieg in Österreich den Eindruck gewinnen konnte, daß nur noch Zweckrationalität und pragmatisches Denken, gekoppelt mit einer unreflektierten Fortschrittsideologie, das Feld beherrschte. Die oft so beklagte Aushöhlung von „hehren Werten“, die man unreflektiert unserer Zeit und unserer Jugend zuschreibt, ist vielmehr der Nachkriegsgeneration und (ganz allgemein) der „Wirtschaftswunder-Zeit“ zuzuschreiben, in der das Kapital wuchs und das Wertebewußtsein schwand! Somit ist unsere Zeit, die oft geschmähte „wertlose Zeit“, nur als Erbe der früheren Epoche, der „entwertenden Zeit“ also, anzusehen.

Auch die bisweilen sehr geschmähte „Umwertung aller Werte“ (um mit Nietzsche zu sprechen) muß als unmittelbare Konsequenz der Nachkriegsepoche angesehen werden, in der ein starker Wertewandel stattfand, in der alte Werte aber auch zu bloßen Lippenbekenntnissen degenerierten und somit zu Leerformeln wurden. Es ist somit auch nicht erstaunlich, daß diese ausgehöhlten Werte beim ersten Ansturm wie ein Kartenhaus zusammenstürzten. Die politische Moral wurde zu selten geübt und zu oft geprügelt und so mußten wohl viele Normen wie ein Hohn

klingen, angesichts der so völlig anders aussehenden politischen Praxis – wahrscheinlich wirkt kein Element auf die politischen Werte zerstörender als ein Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis, als die Entfremdung von Norm und Realität! Somit ist es als eine unmittelbare Konsequenz anzusehen, daß auf eine Phase zunehmender, inhaltlicher Entwertung gegenwärtig eine Orientierungslosigkeit vor allem bei der Jugend konstatiert werden muß – dies der heutigen Jugend anlasten zu wollen, hieße Ursache und Wirkung zu vertauschen. Vielleicht waren die so sehr gepriesenen „Werte von einst“ zu sehr in „metaphysischen Höhen“ angesiedelt, die nur sehr schwer für die Realität des Alltags anwendbar waren, vielleicht waren sie so allgemein gehalten, daß sehr differente Begriffsinhalte ihrem zu großen Begriffsumfang allzu leicht subsumierbar waren, wie dies leider bei den Begriffen „Freiheit“, „Gleichheit“, „Demokratie“ etc. konstatiert werden muß. Wie auch immer: es ergibt sich für unsere Generation die Notwendigkeit, entweder einen neuen Wertekatalog zu erstellen oder bei Übernahme von überkommenen, diese einer neuen exakten Definition zu unterwerfen.

Materiale Kriterien:

Wenn ich mich nun, im 2. Teil meiner Überlegungen, den materialen Fragen des Problemkreises „Politik und Ethik“ zuwende, und dabei versuchen werde, einen Normenkatalog anzugehen, so bin ich mir der Tatsache bewußt, daß die hier vorgestellten politischen Moralprinzipien weder einen Anspruch auf Vollständigkeit und schon gar nicht einen solchen auf Alleingeltung erheben können.

Als voraussetzende Prämisse für jeden Normenkatalog steht natürlich die Annahme, daß es so etwas wie eine eigene Politiker-Moral gibt: diesbezüglich gehen bekanntlich die Ansichten auseinander, denn häufig wird behauptet, daß sich die Moral des „Normalbürgers“ nicht von jener der „Politiker“ unterscheiden solle (normativ gesehen), da es nicht möglich sei, die „differentia specifica“ (faktisch betrachtet) anzugeben. Ich gehe in dieser Hinsicht, ohne die extremen Konklusionen zu billigen, von Platon aus und glaube, daß die so überaus stark korrumpierenden Möglichkeiten, die mit Macht, Geld und Einfluß verbunden sind (da man leider nicht von einer idealen, im anthropologischen Bereich verankerten, Veranlagung ausgehen kann) spezielle, institutionelle Vorkehrungen in Form von Normen mit Sanktionscharakter verlangen. Somit kann mit Recht von jedem Politiker ein abgewandelter „platonischer Tugendkatalog“ gefordert werden, etwa: wer ein politisches Amt

bekleidet, muß sich dessen bewußt sein, daß von ihm ein hohes Engagement im Dienst der Allgemeinheit verlangt werden kann – ohne adäquate Entlohnung sogar. Daß in unseren westlichen Demokratien bisweilen das gerade Gegenteil dazu der Fall ist, ist besonders negativ herauszustreichen! Die Tatsache, daß Politiker in einem viel höheren Maß als „Normalbürger“ am Hauptmittel Macht, nämlich an den Informationsmöglichkeiten, beteiligt sind, ergibt auch die Notwendigkeit, Entscheidungen, die nun einmal nicht aus bloßem Faktenwissen oder aus Expertengutachten zu derivieren sind (auch wenn dies von vielen Politikern gern als billiger Ausweg herangezogen wird) unter Wertgesichtspunkten zu treffen und nicht nur von rein pragmatischen, wirtschaftlichen oder gar parteitaktischen Gesichtspunkten aus zu fällen. Dies geschieht so stark hervorgehoben, da gerade demokratische Systeme, die als Mehrparteiensysteme zu verstehen sind, durch die Notwendigkeit, bei Neuwahlen eine Mehrheit zu erringen, nur allzu leicht zu „Gefälligkeitsdemokratien“ degenerieren können. Daß in weiterer Folge primär eine „Lobby-Politik“ und nicht mehr Staatspolitik oder (im besten Falle) eine reine Parteipolitik mit stark undemokratischen und somit autoritären Zügen betrieben wird, muß leider nur zu oft konstatiert werden.

Selbstverständlich gelten alle jene Prinzipien, die hier speziell für Politiker aufgezählt wurden, auch für „Normalbürger“, doch ergibt sich ein Unterschied allein schon in der Quantitäts-Verschiedenheit, z. B., in der Entscheidungsbefugnis, im Informationsumfang, in der Kontrollmöglichkeit. Auch wenn man nicht in freier Form vom Prinzip des Umschlags der Quantität in die Qualität schwärmt, so gilt doch, daß völlig geänderte Größenordnungen differente Wertvorstellungen im Gefolge haben können.

Als ersten Punkt möchte ich die **Wahrheitsliebe** anführen.

Es geht dabei nicht um eine erkenntnistheoretische Abhandlung der berühmten Pilatus-Frage, sondern um ein Aufzeigen der Notwendigkeit der politischen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Das Vertuschen relevanter, doch offensichtlich peinlicher Informationen ist nur scheinbar als politisch kluges Verhalten einzustufen, das Zurückhalten wichtiger Daten etwa im wirtschaftlichen Sektor kann nur vorübergehend einen positiven Effekt erzielen, auf lange Sicht erweist sich das Spiel mit falschen Informationen als verhängnisvoll. Zwar könnte man meinen, daß in einer „offenen Gesellschaft“¹², die bisweilen schon als „Multi-Medien-Gesellschaft“ definiert werden könnte mit einer kaum noch überblickbaren In-

formationsmenge ohnehin ausreichende Aufdeckungsinstanzen vorhanden sind, um die Wahrheit an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen und – ohne Zweifel – geschieht dies meist mit großem Erfolg, doch soll dabei nicht übersehen werden, daß bisweilen eine große Informationsflut auch dazu benützt werden kann, um peinliche Sachverhalte zuzudecken. So etwa kommt erst jetzt das gesamte, negative Ausmaß der Staatsverschuldung, die Anfang der achtziger Jahre „erwirtschaftet“ wurde, zum Vorschein, obwohl in jener Zeit in Österreich zwei Oppositionsparteien intensiv bemüht waren, die „ganze Wahrheit“ zu erfahren, es aber offensichtlich nicht konnten.

Wenn es bloß darum ginge, in institutioneller Weise Vorkehrungen zu treffen, wäre das Problem der politischen Wahrheit mit legitimen Mitteln zu bereinigen; da dies offensichtlich nicht möglich ist, bleibt die politische Wahrheit eine Norm und somit ein Problem der Moral!

Unter diesen Punkt fällt auch die Ablehnung des Euphemismus und der Sprach-Substitution. Gerade deshalb, weil sich die Sprache als so gefügiges, plastifizierbares Werkzeug erweist und somit der Demagogie und irreführenden Darstellung keine syntaktischen und (oder) semantischen Schranken bietet, ist vor der, speziell in Österreich seit 1970, so verbreiteten Euphemismus-Sucht, die sich auch am üblich gewordenen konjunktivischen Antwortverhalten von Ministern erschließen läßt, eindringlich zu warnen. Unter diesen Punkt fällt auch die Ablehnung des Euphemismus und der Sprach-Substitution. Gerade deshalb, weil sich die Sprache als so gefügiges, plastifizierbares Werkzeug erweist und somit der Demagogie und irreführenden Darstellung keine syntaktischen und (oder) semantischen Schranken bietet, ist vor der, speziell in Österreich seit 1970, so verbreiteten Euphemismus-Sucht, die sich auch am üblich gewordenen konjunktivischen Antwortverhalten von Ministern erschließen läßt, eindringlich zu warnen.

Gerade weil es sich dabei um keine politische Lüge handelt, sondern um ein gern gehörtes Verniedlichen und Verharmlosen von Problemen, ist die, unter Umständen, sehr negative Auswirkung eines euphemistischen Sprachverhaltens eigens zu betonen. Sprachliche Substitutionen, also das oft unbemerkte, weil allmählich erfolgende Ersetzen der Bedeutung A durch B oder C, sind deswegen abzulehnen, da eine derartige Ersetzung nicht explizit geschieht, sozusagen nicht per Dekret eingeführt wird, so daß man gegen die Bedeutungsänderung ankämpfen oder sie in den neuen Sprachschatz aufnehmen könnte, sondern da meist suggeriert wird, daß ein

bestimmter Begriff ohnehin in der alten und als üblich angesehenen Verwendungsweise benützt wird und sich höchstens im semantischen Randbereich Änderungen ergeben haben; kommunistischen Staaten und neomarxistischen Gruppierungen gelang es auf diese Weise, allmählich völlig neue Bedeutungen für zentrale, politische Termini einzuführen.

So etwa gibt es den Begriff des „gerechten Krieges“, der, selbstverständlich nur Befreiungskriege gegen Kolonialisten und Imperialisten (kapitalistischer Provenienz) umfaßt, doch nicht Befreiungskriege gegen kommunistische Unterdrückung. Ja, sogar der hehre Begriff der Demokratie erfährt in Form der „Volksdemokratie“ eine Umdeutung, die, angesichts der politischen Praxis, wie Hohn klingt.

Wenn man bedenkt, daß jeder faktischen Volksverführung ihre sprachliche vorausgehen muß, dann erkennt man vielleicht doch, daß der Wahrheitsliebe in politischen Fragen eine enorme Bedeutung beigemessen werden muß!

Ein weiterer Punkt einer politischen Moral ist in der Ablehnung der **Ämterkumulierung** und im Genuß von **Privilegien** zu sehen. Erst eine jüngst in Gang gekommene Diskussion hat das große Ausmaß der üblich gewesenen Ämterkumulierung erbracht. Abgesehen von der faktischen Unmöglichkeit den vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, ergibt sich vor allem das Problem, daß bisweilen bei kontroversiellen Interessengebieten Entscheidungen zu sehr auf Grund von partikularistischen Wünschen getroffen werden und nicht in möglichst objektiver Manier. Es muß betont werden, daß im Falle einer Ämterkumulierung nicht unbedingt der Vorwurf einer moralischen Verfehlung in politischer Hinsicht stecken muß, wohl aber liegt in ihr eine ungemessene große Verführungs- und Mißbrauchsmöglichkeit, der sich viele nicht leicht entziehen können: die moralische Dimension kommt hier sozusagen auf Grund empirischer Befunde und nicht als unabdingbare Notwendigkeit in die Debatte, doch haben in der Vergangenheit viele Fälle deutlich gezeigt, daß nicht nur im alten Rom der Republik, sondern auch in unserem demokratischen Gemeinwesen die Vermeidung einer Ämterkumulierung ein vorrangiges Gebot einer politischen Moral sein sollte.

Dasselbe kann vom notwendigen Abbau von Privilegien gesagt werden: es darf jedenfalls als ein hehres Prinzip einer Demokratie gelten, das Programm des Egalitarismus hochzuhalten und anzustreben. Wer sich somit explizit zu einer Klassengesellschaft bekennt, wird um zu fordernden Privilegienabbau weder ein moralisches Problem der Politik, noch eine Notwendigkeit sehen, dürfte aber sehr

bald schon in massive, begründungstheoretische Schwierigkeiten geraten. Da bereits jede Formaldemokratie als wesentliche Verfassungsbestimmung den Grundsatz der Gleichheit kennt, was „a fortiori“ für Österreich gelten darf, ist es erstaunlich, zu konstatieren, daß eine seit längerer Zeit geführte Privilegiendiskussion Ungleichheiten größeren Ausmaßes zu Tage förderte: ich glaube, daß jedes demokratische System gut beraten ist, in institutioneller Weise Vorkehrungen für einen weitgehenden Privilegienabbau zu treffen; derartige gesetzliche Bestimmungen sind jedoch höchstens als „notwendige Bedingung“, nicht aber als „hinreichende“ anzusehen und somit muß auch weiterhin diese Forderung als moralisches Prinzip fungieren, d. h. es reicht stark über mögliche, gesetzgeberische Reglementierungen hinaus.

Selbstverständlich kann unter Privilegienabbau keineswegs eine sogenannte Einkommensgleichheit verstanden werden, wie von extremen Egalitaristen immer wieder behauptet wird, da dies nicht Gleichheit, sondern simple Gleichmacherei bedeutete. Auch jede Vermutung, daß ein Plädoyer für einen Privilegienabbau ein „linkes“ oder gar kommunistisches Ressentiment sei, ist völlig verkehrt, da Diktaturen „rechter“ oder „linker“ Provenienz ein Musterbeispiel für eine Gesellschaft abgeben, die für Politiker exorbitant große Privilegien vorsehen und sich auch in dieser Hinsicht vom Prinzip des Egalitarismus, das sie vielleicht in theoretischer Hinsicht in den jeweiligen Parteiprogrammen propagieren, in der Praxis jedenfalls weit entfernen. Somit ist es einer demokratischen Gesellschaftsordnung als politisches Programm aufgetragen, einen Privilegienabbau sowohl institutionell, als auch als moralische Notwendigkeit durchzuführen.

Eine moral-politische Norm von großer Relevanz – auch wenn sie vielleicht etwas abstrakt anmutet – könnte wie folgt formuliert werden: man sollte stets in den **Kategorien des politischen Gegners** denken (Toleranz-Prinzip).

Zu Recht wird gegenwärtig der etwas rüde Ton aller Parteien bedauert und kritisiert und somit kommt diesem Gebot eine hohe Aktualität zu. Vielleicht hängt dieser rauhe Ton bei allen Auseinandersetzungen mit der doch deutlich wahrnehmbaren Re-Ideologisierung in allen Parteien zusammen, eine Tendenz, die weit über den rein politischen Bereich hinausgeht: so etwa findet man auch bei vielen Religionen eine Zunahme des sogenannten Fundamentalismus, ein stärkeres Besinnen auf das eigene Programm; leider muß in diesem Zusammenhang auch eine neue Welle des Irrationalismus konstatiert werden . . . alle diese Phänomene sind einem Toleranz-Ge-

danken diametral entgegengesetzt! Dabei darf nicht vergessen werden, daß jedes demokratische Gemeinwesen dieses Toleranz-Prinzip als konstitutiv ansehen müßte: denn nur so kann im politischen Gegner nicht der Feind erblickt werden, nur unter dieser Prämisse ist auch der politische Gegner die Alternative und nicht der Irreführer; nur auf dieser Basis ist der Andersdenkende ein notwendiges Korrektiv zur eigenen Position. Da keine (demokratische) Partei von einer Alleingeltung ausgehen kann, sich auch nicht als im Besitze der allein seligmachenden Wahrheit empfinden darf, da es keine Instanz gibt, die für sich den „Wahrheitsbesitz“ reklamieren könnte, ist es so wichtig, dieses Denken in Kategorien des politischen Gegners als Norm hinzustellen – gerade hier ist eine Institutionalisierung nicht möglich, sondern nur eine Mentalitätsänderung. Zur Zeit hebt nicht nur der Bundespräsident, sondern auch die katholische Kirche zu Recht hervor, das Gemeinsame in der Politik über das Trennende zu stellen, ein bereits hypertroph gewordenes Freund-Feind-Schema aufzugeben und verletzende Verbal-Injurien zu vermeiden; wahrscheinlich wären die schrecklichen Ereignisse der 1. Republik ausgeblieben, wäre man bereit gewesen, stärker in den Kategorien des politischen Gegners zu denken. Ein weiterer, moral-politischer Punkt, der mit der Komplexität und der Kompliziertheit einer modern konzipierten Industriegesellschaft Hand in Hand geht, ist die Forderung nach **Bürgernähe aller politischen Entscheidungen**.

In autoritär verwalteten Staaten ist diese Forderung gegenstandslos, da sich die Staatsorgane als Selbstzwecke verstehen (so etwa hat das NS-Regime das Beziehungsgefüge Einzelner/Staat förmlich verkehrt) und somit eine „bürgernahe Politik“ nicht anstreben wird. Wie auch immer man zu Statistiken bezüglich der Politikverdrossenheit (sei es der Jugend, der Alten, usw.) stehen mag, die relativ hohe Zahl an Nichtwählern oder Ungültigwählern ist sicherlich symptomatisch für eine als „bürgerfern“ empfundene Politik: ausufernde Bürokratie, kompliziert abgefaßte Gesetzestexte, Probleme der Rechtsfindung erweisen zur Genüge, daß auch das „glückliche Österreich“ vom Ideal einer bürgernähen Politik noch weit entfernt ist und daß diese Norm im Hinblick auf einen wichtigen Teil des Befindens der Bewohner eines Landes als wichtige moral-politische Forderung angesehen werden muß.

In zunehmendem Maße bereitet das Phänom der „Entfremdung“ den Verantwortlichen Probleme, wobei man bisweilen bereitwillig eingesteht, daß die Schuld dafür nicht primär den Betroffenen (meist als „Außen-seiter der

Gesellschaft“ bezeichnete Gruppen) anzulasten ist, sondern den Verursachern, also den politischen Repräsentanten eines Staates. Da aber eine funktionierende Demokratie, per definitionem sozusagen, auf möglichst starker und weitgehender Identifikation mit dem Staat (auch bei einer Oppositionsstellung zu einer bestimmten Politik) aufruht, also auf Akzeptanz der über-parteilichen, doch (im engen, wie weiten Sinn) politischen Entscheidungen ihrer Amtsträger basiert und vor allem der gesamte Sozial- und Verwaltungsbereich als präkäre Verbindungsstelle zwischen den Bürgern und der Politik stark involviert ist, wird der Überwindung der Entfremdung eine große moral-politische Bedeutung zukommen.

Da bekanntlich George Orwell mit seinem düsteren Roman „1984“ kein bestimmtes Jahr, sondern einen politischen Zustand hyper-machiavellistischer Art meinte, der sehr stark von Unfreiheit geprägt ist, sei, sozusagen „last, but not least“ der zentrale politische Wert „**Freiheit**“ beleuchtet.

So selbstverständlich es uns auch scheinen mag, „Freiheit“ nicht sosehr als erstrebenswertes Ziel, sondern als Selbstverständlichkeit zu sehen, so schwierig ist es, Freiheit zu verwirklichen, denn der Begriff kann nur zu leicht zu einer Leerformel entarten, zu einer rein formalen Sache degenerieren, so daß auch die Begriffsinhalte unbemerkt in das gerade Gegenteil – in eine manifeste Unfreiheit – entarten.

Zu Recht also hat die ÖVP den Begriff „Freiheit“ und seine Bewahrung auch in das jüngste Zukunftsmanifest an erster und wichtigster Stelle platziert, denn Unfreiheiten verschiedener Genese und Intensität bedrohen und bedrohen immer wieder selbst freiheitsliebende Völker. Die Freiheit ist kein statisch gegebener Wert, der in der stets gleichen Weise tradiert werden kann, also kein ergon, sondern enérgeia, somit stets neu zu realisieren und stets neu abzusichern. Doch gerade darin liegt die Problematik, da es letztlich einem Dezinismus entspricht, welche möglichen Definitionsmerkmale als für den Begriff relevant oder sogar konstitutiv angesehen werden. Aber auch wenn es sich, im Alltag der Politik, als unmöglich erweisen sollte, hinreichende Bedingungen für diesen Begriff anzugeben, die notwendigen jedenfalls erweisen sich als generalisierbar, womit sichergestellt ist, daß der Begriff mit jenen Inhalten versehen wird, die man wohl erst in solchen Situationen als oberste, politische Norm empfindet, wenn jene Freiheit nicht mehr gegeben ist.

Nachwort:

Wann immer man versucht, über rein

methodologische oder semantische Überlegungen hinauszusteigen und sich an materiale Probleme wagt, ergibt sich fast zwangsläufig die Schwierigkeit der Rechtfertigung der getroffenen Auswahl an Problemen. Ich glaube, daß die hier erwähnten moralisch-politischen Normen weit davon entfernt sind, alle übrigen (möglichen) unter sich zu subsumieren; vielleicht auch müßte der Katalog inhaltlich anders zusammengesetzt sein – sicherlich jedoch sind die hier gewählten Normen der Politik Desiderata unserer Zeit, einer Zeit allmählich einsetzender, stärker Reflexion über die beiden Bereiche Moral und Politik ... es ist nur zu hoffen, daß nicht kurz-sichtige, etwa rein machtpolitische Überlegungen diesen wichtigen Reflexionsprozeß stoppen und somit eine positive Entwicklung der Politik in Richtung auf mehr Transparenz, Ehrlichkeit und Toleranz hin verhindern.

Anmerkungen:

- 1 Die häufig vertretene Ansicht, daß den Sophisten „nichts heilig“ gewesen sei, muß dahingehend revidiert werden, daß sie die hehren politischen und religiösen Begriffe nur auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüften.
- 2 Siehe Platon, Der Staat, Reclam 8205-12.
- 3 Ohne Übertreibung kann behauptet werden, daß nicht nur Aristoteles, Cicero, Augustinus, sondern auch noch Machiavelli, Morus und die sogenannten „utopischen Sozialisten“ von Platon beeinflusst wurden.
- 4 Allerdings würden viele seiner Vorschläge von uns als unmoralisch angesehen werden.
- 5 Es bleibt schwer charakterisierbar und kaum einsehbar – wie schon bei Platon auch – wie eine „Erkenntnis“ von Normen möglich sein sollte.
- 6 Dieser Popper-Gedanke räumt mit der Vorstellung, negativer Konsequenzen auf eine überirdische Instanz abzuschieben, auf.
- 7 Diesbezüglich bin ich der Meinung des „Kritischen Rationalismus“, daß die Rationalitätsgrenze möglichst weit hinausgeschoben werden sollte – doch wird damit nicht die Entscheidungsnotwendigkeit verneint.
- 8 Siehe Helmut Spinner, Pluralismus als Erkenntnismodell, S. 32.
- 9 Siehe Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Suhrkamp, Theorie 2, Frankfurt/Main 1967.
- 10 Siehe Hugo Dingler, Aufbau der exakten Fundamentalphysik, Eidos, München 1964.
- 11 Ludwig Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen, Blackwell, Oxford 1967.
- 12 Siehe Karl Raimund Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde., Francke, Bern-München 1973.

GANZ OHNE MORAL GEHT ES NICHT

Moral ist wieder „in“. Oder sagen wir besser: Es ist eine gewisse Unsicherheit eingetreten, ob es ganz ohne Moral geht – was immer man darunter verstehen mag. Moral wird meist als Katalog von Verboten begriffen, und eine Relativierung der Moralbedingungen war auch immer üblich. „Das Gute, dieser Satz steht fest, ist stets das Böse, das man läßt“, reimt Wilhelm Busch und setzt damit voraus, daß man zumindest weiß, was das Böse ist, das man lassen sollte.

„Handle immer so, daß die Maxime deines Handelns jederzeit als Prinzip einer allgemeingültigen Rechtssprechung gelten könnte“, postuliert Immanuel Kant und deutet damit einen Nahbereich von Gesetz und Moral an. Moral im Sinne von moral sense wäre eine ursprüngliche in der Natur des Menschen liegende Unterscheidungs-gabe für Recht und Unrecht, eine unmittelbare gefühlsmäßige Billigung des Moralischen.

Moral hat ja tatsächlich gewöhnlich den Sinn des zu Verhindernden. Moralregeln schreiben nicht vor, was getan werden soll, sondern sie verbieten das, was nicht getan werden soll. Moral ist ein Teil der Ethik, und Ethik im ursprünglichen Sinn der Sittenlehre Aristoteles ist eine praktische Philosophie, die eine Antwort auf die Frage sucht, was wir tun sollen. Die Ethik untersucht, was im Leben und in der Welt wertvoll ist, denn ethisches Verhalten besteht im Verwirklichen von Werten. Wenn von Ethik und Moral die Rede ist, dann muß auch von Werten geredet werden – auch von Tugenden, wenngleich dieser Begriff heute antiquiert klingt. Und vom Gewissen müßte auch geredet werden.

Ethik hat also mit Werten zu tun, und Politik sollte mit Werten zu tun haben. Das derzeitige Unbehagen an der Politik resultiert sicher zu einem Gutteil aus diesem Mangel einer ethischen Grundhaltung. Laut einer Untersuchung der „Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft“ aus dem Jahr 1980 hielt ein Drittel der Interviewten Politiker grundsätzlich für korrupt. Jeder zweite meinte, sie seien fallweise bestechlich und nur 14 Prozent wollten ihnen die weiße Weste zugestehen.

Die Folge der Abneigung gegen Politik und Politiker, die Konsequenz eines mangelnden Vertrauens ist der „Rückzug auf individualistische Strategien außerhalb der politischen Ordnungsschemata“. So formulierten es der Chef des „Instituts für empirische Sozialforschung“, Ernst Gehmacher. Was als große Korruption bei „denen

da oben“ mißbilligt wird, setzt sich allerdings als kleine Korruption nach unten fort. Gehmacher: „Man sucht daher in einer allgemein schlechteren Zeit den Vorteil im individuellen Bereich, unter zunehmender Mißachtung der akzeptierten Werte und Normen. Man umgeht den Leistungsdruck durch Ausnutzung der Sozialleistungen, man arbeitet im Pusch oder als Hobby außerhalb der geregelten Arbeitswelt, man hinterzieht Steuern durch Arbeit ohne Rechnungslegung“. („Wochenpresse“ vom 2. Juli 1980).

Aus allen Untersuchungen ergibt sich aber, daß es doch noch immer gewisse Werturteile gibt, die auf einer, wenn auch vagen, Moral basieren. Moral steht da als Negativbild, als unbefriedigte Forderung: „Unbehagen angesichts der politischen Praktiken kann nur jemand empfinden, der die Vorstellung von einem guten Handeln der Politiker und der Parteien zugrunde legt“, meint Alfred Grosser.

Ähnlich ist die Situation in der sogenannten großen Politik. Da wurde zum Beispiel in einem Kommentar zum Eingreifen Reagans in Grenada erläutert, daß in der „Globalpolitik“ einzig und allein die Machtpolitik zähle. Der Publizist Fritz Sitte schrieb dazu: Grundsätzlich muß aus realpolitischer Perspektive erkannt werden, daß eine politische „demokratische und moralische Einstellung“ in dieser Globalpolitik von nur westlicher Seite (USA), als politische Einbahnstraße letzten Endes auf lange Sicht einem politischen Selbstmord des gesamten freien Westens gleichkäme, weil die weltweite sowjetische Expansion dann ungehindert (wie unter Nixon und Carter) Schritt für Schritt voran-käme ... Osten und Westen unterscheiden sich weder in den Methoden noch in den Sicherheitsinteressen, nur verfügt der Krenl – im Gegensatz zum Westen – über ein einheitliches außenpolitisches Konzept, das vom ganzen Ostblock kritik- und demonstrationslos mitgezogen und befolgt wird“.

Wird also, wenn es um Globalpolitik geht, Demokratie zu einem Hindernis und Moral gar zu einem Verhängnis? Und wie vermittele ich mit einer derartigen Haltung den Unterschied zwischen politischen Systemen? Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenrechte – sind das nur Phrasen? Und wenn es Werte sind – werden sie hinfällig, wenn es um Globalpolitik geht, das heißt um das politische oder wirtschaftliche Interesse einer Großmacht?

Aber gibt es diese Kluft zwischen Rhetorik und Realität nicht auch in der „kleinen Politik“?

In den Parteiprogrammen präsentieren die Parteien ihre politische Ethik, in der Realpolitik demonstrieren Parteipolitiker, wie in der Praxis die eigentlichen politischen Regeln neben dem Programm entwickelt werden. Man dürfe doch nicht ernst nehmen, was im Wahlkampf gesagt werde, verkündete Norbert Steger einmal. Hier hat einmal einer offen ausgesprochen, was auch von anderen Politikern geübt und gedacht wird. Man propagiert zum Beispiel eine Doppelstrategie und kommt gar nicht drauf, daß es sich um die Offenlegung einer Doppel-moral handelt.

Beides ist notwendig: Die Herausforderung durch moralische Postulate und die Gestaltung der Wirklichkeit mit Hilfe von Kompromissen. Ohne Kompromisse geht es nicht. Aber damit diese nicht immer „fauler“ werden, ist das kritische Maß der Moral notwendig. In dieser Spannung ge-deiht die Politik.

Ein Wort zum Moralismus, das heißt zum moralischen Rigorismus. Moralismus kann oft umschlagen in eine Aufhebung der Moral, in Inhumanität. Nach Alexander Mitscherlich soll Moral uns daran hindern, dem anderen zu schaden. Das ist zwar negativ formuliert, aber es hat nur dann einen Sinn, jemandem nicht zu schaden, wenn ich am anderen „interessiert“ bin, „das heißt, wenn ich ihn in all seiner Fremdheit (aber auch dann wenn er meinen Erwartungen wie in der Verliebtheit und Liebe entgegen-kommt) in dieser seiner Andersartigkeit respektieren kann ...“ (Mitscherlich). Gerade damit aber hat der Moralist oft Schwierigkeiten.

In der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung hat Christian Graf von Krockow einmal sehr eindringlich darauf hingewiesen, daß die Friedensbedingungen der parlamentarischen Demokratie gesprengt und zerstört werden, wenn man eine absolute Ethik des Rechthabens in die Politik einbringt. Denn die Politik beruhe nun einmal darauf, daß „bloß formal“ nach Mehrheiten und Minderheiten entschieden wird, und nicht nach absolut gesetzten Inhalten und „Anliegen“. Bei der Umsetzung von Gewissensentscheidungen in politisches Handeln trete man unvermeidbar in den Bereich der Ungewißheit der Handlungsfolgen ein, in die Möglichkeit des Irrtums oder, wie Krockow es nennt, „in den Bereich des Vorletzten“, in dem man einander diese Mög-

lichkeiten des Irrsins und den guten Willen vorgeben muß, wenn man noch im Konflikt miteinander auskommen und aufeinander hören will, statt erst moralisch und am Ende physisch sich zu erschlagen. (Christian Graf von Krockow: „Gewalt für den Frieden“)

Was Krockow hier auf die Friedensbewegung gemünzt sagt, gilt auch für manche Tendenzen bei den Grünen. Zwischen der „absoluten Ethik des Rechthabens“ und einem völligen Wertneutralismus, der die Grenzen zwischen Recht und Unrecht verwischt und sich eine Orwell'sche Neusprache schafft, um politisches Handeln einer ethischen Qualifizierung zu entziehen – zwischen diesen beiden Extremen muß es aber noch einen mittleren Weg geben.

Ideologiekritiker verweisen zurecht auf die Gefahr, wenn Menschen im Wertpathos vereint sind, wie das der Soziologe Theodor Geiger genannt hat: „Da führt nicht Einigkeit nach innen, sondern Haß nach außen das Wort. Wertpathos, verdichtet in geschiedene Fronten, wird zu einem furchtbaren Sprengstoff, zur gesellschaftszerstörenden Kraft“. (Theodor Geiger: „Demokratie ohne Dogma“). Auf eine andere Weise gesellschaftszerstörend aber wirkt es, wenn Ideale aus Angst vor deren Gefährlichkeit und aus dem Trauma ihres entsetzlichen Mißbrauches heraus überhaupt liquidiert werden. „Einen Tod von innen“ nennt Wolfgang Kraus das in seinem Buch „Die verrätene Anbetung“, und er folgert: „Mit den Idealen erlöschen die Werte, fällt die Hoffnung und mit der Hoffnung jede Chance, ein sinnvolles Leben zu führen, ja zu überleben“.

In Deutschland wurde kurze Zeit eine sogenannte Wertedebatte geführt. Dabei redete man auch wieder von Tugenden und die vier klassischen Kardinalstugenden erhielten eine aktuelle Bedeutung zugewiesen: Gerechtigkeit, Maß, Klugheit und Tapferkeit sind ja tatsächlich Begriffe, die zu Unrecht als überholt gelten. Ebenso wie Werte, die mit diesen Tugenden im Zusammenhang stehen und heute ebenfalls vielfach ignoriert werden: Wahrhaftigkeit, Vertrauen, Treue und Demut zum Beispiel.

Die Klugheit wurde von den antiken Denkern die Wagenlenkerin des Dreigespanns der ethischen Verhaltensweisen genannt: Klugheit ist maßgebend dafür, daß das Gute zur rechten Zeit, am rechten Ort, in der richtigen Art und Weise getan wird. Klugheit beachtet die Natur und die Veranlagung des Menschen, sie berücksichtigt seine Verhältnisse.

Die Gerechtigkeit ordnet das Verhalten zum Mitmenschen, die Tapferkeit ist die Bereitschaft des Menschen, sich mit seinem ethischen Bemühen gegenüber Schwierigkeiten durchzu-

setzen. Zu ihr gehören Mut, Zivilcourage, aufrechter Gang – aber auch Geduld und Großzügigkeit.

Das Maß soll den Menschen befähigen, seine Leidenschaften unter das Gesetz der Vernunft und des Gewissens zu stellen.

Wenn heute der Niedergang der Werte bejammert wird, dann sollte man sich allerdings nicht um die Frage herumdrücken, wie unser von der Wirtschaft dominiertes politisches System diese Entwicklung fördert. Das Zitat eines New Yorker Warenhaus-Verkaufsführers ist enthüllend für diese Tendenz: „Es ist unser Job, die Frauen unglücklich zu machen über das, was sie haben“.

Tatsächlich ist es so, daß die von allen Morallehren der Geschichte am wenigsten gepriesenen Eigenschaften des Menschen heute am Massenmarkt bevorzugt aufgeputzt und für die Steigerung des Konsums eingespannt werden: Selbstgefälligkeit, Hochmut, Habsucht, Neid, Prasserei und konformistisches Duckmäusertum.

Der Biologe und Theologe Günter Altner hat in seinem Buch „Leidenchaft für das Ganze“ Ethik und Moral unter heutigen Bedingungen analysiert. Da können auch Ökologie und Dritte Welt nicht mehr ausgeklammert werden. Ethik bedeutet demnach auch eine Änderung des persönlichen Lebensstils und eine Abrechnung mit den einseitigen Gewinninteressen der Gesamtwirtschaft. Ethik bedeutet, immer dringlicher die Frage zu stellen, wohin dieser Fortschritt eigentlich geht. Ethik bedeutet aber auch die Aufforderung zu einer gewaltfreien Hartnäckigkeit gegenüber der Unbeweglichkeit von Instanzen,

Verwaltungen und politischen Entscheidungsträgern. Sie erfordert den langen Weg durch die Institutionen „in einer lebensbedrohlich verhärteten Zivilisation“, wie Altner es formuliert.

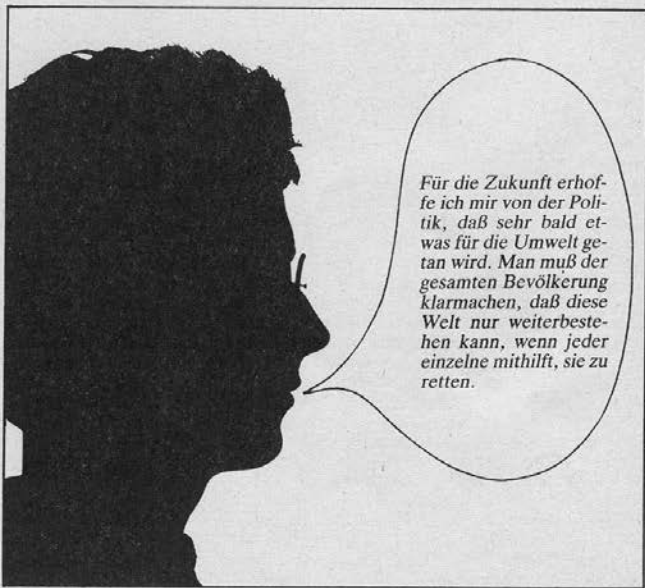
Aber nicht nur Wissenschaftler und Theologen erheben warnend ihre Stimmen – auch viele Politiker sind nachdenklich geworden. Es stimmt ja tatsächlich bedenklich, wenn bei einer Umfrage 53 Prozent der jungen Österreicher erklären: „Politik würde mich schon interessieren, aber die Art, wie Politik gemacht wird, ist mir zuwider“.

So hat der ÖVP-Politiker Josef Höchtl 10 Punkte für den Politiker formuliert, deren Befolgung mithelfen könnte, das Vertrauen in die Politik wieder zu heben und eine neue politische Moral aufzubauen:

1. Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit vorleben.
2. Sauberkeit nicht nur proklamieren, sondern auch praktizieren.
3. Verantwortung ernst nehmen, tragen und nicht abschieben.
4. Mehr handeln, statt reden.
5. Mehr zuhören und weniger überhören.
6. Überzeugen, statt verordnen.
7. Mehr diskutieren, statt diktieren.
8. Mehr entfallen lassen und weniger verwalten.
9. Mehr helfen und weniger herrschen.
10. Mehr halten und weniger versprechen.

(Höchtl-Windhager: „Politische Moral“)

Und wie gesagt: Auf die Praxis käme es an.



Für die Zukunft erhoffe ich mir von der Politik, daß sehr bald etwas für die Umwelt getan wird. Man muß der gesamten Bevölkerung klarmachen, daß diese Welt nur weiterbestehen kann, wenn jeder einzelne mithilft, sie zu retten.

POLITIK UND PRIVILEG

Meinungsumfragen bringen zum Ausdruck, daß Politiker in Österreich zu den privilegierten Personengruppen gezählt werden. Fritz Plasser und Peter Ulram verweisen in ihrer Studie „Unbehagen im Parteienstaat“ auf Umfrageergebnisse, wonach Politiker überhaupt die eindeutigen Spitzenreiter unter den privilegierten und sozial bevorzugten Gruppen darstellen. Diese Zuordnung in der Hierarchie der Privilegien verbindet sich im Falle des Politikers allerdings mit einem öffentlichen Berufs- und Persönlichkeitsimage, das auch etliche eindeutig negative Züge aufweist. So erfahren Fragen wie „sprechen oft die Unwahrheit, vor allem in Wahlzeiten“, „streiten in der Öffentlichkeit, sind aber hinterher schnell wieder gute Freunde“, „denken in erster Linie an die Macht“, „denken vor allem an den eigenen Vorteil“, oder „decken die anderen Politiker anstatt sie zu kontrollieren“ sowohl bei Jugendlichen als auch bei Erwachsenen deutlich mehr Zustimmung als Ablehnung. Darüber hinaus meinen, nach Umfragen aus den Jahren 1980/81, immerhin zwischen 30 und 40 Prozent der Jugendlichen und Erwachsenen, daß Politiker „korrupt und bestechlich“ seien (Plasser-Ulram, S 163/164).

Das hier angedeutete negative öffentliche Image der Politiker wurzelt in einer Reihe von Ursachen. Sicherlich können jedoch auch die Privilegien, die Politiker besitzen, in Anspruch nehmen und zugeschrieben erhalten, in diesem Zusammenhang genannt werden. In einem Anforderungsprofil an die politischen Parteien rangierte 1981 der „Kampf gegen Korruption und Privilegienwirtschaft“ an vierter, bei den Defizitbereichen sogar an erster Stelle. Privilegien bestehen und werden genutzt. Sie rücken allerdings meist nur bei aktuellen Anlässen wirklich und konkret in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. AKH- und WBO-Skandal z. B. lösten eine umfangreiche in den Medien geführte Diskussion über den Verfall der Moral in der Politik aus, an der sich die Politiker selbst beteiligten und Forderungen nach einer Neubestimmung erhoben. Dabei standen auch Politikerprivilegien zur Debatte. In den Monaten vor der Nationalratswahl am 24. April 1983 tauchte, ähnlich wie schon 1970/71, das Schlagwort vom „Privilegienabbau“ auf. Eine eigens gebildete „Privilegienabbaukommission“ präsentierte im April 1983 ihre Vorschläge der Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt standen dabei die Ein-

kommen jener Politiker, die als Beamte der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes (Bundesverwaltung, Magistrat, OBB, Schulwesen) zur Ausübung ihres politischen Mandats zwar vom Dienst freigestellt waren, ihre Gehälter aber dennoch weiterbezogen. Dies traf etwas mehr als 40 Nationalräte.

Neben diesem bloß **phasenweisen** Aufbrechen der dann aber mitunter sehr hektisch geführten Diskussion um Politikerprivilegien fällt zudem auf, daß dabei meist nur einige, wenn auch sehr wesentliche Teilaspekte aufgegriffen und behandelt werden, eine umfassende Erörterung der Frage „Politiker und Privileg“ jedoch unterbleibt. So werden z. B. Fragen der Politikereinkommen, Abfertigungen, Besteuerung, Pensionsbestimmungen oder der Immunität von Abgeordneten besprochen. Weitgehend ausgeklammert oder zumindest kaum konkretisiert erscheinen hingegen jene Privilegien der Politiker, die sich für sie einfach aus der Ausübung von Macht, der Mitgestaltung von weitreichenden Entscheidungsprozessen und den vielen Möglichkeiten verschiedenster Einflüssen ergeben bzw. ergeben können. Gerade diese ungeschriebenen, aus der jeweiligen Position und Funktion resultierenden und genutzten Vorrechte verstärken jedoch häufig jene Neigung, das Wort „Privileg“ im Zusammenhang mit „Politiker“ wörtlich als „eigenes Recht“ übersetzen zu wollen.

Merkmale eines „eigenen Rechts“ treten aber vor allem auch bei jenen Privilegien der Politiker zutage, die gesetzlich verankert sind und als Privilegien im engeren Sinne bezeichnet werden können. Hierbei sticht u. a. besonders hervor, daß Politiker als Abgeordnete in den legislativen Körperschaften **selbst** die ihre finanzielle Situation betreffenden Regelungen und Gesetze ausarbeiten und beschließen können. Als parteigebundene Abgeordnete bestimmen sie zudem über die aus Steuermitteln stammenden finanziellen Zuwendungen sowohl an die Parteien direkt als auch an die Klubs der wahlwerbenden Parteien im Nationalrat und im Bundesrat. Sie entscheiden auch selbst über die Höhe ihrer Einkommen als Politiker sowie über deren steuerliche Behandlung. Wie schon erwähnt, stellen gerade die Politikereinkommen immer wieder einen jener Problembereiche dar, an dem sich eine Diskussion um den Privilegienabbau entzünden kann. Vor 1920 bestand das Entgelt der Abgeordneten in einem Sitzungsentgelt, das 1920 in eine regelmäßige monatliche Aufwandsentschädigung umgewandelt wurde. Seit 1972 beziehen die Abgeordneten jedoch ein echtes Gehalt, dessen Höhe den Gehältern der Beamten der Bundesverwaltung entspricht und zusätzlich auf Funktionen im Parlament sowie auf die Mandatsdauer abgestimmt wird. Parlamentsneulinge beginnen in der Dienstklasse IX auf der Gehaltsstufe 1 und errei-



chen den zweijährigen Vorrückungen entsprechend nach zehn Jahren die Gehaltsstufe 6. Hinzu kommt das Recht auf Abfertigung bei Ausscheiden aus dem National- oder Bundesrat sowie die Pensionsberechtigung nach einer Funktionsdauer von zehn Jahren, wobei sich die Höhe der Pension nach einer am Beamstenschema orientierten Bemessungsgrundlage richtet.

Einen zentralen Punkt in der Diskussion um die Politikereinkommen bildeten 1983, wie schon angedeutet, die Bezüge jener Parlamentarier, die von ihrer Tätigkeit im öffentlichen Dienst freigestellt wurden, ihr Gehalt und ihre Vorrückungen aber dennoch weitergenossen. Nach einem auf einer Dreiparteienübereinkunft aufbauenden Beschluß des Nationalrats von Ende November 1983 wurde dieses „arbeitslose Einkommen“ insofern beseitigt, als die betroffenen Beamten und öffentlich Bediensteten, auch wenn sie ein politisches Mandat im Nationalrat oder in den Landtagen ausüben, wieder arbeiten müssen. Für ihre politische Tätigkeit bekommen sie die notwendigen Freistellungen, müssen dafür aber Kürzungen ihres Gehaltes im Ausmaß von 25 % hinnehmen. Allerdings besteht die Möglichkeit, sich für die Dauer des politischen Mandats in den Ruhestand versetzen zu lassen. Diese Versetzung erfolgt auch bei jenen Beamten, deren Tätigkeit als unvereinbar mit ihrem politischen Mandat angesehen wird. Mit dieser Pensionierbarkeit bleibt allerdings die Möglichkeit des Bezugs eines „arbeitslosen Einkommens“ bestehen. Nicht erwogen wurde, die Beamten für ihre politische Tätigkeit **ohne** Bezüge freizustellen. Ausgeklammert blieben auch die freigestellten Betriebsräte, Gewerkschaftsangehörigen, Kammerfunktionäre, Versicherungsangestellten sowie jene Mandatäre, die mehrere politische Funktionen bekleiden. Eine Übernahme der für die Beamten geltenden Regelung stieß jedoch bei den Mandatären aus den Kammern und Verbänden auf Schwierigkeiten, da der Gesetzgeber in deren Gehälter nicht eingreifen kann. Eine entsprechende Kürzung des Abgeordnetengehalts müßte jedoch wieder von den Abgeordneten selbst beschlossen werden.

Nicht in Frage steht im Zusammenhang mit dem Politikereinkommen das Recht auf Entgelt für aufgewendete Arbeitszeit und den Arbeitsaufwand im Dienste des Öffentlichen. Eine Streichung derartiger Vergütungen würde den Weg in die Politik weitgehend nur noch für Mitglieder vermögender Bevölkerungsschichten gangbar machen. Diskutierbar bleiben allerdings die Höhe der Politikergehälter, etwa in Form einer fixierten Höchstgrenze, die frühe Pensionsberechtigung und die Mehrfacheinkom-

men ohne entsprechende Arbeitsleistung, zumal zu den Einkommen aus der beruflichen und politischen Tätigkeit noch solche aus der Kumulierung verschiedener Posten und Ämter kommen können.

Unter dem Schlagwort vom „arbeitslosen Einkommen“ taucht zudem noch ein weiterer Aspekt auf. Dieser ergibt sich daraus, daß Abgeordnete zwar ihr Abgeordnetengehalt beziehen, ohne dafür jedoch politische Arbeit zu leisten oder überhaupt an den Sitzungen des Nationalrates regelmäßig teilzunehmen. Schließlich bleibt als Kernproblem dieses Fragenkomplexes die Tatsache bestehen, daß jede Maßnahme in diesem Zusammenhang über die Betroffenen selbst führt und von diesen entschieden wird.

Ein zweites zentrales Privileg im engeren Sinn stellt die **Immunität** der Abgeordneten dar. Diese Immunität schützt den Abgeordneten im Interesse der Freiheit seiner Tätigkeit in bestimmten Fällen vor behördlicher Verfolgung. Träger dieser Immunität sind die Mitglieder der legislativen Körperschaften Nationalrat, Bundesrat und Landtage. Sie genießen durch ihre **berufliche** Immunität die absolute rechtliche Verantwortungslosigkeit in bezug auf ihr parlamentarisches Abstimmungsverhalten sowie eine weitgehende Freiheit der parlamentarischen Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Darüber hinaus besitzen die Abgeordneten eine **außerberufliche** Immunität, wonach sie nur mit Zustimmung des Nationalrats verhaftet werden dürfen, ausgenommen bei Verübung eines Verbrechens und Ergreifung auf frischer Tat. Die strafbehördliche Verfolgung eines Abgeordneten ist außerdem nur dann gestattet, wenn die entsprechende Hand-

lung offensichtlich in keinem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des betreffenden Abgeordneten steht. Dies festzustellen, obliegt jedoch bei Verlangen des Abgeordneten oder eines Drittels der Mitglieder des Immunitätsausschusses dem Nationalrat. Die Entscheidung des Nationalrats hat für die Verfolgbarkeit konstitutive Wirkung. So wird bei bejahender Beurteilung der Frage nach dem Zusammenhang jede weitere Verfolgung des Abgeordneten unzulässig. Die Immunität endet mit dem Ausscheiden aus dem Nationalrat.

Gerade die außerberufliche Immunität der Abgeordneten stellt aufgrund der Verkoppelung von politischer Macht und damit verbundenen möglichen Sonderstellungen im Alltag einen sehr sensiblen Bereich dar, wenn bei etwa auftauchenden Verdachtsmomenten eine behördliche Untersuchung durch die Immunität des Betroffenen abgeblockt werden sollte. Auf diese Weise geriete die Immunität in eine Grauzone, in der der „Normalbürger“ zwischen Wahrheit und politischem Kalkül nicht mehr zu unterscheiden vermag.

Neben dem Beispiel der Politikereinkommen und der Abgeordnetenimmunität angedeuteten Privilegien im engeren Sinne bestehen jedoch noch solche, die als Privilegien im weiteren Sinn bezeichnet werden können. Politische Ungleichheit gehört trotz einer beachtlichen Entwicklung in Richtung auf das demokratische Ideal auch in den entwickelten westlichen Industriegesellschaften noch zu einer Grundtatsache des gesellschaftlichen Lebens. Ähnlich wie Besitz und Bildung stellen dabei politische Macht und politischer Einfluß eine Grundlage für gesellschaftliche Ungleichheit



Ich erwarte mir von der Politik Unterstützung, Ehrlichkeit, Vertrauen, wirtschaftliches Handeln und eine demokratische Vorgangsweise.

dar. Durch ihre Verteilung tragen beide sehr wesentlich zur sozialen Schichtung einer Gesellschaft bei und wirken sich entscheidend auf die Positionen ihrer Träger in diesem System aus. Wer den Staat und den politischen Entscheidungsprozeß kontrolliert, der verfügt zudem über Einfluß auf jene Regeln, die den Wettbewerb, die Interessensdurchsetzung und die Vergabe von Gratifikationen in der Gesellschaft steuern. Darüber hinaus bestimmt der Platz in der Hierarchie des gesellschaftlichen Systems wesentlich die Chancen für die Erreichung individueller Ziele. Umgekehrt bedeutet dies, daß für die Realisierung persönlicher Ziele Abhängigkeiten zu jenen entstehen können, die die entsprechenden Positionen besetzen. Dies wird im Zusammenhang mit politischer Macht und politischem Einfluß noch zusätzlich relevant, wenn deren Träger nicht nur an den politischen Schaltstellen sitzen, sondern von dort aus auch in Alltagsbereiche hineinwirken. Daraus entstehen enge Verflechtungen von politischer Position und alltäglichen Lebenszusammenhängen. Politiker und politische Institutionen erfüllen neben ihrer politischen Arbeit zunehmend auch Aufgaben von Serviceleistungsinstitutionen, wodurch gleichsam eine Zweiteilung unter den politischen Mandatären entsteht. Während die einen die legitistische Arbeit erledigen, können die anderen als „Interventionsabgeordnete“ bezeichnet werden. Sie fördern die Realisierung von Berufs- und Karrierewünschen, erleichtern die Wohnungsbeschaffung und ähnliches mehr. Dieses System führt letztlich dazu, daß die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse an politische Befürwortung und Zugehörigkeit gebunden wird. Damit fördert es jedoch bei jenen, die nicht unmittelbar politische Funktionen innehaben, ein ausgesprochen opportunistisches Verhältnis zur Politik ohne besonderes Interesse für politische Vorgänge und Aktivitäten. Gleichzeitig werden dadurch aber auch Tendenzen zur Überanpassung an bestehende Strukturen und deren Akzeptierung unterstützt, auch wenn diese deutliche Fehlentwicklungen darstellen.

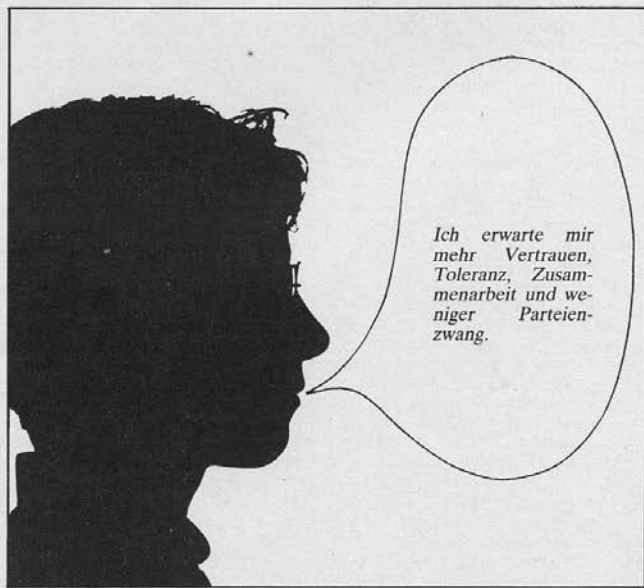
Die hier angedeuteten Zusammenhänge verweisen auf einen Aspekt politischer Macht sowie eine damit verbundene spezielle Form der Privilegierung ihrer Träger, die darin besteht, daß Menschen in der Realisierung grundlegender Bedürfnisse von ihnen abhängig sein können. Weitere Privilegierungen ergeben sich für Inhaber politischer Macht noch in der Weise, daß sie über Möglichkeiten verfügen, ihren Einfluß einerseits machtpolitisch im Dienste spezieller politischer Interessen (z. B. Informationssteuerung), andererseits aber auch zur Erreichung persönlicher Zie-

le einsetzen zu können. Politische und persönliche Macht verbinden sich. Politische Machttäger zeigen sich zudem bestrebt, ihre Vorrangstellung im politischen Entscheidungsprozeß monopolartig abzusichern. Gerade hier geraten sie jedoch zunehmend in Konflikt mit basis- und direktdemokratischen Bewegungen. Andererseits trägt jedoch das Gefühl der individuellen Macht- und Einflußlosigkeit zu einer latenten Politik- und Parteienverdrossenheit bei. Derart resignative Grundstimmungen aufgrund kaum vorhandener politischer Mitgestaltungsmöglichkeiten deuten auf Machtkonzentrationen im politischen Bereich hin, die besonderer Kontrollen bedürfen. Macht und Einfluß machen es möglich, mehr bewirken zu können, als eine ethisch-politische Vernunft zu verantworten in der Lage ist. Moralische Appelle allein helfen hier wenig. Politisches Handeln bedarf daher der Normierung, indem die Träger der politischen Macht in ein ausgebautes öffentliches und auch dem einzelnen Staatsbürger einsichtiges Kontrollsystem eingebunden werden. Darüber hinaus könnten ad personam Beschränkungen wie ein Verbot der Ämterkumulierung, strengere Unvereinbarkeitsregelungen, verstärkte Haftungs- und Strafvorschriften sowie ein die Befähigung zum Politiker besser nachweisendes Rekrutierungssystem zusätzlich kontrollierend wirken.

Jede mit Machtausübung verbundene Funktion legt die Frage nach dem Menschen nahe, der diese Macht ausüben sollte. Schon Platon erstellte im 6. Buch seiner *Politeia* eine Liste von

Eigenschaften, über die seine Staatslenker verfügen sollten. Sie reichen von der Weisheit, Wahrhaftigkeit, Redlichkeit, Gerechtigkeit und Besonnenheit bis zu Merkmalen wie maßvoll, lernfähig, hochsinnig und frei von Habgier. Max Weber nannte in seiner Schrift „Politik als Beruf“ die Leidenschaft als Hingabe an die Sache, das Verantwortungsgefühl und das Augenmaß im Sinne einer Distanz zu den Dingen. Unsachlichkeit und Verantwortungslosigkeit bezeichnete er als die beiden ständig drohenden Todsünden des Politikers: „Umso mehr, als der Demagoge auf Wirkung zu rechnen gezwungen ist. Er ist deshalb stets in Gefahr sowohl zum Schauspieler zu werden wie die Verantwortung für die Folgen seines Tuns leicht zu nehmen und nur nach dem Eindruck zu fragen, den er macht. Seine Unsachlichkeit legt ihm nahe, den glänzenden Schein der Macht statt der wirklichen Macht zu erstreben, seine Verantwortungslosigkeit aber: die Macht lediglich um ihrer selbst willen, ohne inhaltlichen Zweck zu genießen“.

Gerade diese vielfältigen Facetten von politischer Macht und damit verbundenen Privilegien erfordern mehr Demokratie, mehr Kontrolle und mehr Unvereinbarkeiten zur Förderung des angesprochenen Vertrauens in die Realisierbarkeit ethisch-politischer Vernunft. Andernfalls verfestigt sich die Vorstellung von Staat und Politik als einem moralisch fundamentlosen reinen Ordnungs- und Machtfunktionalismus mit allen ihren Konsequenzen.



FÜR EINE ÖKOZENTRISCHE ETHIK

Vielleicht liegt es am Ökologie-Begriff, der zwar häufig verwendet wird und sogar Eingang in die Medien gefunden hat, der aber trotzdem noch immer mit zu wenig Inhalt und konkreten Vorstellungen erfüllt ist, daß die Politiker bei diesem Vortrag abwesend sind. Sicherlich ist auch das Interesse an der Ethik nicht sehr groß, womit ein zweiter Grund gefunden wäre. Als Biologe und Ökologe möchte ich in meinen Ausführungen im 1. Teil von den ökologischen Problemen ausgehen und mich im 2. Teil mit den Wertvorstellungen befassen, die meines Erachtens, trotz zahlreichen Schrifttums, bei der ganzen Diskussion in der letzten Zeit zu kurz geraten sind.

Entwicklung des Lebens auf der Erde

Ein Blick in die geologische Vergangenheit der Erde zeigt, daß die Anfänge des Lebens etwa 4 Milliarden Jahre zurückliegen. Um eine bessere Vorstellung von der Entwicklung des pflanzlichen und tierischen Lebens seit dem Erdmittelalter (Mesozoikum) zu erhalten, sollen diese rund 170 Millionen Jahre, die seither vergangen sind, modellhaft mit einem Erdenjahr verglichen werden. Nach dieser Modellvorstellung bedeutet

- 1 Monat einen Zeitraum von 14,17 Billionen Jahren
- 1 Tag einen Zeitraum von 466.000 Millionen Jahren
- 1 Stunde einen Zeitraum von 19.400 Millionen Jahren
- 1 Minute einen Zeitraum von etwa 323 Millionen Jahren und
- 1 Sekunde 5 Jahre und 4 Monate.

In der Trias, also vor 170 Millionen Jahren, die wir in den Jänner verlegen, war bereits eine dichte Vegetationsdecke vorhanden; auf dem Festland beginnt gerade die Entwicklung der Säugetiere, im März treten die ersten Vogelarten auf, im Mai kommen neue Laubbäume wie Feigen, Magnolien und Papeln dazu, im Juli, nach unserem Modelljahr, erreichen die Riesenreptilien ihre höchste Entfaltung – es sind bisher etwa 85–100 Millionen Jahre vergangen, im September sterben die Dinosaurier aus, im Oktober treten die Primaten auf, die höchsten Säugetiere, wie Halbaffen und Affen, in der zweiten Novemberhälfte, also vor rund 25 Millionen Jahren, kom-

men die Hominiden, die Menschen-Affen, unsere aufrecht gehenden und bereits Steinwerkzeuge benutzenden Vorfahren.

Am 31. Dezember, um 20 Uhr, also nicht ganz vor 80.000 Jahren, stirbt die Neandertalergruppe aus! 30 Minuten vor Mitternacht (vor rund 10.000 Jahren) verändert der Mensch durch Ackerbau die Erdoberfläche. Innerhalb von nur 20 Minuten ist der ganze technische Fortschritt, angefangen von der Erfindung des Rades vor etwa 6500 Jahren vor sich gegangen. Die industrielle Revolution begann nach unserer Modellvorstellung erst 36 Sekunden vor Mitternacht; unsere Wohlstandssymbole, Autos und Flugzeuge sind erst 12 Sekunden alt.

Der Mensch ist im Begriffe in weniger als 30 Sekunden alle fossilen, flüssigen und gasförmigen Brennstoffe zu verbrauchen, also damit beschäftigt, das in dieser kurzen Zeitspanne rückgängig zu machen, wozu die Natur das ganze Jahr gebraucht hat! Alle 4 Sekunden verdoppeln wir bei einem 3,3%igen jährlichen Wachstum die gesamte bisher erreichte Produktion an Zivilisationsgütern und alle 6,3 Sekunden verdoppelt sich die Menschheit (nach BASLER 1979). Dieser grobe Vergleich zeigt den explosionsartigen Aufstieg der Menschheit; zaghaft und ohne großen Aufsehs betritt der Mensch die Erde. Wie diese Menschheit abtreten wird, ist offen und liegt noch in ihrer Hand.

Von der ökologischen Ordnung

Das Leben auf der Erde manifestiert sich in einer hierarchischen Rangordnung; so finden wir Viren, Bakterien, einzellige Pflanzen und Tiere, Zellen gruppieren sich zu Kolonien, Zellen bauen Gewebe, Organe und verschiedene hoch organisierte Pflanzen und Tiere auf. Alles irdische Leben ist an die Zelle als Grundeinheit des irdischen Lebens gebunden. Außer dieser auf den Organismus beschränkten Ordnung ist aber auch noch eine überorganismische Ordnung zu beobachten: Individuen derselben Art schließen sich zu Fortpflanzungsgemeinschaften oder Populationen zusammen. Die vielen Tier- und Pflanzenarten kommen in der Natur nicht einzeln und isoliert vor, sondern sie bilden regelmäßige Lebensgemeinschaften (= Biozönosen), die in enger Abhängigkeit vom Standort, von der Umwelt (= Biotop) stehen. Die Umwelt oder Standortsfaktoren

wie Wasser, Klima, Strahlung, Bodensubstrat usw. prägen und bestimmen die Zusammensetzung der Lebensgemeinschaften entscheidend mit. Die komplexen Beziehungen, die zwischen den Lebensgemeinschaften und ihrer Umwelt bestehen, ergeben das Ökosystem. Ökosysteme sind die Funktionseinheiten oder Betriebseinheiten der Natur, in denen nach dem Prinzip der Arbeitsteilung verschiedene funktionelle Gruppen miteinander verzahnt sind. Die grünen Pflanzen (Produzenten) liefern die Ernährungsbasis für die Tiere (Konsumenten). Die anfallenden tierischen Überreste werden von den abbauenden Organismen (Destruenten und Mineralisierern) in einem Recycling-Verfahren den Ökosystemen wieder zugeführt. Die Sonne liefert dazu die notwendige Energie, die über Nahrungsbeziehungen an alle tierischen Lebewesen weitergegeben wird. Die Ökologie, die sich mit den Strukturen und Funktionen der Ökosysteme befaßt, ist daher keine Hilfswissenschaft, oder gar Heilslehre wie sie oft hingestellt wird, sondern eine selbständige wissenschaftliche Disziplin (vgl. dazu WOLKINGER 1983).

Sonderstellung des Menschen

Der Mensch ist ökologisch gesehen ein Konsument, ein Verzehrer, ein Verbraucher, der sich wesentlich von den übrigen heterotrophen Lebewesen dadurch unterscheidet, daß er ein vernunftbegabtes und wissendes Lebewesen ist, das aus seinem reinen Instinktgefängnis ausgebrochen ist. Der Mensch ist daher weder in seinen Biopansprüchen, noch in seinen Nahrungsbeziehungen so streng der ökologischen Ordnung unterworfen wie die übrigen Organismen. Wenn er auch zahlreiche sozio-ökonomische, kulturelle und religiöse Bedürfnisse hat, die den anderen Konsumenten fehlen, so kann er doch nicht als „Freigelassener der Natur“ bezeichnet werden. In seinen elementaren Lebensansprüchen ist er ein Kind der Natur geblieben, so daß er vielleicht als „Halbfreigelassener“ gelten kann. Der Mensch bleibt weiterhin eingebunden in natürliche und von ihm veränderte Ökosysteme, in denen er die Sonnenenergie als Energiequelle nutzt. Er hat aber zusätzliche technische und künstliche Strukturen und Ökosysteme geschaffen, die nur durch ständige künstliche Energiezufuhr Bestand haben. Seine Sonderstellung kommt auch darin zum Ausdruck, daß er sich auf seinem selbst konstru-

ierten Stammbaum auf den obersten Ast gesetzt hat, von wo aus er als „Krone der Schöpfung“ und als „weiser Mensch“ (als Homo sapiens) verschiedene Sonderrechte ableitet. Zum Funktionieren der Ökosysteme ist der Mensch allerdings nicht notwendig. Schließlich ist er erst vor rund 1 Million Jahren auf der Erde erschienen, zu einem Zeitpunkt, als bereits alle „ökologischen Nischen“ besetzt waren. Seither hat er sich in vielen Bereichen sogar zum Störfaktor entwickelt, der seine eigene Existenzgrundlage bedroht und gefährdet. Auch hinsichtlich seiner Populationsdichte nimmt der Mensch eine Sonderstellung ein. So wird oft betont, daß nur die Ratten auf der Erde mit einer ähnlich hohen Individuenzahl vertreten sind, wie das für den Menschen gilt.

Der Mensch erobert die Umwelt

Jahrtausendelang, bis nach der Eiszeit, war der Mensch als Sammler und Jäger weitgehend seiner Umwelt integriert; er lebte in Symbiose mit dieser Umwelt. Mit der Erfindung des Ackerbaus, um 3000 v. Chr., war er zur Selbsthaftigkeit gezwungen. Für seine Kulturen mußte er den Wald roden; natürliche Ökosysteme, die sich selbst regulierten, wurden durch Wiesen und Felder ersetzt, die des ständigen Eingriffes des Menschen bedürfen. In diesen Ersatz-Ökosystemen wurde noch nach der einfachen Formel Sonnenenergie + Muskelkraft die pflanzliche Nahrung produziert. Das Ergebnis war eine reichlich gegliederte Kulturlandschaft, die sich keineswegs im ökologischen Gleichgewicht befindet, sondern im Ungleichgewicht ist, das durch den wirtschaftenden Menschen, durch ständiges Bearbeiten, Ernten, Mähen und Beweiden erhalten werden muß. Erste Umweltschäden treten auf: Versalzung Mesopotamiens, Verkarstung im Mittelmeergebiet, Raubbau in den Wäldern durch Bergbau, Erzgewinnung und Glasverhüttung!

Diese vorindustrielle Phase reichte bis ins 18. Jahrhundert, bis zur Erfindung der Dampfmaschine (1763/64), wo die Agrargesellschaft von der Industriegesellschaft abgelöst wurde. Diese industrielle Phase ist durch den technischen Fortschritt und den Aufschwung der Naturwissenschaften gekennzeichnet; es entstehen die Fabriken als die neuen Produktionsstätten; die Mechanisierung und Automation setzt ein, ebenso das bis heute andauernde Wegrationalisieren der Arbeitsplätze. Die Mobilität nimmt zu. In dieser Phase kommt es zu schwerwiegenden Eingriffen in die Umwelt und in die Ökosysteme auch durch die Land- und Forstwirtschaft. Der technische Prozeß wird dabei vielfach auf die Natur zu übertragen versucht.

In der Umwelt dieser industriellen Gesellschaft werden aus den naturnahen zuerst kulturferne und schließlich monotone Produktions- und Kulturlandschaften, die ihre Selbstregulation und Stabilität, verglichen mit den natürlichen oder naturnahen Ökosystemen, weitgehend verloren haben. Naturnahe Kulturlandschaften bleiben nur in Grenzgebieten und Problemgebieten erhalten.

Hand in Hand kommt es zu Veränderungen in fast allen Umweltfaktoren. Aus dem symbiotischen Verhältnis des Menschen zur Natur ist ein vorwiegend parasitisches geworden.

In dieser Epoche treten die ersten Mahner und Warner, die Vorkämpfer für unseren heutigen Naturschutz auf. Die Probleme waren unseren heutigen sehr ähnlich. Der Unterschied liegt vor allem in den Dimensionen. Zu diesen damaligen Problemen zählen bereits die Flurbereinigungen, Luftverunreinigungen, Flußbegradigungen, das Reklamewesen u.v.a.

Die ersten Naturschutzmaßnahmen wurden aber ebenso von der Romantik mitbestimmt. So wurde im Jahre 1836 der Drachenfels im Siebengebirge und 1852 die Teufelsmauer im Harz unter Schutz gestellt. Dieser romantische und stark partikularistisch orientierte Naturschutz, der Naturdenkmale und schöne Pflanzen oder interessante Tiere als Schutzobjekte und nicht ökologische Beziehungen wie sie in Ökosystemen bestehen, bevorzugt, ist bis heute nicht ganz überwunden.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wird vielfach als „nachindustrielle Phase“ bezeichnet, in der besonders der Glaube an die Technik und den Fortschritt seinen Höhepunkt erreicht. Es ist die Zeit der Großtechnologie, der Gigantonomie, die den Menschen zu beherrschen beginnen, die Zeit der Weltraumfahrt, der Atom-Technologie, der Computertechnik und der Herztransplantationen.

Von den sozio-ökonomischen Strukturen ist vor allem das Bedürfnis nach Freizeit und Erholung zu nennen, so daß man geradezu von einer Freizeitgesellschaft daneben auch von einer Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft, und einer Freizeitindustrie spricht. Der Mensch wird in dieser Zeit weitgehend von Fremdenenergie abhängig, angefangen von der elektrischen Zahnbürste bis zu allen möglichen elektrischen Haushaltsgeräten; er wird zum Energie-Sklaven. Mit raffinierten Methoden der Werbung werden neue Konsumbedürfnisse aus marktpolitischen Gründen erzeugt und künstlich geweckt, die oft nur dem Profitstreben der Wirtschaft dienen. Die nachindustrielle Phase ist weiters gekennzeichnet durch die starke Zunahme des tertiären Sektors, also der Dienstleistungsbetriebe. Gera-

dezu erschreckend ist das exponentielle Wachstum auf allen Gebieten, das ein solches Ausmaß annimmt, daß nicht nur sogenannte „Öko-Romantiker“, sondern auch Wirtschaftsexperten, wie vor allem Vertreter des Club of Rome, auf die gefährliche Umweltsituation, die das Raumschiff Erde auf Kollisionskurs steuert, aufmerksam machen. Aurelio PECCEI, der Fiat-Verwaltungsdirektor, warnt:

„Wir gehen einer explosiven Interaktion aller unserer Sünden entgegen: der Sünden, die wir gegen unser geistiges und materielles Erbe begangen haben“.

Das Gesetz der Beschleunigung

Wer die Eroberung der Umwelt durch den Menschen verfolgt, erhält den Eindruck, daß der Mensch eine Entwicklung ausgelöst hat, die mit einer Lawine vergleichbar, über ihn hinwegzurollen droht. Der französische Futurologe BERTAUX 1963 spricht in seinem Werk „Mutation der Menschheit“ von einem Gesetz der Beschleunigung, das in vielen Bereichen zuzutreffen scheint. Das exponentielle Wachstum läßt sich mit einem großen See vergleichen, in dem eine Seerose blüht, die in bestimmten Zeitabständen sich immer wieder verdoppelt; heute eine Seerose, morgen zwei, bei der nächsten Verdoppelung vier usw. Es kommt ein Zeitpunkt, wo dieser See erst zur Hälfte verwachsen ist und der Beobachter hat den Eindruck, es kann noch lange nichts passieren. Aber eine einzige Verdoppelung führt dann dazu, daß die gesamte Wasserfläche zugewachsen ist. Ähnlich kann es uns auch mit unserer Umwelt ergehen!

Dieses Gesetz gilt z. B. für die Bevölkerungszunahme: aus 1,2 Milliarden Menschen im Jahre 1850 sind im Jahre 1950 2,5 Milliarden geworden. Diese Zunahme allein entspricht der Gesamtzahl aller Menschen, die im Laufe der Jahrtausende der Geschichte auf dieser Erde gelebt haben. Inzwischen haben wir die 4,5 Milliarden erreicht. Diese explosive Entwicklung läßt sich auf dem Gebiet der Entwicklung der motorischen Kraft verfolgen. Von 4000 v. Chr. bis 1000 n. Chr. lag die motorische Kraft, die dem Menschen zur Verfügung stand, zwischen 0,1–1 PS; mit dem Pferd um das Jahr 1000 n. Chr. stieg sie auf 1 PS an, mit den Wassermühlen im 11. Jahrhundert über 1 PS, mit der Windmühle im 17. Jahrhundert auf 10 PS, mit der Maschine von James WATT 1765 auf 100 PS, mit der Dampfmaschine 1850 auf 10.000 PS, mit der Wasserkraftnutzung um 1930 auf 100.000 PS und mit der Rakete im Jahre 1955 auf 1.000.000. Diese explosionsartige Zunahme und Steige-

rung gilt für viele Erfindungen und Entdeckungen, gilt für die Zunahme der Plastik- und Stahlproduktion, zeigt sich sogar bei der Zunahme der Zahl der Wissenschaftler, so daß bei einem weiteren Anwachsen schon in absehbarer Zeit jeder zweite Zeitgenosse ein Wissenschaftler sein müßte! Diese exponentielle Zunahme gilt auch für das Ansteigen der Großstädte, jener künstlichen Ökosysteme, in denen die Menschen am naturfernstesten leben müssen, wo unübersichtliche Straßenschluchten und Kasernenbauten als Wohnstätten dienen und die Natur höchstens als schmückendes Beiwerk in Form von verstäubelten Bäumen, oder als „Architektenpetersilie“, geduldet wird. Die erste Stadt entstand 6000 v. Chr.; es war Jericho. Im Jahre 1900 gab es bereits 15 Millionenstädte, 1950 waren es 75, 1975 191; nach neuesten Schätzungen soll es im Jahre 1985 schon 275 Millionenstädte geben.

In ähnlicher Geschwindigkeit geht die Zerstörung der Lebensräume, der letzten naturnahen Biotope vor sich; als Folge davon ist ein Artensterben zu beobachten, das es in diesem Umfang und vor allem in so kurzen Zeiträumen bisher auf der Erde nicht gegeben hat. Weltweit sind 20.000 Pflanzen vom Aussterben bedroht. In der Roten Liste des Burgenlandes sind 618 potentiell gefährdete Arten verzeichnet und auch die Rote Liste der Steiermark weist von den rund 2000 Arten 25 % gefährdete Arten auf! Die traurige Statistik des Homo sapiens umfaßt weiters 350 Vogel- und 280 Säugetierarten, die vom Aussterben bedroht sind, so daß die düstere Prophezeiung eines Leonardo da VINCI

*„Nichts wird bleiben
Nichts auf der Erde
Nichts unter der Erde
Nichts im Wasser
Alles wird gejagt
Alles ausgeht“*

immer mehr Wirklichkeit zu werden scheint.

Zum Verlust der biologischen Vielfalt kommen die Störungen und Veränderungen des wichtigsten Lebensfaktors Wasser, der lebensnotwendigen Luft hinzu! Lärm und Abfälle sind weitere Belastungsmomente der hochtechnisierten, nachindustriellen Zeit. Ob sich der Mensch diesen sich rasch ändernden und teils sogar lebensbedrohenden Einflüssen so kurzfristig anpassen kann, ist eher unwahrscheinlich. Die zahlreichen Zivilisationskrankheiten stellen eine sehr deutliche Reaktion auf den Verlust der natürlichen Umwelt dar.

Obwohl sich der Mensch in seinem Verhalten zur Umwelt eher wie ein „Homo pseudosapiens“ oder „Homo destruens“ verhält, prophezeien die Futurologen KAHN & WIENER 1971, daß der Mensch noch bis zum

Jahre 2000 zum „Homo sapiens“ zu rechnen sei.

Erst die radikalen Neuerungen in weiterer Zukunft, wie die Verlängerung des Lebens auf 150 Jahre, die Schöpfung von lebenden Pflanzen und Tieren auf künstlichem Weg, lebenslängliche Impfung gegen die meisten Krankheiten neben einer vollkommenen Vererbungskontrolle werden zu einer grundlegenden Veränderung des heutigen Menschen führen.

Es gibt überdies genug warnende Stimmen und auch Anzeichen dafür, daß mit dem Verlust von ökologischen Strukturen und der natürlichen Umwelt auch soziologische und kulturelle Werte in Mitleidenschaft gezogen werden. BUCHWALD 1977 meint dazu:

„Der Mensch braucht wohl zu seiner natürlichen Existenz und Weiterentwicklung dieses ökologische Spannungsverhältnis zur Umwelt mit einem bestimmten Maß natürlicher und auslösender Reize“.

Schizophrenie und partielle Wertvorstellungen

Noch immer glauben viele Menschen, daß alle Probleme in unserer Umwelt rein technisch lösbar seien. In ihrem grenzenlosen Optimismus, ihrem einseitigen und blinden Vertrauen an die Technik und den Fortschritt hoffen sie auf unendliche Möglichkeiten für unseren endlichen und begrenzten Planeten.

Zufällig ist mir in einer Buchhandlung das Buch eines Salzburger Autors Peter ROSEI aufgefallen, das den Titel trug: „Entwurf für eine Welt ohne Menschen“. Der Mensch arbeitet – wenn auch unbewußt – an einer solchen Welt ohne Menschen. Es ist zu befürchten, daß der Mensch früher diesen Planeten Erde verlassen muß, längst ehe das letzte Tier und die letzte Pflanze bedroht sind, wenn es nicht gelingt ein neues Wertbewußtsein zu schaffen. Zwar ist durch die Mithilfe der Medien ein breites Umweltbewußtsein entstanden, die Konsequenzen daraus lassen jedoch noch auf sich warten. Das Interesse an einer gesunden Umwelt ist vielfach nur auf die eigene Wohnumwelt, auf den eigenen Garten, auf den Menschen und sein Wohl beschränkt, also überwiegend anthropozentrisch und egozentrisch ausgerichtet.

Die sogenannten Berufs-Ökologen, die sich ebenfalls in den letzten Jahren exponentiell vermehrt haben, bleiben weiterhin in ihrem elfenbeinernen Turm. Sie vermarkten zwar gelegentlich ein bedrohtes Gebiet noch rechtzeitig mit einem schönen Bildband, bevor es zerstört wird, sie sind aber nicht in der Lage, dieses Gebiet wirksam und öffentlich zu verteidigen. Die Ökologie ist eine analytische Naturwissenschaft und viele Ökologen ge-

ben sich mit dem Messen, Zählen und Registrieren von Teilen davon zufrieden. Sie sind dabei stolz auf die Wertfreiheit ihrer Erkenntnisse.

GANSTERER 1983 berichtet von einer Podiumsdiskussion, in der von den Professoren der Sozial-Politik und Wirtschaftswissenschaften gesagt wurde, daß sie nicht auf der Welt und feig und nach internationalem Maßstab unfähig seien. Sie hausten wie „Grottenolme“ in ihren „dunklen Kammern“ und verschanzten sich hinter der Wertfreiheit ihrer Wissenschaft oder haben Angst, daß sie durch ein „persönliches Engagement“ in ihrem beruflichen Fortkommen behindert werden. Das trifft auch für Ökologen und Naturschützer zu!

Ethik und Moral sind in unserer Zeit wenig gefragt. Es ist auch Mode geworden, daß sich jeder seine „maßgeschneiderte“ Moral macht und allgemeine traditionelle Wertvorstellungen durch eine eigene Familien-, Wirtschafts- und Kirchenmoral ersetzt. Dieser Schizophrenie ist es zuzuschreiben, daß solche partikularistische Wertvorstellungen beliebig aus der Schublade gezogen werden. Wirtschaftsmanager und Politiker haben für ihren Job eine andere Moral als zu Hause oder der Umwelt gegenüber, die sie für ihre Freizeit brauchen.

Diese schizophrenen Wertvorstellungen führen auch laufend zu schizophrenen Umweltentscheidungen. MENNE 1972 sieht im „Klaufen“ ein charakteristisches Symptom der Wohlstandsgesellschaft. Das „Klaufen“ ist eine Kombination aus klaufen und kaufen, bei dem man bei einem Einkauf etwas anderes unbezahlt mitgehen läßt. Diese Umwelt wird zwar von allen verbal verteidigt, aber bei Entscheidungen, wo ein entsprechender Schutz möglich und ebenso notwendig wäre, wird er nicht praktiziert.

Umwelt-Ethologische Ansätze

Durch die katastrophale Umweltsituation bedingt, wurde schon mehrfach versucht, die humanökologische Ethik zu erweitern. Der Mensch wird nicht mehr von der übrigen Umwelt isoliert betrachtet, sondern als Teil der Natur, wobei nach wie vor utilitaristisch-anthropozentrische Überlegungen im Vordergrund stehen. Das gilt auch für den Naturschutz, der noch immer Natur für den Menschen schützt und natürlich noch viel mehr für den Umweltschutz, der von vornherein auf den Menschen orientiert ist. In diesem Zusammenhang sind Begriffe wie „Umweltethik“, „planetarische Ethik“, „ökologische Ethik“ und andere (vgl. dazu TEUTSCH 1978) entstanden.

Hier muß auf die Lehre über die „Ehrfurcht vor dem Leben“ von Albert SCHWEITZER hingewiesen werden, die in dem bekannten Satz

gipfelt:

„Ich bin Leben, das Leben will, inmitten von Leben, das Leben will ... Ethik besteht also darin, daß ich die Nötigung erlebe, allem Willen zum Leben die gleiche Ehrfurcht entgegenzubringen wie dem eigenen. Damit ist das denknützende Grundprinzip des Sittlichen gegeben. Gut ist, Leben erhalten und Leben fördern; böse ist, Leben vernichten und hemmen zu wollen.“

SCHWEITZER unterscheidet zwar zwischen höherem und niederem Leben, bezieht aber in seine totale „Ethik der Liebe“ pflanzliches und tierisches Leben, einschließlich der Mikroorganismen, ein. Er bezeichnet sich selbst als einen „Massenmörder von Bakterien“.

Während das pflanzliche Leben bei „ethischen Überlegungen“ selten berücksichtigt wird, gibt es über tierisches Leben, besonders über schmerzempfindende höhere Tiere, zahlreiche ethische Aussagen und Hinweise. So werden zunehmend ethische Probleme in Zusammenhang mit den Massentierhaltungen und den Tierbatterien in der Landwirtschaft diskutiert. Andere aktuelle Fragen sind der Singvogelfang in Italien, der weltweite Handel mit Fell- oder Pelztieren, die Eßauswüchse der Wohlstandsgesellschaft, die noch immer nicht auf Schnecken, Frohschenkel und Schildkröten verzichten kann, der Einsatz von Pestiziden, die Tiere belasten. Noch lange nicht abgeschlossen ist die Diskussion über Tierversuche in der Medizin und der Pharmaindustrie. Gerade hier wird aus emotionalen Gründen oft übers Ziel geschossen. Ähnlich wie das Fällen eines Baumes mit einem Mord verglichen wird, wurde unlängst die Frage gestellt, ob Angler als Mörder zu bezeichnen seien! Nicht selten muß auch festgestellt werden, daß Menschen die keinem Tier ein Haar krümmen können, oder alternative und grüne Gruppen, die um jeden Baum kämpfen, menschliches Leben bedeutend geringer einschätzen und sich für die Abtreibung einsetzen.

TRIBE 1980 hat sich mit dem Recht der Lebewesen auseinandergesetzt. Er meint, daß die „Konzeption von Rechten für Umweltobjekte“ ein „wertvoller theoretischer Ansatz“ wäre. Wenn Kleinkindern, Unmündigen und Deblen Rechte zugestanden werden, sollten sie auch Tieren zugestanden werden. Außerdem gehe dies auch aus dem Schutz von Versuchstieren hervor, wo menschliche Werte auf nicht menschliche Rechtsträger übertragen werden. Zu den Pflanzen meint er:

„Wenn es um den Rechtsschutz für pflanzliches Leben geht, stehen einer tragfähigen Analogie noch größere Hindernisse im Wege. Doch selbst hier sind die Aussichten nicht völlig

hoffnungslos. Menschliche Wesen teilen bestimmte grundlegende Bedürfnisse mit Pflanzen. Sowohl Menschen wie auch Pflanzen brauchen Wasser, Sauerstoff und Nährstoffe; beide wachsen und vermehren sich; beide sterben“ (TRIBE 1980: 61).

ROCK 1980: 95 betont: „Die Natur als Natur besitzt Rechte“. Er spricht von einem „atmosphärischen Naturrecht“, wobei er darauf hinweist, daß gute Luft keine Selbstverständlichkeit mehr ist, weil sie bisweilen teuer gekauft werden muß.

Für BIRNBACHER 1980 ist das „ästhetische Moment“ das stärkste Argument „für einen Selbstzweckcharakter auch der unbesetzten Natur“. Er meint: „Schön erscheint uns die Natur nur da, wo sie in ihrem Ansichsein entgegentritt, wo sie nicht unmittelbar funktional ist; oder, besser: nur in den Aspekten, in denen sie nicht unmittelbar funktional ist, vermag Natur schön zu sein“.

Für eine ökozentrische Ethik

Ich sehe im Leben einen absoluten Wert, wobei ich menschliches Leben an erster Stelle reihe, das ich auch in allen Entwicklungsphasen für radikal verteidigungswert und erhaltenswert ansehe. Aus diesen Gründen bin ich auch gegen die Atom-Energie, weil ich darin eine elementare Bedrohung des menschlichen Lebens sehe, wobei ich auch die übrigen mutagenen Stoffe einschließe.

Der radikale Schutz des Lebens im Sinne A. SCHWEITZER's läßt sich schon aus Nahrungsgründen nicht in letzter Konsequenz durchführen. Allerdings ist eine allgemeine Ehrfurcht vor dem Leben zu fordern, die selbstverständlich auch einen Schutz des außermenschlichen Lebens und der Lebensräume einschließt.

Welche Anforderungen an eine ökologische Ethik zu stellen sind, beschreibt TEUTSCH 1978:29: „Die ökologische Krise ist aus der rücksichtslosen Durchsetzung echter oder vermeintlicher Interessen des Menschen gegenüber der Natur entstanden. Die ökologische Ethik muß also der Beliebigkeit des menschlichen Handelns auch in bezug auf die Umwelt bisher ungewohnte Schranken setzen. Dabei müssen die Ethiker sich entscheiden, ob sie unter Beibehaltung einer grundsätzlichen anthropozentrischen Konzeption die Mißhandlung und Ausbeutung der Natur nur reduziert sehen oder ob sie eine am Gemeinwohl der Gesamtschöpfung orientierte Linie (biozentrische Umweltethik) verfolgen wollen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden wir den ersten Weg einschlagen, der die Gefahr einer biosphärischen Katastrophe aber nur dann von uns abwendet wird, wenn er radikal genug angelegt ist, damit auch die übrige Natur in

ausreichender 'Lebensqualität' überleben kann. Gleichgültig, welchen Weg wir gehen, in beiden Fällen muß unsere ethische Überlegung das Verhalten zum Mitmenschen, Mitgeschöpfen und den verschiedenen Erscheinungsformen der natürlichen oder von Menschen gestalteten Materie in jeweils angemessener Weise neu bestimmen“.

Der Mensch ist sowohl als „höchstes Säugetier“, als auch als vernunftbegabtes Wesen in die ökologische Ordnung und an die Ökosysteme angebunden. Wie einleitend dargestellt wurde, hat sich das planetarische Leben in Raum und Zeit entfaltet. Das menschliche Leben ist eingebettet in die Natur und menschliches Leben ist ohne diese Entwicklung nicht denkbar. Eine ökozentrische Ethik muß daher die Gesamtheit der Faktoren, die biotischen und abiotischen einbeziehen, die alle Lebewesen zur Existenz benötigen. Eine ökozentrische Ethik versteht den Menschen als naturabhängigen Teil der ökologischen Ordnung, die zwar sinnvoll und nachhaltig genutzt, aber nicht zerstört werden darf. FRASER-DARLING 1980 hat den Menschen als „Aristokraten“ bezeichnet und daher ein „verantwortliches Verhalten gegenüber seiner gesamten Umwelt gefordert“. Das schließt alle anderen lebenden Dinge ein, Landschaft, Luft und Wasser, aber auch die verschiedenen Kulturdenkmäler in der Geschichte des Menschen, wobei ich Kultur als einen Ausfluß der Natur verstehe“ (S. 10). KAMPITS 1978 geht besonders auf den Begriff der „Natur als Mitwelt“ ein. Nachdem Ethik im ursprünglichen Sinne Aufenthalt für etwas bedeutet, sei es die Weide für das Vieh, oder der Himmel für die Sterne, kann keine Ethik die Beziehung des Menschen zur Natur übergehen. Die außermenschliche Natur darf daher nicht bloß als Umwelt verstanden werden, als etwas, das wir gebrauchen, verwenden oder ausbeuten, sondern in der und mit der wir leben und der wir uns verwirklichen. Daraus ergibt sich die Forderung nach der „Partnerschaftlichkeit und Kooperation“ mit der Natur, nicht nur für die Gegenwart, sondern ebenso für die Zukunft. Nach KAMPITS 1978:73 ergeben sich daraus folgende Konsequenzen: „Partnerschaftlichkeit oder Kooperation mit der Natur bedeutet Verzicht auf Ausbeutung, Revision des Fortschrittsglaubens, der in der Natur als Umwelt ausschließlich ein Reservoir für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erblickt“. KAMPITS 1978 geht besonders auf den Begriff der „Natur als Mitwelt“ ein. Nachdem Ethik im ursprünglichen Sinne Aufenthalt für etwas bedeutet, sei es die Weide für das Vieh, oder der Himmel für die Sterne, kann keine Ethik die Beziehung des Men-

ÖSTERREICH SCHICKSALSAHR 1934 UND DIE KIRCHE

sehen zur Natur übergehen. Die außermenschliche Natur darf daher nicht bloß als Umwelt verstanden werden, als etwas, das wir gebrauchen, verwenden oder ausbeuten, sondern in der und mit der wir leben und der wir uns verwickeln. Daraus ergibt sich die Forderung nach der „Partnerschaftlichkeit und Kooperation“ mit der Natur, nicht nur für die Gegenwart, sondern ebenso für die Zukunft. Nach KAMPITS 1978:73 ergeben sich daraus folgende Konsequenzen: „Partnerschaftlichkeit oder Kooperation mit der Natur bedeutet Verzicht auf Ausbeutung, Revision des Fortschrittsglaubens, der in der Natur als Umwelt ausschließlich ein Reservoir für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erblickt“. KAMPITS 1978: 75 meint weiter: „Als weitere Grundhaltung einer solchen Ethik ließen sich Bescheidenheit und Maß an Stelle von Ethik, die Ernst macht mit einem Bedenken des Aufenthaltes des Menschen, könnte nur eine Arroganz, Wachstumshysterie und Maßlosigkeit anführen. Eine ökologische Ethik, die Ernst des Maßes und der Grenzen sein“.

Darüber in Zukunft bei allen ökologischen Diskussionen mehr nachzudenken, will ich als Biologe und Ökologe mit diesen Ausführungen anregen.

Schrifttum

- BASLER E. 1971.** Umweltprobleme aus der Sicht der technischen Entwicklung. – In: LEHNER, G. (Hrsg.), „Schutz unseres Lebens“, S. 78–87. Frauenfeld und Stuttgart.
- BERTAUX P. 1963.** Mutation der Menschheit. Diagnose und Prognosen. – Fischer-Bücherei 497.
- BIRNBACHER D. 1979.** Was kann Verantwortung für die Natur heißen? – In: MEYER-ABICH K. M., Frieden mit der Natur, S. 91–111. Herder Freiburg, Basel, Wien.
- BIRNBACHER D. 1980.** Sind wir für die Natur verantwortlich? – In: BIRNBACHER D., Ökologie und Ethik, S. 103–139. Reclam jun. Stuttgart 1983.
- BUCHWALD K. 1977.** Umwelt und Gesellschaft zwischen Wachstum und Gleichgewicht. – Raumforschung und Raumordnung 45: 147–167.
- FRASER-DARLING F. 1980.** Die Verantwortung des Menschen für seine Umwelt. – In: BIRNBACHER D., Ökologie und Ethik, S. 9–19. Reclam jun. Stuttgart 1983.
- GANSTERER H. A. 1983.** Unsere Diskretions. – Trend, Heft 7/83:21.
- KAHN H. & WIENER A. J. 1971.** Ihr werdet es erleben. – Rororo 6677.
- KAMPITS P. 1978.** Natur als Mittel. Das ökologische Problem als Herausforderung für die philosophische Ethik. – In: SCHATZ O., Was bleibt den Enkeln? S. 55–80. Verlag Styria.
- MENNE F. W. 1972.** Wertsysteme und Realität. – In: HERTZ A., Moral, Grünwald-Materialbücher, 4. S. 34–59. Mathias-Grünwald-Verlag Mainz.
- ROCK M. 1980.** Theologie der Natur und ihre anthropologisch-ethischen Konsequenzen. – In: BIRNBACHER D., Ökologie und Ethik, S. 72–102. Reclam jun. Stuttgart 1983.
- SCHWEITZER A. 1982.** Die Ehrfurcht vor dem Leben. Grundgedanke aus fünf Jahrhunderten. – Herausgegeben von BÄHR H. W. Verlag C. H. Beck München.
- TRIEBE L. H. 1980.** Was spricht gegen Plastikbäume? – In: BIRNBACHER D., Ökologie und Ethik, S. 20–71. Reclam jun. Stuttgart 1983.
- TEUTSCH G. M. 1978.** Neue Ansätze in Richtung einer humanökologischen Ethik. – In: SCHATZ O., Was bleibt unseren Enkeln? S. 27–54. Verlag Styria.
- WOLKINGER F. 1983.** Ökologie. Die Lehre von den Wechselbeziehungen in der Natur oder die Lehre vom Naturhaushalt. – politicum 17: S. 3–9.

Das Jahr 1934 sah vier Ereignisse, die für die österreichische Geschichte von größter Bedeutung waren. Neben und nach den tragischen Bürgerkriegstagen des Februars war es die Ratifizierung des sogenannten Dollfuß-Konkordates in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai mitsamt der Inkraftsetzung der Ständestaatsverfassung, sowie der nationalsozialistische Terror mit dem Putschversuch und der Ermordung des Bundeskanzlers am 25. Juli als Höhepunkt.

Die nachstehenden Ausführungen verstehen sich nicht als Schilderung der vier genannten historischen Fakten. Hier soll versucht werden, die Verstrickung der Kirche in sie, ihre Haltung zu ihnen und deren Wirkungen auf die Kirche darzulegen; daß dies nur marginalienhaft geschehen kann, dafür sorgt schon die zeitliche Begrenzung von einer Stunde Referatsdauer.

Meine Ausführungen sind in fünf Kapitel gegliedert:

1. Dem Konkordat folgt der Rückzug der Priester aus der Politik.
 2. Ambivalentes Verhalten der Kirche zum „Christlichen Ständestaat“.
 3. Der Februaraufstand des sozialdemokratischen Schutzbundes und Kardinal Innitzers Friedens- und Begnadigungsappell.
 4. Nationalsozialistischer Terror.
 5. Der Antiklerikalismus als Bindeglied zwischen Austromarxismus und Nationalsozialismus.
- Schließen werde ich mit einem kurzen Resümee im Konnex mit einem zusammenfassenden Ausblick.

1. Dem Konkordatsabschluß folgt der Rückzug der Priester aus der Politik

Da die kultur- bzw. kirchenpolitischen Fragen, speziell die Ehe- und Schulfraße, stets so etwas wie den Rubikon für die Kirche und die Christlichsozialen, insbesondere für den Priesterkanzler Ignaz Seipel, darstellten, war es mehr als naheliegend, all diese Fragen durch ein Konkordat einer Regelung zuzuführen und sie damit aus dem tagespolitischen Kampf herauszubekommen. Nach mehreren internen Besprechungen wandte sich

die österreichische Bischofskonferenz 1929 offiziell an den Papst mit der Bitte, „die nötigen Vorbereitungen für den Abschluß eines neuen Konkordates zu veranlassen.“ Die Verhandlungen wurden zwar gewissenhaft, aber in unterschiedlicher Intensität geführt, sodaß sie sich, durch die instabilen innenpolitischen Verhältnisse bedingt, immer wieder in die Länge zogen.

Am 7. Juni 1933 konnte man in der Wiener Zeitung schließlich die Mitteilung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß lesen, in der er, auf den 5. Juni bezogen, ausführte: „... in den Abendstunden haben wir in den Räumen des Kardinal-Staatssekretärs Pacelli das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem österreichischen Staat in feierlicher Weise unterzeichnet.“ Das von Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli „als das beste seit langem“ qualifizierte Konkordat ließ mit seiner Ratifizierung jedoch auf sich warten. Beim sogenannten „Allgemeinen Deutschen Katholikentag“ in Wien im September 1933 versprach Dollfuß, Österreich werde so- gleich im Konkordat getroffene Vereinbarung „im Rahmen der bestehenden Gesetze schon jetzt zu verwirklichen“ trachten; für die Ratifizierung seien allerdings die „formalen Voraussetzungen“ noch nicht gegeben. Diese sah Dollfuß in der Nacht zum 1. Mai des tragischen Bürgerkriegsjahres 1934 für gekommen. Stunden zuvor genehmigten die von der Regierung noch anerkannten Parlamentarier das Konkordat, worauf es Bundespräsident Wilhelm Miklas gleich in derselben Nacht auf den 1. Mai ratifizierte, um so seine Publizierung gemeinsam mit der Verfassung des „Christlichen Ständestaates“ zu ermöglichen. Dieser enge Konnex zwischen Ständestaatsverfassung und Konkordat provozierte die inzwischen verbotene und in die Illegalität getriebene Sozialdemokratie derart, daß ihr im Exil in Brünn gedrucktes Zentralorgan, die Arbeiterzeitung, Formulierungen fand wie: Die Kirche „bringt jetzt ihre Beute heim in der Gestalt des Konkordates, das die Faschistenregierung mit dem Papst abgeschlossen hat“. Dem wurde die Drohung an- gefügt, daß „sobald der 'christliche' Faschismus vor der Arbeiterklasse

wird kapitulieren müssen, die Arbeiterklasse das Konkordat von 1934 wie einen Fetzen Papier behandeln" werde. Es dauerte keine vier Jahre, und das Konkordat wurde tatsächlich wie ein Fetzen Papier behandelt, allerdings nicht von der Arbeiterklasse und vom Sozialismus, sondern vom Nationalsozialismus. Mit dem Anschluß Österreichs am 13. März 1938 wurde es ein konkordatsfreier Raum und die Kirche der Willkür von NS-Potentaten preisgegeben.

Welche Konsequenzen die österreichische Kirche aus dem Abschluß des Konkordates und der damit verbundenen Ausklammerung der so verblieben umkämpften kultur- bzw. kirchenpolitischen Belange aus dem Tagesstreit zog, kann man am besten daraus ersehen, daß sie sich nun aus der Tagespolitik zurückzuziehen begann. Einer der wichtigsten diesbezüglichen Meilensteine – von welcher Seite immer der letzte Anstoß gekommen sein mag, noch sind nicht alle Quellen hierüber erschlossen – ist ohne Konkordatsabschluß 1933/34 undenkbar, nämlich der Beschluß der Bischofskonferenz vom 30. November 1933 auf Rückzug des Klerus aus der Politik. Alle Geistlichen, die Mandate als Nationalräte, Bundesräte, Landtagsabgeordnete oder Landesräte, Gemeinderäte oder Gemeindeausschußmitglieder innehatten, wurden mit Nachdruck vom Episkopat aufgefordert, binnen 14 Tagen ihre Mandate niederzulegen. Diese Rückbeorderung der Priester aus der Politik, vielleicht präziser aus ihren politischen Funktionen, die sie als Mandatsträger der Christlichsozialen Partei innehatten, stürzte diese in eine heillose Verwirrung. Niemand wußte genau, wie dieser Schritt der Bischöfe am besten zu deuten sei. Ein halbes Jahr zuvor noch, im April, hatte Bundeskanzler Dollfuß in Rom bei Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli erfolgreich dahingehend interveniert, daß in die Verhandlung stehende österreichische Konkordate keine Klausel über ein politisches Betätigungsverbot der Priester aufgenommen werde. Solches hatte nämlich zur selben Zeit die deutsche Delegation mit Franz von Papen an der Spitze beim Heiligen Stuhl für das Reichskonkordat verlangt.

Als die österreichische Bischofskonferenz am 30. November ihren berühmten Rückzugsbeschluß faßte, scheint Dollfuß diesen jedoch zur Kenntnis genommen und, wie manche Autoren meinen, insgeheim begrüßt, wenn nicht gar initiiert zu haben. Die Sozialdemokratie wertete diesen Beschluß der Bischofskonferenz als ein Mißtrauensvotum der Kirche dem autoritären Kurs des Bundeskanzlers gegenüber. Die französische Zeitung *L'Action Française* vom 14. Dezember 1933 mutmaßte hinter diesem Be-

schluß den Vatikan und verdächtige diesen hierbei der direkten Förderung des von Deutschland betriebenen Anschlusses Österreichs. Lautstark meldete sich die nationalsozialistische Presse zu Wort. „Der Völkische Beobachter (Nr. 344/5 v. 10. Dez.) schrieb von 'einem neuen schweren Schlag für die Christlichsozialen: Die Kirche kündigt dem Dollfuß-System. Die politisch-klerikale Gewaltenteilung hört auf. Die Bischofskonferenz bescheinigt Herrn Dollfuß sein bevorstehendes Ende'. Das Blatt führt den Beschluß auf den Einfluß Kardinal Innitzers zurück und wertet ihn als Schritt der Kirche, die sich auf die künftige Umstellung einrichte. Die derzeitige Verwicklung politischer und kirchlicher Belange bereite der Kirche unheilbaren Schaden. 'Massenaustritte aus der Kirche, besonders in den Alpenländern, sind die Folge ihrer Verbindung mit einem der überwiegenden Masse des Volkes verhaßten System, sodaß die Kirche sich zwangsläufig von der Mitverantwortung für die christlichsoziale Politik befreien muß, will sie nicht das unabänderliche Schicksal der christlichsozialen Partei teilen'. – Besonders heftig war die Polemik des in München herausgegebenen Österreichischen Pressedienstes (Nr. 33 vom 9. Dezember 1933), der unter dem Titel: 'Die katholische Kirche läßt Herrn Dollfuß fallen', von einem 'Keulenschlag gegen die Regierung' schrieb.“

Diesen nationalsozialistischen Spekulationen setzte der Osservatore Romano vom 13. Dezember 1933 und der in der Literatur viel zitierte und viel kritisierte Weihnachtshirtenbrief der österr. Bischöfe des Jahres 1933 ein Ende. Der Osservatore Romano ließ verlauten: „Die Österreichischen Bischöfe sehen in der gegenwärtigen katholischen Regierung die sicherste Garantie für die religiösen Interessen, und deshalb fallen die Gründe weg, weshalb Geistliche Mandate und politische Stellen annehmen“. Im Weihnachtshirtenbrief, der unverkennbar die Handschrift Bischof Gföllners von Linz trägt, findet sich die Formulierung: „Der bisherige parteipolitische Standpunkt soll nach den wiederholten Erklärungen der Regierung mehr dem einheitlichen vaterländischen Gedanken Raum lassen; einer geplanten Weiterentwicklung in dieser Richtung will die Kirche in keiner Weise hinderlich sein oder auch nur den Anschein erwecken, als bevorzuge sie irgendeinen parteipolitischen Standpunkt. Eben deshalb hat sie ihre Priester zurückgezogen, behält sich aber vor, nach endgültiger Neugestaltung der staatlichen Ordnung dieser ihre Priester wieder zur Verfügung zu stellen, wenn und wie es ihr nach ihrem Urteil gut erscheint“. Die Notwendigkeit kirchlichen tagespolitischen Engagements war somit nach der Berei-

nigung der kultur- bzw. kirchenpolitischen Belange, wie sie das Konkordat insbesondere darstellt, dem pastoralen Ermessen und Belieben gewichen.

2. Ambivalentes Verhalten der Kirche zum „Christlichen Ständestaat“

Zur Eröffnung des sogenannten Allgemeinen Deutschen Katholikentages in Wien, der aber ob der Tausend-Mark-Sperre Hitlers ohne die Deutschen aus dem III. Reich stattfand, hielt Bundeskanzler Dollfuß am 9. September 1933 eine Begrüßungsansprache, wobei er diese Gelegenheit zu einer programmatischen Rede über und für den projektierten „Christlichen Ständestaat“ nutzte oder, wie manche heute urteilen, mißbrauchte. Lautstark verkündete er vor versammelter Prominenz den dichtgedrängten Wiener Stadion lauschenden Katholiken: „Ja! Wir wollen einen christlich-deutschen Staat in unserer Heimat errichten! Wir brauchen uns nur an die letzten Enzykliken des Heiligen Vaters zu halten; sie sind uns Wegweiser für die Gestaltung des Staatswesens in unserer Heimat. Die jetzige Regierung ist einmütig entschlossen, im christlich-deutschen Geist die Erneuerung von Staat und Wirtschaft in die Wege zu leiten.“

Wir werden ständische Formen und ständische Grundlagen, wie sie die Enzyklika 'Quadragesimo anno' uns so schön verkündet, zur Grundlage des Verfassungslebens nehmen. Wir haben den Ehrgeiz, das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herrlichen Enzyklika im Staatsleben Folge leistet“.

Der offizielle Katholikentagsbericht wird sicherlich korrekt die Situation wiedergeben, wenn er zur Dollfuß-Rede erzählt: „Die denkwürdigen Worte des Bundeskanzlers waren fast von Satz zu Satz von dem Beifall der Massen unterbrochen“. Daß Dollfuß diese Beifallsstürme des Katholikentages als Zustimmung für seinen autoritären Kurs und für den angekündigten Ständestaat auffassen konnte, ja mußte, liegt auf der Hand. Diese Beifallsstürme „steigerten sich“, heißt es im Bericht weiter, „minutenlang das Stadion durchbrausend, bei den Worten des Kanzlers, seine Regierung habe den Ehrgeiz, als erste die Enzyklika 'Quadragesimo anno' zu verwirklichen, und schwellen zum nicht enden wollenden Beifallssturm, als er mit dem feierlichen Gelöbnisse schloß, einen christlichen Staat vorbereiten zu wollen“. Daß dieser nicht enden wollende Jubel des vollbesetzten Stadions mit dem päpstlichen Legaten La Fontaine, Kardinal Innitzer und den Bischöfen an der Spitze sehr wesentlich dazu beitrug, Kirche und „Christlichen Ständestaat“ in engster innerer Verbindung oder gar in fließenden

Übergängen zu sehen, nimmt kaum Wunder. Dazu kommt, daß die österreichischen Bischöfe in einer Denkschrift „über vaterländische Jugenderziehung“, die sie im Dezember 1933 Bundeskanzler Dollfuß überreichten, Engelbert Dollfuß wissen ließen: „Hat ja doch der Herr Bundeskanzler mehr als einmal und in vollster Offenheit seine Absicht kundgegeben, einen berufsständischen Bundesstaat auf christlicher Grundlage und im Sinne der Enzyklika 'Quadragesimo anno' aufzubauen. Für dieses offene Bekenntnis der Regierung zur christlichen Staats- und Gesellschaftsidee und für diese enge Fühlungnahme der Regierung mit der Kirche bzw. dem Episkopat spricht darum letzterer auch an dieser Stelle seine dankbarste und freudigste Anerkennung aus“. Die Bischöfe gehen sogar, offensichtlich in der Euphorie, daß mit der feierlichen Unterzeichnung des Konkordates der kulturpolitische Frieden endlich eingekehrt schien, noch einen Schritt weiter und qualifizieren die Maßnahmen des autoritären Systems, den parteipolitischen Pluralismus zugunsten der im Mai 1933 kreierten Einheitspartei, der „Vaterländischen Front“, zurückzudrängen, als mit vollem Recht erfolgt und als großen Segen. Wollte man hier stehenbleiben, und würde man das als die allein gegebene Haltung des österreichischen Episkopates referieren, täte man unseren damaligen Bischöfen nicht nur Unrecht, sondern man machte sich geradezu einer Geschichtsfälschung schuldig. Dieselben Bischöfe haben nämlich in derselben Denkschrift warnend und tadelnd ihre Stimme zu Versuchen, den Faschismus in Österreich zu etablieren, erhoben. Wiederum wörtlich: „Es sei in aller Offenheit darauf hingewiesen, daß gewisse Gefahrenmomente für Einbürgerung faschistischer Imitationen nach italienischem Muster bestehen und immer mehr an die Oberfläche treten. 'Balilla' – Organisationen als erste Stufe der faschistischen militärischen Jugendorganisationen mögen für Italien am Platze sein: für unsere Verhältnisse kommt der Faschismus als 'Importware' nicht in Betracht, ja muß in seiner Grundlage des absolutistischen Totalitätsstaates entschieden abgelehnt werden“. So die Bischöfe Ende 1933 und nicht 1935, wie diese Denkschrift in der Literatur bisweilen irrtümlich datiert wird. Besonders aufhorchen läßt diese Denkschrift, die die Bischöfe, wie gesagt, im Dezember 1933 Engelbert Dollfuß übergeben hatten, auch ob des unmißverständlichen Hinweises, daß die Heim(at)weh nur „bis auf Widerruf“ geduldet werden kann. Dieses Ja der österreichischen Kirche zum autoritären berufsständischen Kurs der Regierung Dollfuß gepaart mit dem entschiedenen Nein

zum Faschismus läßt an die Haltung des Parteivorstandes der Sozialdemokratie denken.

Mit Datum vom 7. Jänner 1934 ermächtigte die Sozialdemokratie ein Komitee, bestehend aus vier namhaften Persönlichkeiten ihrer Partei, mit dem Regierungslager Unterhandlungen auf einer Grundlage zu führen, die in der wissenschaftlichen Aufarbeitung zu wenig Beachtung gefunden zu haben scheint, und die auszugewiesenermaßen wiedergegeben sei. Im Verhandlungsmandat stand wörtlich: „Die Sozialdemokratie . . . gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Rückkehr zu den normalen parlamentarischen Verhältnissen derzeit nicht möglich ist und daß die Regierung in einer Zeit außerordentlicher Bedrohung des Staates außerordentlicher Vollmachten bedarf. Daher schlägt sie vor, daß das Regime der Notverordnungen aufgrund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes . . . durch ein verfassungsmäßiges Ermäßigungsregime ersetzt werde. Dies kann entweder ohne Einberufung des Parlamentes im Sinne des Artikels 18 der Bundesverfassung unter Mitwirkung des Unterausschusses des Hauptausschusses oder durch ein vom Parlament zu beschließendes Notstandsermächtigungsgesetz geschehen.“

Zugleich müssen die Vorbereitungen zur Schaffung einer neuen endgültigen Verfassung, die auf verfassungsmäßigem Wege beschlossen werden muß, fortgesetzt werden . . . Die Sozialdemokratie ist jedoch bereit . . . dem Einbau berufsständischer Einrichtungen in eine solche Verfassung zuzustimmen, sofern es sich um wirkliche berufsständische Selbstverwaltung, nicht um faschistische Zwangskorporationen handelt. Die Sozialdemokratie hält es andererseits im Interesse der Festigung der Demokratie für geboten, daß in die Verfassung plebiszitäre Einrichtungen nach dem Vorbilde der Schweiz eingebaut werden“. So steht es verbaliter in dem Papier, das von der Sozialdemokratie der Dollfuß-Regierung am 10. Jänner 1934 zugeleitet wurde. Wenn nun sogar die Sozialdemokratie unter gewissen Kautelen bereit war, eine berufsständische Verfassung zu akzeptieren, sofern damit keine faschistischen Zwangskorporationen verbunden waren, kann man es da noch der Kirche bzw. unseren Bischöfen undifferenziert zum Vorwurf machen, daß sie Ja zur berufsständischen Ordnung gesagt haben? Sie haben doch auch den Faschismus mit eindeutigen Worten negiert. Sollte man angesichts dieser Sachlage nicht vorsichtiger mit dem Schlagwort „Klerikalfaschismus“ umgehen? War doch auch die Sozialdemokratie im größten Verantwortungsbewußtsein im Österreich Mitte Jänner 1934 nachweislich bereit, ihrer-

seits bis zum äußersten zu gehen, um mit dem Dollfuß-Regime einen modus vivendi zu finden, damit die immer drohender werdende braune Gefahr abgewehrt werde. Das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg-Regime hat sich bei der Installation des sogenannten Christlichen Ständestaates immer wieder auf die Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ berufen. (Daß bei der geistigen Grundkonzeption besagter ständestaatlicher Verfassung so bekannte und markante Persönlichkeiten wie August Maria Knoll, Johannes Meßner und Karl Rudolf Männer der ersten Stunde waren, scheint übrigens zu wenig bekannt zu sein.) Diese Berufung der Regierung auf die genannte Enzyklika währte in unterschiedlicher Intensität bis zum Anschluß 1938. Wenn nun der Hauptautor jener Enzyklika „Quadragesimo anno“, P. Oswald von Nell-Breuning, konstatierte, die Enzyklika sei keineswegs als Staatsprogramm, sondern nur als ein Aufruf zur Gesellschaftsreform gemeint gewesen und Österreich habe sie ständestaatlich mißverstanden, so ist dieses Urteil ohne Zweifel gerade für den Historiker sehr ernst zu nehmen. Der Feststellung, den „Christlichen Ständestaat“ als „Quadragesimo anno-Staat“ zu bezeichnen sei ein „Humbug“, muß man der Historie zuliebe allerdings die Tatsache zur Seite stellen, daß in jenen Dreißigerjahren weder von offiziellen vaticanischen noch von sonstigen kirchlichen Stellen Protest gegen die Interpretation von Dollfuß und seinen Mitstreitern erhoben wurde, die besagte, der österreichische Ständestaat gründe sich in seinem Aufbau bzw. seiner Verfassung auf die Enzyklika „Quadragesimo anno“. Die häufig vertretene These, Österreich habe „Quadragesimo anno“ schlechtweg mißverstanden, als es seine Verfassung 1934 unter Berufung auf diese Enzyklika ständestaatlich umstrukturierte, erscheint jene Verknüpfung ungenügend zu erklären. Denn dieser Reduktion auf bloßes Mißverständnis stehen die vielen Belobigungen, die Österreich, insbesondere Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, aus dem Vatikan erhielt, augenscheinlich entgegen. Wieweit sich hier Mißverständnis und Verständnis der Enzyklika paarten, ist noch nicht in jenem Maße erforscht, daß das Schlußwort gesprochen werden kann. Daß man den „Christlichen Ständestaat“ Österreichs weder als Mißverständnis der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ noch als Humbug undifferenziert und restlos mit der linken Hand vom Tisch wischen darf, dafür sei auch ein Zeugnis angeführt, das bis heute kaum Beachtung gefunden hat. Ein Angehöriger der Apostolischen Nuntiatur in Wien namens Josephus di Meglio untersuchte in seiner Monographie „De novissimo Austriae regi-

mine“, die 1936 im Vatikan gedruckt wurde und die das Imprimatur des Generalvikars „Civitas Vaticanae“ namens Zampini erhielt, die juristische Grundstruktur, sprich Verfassung des „Christlichen Ständestaates“ im Hinblick auf die Lehren und Vorschriften der Päpste, nicht zuletzt wie sie Pius XI. in der bewußten Sozialenzyklika festgelegt hatte.

Msgr. Joseph di Meglio kommt dabei auf S. 103 zum Schluß: „So können wir zusammenfassen, daß diejenigen, welche die österreichische Republik regierten, sich mit aller Kraft und Anstrengung bemüht haben, den Staat betreffs seiner Verfassung, so sehr wie die Verhältnisse und die geschlossenen Verträge es erlaubten, auf jede mögliche Art und Weise gemäß der Lehre und den Vorschriften der römischen Päpste zu gründen“.

3. Februaraufstand des sozialdemokratischen Schutzbundes und Kardinal Innitzers Friedens- und Begnadigungsappell

„Der erste Schuß, auf den es sonderbarer Weise immer ankommt, fiel . . . wohl von sozialistischer Seite“, konstatierte der anerkannte Historiker Hans Leo Mikoletzky. Dem fügt er an: „Daß die Sozialdemokratie dazu nicht berechtigt war, weil es immerhin die staatliche Exekutive war, die bei ihr eindrang, dürfte unleugbar sein“. Der sozialistische Historiker Joseph Buttinger faßt zusammen: „Der führerlose bewaffnete Widerstand der österreichischen Arbeiter, die mit ihrem Blut den Parteiuntergang aus einem bloß erbärmlichen in ein gleichzeitig heroisches Ereignis verwandelten, dauerte drei Tage.“ Der Führer der Sozialdemokraten, Dr. Otto Bauer, war bereits am 13. Februar in die Tschechoslowakei geflüchtet. Die Revolte, die vom sozialdemokratischen Schutzbund gegen den erklärten Willen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei durchgeführt wurde, war selbst unter der Arbeiterschaft nicht populär!

Die späteren Bundespräsidenten, der gefeierte Staatsmann Karl Renner wie auch Theodor Körner, versuchten noch am Montag, dem 12. Februar, als in Linz bereits geschossen wurde, durch Vorsprache bei Bundespräsident Wilhelm Miklas bzw. beim niederösterreichischen Landeshauptmann Josef Reither das Ärgste, nämlich den Bürgerkrieg, im letzten Moment doch noch zu verhindern. Selbst die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer übergroßen Mehrheit taten überhaupt nicht mit; der ausgerufenen Generalstreik wurde nur sehr partiell und in wenigen Orten durchgeführt. Sogar der Schutzbund ließ sich nur teilweise motivieren und mobilisieren. Der Hinweis, daß diverse Schutz-

bundführer zuvor schon verhaftet worden waren, ist eine ungenügende Erklärung für das Absichtsstehen großer Teile dieses gut bewaffneten sozialdemokratischen Wehrverbandes. Von einem Aufstand der Arbeiter zu reden ist somit unhistorisch; von einer Revolte des Schutzbundes als solchem zu sprechen ist unexakt. Die korrekteste Denomination dürfte nach all dem, was wir heute wissen, partielle Schutzbund-Revolte sein. Diese war aber immerhin vehement genug, um auf beiden Seiten schwere Opfer zu kosten. Zu diesen Opfern sind noch jene (acht/neun) Männer zu zählen, denen eine grausame Justiz durch das Standgericht das Leben nahm, deren bekanntester Koloman Wallisch aus Bruck an der Mur war, „der durch seinen bedingungslosen Einsatz für die Sozialisten zu einer mythischen Figur wurde“ (Walter Goldinger) und dessen Andenken nicht nur in Leoben, am Orte seiner Hinrichtung und seines Grabes, hochgehalten wird.

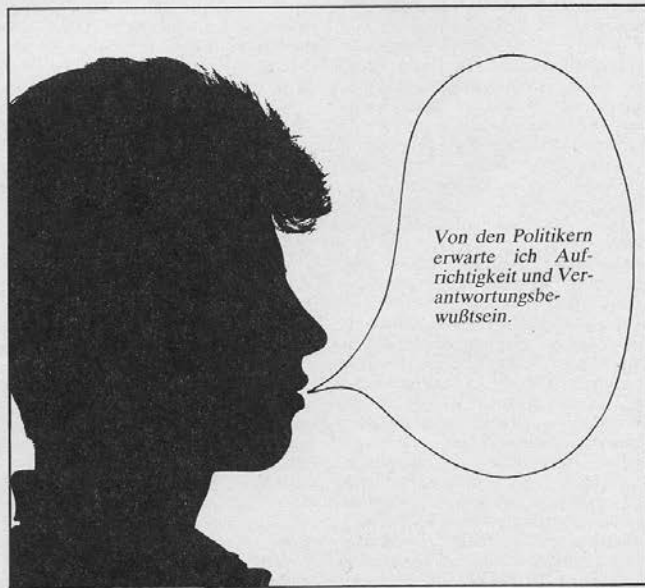
Worum ging es bei dieser partiellen Schutzbundrevolte? Was war ihr Ziel? Was wollten jene sozialdemokratischen Schutzbündler, die zu den Waffen griffen, denn erreichen? Diese Gretchenfrage zu beantworten ist weitaus schwieriger als gemeinlich angenommen bzw. versucht wird. Daß der Sturz des autoritären Dollfuß-Regimes intendiert war, ist klar. Aber was dann? Was sollte an seine Stelle treten? Der Parlamentarismus, wie er vor der Parlamentslahmlegung bestand, war das das Ziel der Revolte?

Da der Parteivorstand der Sozialdemokratie sich bis zum Schluß gegen einen bewaffneten Aufstand aus-

sprach, scheint es sowohl naheliegend wie auch legitim, denjenigen nach Ziel und Zweck des Aufstandes zu befragen, der die Order „Zu den Waffen“ und damit zur Revolte erteilte, und das ist **Richard Bernaschek** von Linz. Er gab den alles entscheidenden Anstoß zum Aufstand bzw. zur Revolte: die Waffensuche der Polizei in seiner Parteizentrale im Hotel Schiff in Linz am 12. Februar 1934 um 7 Uhr früh war praktisch nur das Signal zum Losschlagen. Der oberösterreichische Schutzbundführer und Landessekretär der dortigen Sozialdemokratie Bernaschek ließ sich über seine ideologische Grundposition folgend vernehmen: „In einer Periode der sozialen Umwälzung kann es daher keine Demokratie geben. Entweder richtet das konservative Regime oder das revolutionäre Element die Diktatur auf. . . . Der dritte Weg, der begangene, der die Sozialdemokratie – mit Unrecht – bei der verzweifelten Masse der Bevölkerung mit der Mitverantwortung belastete und ihr das Vertrauen raubte, mußte zur Niederlage, zur Vernichtung führen“.

Eine vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Linz erarbeitete Studie über Richard Bernaschek resümiert in puncto Bernascheks weitreichenden Zielvorstellungen:

„Bernaschek trat unverblümt für eine revolutionäre Erhebung zum Sturz des Faschismus und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein“. In diesem Zusammenhang scheint es angebracht, darauf zu verweisen, daß die bewaffneten sozialdemokratischen Schutzbündler ein Gelöbnis ablegen mußten, in dem weder Parlamentaris-



Von den Politikern
erwarte ich Auf-
richtigkeit und Ver-
antwortungsbe-
wußtsein.

mus und Demokratie noch der Mehrparteienstaat als verteidigungs- und schutzwürdige Güter genannt werden. Ich darf diese Eidesformel, quasi als Parenthese, verlesen:

„Das bewaffnete Proletariat ist die einzige Sicherung unserer Republik. Wir bewaffneten Schutzbündler sind die Sturmtruppen, die die reaktionäre Ordnung der Ausbeutung zerschmettern und die neue Ordnung des Sozialismus aufbauen, in welcher es nur arbeitende, klassenbewußte Menschen gibt. Deshalb ist es unsere Pflicht, jeden Schutzbündler zu bewaffnen. Die kapitalistische Ordnung muß früher oder später zerstört werden. Wir müssen einen rein sozialistischen Staat schaffen, dessen Hüter ein jeder bewaffnete Schutzbündler ist. In diesem Bewußtsein ergreife ich die mir zugewiesene Waffe und gelobe mit meinem Ehrenworte, daß dieselbe aus meiner Hand nur nach meinem Tode genommen werden kann. Breche ich aber mein Gelöbniß, dann bin ich ein Verräter und habe die Folgen selbst zu tragen.“ (Zeitgeschichte, 11. Jg., 1984/Februar, S. 157).

Bernaschek gelang Anfang April 1934 mit nationalsozialistischer Hilfe die Flucht aus dem Linzer Landesgericht nach Hitler-Deutschland wo er versuchte, ein Kampfbündnis mit den Nazis gegen das Dollfuß-Regime zu schließen. Von jenen Tagen stammen nachstehende Worte Bernascheks, auf die Sozialdemokratie bezogen: „Unsere Genossen stehen vor einer historischen Stichwahl, nicht vor einer Neuwahl. Das Programm der Nationalsozialisten steht uns näher. Ohne Gesinnungsänderung können sie daher zu dieser Stichwahl gehen!“

In München gab Bernaschek, der knapp vor dem Kriege aus dem KZ Mauthausen von der SS hinterrücks erschossen wurde, alsbald nach seiner Flucht eine Pressekonferenz, in der er laut Zeitungsbericht erklärte: „Er sehe im Nationalsozialismus keinen Feind der Arbeiter mehr, wie dies in Österreich täglich durch die Presse und den Rundfunk verbreitet werde, sondern nur eine andere Form des Sozialismus, der in einigen Punkten dieselben Ziele anstrebe, für die die Schutzbündler gekämpft haben“.

Kann man angesichts solcher ideologischer Grundbefindlichkeit bei Maßgebenden unter den Revoltierenden es dem Wiener Kardinal Innitzer allzu sehr verargen, wenn er die Bürgerkriegsopfer auf Seiten der Exekutive als Helden, die das Unheil von den Heimstätten und Altären abgewehrt hätten und dabei starben, bezeichnet? Diesen Äußerungen des Kardinals muß aber ergänzend hinzugefügt werden, daß derselbe Innitzer sich auch um die Verwundeten und Hinterbliebenen auf der Seite des Sozialdemokratischen Schutzbundes kümmerte, sorgte und für sie einsetzte. So er-

schiem am 3. Tag des Bürgerkrieges, am 15. Februar 1934, in den Tageszeitungen ein Aufruf, in dem der Kardinal unter anderem formulierte: „Die Arbeitslosigkeit ist der schlimmste Dämon unserer Zeit; sie zu überwinden, ist des höchsten Einsatzes aller ideellen und materiellen Kräfte des Volkes wert. Fällt dieser gierige Vampir, dann ist auch der Boden für die so notwendige Sanierung der Irregaleiten, Gestrandeten und Hoffungslosen frei . . . Darum rufe ich als Oberhirte, schmerzlich besorgt um unsere heiligsten Güter, alle Österreicher ohne Unterschied der Partei, der Religion und der sozialen Stellung dringend auf und beschwöre sie, dem Kampfe Einhalt zu tun und die Hand zu bieten zum Frieden“.

In eben diesem Aufruf vom 15. Februar, an dem der Bürgerkrieg noch andauerte, hat der Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz, Kardinal Innitzer, allen, die sich für ihr Tun immer wieder auf die Sozialzyklika „Quadragesimo anno“ beziehen, und damit konnte primär nur Bundeskanzler Dollfuß gemeint sein, ins Gewissen geredet: „Friede im Betrieb, Friede in der Werkstatt, Friede zwischen allen, die arbeiten, ob sie in dieser oder jener Stellung sich befinden. Das ist der religiöse Sinn der berufsständischen Ordnung der 'Quadragesimo anno'! Sie lehrt den Arbeitsfrieden und die Friedensbereitschaft auf allen Seiten“. Mit maßgeblicher kirchlicher Unterstützung wurde speziell in Wien, wo der Bürgerkrieg am längsten währte und die schrecklichsten Folgen zeitigte, ein weitverzweigtes Hilfsprogramm erstellt. Innitzer erklärte am 23. Februar im Rundfunk: „Es ist nur selbstverständlich, daß all diese Hilfseinrichtungen in besonderer Weise der Bevölkerung in den Arbeiterbezirken zugute kommen sollen, wo die Not am größten ist. Es ist mein sehnlichster Wunsch, daß diese Hilfe ein äußeres Zeichen sein soll für die ehrliche und innere Hilfsbereitschaft der Spender“. Der Wiener Erzbischof ließ es sich auch nicht nehmen, inhaftierte Schutzbündler im Gefängnis zu besuchen, was nicht immer als versöhnliche Geste angesehen wurde.

Auf seine von ehrlicher Nächstenliebe, die nicht Freund und Feind kannte, geprägten Aufrufe hin erhielt Innitzer beleidigende Briefe, die ihresgleichen suchen. So heißt es z. B. in einem Brief, der sich im Nachlaß des Kardinals befindet: „Sie haben es für richtig gehalten, unmittelbar nach den Tagen schwerster Abwehrkämpfe gegen den bolschewistischen Terror, welchen ein Gesindel jüdischer Schweinehunde seit Jahren planmäßig betreibt, einen Aufruf zu erlassen, der jedem Kämpfer ein Faustschlag ins Gesicht ist . . . Es werden die Tage kommen, wo Sie neuerlich am eige-

nen Leib verspüren werden, wie der Dank dieser roten Freibeuter aussieht . . . Die Todesopfer unserer braven Exekutive klagen Sie gleich den überlebenden Helden dieser Tage an und werden dafür sorgen, daß Sie verschwinden. Betätigen Sie sich als Betschmönch für Ihre barmherzigen Opfer – aber nicht in unserem Vaterland Österreich . . .“

Daß der Kardinal, offensichtlich einer Einladung des Regierungskommissärs bzw. Bürgermeisters Richard Schmitz folgend, das nunmehr von den Christlichsozialen eroberte Wiener Rathaus, die stolze Hochburg der Sozialdemokratie, besuchte, um es und die niederknienden Beamten zu segnen, wird in der wissenschaftlichen Literatur meist unter die neue Gegenreformation, wie jenes Lustrum österreichischer Geschichte von 1933 bis 1938 verschiedentlich apostrophiert wird, subsumiert. An dieser Stelle sei nicht nur des steirischen Lokalkolorits wegen auf ein kaum bekanntes und zu Unrecht – ganz zum Unterschied von Koloman Wallisch – fast vergessenes Einzelschicksal hingewiesen, das sich in Graz ereignen sollte. Am Samstag, dem 17. Februar 1934, verurteilte das Ständergericht in Graz Josef Stanek zum Tode, und am Nachmittag, knapp nach 16 Uhr, erfolgte die Hinrichtung durch den Strang. Dem sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Stanek, der nach seinen eigenen Angaben im Jahre 1930 aus seinem Parteivorstand ausgeschieden worden war, „weil er sich mit seinen Anschauungen in der Partei nicht durchsetzen konnte“, wurde von dem Ständergericht keine einzige ihm zur Last gelegte strafbare Handlung nachgewiesen. Trotzdem plädierte der Staatsanwalt für die Todesstrafe mit der Begründung: „ . . . Stanek war ein Hetzer wie die anderen“. In ihm habe der „Geist der Zersetzung und der Zerstörung“ gelebt. Der Grazer Priester, Theologieprofessor, Pazifist und Lebensreformer, der vielfach promovierte Johannes Ude, der sich der gebrochenen Witwe Staneks annahm, hat in seinen 1934 geschriebenen noch unveröffentlichten Lebenserinnerungen die Stimmung und innere Einstellung festgehalten, die in weiten Kreisen der Bevölkerung vorgeherrscht haben dürfte: „Die verschiedenen ständerrechtlichen Hinrichtungen im Zusammenhang mit dem sozialdemokratischen Aufstand am 12. Februar haben mich innerlich geradezu aufgewühlt und mir die ganze Ruhe genommen. Mit Abscheu wandte ich mich von einer Regierung ab, die sich christlich nennt, aber ruhig den Galgen aufrichtet und politisch Andersdenkende einfach aus dem Leben schafft. Welch ein Haß dadurch großgezogen wird, ist nicht zu ermessen. Wohl trifft die Sozialdemokraten, namentlich deren

Führer, große Schuld. Aber mit dem Standgericht wird die politische Lage nicht verbessert . . . Was mir Frau Stanek über die Leiden und über die unmenschliche Behandlung erzählte, die ihr Mann und sie in der Haft ausstehen hatten, ist derart, daß man es nicht glauben möchte, daß so etwas in einem 'christlichen' Staat mit einer sich 'christlich' nennenden Regierung möglich sei."

Und was sagte die offizielle Kirche, der Episkopat, zu den abscheulichen und unfassbaren Standgerichten, präziser ausgedrückt, zu den Hinrichtungen im Zuge der standgerichtlichen Verfahren? Aufgrund eines Ersuchens des französischen Botschafters beim Vatikan, der Hl. Stuhl möge bei Bundeskanzler Dollfuß im Sinne der Milde für die Rädelführer intervenieren, sandte Kardinalstaatssekretär Pacelli postwendend noch am 15. Februar ein Telegramm zum hiesigen Nuntius Enrico Sibilia. Kardinal Eugenio Pacelli ersuchte darin den Wiener Nuntius um seine Wohlmeinung. Darauf konzipierte Nuntius Sibilia eine Antwort in dem Sinne, daß ein solcher Schritt des Hl. Stuhles nicht nötig sei, da die hohen menschlichen und christlichen Eigenschaften des Herrn Bundeskanzlers zur Genüge bekannt seien, um jeden Zweifel daran auszu-schließen, daß er in irgendeiner Weise das notwendige Maß überschreiten könnte. Weiters führte der Wiener Nuntius an, daß ein solcher Appell des Heiligen Stuhles die Position des Herrn Bundeskanzlers in diesen schweren Zeiten nur schwächen könnte, da sie von den Gegnern Österreichs doch als Kritik und Mahnung aufgefaßt werden würde. Ganz anders und frei von diplomatischen Rücksichten und Überlegungen hat offensichtlich Kardinal Innitzer gedacht und gehandelt. Er muß nämlich sehr nachhaltig bei der Dollfuß-Regierung für die Begnadigung der standgerichtlichen Verurteilten interveniert haben, ansonsten ließe sich ihr ins Detail gehender Rechtfertigungsversuch, niedergelegt in einem Brief vom 21. Februar 1934 an Kardinal Innitzer, nicht erklären. Ich darf aus diesem vom Referenten aufgefundenen 2½ Seiten umfassenden Verteidigungs- und Rechtfertigungsschreiben der Dollfußregierung - unterzeichnet von Minister Kurt Schuschnigg - ein paar Sätze zur Kenntnis bringen:

„Sr. Eminenz, dem hochwürdigsten Herrn Kardinal Fürsterzbischof von Wien Dr. Theodor Innitzer.

Ich nehme die Beendigung des Ausnahmezustandes und die Aufhebung des standgerichtlichen Verfahrens wegen Aufruhr zum Anlasse, um Eurer Eminenz auch schriftlich die mir mitgeteilte Verwendung in der Richtung auf möglichste Begnadigung zu bestätigen. Ich darf versichern, daß ich mit Rücksicht auf diesen, mir selbst auch

sehr am Herzen gelegenen Wunsch Eurer Eminenz, soweit dies irgend vertretbar war, Gnadenanträge an den Herrn Bundespräsidenten gestellt habe. Von den rund 150 Tätern, die vor das Standgericht gestellt wurden, mußte an acht Tätern die Todesstrafe vollzogen werden; darunter waren drei in Wien, zwei in St. Pölten, einer in Graz, einer in Steyr und einer in Leoben (Wallisch) . . . Ich kann daher guten Gewissens sagen, daß der Vollzug der Todesstrafe nur wirklich schwerst Schuldige getroffen hat. Mit Rücksicht auf den großen Umfang der standgerichtlichen Verurteilten und auch die Zahl der verhängten Todesurteile ist die Anzahl der Justifizierten glücklicherweise eine sehr geringe zu nennen."

4. Nationalsozialistischer Terror

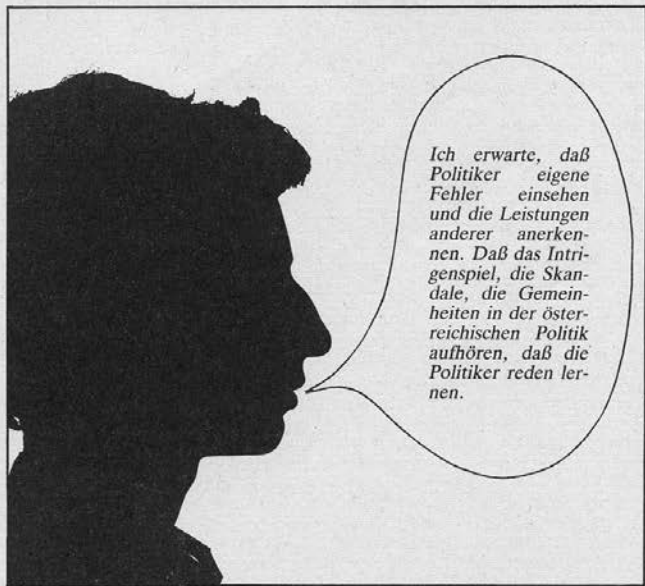
An dieser Stelle sei die Aufmerksamkeit auf den nationalsozialistischen Terror gelenkt, der sich außer beim Mord an Bundeskanzler Dollfuß noch ereignet hat, der aber ob des Putsches am 25. Juli völlig in den Hintergrund tritt. Ein spezieller Fall, der sich in der Industriestadt Kapfenberg zutrug, sei herausgegriffen. Einen Monat vor der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers fiel Kaplan Franz Eibel einem gemeinen nationalsozialistischen Anschlag zum Opfer. Ein neben dem Haustor des dortigen Pfarrhofes deponierter Ekrasit Sprengkörper mit eingebautem Zeitmechanismus explodierte in der Nacht des 23. Juni 1934 gerade in dem Augenblick, als Eibel, der auch Seelsorger der dortigen Gruppe der Ostmärkischen

Sturmscharen war, vorbeikam. Eibels Becken wurde vom Sprengstoff zerrissen, jede ärztliche Hilfe war vergebens, und so starb er um 8 Uhr früh des nächsten Tages. Daß hinter diesem tödlichen Attentat nicht die zunächst beschuldigten Sozialdemokraten und Kommunisten standen, sondern die Nationalsozialisten, scheint eindeutig erwiesen.

Bei den Trauerfeierlichkeiten in Kapfenberg hielt Bundesminister Kurt Schuschnigg einen Nachruf, den er mit den mehrdeutigen Worten schloß: „Nun wird es ernst, Kameraden!“. Beim Begräbnis in seinem Heimatfriedhof Straß, zu dem sich ähnlich wie in Kapfenberg Menschenmassen eingefunden hatten, führte in der Vertretung des Fürstbischofs der Ordinaratskanzler Josef Steiner von Graz den Trauerkondukt an. Sein würdiger Nachruf schwor nicht Rache, sondern rief nach Frieden: „Deshalb wollen wir dich“, rief Kanzler Steiner dem toten Arbeiterpriester ins Grab nach, „hingegeben dem lieben Gott mit der Bitte, er möge dafür uns den Frieden schenken. Wir wollen keine Rache, keine blutige Vergeltung“.

Nach Eibels Tod verging kaum ein Monat, und Bundeskanzler Dollfuß wurde das Opfer eines nationalsozialistischen Putschversuches; man ließ ihn im Bundeskanzleramt einfach verbluten.

Mit seiner Ermordung am 25. Juli 1934 wurde Bundeskanzler Dollfuß zum Heros und Mythos. Politik, Religion, politische Propaganda und Heiligenkult wurden zu einem unentwirrbaren Knäuel verweben, an dem die Kirche maßgeblich mitgesponnen hat. Dieser Kult begann theologisch



Ich erwarte, daß Politiker eigene Fehler einsehen und die Leistungen anderer anerkennen. Daß das Intrigenspiel, die Skandale, die Gemeinheiten in der österreichischen Politik aufhören, daß die Politiker reden lernen.

höchst problematische Züge anzunehmen, als man meinte, Dollfuß' Sterben mit Christi Opfertod und Erlösungswerk in Parallele setzen zu müssen. Vier Monate zuvor, am 19. Februar, hatte der in der Tschechoslowakei geflüchtete Führer der Sozialdemokratie Otto Bauer geschrieben: „Daß die Herren Dollfuß und Fey die Arbeiter für sich gewinnen könnten, ist nicht zu befürchten...“

Viel größer ist die Gefahr, daß der Nationalsozialismus in verstärktem Maße in die Arbeiterschaft einzudringen vermöchte... So mancher Arbeiter denkt heute: Wenn die Nazi uns nur versprechen, den Dollfuß und den Fey aufzuhängen, dann gehen wir mit ihnen!“

Otto Bauer hat die ungeheure Problematik, die hinter der Grundposition, die hier zutage tritt und die schlicht und einfach heißt, nicht Dollfuß sondern Hitler, nicht „das wenig getarnte austrofaschistische System“ – wie sich der damalige Bundespräsident Wilhelm Miklas ausdrückte – sondern der Nationalsozialismus ist das kleinere Übel, voll erkannt, und so fährt er förmlich mit erhobenem Zeigefinger fort: „Darin liegt eine ernste Gefahr. Sie zu bekämpfen“, ruft er seinen Genossen zu, „ist unsere allererste Aufgabe“. Die Erforschung, ob und inwieweit des großen Führers der Sozialdemokratie Otto Bauers Weck- und Mahnruf im ausreichenden Maß gehört und befolgt wurde, ist ein Desiderat an die weitere Historiographie. Am selben Tag, von dem diese Worte Otto Bauers datieren, dem 19. Februar 1934, schrieb niemand anderer als der berühmte Sigmund Freud, der über jeden Zweifel erhaben ist, ein Klerikalfaschist gewesen zu sein, in Wien in einem Brief: „Wenn die Nazi hierher kommen und mit ihnen eine Rechtslosigkeit wie in Deutschland, dann muß man natürlich fort. Ich glaube aber eher, daß wir einen Faschismus nach österreichischer Art bekommen werden, der bei all seiner Klugheit viel leichter zu ertragen sein wird, so daß man bleiben kann...“ Diesen hier bereits ansatzweise vorhandenen Standpunkt, daß der ständestaatliche autoritäre Kurs Österreichs eine Art Abwehr des Nationalsozialismus darstelle, hat derselbe Sigmund Freud vier Jahre später ganz offen vertreten. Am 6. Februar 1938 schreibt er nämlich, auf das Schuschnigg-Regime bezogen, wortwörtlich: „Unsere in ihrer Art brave und tapfere Regierung ist gegenwärtig energischer in der Abwehr der Nazis als zuvor, obwohl angesichts der letzten Vorgänge in Deutschland niemand sicher sein kann, wie es weitergehen wird“. Es kann und darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß Karl Kraus, jener scharfzüngige Zeitkritiker, der weder Freund noch Feind, weder eine

Partei noch eine Ideologie schonte, im Juli 1934 bezogen auf den Nationalsozialismus sich vernehmen ließ: „Ich stimme ganz mit Dollfuß überein, gegen die Auferstehung Wotans sei der Parlamentarismus unwirksam, gegen das Mysterium von Blut und Boden versage die Demokratie...“ Dieser Aspekt, die Zeit des „Christlichen Ständestaates“ als verzweifelter Abwehrkampf gegen den barbarischen Nationalsozialismus zu sehen und zu werten, dürfte in der Gesellschaftsschreibung eine noch zu gering geachtete These zu sein. Daß weite Kreise der Kirche vom Episkopat bis zum Kirchenvolk jedoch diesen Standpunkt einnahmen und deshalb jenes Regime bisweilen offen und sehr eng unterstützten, findet aber gerade hierin weitgehend seine Erklärung.

5. Der Antiklerikalismus als Bindeglied zwischen Austromarxismus und Nationalsozialismus

Für Oberösterreich ist nach jenem verhängnisvollen Bürgerkrieg laut dem Linzer Zeithistoriker Prof. Weidenholzer ein Absinken wichtiger Teile der Sozialdemokratie, insbesondere des Schutzbundes, zum Nationalsozialismus nachweisbar. Was für Oberösterreich erwiesen ist, dürfte für das übrige Bundesgebiet, zwar unterschiedlich, grundsätzlich aber doch auch gelten. Nur so wird Norbert Lesers These voll verständlich: „Am 12. Februar 1934 wurde die Basis der gemeinsamen Abwehr des Nationalsozialismus zerstört“. Diese gemeinsame Basis zwischen Sozialdemokratie und christlichsozialem Lager hatte aber in einem bis dato viel zu wenig beachteten Bindeglied zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus eine mächtige Konkurrenz, und das war der Antiklerikalismus beider. Geradezu erschreckend erscheint es, was Karl Renner Ende Juli/Anfang August 1937, also fünf Monate nach dem Erscheinen der berühmten antinationalsozialistischen Enzyklika „Mit brennender Sorge“, zu einem Zeitpunkt, da Adolf Hitler als Reaktion auf die Schauprozesse gegen Priester und Ordensleute abrollen ließ, in Paris seinen französischen Gesprächspartnern eröffnen zu müssen glaubte. Immer wieder erklärt er seinen Zuhörern, zu denen auch der französische Außenminister gehörte, wie sehr der nazistische Kirchenkampf in Deutschland den österreichischen sozialdemokratischen Arbeitern imponiere. Wörtlich heißt es in einem Bericht an Otto Bauer über Karl Renners Ausführungen: „Eine weitere Gefahr der Nazisierung besteht darin, daß die Industriearbeiterschaft seit jeher antiklerikal eingestellt gewesen ist...“

Der verschärfte Kampf des Nazismus gegen die Klerikalen übzt eine sehr starke Anziehungskraft aus“.

Es könnte durchaus sein, daß Renner in Paris seine Grunderkenntnis, die er zwar auf die Anschlußdoktrin der Sozialdemokratie bezog, auch auf deren Antiklerikalismusedologie angewendet wissen wollte, wenn er offen eingestand: „Abgesehen von der Zwangslage... haben wir den Leuten zu sehr die falsche Ideologie eingehämmert“. Renners so nachdrücklicher Verweis, daß der nationalsozialistische Kirchenkampf bei seinen Genossen in Österreich derart gut ankomme, führte bei den französischen Gesprächspartnern zum Entschluß, beim Vatikan vorstellig zu werden. Der Außenminister Frankreichs, Delbos, unterhandelte schließlich mit Karl Renner, wie der Vatikan in dieser Causa am besten eingeschaltet werden könne. Beide kommen zum Ergebnis, Frankreich möge beim HL Stuhl dahingehend intervenieren, daß der Papst auf den österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg einwirke, durch ein Entgegenkommen an die sozialdemokratische Arbeiterschaft „der Gefahr einer Vernazisierung Österreichs, hervorgerufen durch die Sympathien für den antiklerikalen Kurs Hitlers, entgegenzuarbeiten“. Ob Schuschniggs Kontaktaufnahme mit der Sozialdemokratie Anfang des Jahres 1938 im Konnex zu dem Gesagten steht, vermögen die derzeit erreichbaren Quellen nicht zu erweisen. Die nationalsozialistische Bedrohung hat jedenfalls damals schon vieles an Gegnerschaft in den Hintergrund und Gemeinsames, insbesondere das Humanum, in den Vordergrund treten lassen.

Resümee und Ausblick

In den Wirrnissen des tragischen Bürgerkrieges vom Februar 1934 feierte die Kirche keineswegs nur die Toten auf Seiten der Exekutive als Helden, sie sorgte sich auch um das bittere Los der Arbeiter auf sozialdemokratischer Seite. Ihr Einsatz zur Begnadigung von zum Tode Verurteilten verdient hierbei besonders hervorgehoben zu werden.

Die braune Bedrohung ließ einerseits Kirche und Sozialdemokratie näher zueinander rücken, offenbarte aber auch, daß der Antiklerikalismus und Atheismus des Nationalsozialismus in dem des Austromarxismus ein Bindeglied fand. Nach dem Inferno der nazistischen Barbarei und dem II. Weltkrieg gingen Kirche und sozialistische Arbeiterschaft neue Wege und suchten neue Ufer. Das Mariazeller Manifest des Jahres 1952 stellt zwar primär für die Kirche, aber nicht nur für sie, einen gewichtigen Meilenstein dar. Hierin formulierte die Kirche unter anderem: „Eine freie Kirche in einer

freien Gesellschaft. Keine Rückkehr zum Protektorat einer Partei über die Kirche, das vielleicht zeitbedingend notwendig war, aber Zehntausende der Kirche entfremdete. Keine Rückkehr zu jenen gewaltsamen Versuchen, auf rein organisatorischer und staatsrechtlicher Basis christliche Grundsätze verwirklichen zu wollen. Gewissermaßen in Ergänzung zu dem können die Ausführungen gewertet werden, die in „Wort und Wahrheit“, der Monatsschrift für Religion und Kultur, im Jahre 1950 unter dem Thema „Das Maikonzordat 1934“ zu lesen standen: „Die öffentliche Meinung beginnt zu erkennen, daß zur endgültigen Befestigung und dauernden Einrichtung des österreichischen Staates auch ein beide Teile zufriedenstellendes, rechtlich genau umschriebenes Verhältnis zur katholischen Kirche gehört: als unerlässliches, ja konstituierendes Element des inneren Friedens“. Hier in diesem Satz ist nicht weniger und nicht mehr konstatiert, als daß zum inneren Frieden im Staate, ja mehr noch, zur Befestigung des österreichischen Staates überhaupt, ein rechtlich genau umschriebenes Verhältnis zur katholischen Kirche gehört. In dieser fundamentalen Erkenntnis liegt die Erklärung zu sehr vielem, was 1934 zum Schicksalsjahr für Staat und Kirche in Österreich werden ließ. Am 12. Juni 1960 formulierte der Präsident des Wiener Stadtschulrates und sozialistische Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Maximilian Neugebauer als Sprecher der SPÖ im Parlament Sätze von programmatischer, grundsätzlicher Bedeutung für Kirche und SPÖ, für Kirche, Staat und Gesellschaft überhaupt. Einige Sätze aus dieser SPÖ-Erklärung seien abschließend zitiert: „Auch nach unserem Programm besteht ja die Möglichkeit zu einer Zusammenarbeit mit der Kirche“, ließ die SPÖ wissen. „Kein Mensch unserer Richtung wünscht den Kampf mit der Kirche. Jener hat uns immer von unserem Ziele, eine gerechte Ordnung der Gesellschaft zu erreichen, abgelenkt... Die Vereinigten Staaten haben Staat und Kirche voneinander getrennt. Unsere Tradition ist eine andere, für uns existiert das Prinzip des Zusammenwirkens... Das heißt nicht“, fährt der Sprecher der SPÖ fort, „daß sich die Kirche in öffentliche Fragen nicht einmengen soll. Im Gegenteil! Sie soll sich einmengen, weil sie ja schließlich auch ihrer sittlichen Überzeugung, ihrer Ethik Raum geben muß, zu bewerten, zu beurteilen, Meinungen auszusprechen. Aber sie soll es nicht tun im Dienste einer politischen Gruppe. Die Kirche soll für ihre Christen, die katholische Kirche für die Katholiken den politischen Pluralismus anerkennen, so wie wir Sozialisten für uns den weltanschaulichen Pluralismus anerkennen. Die

früheren Kämpfe wieder aufleben zu lassen und sie zu wiederholen wäre in der Tat ein politischer Anachronismus“. Das sind Sätze, die vieles an Lehren beinhalten, die aus dem Schicksalsjahr 1934, aus seinen Ursachen und seinen Folgen gezogen wurden. Ihre stete Beachtung gehört zu jenen Voraussetzungen, die verhindern, daß Staat, Kirche und Gesellschaft von Österreich je wieder die Kälte des Februar 1934 und all die bitteren Ereignisse jenes Jahres erleben müssen.

Quellen- und Literaturhinweise:

- Otto Bauer, Der Aufstieg der Österreichischen Arbeiter. Prag 1934, 3. Aufl.
 Otto Bauer, Die österreichische Revolution. Wien 1965, 5. Aufl.
 Richard Bernasch, Die Tragödie der österreichischen Sozialdemokratie. In: Österreich. Brandherd Europas. Zürich und Prag 1934, S. 257–299.
 Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938. München 1982, 2. Aufl.
 Joseph Buttlinger, Am Beispiel Österreichs. Wien 1953.
 Joseph F. Desput (Hg.), Österreich 1934–1984. Erfahrungen, Erkenntnisse, Besinnung. Graz 1984.
 Erich Fröschl und Helge Zoidl (Hg.), Februar 1934 – Ursachen – Fakten – Folgen. Wien 1984.
 Walter Goldinger, Geschichte der Republik Österreich. Wien 1982.
 Walter Goldinger (Hg.), Protokolle des Klubvorstandes der Christlich-sozialen Partei 1932–1934 (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte; Gesamtedition Isabella Akkerl, 2. Bd.). Wien 1980.
 Ernst Hanisch, Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Veröffentlichungen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte am internationalen Forschungszentrum für Grundlagen der Wissenschaften Salzburg, Hrg. von Erika Weinzierl, 5. Bd.). Wien-Salzburg 1977.
 Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Autrofaschismus“. In: Emmerich Talos und Wolfgang Neugebauer (Hg.), „Autrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 18. Bd.). Wien 1984, S. 53–73.
 Jacques Hanisch, Karl Renner und seine Zeit. Wien 1965.
 Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Hg.), Vom Justizpalast zum Heidenplatz. Wien 1975.
 Ernest Jones, Das Leben und Werk von Sigmund Freud, 3. Bd.: Die letzte Phase 1919–1939, Anhang I: Auszüge aus Briefen. Bern-Stuttgart 1962.
 Allgemeiner Deutscher Katholikentag, Wien 1933, 7. bis 12. September. Wien 1934.
 Gottfried Karl Kindermann, Die Niederlage Hitlers in Österreich. Hamburg 1984.
 Karl Kautsky, Grenzen der Gewalt. Aussichten und Wirkungen der bewaffneten Erhebungen des Proletariats. Karlsbad 1934.
 Ulrich Kluge, Der österreichische Ständestaat 1934–1938. Wien 1984.
 Ingrid Kohlhuber, Das Ringen um die Anerkennung des Maikonzordats 1934. Graz 1984, ungedr. theol. Diplomarbeit.
 Josef Krennmayr, Der Weg zum österreichischen Konkordat von 1933/34 (Dissertationen der Universität Salzburg, 12. Bd.). Wien 1980.
 Peter Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. Hamburg 1982, 2. Aufl.
 Inez Kykal und Karl R. Stadler, Richard Bernaschek, Odyssee eines Rebellen (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Hrg. von Karl R. Stadler). Wien 1976.
 Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien 1985, 2. Aufl.
 Norbert Leser, 12 Thesen zum 12. Februar 1934. In: Das Jahr 1934: 12. Februar, Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938; Veröffentlichungen, 2. Bd., Hrg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck). Wien 1975, S. 58–64.
 Maximilian Liebmam, Kardinal Innitzer und der Anschluss; Kirche und Nationalsozialismus in Österreich 1938. Graz 1982.
 Maximilian Liebmam, DDDR: Johann Ude (1874–1965) – Prophet oder Querulant? In: Fünftägiger-Buch der Karl-Franzens-Universität Graz (1977–1982). Graz 1982, S. 64–71.
 Maximilian Liebmam, Jugend – Kirche – Ständestaat. In: Festgabe des Hauses Styria. Hans Süssmann zum 60. Geburtstag, Hrg. von Maximilian Liebmam, Dieter A. Binder u. a. Graz-Wien-Köln 1984, S. 187–204.
 Maximilian Liebmam, Österreichische Katholikentage. Ein kurzer historischer Abriss. In: Österreichischer Katholikentag 1983. Eine Dokumentation, Hrg. von Alois Krauer, Edward Ploier und Walter Schaffelhofer. Graz-Wien-Köln 1984, S. 15–53.
 Maximilian Liebmam, Kirche und Politik in der Ersten Republik von 1918 bis 1938. In: Christliche Demokratie, 2. Jg., 1984, S. 20–41.
 Maximilian Liebmam, 1934: Kirche, Kultur und Arbeiterschaft. In: Auf dem Weg in die Freiheit. Ansätze zu einer steirischen Zeitgeschichte, Hrg. von Robert Hinterberger, Karl Müller und Eduard Staudinger. Graz 1984, S. 287–310.
 Maximilian Liebmam, Vom 12. Februar 1934 über den Antiklerikalismus zum Nationalsozialismus. In: Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz, 3. Jg., 1984/85, S. 49–55.
 Franz Loidl, Von karitativ-pastoralen Hilfen des österreichischen Klerus bei den Februar-Ereignissen 1934. In: Rudolf Neck und Adam Wandruszka (Hg.), Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag. St. Pölten 1976, S. 189–215.
 Helene Mainman und Siegfried Matl (Hg.), Die Kälte des Februars, Österreich 1933–1938. Wien 1984.
 Hans Leo Mikolajczyk, Österreich im 20. Jahrhundert. Wien 1969, 3. Aufl.
 Emil Franz Joseph Müller (Hg.), Die katholische Kirche und der Neubau des österreichischen Staates 1933/1934, Freiburg/Schweiz 1934.
 Alfred Pfahbig, Karl Kraus und der Sozialismus. Wien 1976.
 Heinrich Schneidmüller, Über Dollfuß zu Hitler. Wien 1946.
 Anton Staudinger, Bemühungen Carl Vaugouins um Suprematie der christlich-sozialen Partei in Österreich (1930–1935), phil. Diss. Wien 1969.
 Anton Staudinger, Die „Sozialdemokratische Grenzländerkonferenz“ vom 15. 9. 1933 in Salzburg. In: Elisabeth Kovács (Hg.), Festschrift Franz Loidl zum 60. Geburtstag. Wien 1971, 3. Bd., S. 247–260.
 Die Wahrheit über den Februar 1934 (Sozialistische Hefte, 12. Folge). Wien 1946.
 Josef Weidenholzer, I. Sozialisten. In: Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Wien-München-Linz 1982, 1. Bd., S. 35–37.
 Erika Weinzierl, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933. Wien 1960.
 Erika Weinzierl und Karl Skalnik (Hg.), Österreich 1918–1938, Geschichte der Ersten Republik. Graz-Wien-Köln 1983, 2. Bde.
 Friedrich Weissensteiner, Die Verständigungsveruche der niederösterreichischen Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen in den Jahren 1933/34. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 26. Jg., 1982, S. 69–80.



Ich erwarte mir von der Politik, daß Fragen, die Umwelt, Arbeitslosigkeit, usw. betreffen, gemeinsam, ohne den Hintergedanken „wie viele Wähler spreche ich an, wieviele nehme ich dem politischen Gegner weg?“ gelöst werden.

BÜROKRATIE UND BÜRGER

Das Thema Bürokratie und Bürger lädt zunächst ein, Vorurteile zu hinterfragen. Nach allgemeiner Ansicht sind die Beziehungen zwischen den Bürgern und der Bürokratie, zurückhaltend formuliert, nicht gerade die besten. Sie sind sogar eher schlecht. Im Modell Steiermark, der Diskussionsgrundlage der ÖVP für Reformvorhaben der 80er Jahre, wird beispielsweise im Kapitel „Bürger und Bürokratie“ die Beziehung zwischen den Genannten ausgesprochen negativ umschrieben. Man spricht dort von einer „Beinahe-Feindbeziehung“.

Auf eben diese „Beinahe-Feindbeziehung“ stößt man auch im Alltag. Für den Bürger ist die Bürokratie schwerfälliger, stur, unflexibel, arrogant, unfreundlich... mit einem Wort – bürokratisch. Beispiele für derartiges bürokratisches Verhalten gibt es bis zum Überdruß. Im Rahmen dieser einleitenden Bemerkungen sei daher auf anekdotisches Spiel- und Anschauungsmaterial vorerst verzichtet. So schlecht wie das Bild der Bürokratie beim Bürger ist auch das Image des Bürgers in der Bürokratie. Bürger sind uniformiert bis dumm, nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht, lästig, aufmüpfig, spinnert... Bürgerinitiativen oder sonstige andersdenkende, buntscheckige Typen werden noch eine Stufe tiefer eingeordnet. „Das sind überhaupt alles nur mehr Querulanten.“

Wer hat mit seinen Vorurteilen recht, oder ist das überhaupt alles ganz anders? Gibt es nur Schwachstellen im Verhältnis der Bürger zu ihrer Bürokratie, und was läßt sich tun zur Verbesserung des Klimas und zu einem besseren Funktionieren der Beziehungen? Diese Fragen seien nunmehr der Reihe nach aufgearbeitet.

Zum Thema Bürokratiekritik empfiehlt sich, gewissermaßen zur Auflockerung, vorerst ein Blick in die Geschichte. Bürokratiekritik stellt man dann sehr rasch fest, ist so alt wie die Bürokratie selbst. Erste namentlich benannte Vermittler dieser Bürokratiekritik waren die antiken Schriftsteller.

In einer Schrift über die Kriegsführung aus dem 4. nachchristlichen Jahrhundert findet sich die folgende nachgerade zynische Kritik: „Die verabscheuungswürdige Habsucht der Provinzgouverneure und das Verhalten seiner Verwaltungsbeamten erweckt in den Bewohnern der Provinzen die Sehnsucht nach einer Besetzung ihrer Gebiete durch die Barbaren“.

OVID, im „goldenen Zeitalter“, zeichnet das nostalgische Bild einer Gesellschaft, in der Staat und Ge-

meinschaft ohne allzu viele Regeln dennoch funktioniert haben. Und in genau dieselbe Richtung zielt die Bürokratiekritik des AMMANIUS. Bei ihm kann nachgelesen werden, daß die antiken Juristen sich nicht damit zufriedengaben, völlig nutzlose Gesetze zu entwerfen und zu empfehlen, sondern daß sie ihre freche und verschlagene Beredsamkeit sogar dafür einsetzten, kriminelle Betrügereien zu decken, indem sie Entscheidungen über verworrene juristische Fragen hinauszögerten, bewußt einen tödlichen Haß zwischen den Angehörigen verschiedener Familien schürten und „die Türen der Witwen und Kinderlosen belagerten“.

Mehr als tausend Jahre später, im Jahre 1764, hat sich an dieser Sachlage kaum wirklich etwas verändert. Freiherr Friedrich Melchior von GRIMM, seines Zeichens offenbar ebenfalls Bürokratiekritiker, schreibt sich und seinen Leidensgenossen aus dem Herzen: „Büros, Schreiber, Sekretäre, Inspektoren und Intendanten sind offenbar nicht ernannt, um dem Wohl des Volkes zu dienen, vielmehr scheint ein öffentliches Interesse geschaffen worden zu sein, damit derlei Behörden eine Lebensberechtigung hätten“.

Noch bissiger formuliert der berühmte französische Literat Honoré de BALZAC Bürokratiekritik in Form eines freilich recht allgemein gehaltenen Bonmots. Es wird im konkreten Fall wohl eher als Malmot bezeichnet werden müssen: „Die Bürokratie, eine riesenhafte Macht, erblickt die Welt und Pygmäen üben sie aus“.

Wissenschaftliche Bürokratiekritik in dem Sinn, wie wir sie auch heute betreiben, sei abschließend durch eine Studie von Robert von MOHL repräsentiert. Bei ihm heißt es unter anderem, daß sich die Gewerbetreibenden einerseits über Untätigkeit und Stumpfheit der Behörden, andererseits aber auch über ein unnötiges und schädliches Vielregieren beklagen. Die mit öffentlichen Aufgaben beauftragten Baumeister und Ingenieure wußten fast ohne Ausnahme kein Ende zu finden in ihren Beschwerden über den Mangel an wahrer Einsicht, über die Erdrückung durch nutzlose Schreiberei und störende Kontrollen, über die Befehle zu unzeitiger und unwirtschaftlicher Einsparung und über verletzende Formen im amtlichen Verkehr.

Überraschend an all dem ist wohl nur das Datum. Das Zitat stammt aus dem Jahre 1846.

Was bringt das Studium dieser und vieler anderer Bürokratiekritikdoku-

mente von einst und jetzt neben einer Reihe von Aha-Erlebnissen und mehr oder weniger zweifelhaftem Lustgewinn nach dem Motto: Denen ist es wenigstens auch nicht besser ergangen als uns.

Tatsächlich steckt in all den aufgezählten Beispielen ein wesentlicher Fingerzeig. Die Herkunftsländer der Kritik, nämlich Italien, Rom, Frankreich und Deutschland, sind signifikant. Wissenschaftlich formuliert liest sich das in etwa so: Es ist kein Zufall, daß eine ausdrückliche Bürokratiekritik zuerst vor allem in den Ländern geäußert wurde, in denen sich staatliche Zentralverwaltung relativ früh ausbildete. Bürokratie ist nach diesen Erfahrungen offenbar ein Kind des Zentralismus. Bei der Erläuterung von Therapievor schlägen wird auf dieses Faktum zurückzukommen sein. Bleibt man bei der Bürokratieforschung und versucht man auch andere ihrer Ergebnisse nutzbar zu machen, so findet sich dort eine Fülle von einschlägigem Nachdenkmaterial. Bei einer Befragung von Steuerzahlern und Finanzbeamten in der Bundesrepublik Deutschland vertrat beispielsweise die Mehrheit der Finanzbediensteten folgende Auffassung: „Vor allem Arbeiter, Hilfsarbeiter, Landwirte, ältere Leute, alleinstehende Leute, Leute mit wenig Bildung und wenig Wissen über Behörden stellen aus Ängstlichkeit gar keine Anträge auf Steuerbefreiung oder Steuerreduktion“. Und an anderer Stelle heißt es in derselben Untersuchung, daß „mehr als 40 % der befragten Steuerzahler sowohl in bezug auf allgemeine steuerrechtliche Tatbestände als auch in bezug auf handlungsrelevante Rechts tatbestände als auch in bezug auf Verfahrensfragen gar keine oder nur unzureichende Kenntnisse gehabt haben. Ein großer Teil der Befragten war sich dieses mangelhaften Kenntnisstandes durchaus bewußt, wobei die meisten Steuerzahler erwarteten, daß ihnen die notwendigen Informationen entweder vom Personal des Finanzamtes oder durch Merkblätter, Erläuterungen und Broschüren der Steuerverwaltung übermittelt werden sollten“.

Was heißt das alles in einer verständlicheren Sprache?

Mehrmaliges Lesen macht es plausibel: Die Wahrscheinlichkeit von der Bürokratie schlecht und/oder ungerecht behandelt zu werden, ist für jene besonders groß, die von vornherein den Kontakt mit der Behörde scheuen oder die Bürokratie völlig passiv über sich ergehen lassen.

Wenn diese Diagnose richtig ist, dann

steht auch wenigstens ein Teil der Therapie gleich fest: Zur Behörde hingehen und nachfragen und nicht resignieren und jammern.

Natürgemäß tut sich der Bildungsbürger, der ohnehin bereits Privilegierte, mit dieser Forderung in der Regel leichter als andere, aber es spricht dennoch vieles dafür, dieses Postulat allgemeingültig zu formulieren.

Bei anderen demoskopischen Untersuchungen in Sachen Bürokratie kommt nämlich immer noch ein zweites wichtiges Detail zutage. Dem negativen Image der Bürokratie korreliert nicht immer eine gleich schlechte Akzeptanz der Beamtenschaft. Wieder in einer allgemein verständlichen Sprache formuliert: Bürokratie ist etwas Böses, aber die einzelnen Beamten sind halb so schlimm.

Die Zahlen – ausnahmsweise stammen sie aus Österreich – sprechen eine recht deutliche Sprache: Mehr als 60 % der befragten Österreicher vertreten beispielsweise die Überzeugung, daß „Beamte und Behörden sich nicht viel um das kümmern, was Leute „wie ich“ denken“. Konkret nachgefragt, schaut die Sache aber nun doch wieder etwas anders aus. Lediglich jeder dritte Österreicher glaubt nämlich, daß die einzelnen Beamten nicht gewillt sind, auf Bürgerwünsche Rücksicht zu nehmen; nur jeder Vierte bescheinigt den Beamten mangelnde Hilfsbereitschaft.

Im Klartext heißt dies, es gibt natürlich immer wieder schwarze Schafe auch unter den Beamten, aber der namentlich bekannte Beamte A, „unser Briefträger“ B und vielleicht sogar schon der Inspektor vom Kommissariat um die Ecke, die sind schon in Ordnung.

Nach all diesen Ausführungen über Bürokratie und allzu Bürokratisches, ist es nunmehr wohl auch an der Zeit, einmal zu klären, was unter Bürokratie konkret zu verstehen ist. Zur genauen Herkunft des Wortes wissen die Sprachwissenschaftler folgende Einzelheiten zu berichten. Bürokratie hat einen lateinisch-französisch-griechischen Ursprung. Die erste Hälfte des Wortes geht auf das Lateinische „burus“ zurück, das eine dunkle und düstere Farbe bezeichnet. Im Altfranzösischen gab es ein verwandtes Wort, la bure, was eine Art Tuch bedeutete, mit dem man vor allem in Orten, wo öffentliche Instanzen ihre Tätigkeit ausübten, die Tische bedeckte. Vom Tisch Tuch ist das Wort dann auf den Tisch selbst übertragen worden, der den Namen bureau erhielt. Als nächstes wurde das Wort auf das Arbeitszimmer angewandt, also auf den Raum, in dem der Beamte arbeitete. Die Nachsilbe „kratos“, aus dem Griechischen (Kraft, Macht, Herrschaft) führte zu dem Ausdruck „Bürocratie“, italienisch, „bürocrazia“, englisch „bureaucracy“.

Die „Herrschaft des Büros“ deckt sich auch weitgehend mit modernen Vorstellungen von Bürokratie. Einem der größten Wissenschaftspapste der Moderne, nämlich Max WEBER, folgend definiert Renate MAYNTZ: „Bürokratie ist ein Präzisionsinstrument zur Ausübung von Herrschaft, wobei die Verwaltung keinerlei eigene Zwecke verfolgen darf, sondern ausschließlich der Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben dienen soll“. „Verwaltungsstab“ heißt dasselbe bei Max WEBER!

Eine bürokratische Organisation sehen wir verwirklicht, wenn wir auf bestimmte strukturelle Merkmale treffen. Nochmals sei Renate MAYNTZ zitiert. Sie nennt fünf derartige Kriterien für eine bürokratische Organisation:

1. Eine genau festgelegte Autoritäts-hierarchie;
2. ein festes System vertikaler Kommunikationslinien (Dienstwege), die eingehalten werden müssen;
3. eine geregelte Arbeitsteilung, die auf Spezialisierung beruht;
4. ein System von Regeln und Richtlinien, das die Rechte und Pflichten aller Organisationsmitglieder festlegt;
5. ein System von genau definierten Verfahrensweisen für die Erfüllung der Aufgaben.

Auch hier vermittelt die nähere Betrachtung einzelner dieser Strukturelemente mehr als bloße Aha-Erlebnisse. Sie erleichtert die Beantwortung der Frage, warum es Bürokratie überhaupt gibt beziehungsweise geben muß.

Was heißt denn beispielsweise Regelbindung, „ein System von Regeln und Richtlinien“, „ein System von genau definierten Verfahrensweisen“? Genau genommen ist das doch nichts anderes als Rechtsstaat operationalisiert, umgesetzt, ernstgenommen.

Nicht regelgebundene Verwaltung hingegen, das zeigt die Praxis von Polizeistaaten, von solchen aus dem 17. und 18. Jahrhundert mit einem ey im Wort Polizei oder a la Südamerika heute nach der Variante régimen policíaco, nicht regelgebundene Verwaltung ist Willkür, Gewaltherrschaft, Rechtlosigkeit.

Regelbindung ist so gesehen also durchaus nicht nur etwas Negatives. Die Verwaltungswissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von der „Janusgesichtigkeit der bürokratischen Organisation“, von zwei Seiten ein und derselben Medaille. Demokratie und Rechtsstaat sind ohne regelgebundene Demokratie nicht realisierbar. Die Bürokratie ist in dieser Sicht der Dinge Wächter der Sachgerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. In Krisenzeiten und nicht nur in diesen wächst der Bürokratie überdies noch die Qualität eines Stabilitätsfaktors zu. Politischer Mehrheitswechsel ist

im modernen bürokratischen Staat eben nicht gleich das Chaos nach dem Wahlsonntag.

Regelbindung in der Lesart „Vorschrift ist Vorschrift“ ist schon weniger schön. Entartete, zum Selbstzweck gewordene Regelbindung, ist schlicht und einfach schlecht. Schlechte Bürokratie, dazu wird später noch mehr zu sagen sein, ist zu reformieren.

Wenn von der Janusgesichtigkeit der Bürokratie die Rede ist, sollte man das Zwiedenken auch noch auf andere Bereiche ausdehnen. Der Bürokratieforscher Heinz LAUFER geht beispielsweise diesen Weg, wenn er in einer einschlägigen Studie unter dem globalen Oberthema „Bürger und Bürokratie“ den Bürger als „Nutznießer der Bürokratie“ und „die bürokratische Gängelung des Bürgers“ als untrennbare Momentaufnahmen ein und derselben Sache nebeneinander stellt. Am konkreten Beispiel erläutert, zeigt sich diese Form der Janusgesichtigkeit folgendermaßen: Zahlreiche staatliche bürokratische Einrichtungen, wie das Gesundheitsamt, die Lebensmitteluntersuchungsstelle, die Verkehrspolizei und die Lawinenwärtendienste, dienen dem Schutz und der Sicherheit der Bürger. Vom Bürger werden diese Einrichtungen dann auch als durchaus wohltuend empfunden, im besonderen, wenn diese Schutzeinrichtungen auch tatsächlich funktionieren. Der Staat, in dieser einen seiner Erscheinungsvarianten, ist eben heute schon lange nicht mehr nur obrigkeitlicher Ordnungsstaat. Er ist Leistungs- und Servicestaat.

In manchen seiner „Leistungen“ und mehr noch in der Art und Weise wie diese staatlichen Leistungen zum Bürger „herabgelangen“, geht die Bürokratie nicht selten aber auch zu weit. Arrogante, machtlüsterne, unverständliche, oft viel zu neugierige und alles selbst allein machen wollende oder besserwissende Bürokraten machen da Leistungen des Staates zu zweifelhaften Geschenken.

Diagnose und Therapievorschlag gleich wieder miteinander kurzgeschlossen, heißt dann, wenn sich an dieser Situation etwas ändern soll, so kann dies nur auf dem Wege einer Bürokratiereform erfolgen: Ausbildung, Umerziehung, Stärkung des Servicegedankens, Kontaktschulung, Abschaffung von Amtsdeutsch und Eindämmung von unverständlichen Formularen und Formulierungen.

Bürokratie ist noch um vieles faktenreicher, als es die bisherigen punktuellen Ausleuchtungen zu zeigen vermocht haben. Bürokratie ist beispielsweise auch noch, und das kann nicht oft genug unterstrichen werden, Bürokratie ist auch noch Quantität. Bürokratie ist – Tonnen von Papier, nach dem Motto: Von der Wiege bis zur Bahre Formulare, Formulare.

Bürokratie ist eine Unmenge von Regeln, voll mit Gesetz- und Verordnungsblättern. Allein der Bund produziert beispielsweise in Österreich pro Jahr derzeit rund dreitausend engbedruckte Seiten im Format DIN-A-4 mit allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften.

Bürokratie ist ferner eine Unzahl öffentlich Bediensteter und eine Vielzahl von Bewilligungen.

Für den Stand und Zustand der Bürokratie ist schließlich, traurig aber wahr, PARKINSON mit seinen hübschen Geschichten von der wundersamen Schreibstischvermehrung, nicht nur spritzig-ironische Karikatur, sondern ungläubliche, aber dennoch tatsächliche Begebenheit.

PARKINSON schrieb, daß das Vereinigte Königreich seine Kolonien verlor, aber sein Kolonialministerium nicht nur behielt, sondern sogar noch ausbaute. Wenn nicht wahr, so war diese Geschichte doch zumindest gut erfunden. In Österreich kann der vergleichbare Vorgang aber tatsächlich im Bundesgesetzblatt nachgelesen werden. In der B-VG-Novelle BGBl. 444 aus dem Jahre 1974 bestimmt nämlich Artikel IX ausdrücklich, daß zwar „Die Verfassungsbestimmung des Artikels I des Naturhöhlengesetzes ... außer Kraft (treten solle). Durch Bundesgesetz kann jedoch bestimmt werden, daß das bisherige „Speläologische Institut“ als wasserbauliche Versuchsanstalt weiterzuführen ist“. „Bundesnaturhöhleninstitut“ ohne Bundesnaturhöhlen, kann man hier nur staunen.

Bürokratie gibt es zu guter Letzt nicht nur im Staat, Bürokratie gibt es auch anderswo, in Verbänden, in Parteien, in der Verstaatlichten Industrie und natürlich auch in der Privatindustrie. Als ein Hort bürokratischer Strukturen ist zuletzt auch noch der Bereich der Selbstverwaltung zu nennen, die Sozialversicherungsträger pars pro toto.

Auch für diese quantitativen Aspekte der Bürokratie gilt, was vorhin bereits in anderem Zusammenhang gesagt wurde, nämlich, daß auch hier Einäugigkeit fehl am Platz ist. Das zum Teil als übermäßig empfundene Anwachsen der Bürokratie hat auch seine guten Wurzeln. Mehr Bürokratie ist im Grunde genommen nur die zwangsläufige Folge des Übergangs vom sogenannten Ordnungsstaat, vom liberalen Nachwächterstaat des 19. Jahrhunderts, zum modernen Sozial- und Leistungsstaat.

Diesen Übergang haben wir im übrigen früher als allgemein angenommen anzusetzen. Schon im Jahr 1887 hat Adolph WAGNER das heute auch immer wieder gerne zitierte Gesetz von den wachsenden Staatstätigkeiten „erfunden“. Dieses Gesetz besagt im Klartext, daß der Staat, ob er will oder nicht, gar nicht anders kann, als

immer wieder neue Aufgaben zu übernehmen. Sein Wachstum ist so gesehen vorprogrammiert, die Begehrlichkeit des Bürgers nach immer neuen Leistungen durch den Staat, sorgt dafür, daß die Schreibtische mehr und voller werden.

Wenn heute das überbordende Wachstum des Staates in seinen Quantitäten zuviel geworden ist, dann liegen auch hier Diagnose und Therapieverschlagn sehr nahe beisammen. Verwaltungsreform, Bürokratiereform, heißt dann auch hier ganz konkret Selbstbescheidung, Verzicht auf die x-te Leistung durch den Staat und seine Vorfeldorganisationen, Dezentralisierung, Entstaatlichung, Subsidiarität.

Wenn diese Therapieverschlagn ins Auge gefaßt werden und nicht nur Krankheitssymptome, sondern Krankheitsursachen bekämpft werden sollen, dann kommt zu guter Letzt auch demjenigen eine Funktion zu, von dem bis jetzt noch viel zu wenig die Rede war, nämlich dem Bürger.

In der bereits erwähnten Untersuchung des Bürokratieforschers Heinz LAUFER heißt es zu diesem Thema mit relativ viel Pathos: „Dem Erststirbtod, der der freiheitlichen Demokratie durch die Bürokratie droht, kann nur mit einer Therapie begegnet werden, die bei den Bürgern selbst beginnt und mit der sie sich identifizieren. Die Bürger selbst müssen es sein, die dem Schicksal der Bürokratie enttrinnen wollen“.

Diese Forderung sollte man ernst nehmen. Vielleicht, wahrscheinlich, sollte sie in einfachere Worte gekleidet werden. Aber, so ganz ohne Engagement, Bereitschaft auch zum Verzicht und ganz ohne mühselige Kleinarbeit wird es wohl nicht gehen. Es sei denn,

wir richten einfach an den Staat die Forderung, er solle sich um das Problem der überschüssigen Bürokratie kümmern. Vielleicht ist das überhaupt die Patentlösung?

Das Thema Bürokratie und Bürger ist mit den bislang angesprochenen Fragen bestenfalls andiskutiert, aber noch lange nicht ausdiskutiert. Vieles ist nicht behandelt worden, was auch zum Thema gehörte. Die Verbürokratisierung der Politik etwa, oder die Verpolitisierung der Bürokratie. Darüber müßte man sich noch Gedanken machen. Gleiches gilt in Sachen konkreter Sanierungsvorschläge. Hier gibt es bereits sehr vieles, was Bürokratiereformer eronnen und zum Teil auch bereits in die Praxis umgesetzt haben, von verbesserten Formulartexten angefangen über die Abschaffung des Amtsdeutsch bis hin zu echt bürgerfreundlichen Verwaltungseinrichtungen. Auch in diese Richtung müßte man freilich noch weitere Überlegungen anstellen. Als Nachdenkhilfe und Anregung zugleich mag dazu die nachfolgende Literaturliste eine erste Hilfestellung geben.

Literatur:

- Heinz LAUFER: Bürokratisierte Demokratie, Zürich 1983.
Gerhard WITTKÄMPFER: Bürokratisierung und Entbürokratisierung, Regensburg 1982.
Wolfgang HOFFMANN-RIEM: Bürgerliche Verwaltung? Analysen über das Verhältnis von Bürger und Verwaltung, Neuwied und Darmstadt 1979.
Renate MAYNTZ: Soziologie der öffentlichen Verwaltung, Heidelberg 1982.
Karl WENGER, Christian BRÜNNER, Peter OBERNDORFER: Grundriss der Verwaltungswissenschaft, Wien, Köln 1983, imbes, 10. Teil, Verwaltungsreform.
Peter OBERNDORFER: Bürger und Verwaltung, Linz 1981.
Bundeskanzleramt: Bürgerliche Verwaltung, Schriftenreihe zur Verwaltungsreform 4.
Bundeskanzleramt: Rechts- und Verwaltungssprache, Schriftenreihe zur Verwaltungsreform 6.
Gerd MÜLLER: Die bürgerfreundliche Verwaltung, Boorberg 1980.
Walter OTTO: Amtsdeutsch heute – bürgernah und praxisnah, Boorberg 1978.



Die Zusammenarbeit der Parteien wäre sicherlich sinnvoller und wertvoller als der ständige Parteienkrieg, der zu nichts Positivem führt und noch dazu die Politik in eine Krise bringt, aus der sie wahrscheinlich nur mühsam herauskommt. Auf jeden Fall kann es so, nicht weitergehen.

POLITIK UND ETHIK, DRITTE WELT

In den ersten zwei Teilen meiner Ausführungen möchte ich das Thema in einige Fragestellungen auflösen und an die Ursprünge der Thematik herangehen. Im Anschluß daran werde ich „Dritte Welt“ anhand des Bildes von den „drei Welten“ erläutern und in einem vierten Abschnitt „Dritte Welt“ von der Basis im südlichen Afrika her darstellen. In einem fünften und letzten Teil komme ich auf die eingangs gestellten Fragen zurück und schließe mit einigen Feststellungen.

I. Einleitende Fragen zu „Politik, Ethik und Dritte Welt“

Zunächst ist zu fragen, ob es eine internationale Ethik überhaupt gibt? Gibt es moralische Standards, die vernünftigerweise auf Kollektivpersonen, insbesondere Staaten in irgendeiner verhaltensbestimmenden Weise zur Anwendung gebracht werden können? Oder ist mit Machiavelli davon auszugehen, daß alle internationale Politik jedenfalls in ihren Kernbeständen auch immer antimoralisch, nicht amoralisch, ist.

Dazu einige konkrete Fragen: Ist es, zum Beispiel, angebracht, von der Moralität oder Immoralität des Handels Österreichs mit Südafrika zu sprechen? Österreich rangiert mit seinen Entwicklungshilfeleistungen unter den westeuropäischen Staaten an allerletzter Stelle; ist das unter dem Gesichtspunkt einer internationalen Ethik zu verurteilen? Von wem ist es zu verantworten, daß in der Öffentlichkeit davon kaum Kenntnis genommen wird? Ist eine Waffenexportgenehmigung vor allem dann als unmoralisch abzulehnen, wenn die Waffen in von Hunger geplagte Länder in der Dritten Welt exportiert werden? Ist die Politik Österreichs sich mit der Gruppe der sogenannten „Gleichgesinnten Staaten“ zu verbinden eine gute Politik? Die gleichgesinnten Staaten sind eine Gruppe von westlichen Staaten, die sich vor allem das Befreiungs- und Entwicklungsanliegen der Dritten Welt zu eigen machen und unterstützen und eine der Dritten Welt sehr entgegenkommende Politik betreiben, allen voran die skandinavischen Staaten. Nachdem Südafrika mit Mocambique ein sogenanntes „Friedensabkommen“ abgeschlossen hat, gab es sofort eine Außenministerkonferenz aller nordischen Staaten. Die gleichgesinnten Staaten vertreten nämlich die Ansicht, daß sie eine ganz besondere Aufgabe in dieser Konfrontation von Erster und Dritter

Welt, von Befreiung und Entwicklung, zu erfüllen haben. Was bedeuten aber Befreiung und Entwicklung in diesem Zusammenhang? Es sind dies zwei Begriffe, die gleichsam als Kodewort für eine moderne politische Ethik im Verhältnis zur Dritten Welt immer wieder aufscheinen. Ich werde später nochmals darauf zurückkommen. Befreiungsbewegungen und Entwicklung werden heute insbesondere im südlichen Afrika relevant, wo es auch eine Konferenz für Entwicklungskoordination gibt.

Daraus wird deutlich, daß es Fragestellungen gibt, die heute in einem Raum angesiedelt sind, der „Dritte Welt“ genannt wird, und die eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Politik und Ethik“ geradezu gebieterisch herausfordern. Für uns ist dabei der am nächsten gelegene Raum der Mittlere Osten und Afrika. Afrika stellt eine sehr komplexe Größe von Dritter Welt dar, in der es besondere Probleme gibt wie Dürre- und Hungerkatastrophen, aber auch eine Auseinandersetzung mit dem Apartheidssystem in Südafrika. Ich erwähne das immer wieder, weil nämlich Afrika als Dritte Welt deshalb ein besonderes Problem darstellt, weil sich dort in der Republik Südafrika eine Führungsmacht aufzubauen versucht, die sich als Erste Welt versteht und sich mit ihrer Rassentrennungspolitik mit der Dritten Welt in Konfrontation gesetzt hat. Eine Konfrontation der Ersten mit der Dritten Welt in diesem Raum ergibt sich auch aus den Interessen, die europäischen Staaten dort haben. Man denke z. B. an das BMW-Fabrikations-, nicht Assembling-Werk in Südafrika, das einzige Fabrikationswerk von BMW außerhalb der Bundesrepublik. Die Interessen die damit verbunden sind, sind natürlich evident.

Noch einige weitere Fragen: Wie steht es, um die seinerzeitige völkerrechtliche Anerkennung der palästinensischen Befreiungsorganisation „Palastine Liberation Organisation – PLO“? Sah sich die österreichische Regierung hier verpflichtet, einem bestimmten politischen Ethos in Bezug auf Dritte Welt zu folgen? Es ist inzwischen viel Zeit vergangen. Die damalige Politik Kreiskys hat sich für mich insofern als richtig erwiesen, als Jassir Arafat von der PLO eine Befreiungsorganisation vertreten hat und heute noch vertritt, deren politisches Programm im Spektrum des Konfliktszenariums im Mittleren Osten als durchaus friedensfördernd gelten kann. Sollten heute auch gewis-

se Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika anerkannt werden, z. B. der ANC in Südafrika? Gibt es, angesichts all dieser Fragen überhaupt einen Boden für eine ethische Beurteilung, die über die eigene Vorteilsrechnung hinausreicht? Oder, bedeutet eine ethische Rechtfertigung nur die Wahrung eines Scheins, indem man von Befreiung und Entwicklung spricht, dabei aber kein politisches Ethos, sondern nur eigene „nackte“ Interessen im Auge hat? Soweit einige Fragen zur Einübung des Themas und nun zu den historischen Ursprüngen unserer Fragestellung „Politik und Ethik, Dritte Welt“.

II. Zu den historischen Ursprüngen unserer Thematik

Es waren die spanischen Moraltheologen des 16. und 17. Jahrhunderts, die Völkerrechtslehrer der ersten Stunde, die den Fürsten und mit ihnen den Nationen als moralischen Persönlichkeiten in der internationalen Politik religiöse, ethische und vor allem auch rechtliche Bindungen auferlegten. In der Naturrechtslehre dieser Epoche wurde eine politische Ethik aus der christlichen Dogmatik gewonnen, was sich nach einem Zitat von Francisco Suarez zu Beginn des 17. Jahrhunderts wie folgt anhört:

„Die Menschheit mag ja auch in verschiedene Nationen und Königreiche zerfallen, sie weist aber immer eine gewisse Einheit auf, nicht nur spezifisch, sondern auch gleichsam politisch und moralisch. Sie folgt aus dem natürlichen Gebot der Liebe und des Mitleids, das sich auf alle erstrecken soll.“

Man erkennt hierin sehr deutlich die Verwurzelungen in der christlichen Heilslehre. Doch die politische Ethik und Rückführung vielfältiger politischer Strebungen auf eine Einheit der Nationen wird auch schon zu dieser Zeit aus Überlegungen größerer Nützlichkeit, sowie aus der Erfahrung tatsächlicher Bedürfnisse abgeleitet. Die Behauptung eines politischen Ethos beruht in den internationalen Beziehungen von Anfang an nicht nur auf einer Metaphysik, sondern auch immer und vielleicht zu allererst auf sehr irdischen Nützlichkeitsbegründungen. Das Eine braucht das Andere nicht auszuschließen. Doch es besteht eine Konkurrenz, die oft ruinös für ein höheres Ethos endet.

Die spanische Moraltheologie des 16. und 17. Jahrhunderts und ihr Beitrag für die Begründung eines zwischenstaatlichen Ethos und des Völker-

rechts nimmt sich rückblickend als eine realistische Denkschule aus, in der neben metaphysischen Geboten auch irdischen Nützlichkeitswägungen ihr Platz gelassen wird.

Nicht aus dem Dualismus von metaphysischen Geboten und irdischen Nützlichkeitswägungen an sich, sondern aus der Verfremdung der Ersten erwuchs die besondere Problemlage, die sich heute mit der Themenstellung „Ethik und Politik, Dritte Welt“ ergibt. Aus dem natürlichen Gebot der Liebe und des Mitleids wurde zu jener Zeit nicht nur ein Postulat einheitlicher Rechtsbeziehungen unter den europäischen Staaten abgeleitet, sondern auch koloniale Landnahme außerhalb Europas legitimiert, und zwar unter Berufung auf einen natürlichen Rechtstitel, der lautete: die Erde ist für alle da. Die europäischen Staaten beanspruchten eine politische und rechtliche Verfügungsmacht über außereuropäische Völker auch unter Berufung auf ein Schutzrecht, nämlich die zum Christentum bekehrten Völker vor Rache zu bewahren, und auch aufgrund der behaupteten Unfähigkeit gewisser Völker zur Selbstregierung, mangels eines entsprechenden Reifegrades; heute würde man sagen mangels eines entsprechenden Entwicklungsgrades. Hier liegen die Ursprünge der heutigen Thematik, nämlich einer europäischen, politischen und kulturellen Durchdringung außereuropäischer Räume und damit auch ihrer Beherrschung. Und von daher steht die Dritte zum Ersten Welt über Jahrhunderte in einem Verhältnis von Abhängigkeit und politisch-kultureller Überlagerung. Der heute erhobene Anspruch auf „Befreiung“ und „Entwicklung“ im Sinne von Selbstbestimmung und Wiedergewinnung der Verfügung über die eigene Geschichte ist die Antwort hierauf.

Um noch bei der Theologie zu bleiben: sie gewinnt heute in Bezug auf die Frage „Politik und Ethik, Dritte Welt“ neuerlich eminente Bedeutung. Seit einiger Zeit wird eine Dritte-Welt-Theologie gefordert, in der das Befreiende in der christlichen Botschaft in der Gesellschaft und ihren Strukturen in der Dritten Welt mehr zu Wirkung gebracht werden soll. D. h., das Christentum hat erst noch die durch jahrhundertelange Missionierung verkündete Freiheit zu realisieren und in die Tat umzusetzen. Aus dieser Forderung nach Realisierung von Befreiung der Dritten Welt in einer Theologie der Befreiung und in Verbindung mit Theorie und Praxis resultiert eine bezeichnende Konstellation in der heute so wichtigen ökumenischen Vereinigung von Dritte-Welt-Theologen, in der ein deutlicher Gegensatz zwischen Erster und Dritter Welt festzustellen ist.

Die Frage ist, in welchem Rahmen dieser Gegensatz aufgehoben werden

kann. Ich komme später noch einmal auf die Wurzeln zurück, von der die politische Ethik einer aus einem christlichen Naturrecht stammenden Weltbetrachtung herrührt, in der außereuropäische Räume Europa zur Verfügung gehalten werden – Räume, die sich heute zur Selbständigkeit, zur „self reliance“ entwickeln wollen.

Vorerst stellt sich die Frage, was eigentlich mit „Dritter Welt“ gemeint wird, was es überhaupt mit dem Bild von drei Welten auf sich hat? Welche ethische Fragestellung ist damit verbunden?

III. Das Bild von den drei Welten und die „Dritte Welt“

Ich möchte hier auf das Bild von den drei Welten zu sprechen kommen. Es handelt sich dabei um eine politische Ethik von „nation building“ und Entwicklung. Es handelt sich um die politische Ethik in Bezug auf Gesellschaften, die unter der Beobachtung einer immer präsenten Weltöffentlichkeit erst um ihre Staatsform, um ihre Gesellschaftlichkeit und Verfaßtheit ringen.

Das Bild von den drei Welten bringt dreierlei zum Ausdruck. Einmal bedeutet in diesem Bild Erste Welt einen historischen Vorsprung der europäischen Staaten in der Konzeption und Verwirklichung von Staatlichkeit in einer Weltordnung nach einem europäischen Muster und nach einem europäischen Ethos. In der Folge entstehen die sogenannten „europägen Gesellschaften“, das sind Staaten in Amerika und Ozeanien, wie Australien, Neuseeland, Kanada, USA, die in ihren Ursprüngen aus Europa hervorgehen, aber doch in einem Raum liegen, der eigentlich zur Dritten Welt gehört. Diese Staaten entstehen nämlich nicht ohne Begleitumstände, die jene Straftatbestände erfüllen, die erst nach dem II. Weltkrieg in der Völkermordkonvention niedergelegt wurden.

Im Bild von den drei Welten wird die Spaltung Europas in eine Erste und eine Zweite Welt dargestellt. Dabei handelt es sich gleichzeitig um die Zuspitzung des welthistorischen Gegensatzes zwischen Amerika und Rußland. Mit der Oktoberrevolution und dem Friedensdekret von 1917, vor allem aber mit der Lenin'schen Doktrin vom Selbstbestimmungsrecht der Völker tritt am Ende des Ersten Weltkrieges neben dem bürgerlich-liberalen Freiheits- und Friedensprogramm von Präsident Wilson eine Freiheits- und Befreiungslehre auf den Plan, der eine marxistisch-kollektivistische Ethik und Auffassung vom Menschen in der Gesellschaft, von Staat und Recht zugrunde liegen. Beide Lehren beziehen ihr Gedankengut mit unterschiedlicher Tiefe aus einem europä-

schen geistesgeschichtlichen Fundus. Es ist die Politik der USA und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen und es ist sie heute noch, in der Austragung ihres Gegensatzes neben europäischen Allianzpartnern sich auch Verbündete außerhalb Europas in der sogenannten „Dritten Welt“ zu suchen. Dagegen haben sich diese Staaten in der sogenannten blockfreien Bewegung zu verwahren gesucht. Damit vervollständigt sich auch das Bild von den drei Welten.

Mit dem Bild von den „drei Welten“ wird von seitens der Dritte-Welt-Staaten ein Weltordnungsmodell gemeint, nach dem „Befreiung“ und „Entwicklung“ möglichst außerhalb des westöstlichen Blockgegensatzes ein vorrangiges Anliegen der gesamten Menschheit sein sollte. Auf der Afroasiatischen Konferenz in Bandung 1955 wurde die Bewegung der Dritte-Welt-Staaten als sogenannte blockfreie Bewegung initiiert. Ihre Forderungen ergaben sich aus der Geschichte des europäischen Kolonialismus und aus dem aktuellen Vorherrschaftsanspruch des Nordens über den Süden. Die Verbindung der Gruppe der Blockfreien ist seit den 60iger Jahren in der Gruppe der 77 zu einer gewerkschaftlichen Vertretung geworden, um auf diese Art die Ansprüche auf Entwicklungszusammenarbeit mit der nördlichen Hemisphäre besser vertreten zu können. Doch Dritte Welt ist heterogen und in sich gespalten. Das ist auch immer wieder gegen ein Dritte-Welt-Ethos ins Treffen geführt worden. Dritte Welt ist als eine ethische Größe pauschal diskreditiert worden, weil sich die Erscheinung Dritte Welt nicht so ohne weiteres nach europäischer Tradition und Ästhetik auf einen einheitlichen Bezug bringen läßt. Die wesentlichen Gemeinsamkeiten von Dritter Welt zu entdecken, setzt voraus, die Dritte Welt in sich differenziert zu sehen und nach ihrer Tiefenstruktur zu fragen, an die Basis der Gruppe der Dritte-Welt-Staaten zu gehen. Das heißt, wollen wir auf die eingangs gestellten Fragen, mit welchen das Thema Ethik und Politik näher erläutert werden sollte, eine einigermaßen zufriedenstellende Antwort finden, dann ist es ein erstes Gebot, einen Bildungsmangel in Bezug auf Dritte Welt aufzuheben, und dafür sich zu allererst über konkrete Dritte-Welt-Lagen und ihre Basis zu informieren.

IV. Die Forderungen der Dritte-Welt-Staaten von der Basis her gesehen

Damit komme ich zum vierten Teil meiner Ausführungen: Was sind die Inhalte der Forderungen der Dritten Welt, was ist ihr Ethos? In einer allgemein-pauschalen Betrachtung von

Dritter Welt wird man auf diese Fragen, insbesondere auf die Frage was ist im einzelnen zu tun, nur ungenügende Antworten geben können.

Die Begriffe „Befreiung“ und „Entwicklung“ sind Universalien eines modernen internationalen Ethos und bedürfen als solche der Konkretisierung auf einer tieferen Ebene; sozusagen mit Blick für die Tiefenstruktur und an die Basis der Dritten Welt. Dafür scheint mir die Befreiungs- und Entwicklungsproblematik im südlichen Afrika von einem hohen und bedeutsamen Aussagecharakter.

Für mich hat das südliche Afrika beispielhafte Bedeutung, weil in Südafrika die Konfrontation von Erster und Dritter Welt in einer kaum zu überbietenden Schärfe zum Ausdruck kommt. Während die Einen in der Südafrikanischen Rassentrennungspolitik eine verfassungsgesetzlich verankerte Verletzung und Verhöhnung der Würde von Millionen und Abermillionen von Menschen sehen – von den menschlichen Opfern und dem Blutzoll auf seiten der schwarzen Bevölkerung sei hier noch gar nicht die Rede –, sind andere bereit, der weißen Bevölkerung in Südafrika als der Ersten Welt in dieser Subregion aufgrund ihres Vorsprungs an Reife und Zivilisation eben einen entsprechenden politischen Führungsanspruch zuzuerkennen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen Aufruf aus dem südlichen Afrika zitieren, ein Aufruf der im Anschluß an das zwischen Mocambique und Südafrika im März 1984 geschlossene Abkommen von Nkomati von acht Staaten des südlichen Afrikas an die Adresse der Staaten der Ersten Welt gerichtet worden ist.

Der Anlaß des Aufrufes bestand darin, daß diese Staaten im Abkommen von Nkomati eine Gefahr sehen, daß ein Machtanspruch und die Machtpolitik der weißen Minderheitsregierungen in Südafrika über die afrikanische Mehrheitsbevölkerung in Südafrika und darüberhinaus internationale Anerkennung finden könnten.

Ich gebe Ihnen im folgenden den vollen Wortlaut und im Anschluß daran eine gekürzte Zusammenfassung:

„They therefore appeal for active participation in the struggle by all other nations, other organisations and institutions, and all people who accept the principles of human dignity and equality.“

In particular the leaders of the Front Line States and Liberation Movements appeal for political, moral, material and diplomatic support to be given to the Liberation Movements. They appeal also for concrete support to be given to the efforts of the Front Line States aimed at the consolidation of their independence and their fragile economies, as these are of direct relevance to their ability to play a con-

structive role in the search for peace and freedom in Southern Africa.

For the Heads of State and Government of the Front Line States and the leaders of the Liberation Movements repeat a truism: Peace is incompatible with racism and colonialism. Man is so constituted that men and women will die for freedom and human dignity if they are prevented from the peaceful pursuit of these basic human rights. Neither military might nor devious political machinations, whether directed against the peoples inside Namibia and South Africa or against the free States of Africa, can defeat the idea of freedom and racial equality. The struggle will be long and hard. It will be carried on until final victory.“

Hier stehen wir vor einem ethischen Appell aus der Dritten Welt, d. h. vor einem sehr konkreten ethischen Appell aus einer Subregion Afrikas, in der sich die Völker und Staaten des südlichen Afrikas in einer existentiellen Situation sehen, in der Menschen bereit sind, für ihr politisches Ethos zu sterben. Sind wir am Tod dieser Menschen mitschuldig, wenn wir diesen Appell ungehört verhallen lassen? Ist es ein Gebot einer politischen Ethik, in diesem besonderen Dritte-Welt-Kontext von Rassismus und Kolonialismus jene Institutionen anzuerkennen und zu unterstützen, die für die legitimen Ansprüche des afrikanischen Volkes eintreten und gegen die beispiellose Verletzung ihrer Menschenwürde kämpfen? Oder liest sich der eben zitierte Aufruf nur wie ein Rechtfertigungsversuch für ein anderweitiges „nacktes“ politisches Eigeninteresse dieser Staaten, dem vernünftigerweise eben auch nur auf der Grundlage eines eigenen Kostennutzenkalküls Rechnung zu tragen wäre. Oder wird hier eine politische Ethik signalisiert, in der „Befreiung“ die Gewährleistung von Menschenwürde gegenüber einem Dasein bedeutet, in dem die Attribute von Menschlichkeit permanent verraten werden: und zwar unter Täterschaft, Mittäter- und Komplizenschaft der Ersten Welt?

V. Einige Feststellungen und Folgerungen

Für Österreich ist nach dem entwicklungspolitischen Dreijahresprogramm der Bundesregierung das südliche Afrika eine Schwerpunktregion. Eine Politik, die diesem Programm gerecht werden will, braucht Rückhalt in der Bevölkerung, die ein Einsehen in die Fragen der politischen Ethik im Hinblick auf Dritte Welt hat.

Europa hat seine politische Ethik in Epochen von immer wieder bitteren Kriegen hervorgebracht und auch zum Unheil für sich selbst und für andere Weltregionen Geschichte gemacht. „Ethik und Politik, Dritte Welt“ mündet für den Europäer in die

Frage, inwieweit er bereit ist, zu ertragen und dann auch mitzutragen, daß außereuropäische Völker Regionen, ja Kontinente ihre eigene Geschichte haben und ihre eigene Geschichte zu machen beginnen. Geschichte ist immer ein menschheitlicher Erneuerungsprozeß. Glauben wir an eine abendländische Endzeit, in dem Sinn, daß die Entwicklung der Welt mit Europa weltweit und für immer zu ihrem Ende gekommen ist; Oder läge nicht darin die Gefahr einer kollektiven Erstarrung und letztlich einer individuellen Anomie, d. h. einer Bindungslosigkeit der einzelnen Menschen, die sich für nichts mehr engagieren und sich in einer Absolutierung des nackten Eigennutzens aus der Gesellschaft überhaupt zurückziehen? Gibt es neue soziale Kräfte, die dem entgegenwirken?

Ich glaube, Dritte Welt, Dritte Weltproblematik kann neue soziale Kräfte mobilisieren und mobilisieren helfen. Wenn man Dritte-Welt-Problematik richtig versteht, sie in ihren konkreten Bezügen, wie beispielsweise im Kontext des südlichen Afrika, auffaßt und richtig verarbeitet, wird von selbst einer kollektiven Erstarrung und einer individuellen Anomie entgegenwirkt und ein neues geistiges Milieu liberalen Denkens und sozialen Handelns geschaffen. Mit liberalem Denken meine ich hier liberal in einem neuen Verständnis, in dem „Befreiung“ in jenem Sinn mitgedacht wird, von dem hier schon mehrfach die Rede war. Ich meine ein Milieu, das für die Lösung der heute akuten Weltprobleme unerlässlich ist. Mit dem Thema „Politik und Ethik, Dritte Welt“ wird im Grund die Möglichkeit der Erneuerung europäischen Denkens und Handelns angesprochen. Dafür ist das südliche Afrika ein Anlaßfall erster Ordnung. Denn nirgendwo liegen die mit dem Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt aufgegebenen Probleme politischer Ethik klarer zutage als dort.

DIE JUGEND FLÜCHTET

Politikverdrossenheit, Wertwandel, Alternativkultur

1. Absetzbewegungen — empirische Befunde und lebensweltliche Erfahrungen

Die Jugend macht wieder von sich reden. Sie stürmt diesmal nicht auf die Barrikaden, schwingt keine roten Fahnen, verlangt nicht die Demokratisierung aller Lebensbereiche oder die Verstaatlichung der restlichen Privatunternehmen — sie ist in diesem Sinne **weniger radikal**.

Sie ist jedoch in einem anderen Sinne noch ungleich **radikaler**: Sie stellt nicht nur die spezielle Wirtschaftsordnung in Frage, sondern den grundlegenden Kurs der Industriegesellschaften: es geht ihr nicht nur um mehr Wohlstand in einem gerechteren System, sondern um Glück und Existenz der Menschheit; sie will nicht nur mitbestimmen, sondern ein anderes Politikmachen; ihr Begehren richtet sich nicht nur auf andere Konzepte, sondern auf ein anderes Denken.

Einmal mehr bricht Unzufriedenheit dort auf, wo man sie restlos getilgt wähnte: in einer Wohlstands- und Konsumgesellschaft, in einem „reichen“ Gemeinwesen, das seinen Mitgliedern historisch unvergleichliche materielle Ressourcen geschenkt hatte. Erst die neuerdings geltend gemachte sonderbare Erfahrung, daß sich weder „Glück“ noch Zufriedenheit als logische Implikation aus einer Mixtur von Fortschritt, Einkommenszuwachs, Bildung, Technik und Sozialprodukt ergeben, daß auf jeden Fall die betroffenen Individuen sich mancherorts diesem eingespielten Prozeß verweigern, gibt den Anstoß dazu, nach dem Fehler in den „Gleichungen“ zu suchen; und in manchen Fällen entdeckt man das „menschliche Element“, das Individuum mit seinen Bedürfnissen, Interessen, Werten und Haltungen, als Sand im Getriebe. Denn die Apparatur der modernen Gesellschaft schien man in den 60er Jahren zunehmend in den Griff zu bekommen, und viele wähten das letzte, sozialwissenschaftliche abgestützte Stadium der Gesellschaftsentwicklung in der Perspektive eines Auguste Comte angebrochen, oder sie glaubten zumindest die optimal geplante, technologisch perfektionierte Gesellschaft eines Saint-Simon nicht mehr in allzu weiter Ferne. Das **Ende der Ideologien** wurde ausgerufen, die Abdankung der Herrschaft von Weltanschauungen und Werten zugunsten jener von Experten — fast unmittelbar vor dem Einsetzen jener massiven Re-

ideologisierungswelle, die sich in den Studentenunruhen, den Vietnam-Protesten, den Bürgerrechtsbewegungen äußerte.

Seitdem läßt sich eine Proteststimmung in den Industrieländern verzeichnen, die zuweilen ihre Themen und Anliegen wechselt, die aber immer präsent bleibt. Der Protest richtet sich gegen fundamentale Entwicklungen: Die Jugend flüchtet aus der Welt der offiziellen Politik, aus dem formellen Wirtschaftsleben, aus der offiziellen Kultur, ja sie versucht sich sogar dem vorherrschenden Denkstil zu entziehen. Einige mit dieser „Verweigerung“ und mit diesem „Protest“ verbundene Phänomene sollen in der Folge erörtert werden.

2. Der Wandel der Jugendkultur — die „skeptische Generation“, die „Studentenbewegung“ und die „Alternativbewegung“.

Der rasche Wandel des „Zeitgeistes“ stellt auch an den Gesellschaftsinterpreten besondere Anforderungen. In einem kursorischen Rückblick können wir vermerken, daß die 50er Jahre von einer **Konsumorientierung** gekennzeichnet waren, die aus den Verlockungen einer Wohlstandsgesellschaft angesichts der Ruinen des Krieges erwachsen ist. Helmut Schelsky beschrieb die Jugendlichen des Nachkriegsjahrzehnts als „skeptische Generation“, aus deren Grunderfahrung der sozialen Unsicherheit seines Erachtens ihr entpolitisierter, entideologisierter Rückzug auf Beruf und Konsum resultierte: „Diese Generation“, so skizzierte er ihre Haltung, „ist in ihrem sozialen Bewußtsein und Selbstbewußtsein kritischer, skeptischer, glaubens- oder wenigstens illusionsloser als alle Jugendgenerationen vorher, sie ist tolerant, wenn man die Voraussetzung und Hinnahme eigener und fremder Schwächen als Toleranz bezeichnen will, sie ist ohne Pathos, Programme und Parolen. Diese geistige Ernüchterung macht frei zu einer für die Jugend ungewöhnlichen Lebensfähigkeit. Die Generation ist im privaten und sozialen Verhalten angepaßter, wirklichkeitsnäher, zugriffsbereiter und erfolgssicherer als je eine Jugend vorher. Sie meistert das Leben in der Banalität, in der es sich dem Menschen schenkt, und ist darauf stolz“. Diese Generation, so meinte Schelsky dazumal, wird nie revolutionär und nie elitär, sie findet aber auch an der Tradition keinen

Halt mehr; sie verfügt über keine moralische Vision, ermangelt des Enthusiasmus, ist leidenschaftslos; es ist eine „stille Generation“.

Die nachfolgende Generation der 60er Jahre war dafür umso „lauter“. Der jugendliche Ansturm gegen die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft war ideologisiert, unpragmatisch, leidenschaftlich. Die schreckerregenden Zukunftsvisionen einer nur noch materiell orientierten, im eigenen Konsum wohliger erstickenden Bevölkerung wurden in den 60er Jahren durch die — weitgehend von Studenten getragenen — **politisch-partizipativen Überlegungen** zur Demokratisierung, Mitbestimmung, Politisierung und Gesellschaftsveränderung verdrängt. 1968 war das Jahr der europäischen „Revolutionen“, darnach schien die Bewegung rasch in Lethargie und Auflösung zu verfallen. Am Beginn der 70er Jahre folgte bald der Gegenschlag: Übermüdet von den politisierenden Ansprüchen, wurde die **Tendenzwende** proklamiert, von Verinnerlichung geredet und die Nostalgie beschworen. 1972 gab der Club of Rome das Thema des kommenden Jahrzehnts vor: die Zukunftsszenarien einer umweltvernichtenden Zivilisation. Spätestens ab Mitte der 70er Jahre konnte man von der „grünen Wende“ sprechen, nach welcher eine rasch erstarkende **Alternativbewegung** ökologische Themen, einfachere Lebensweisen und langfristige Zukunftsstrategien befürwortete.

3. Eine „stille Revolution“? Über materialistische und postmaterialistische Werte

Der rasche Wandel der aktuellen Themen und Strömungen wird heute oft in die Kategorie eines „Wertwandels“ gefaßt, einer Veränderung der normativen Bestände und Präferenzen der Mitglieder einer sich im raschen Fluß befindlichen modernen Gesellschaft. Besondere Aufmerksamkeit findet ein vermuteter Übergang von der einer Nachkriegs- und Aufbauzeit angemessenen „materialistischen“ Wertordnung zu **postmaterialistischen** Werten:

„Hinter den politischen Aktivitäten der Sechzigerjahre und des vergleichsweise Stillstandes der Siebzigerjahre hat eine stille Revolution stattgefunden, die die Infrastruktur des politischen Lebens in den westlichen Ländern verändert“, meint Ronald Inglehart, der diesen Begriff — „the silent revolution“ — als Buchtitel be-

nutzt; und er fährt präzisierend fort: „Die Werte der westlichen Gesellschaften scheinen sich von einer beinahe ausschließlichen Betonung der materiellen und physischen Sicherheit in Richtung auf eine höhere Bewertung von immateriellen Aspekten des Lebens verlagert zu haben, wobei Themen wie Lebensqualität eine größere Bedeutung gewinnen und die Entwicklung eines weniger parochialen, mehr kosmopolitischen Gefühls von politischer Identität begünstigt wird“.

Zu den **materialistischen**, eher mit physischen Bedürfnissen in Zusammenhang stehenden Werten zählt Inglehart – bestätigt durch Testergebnisse – folgende Prioritäten: Aufrechterhaltung der Ordnung; stabile Wirtschaft; Verbrechensbekämpfung; Wirtschaftswachstum; starke Verteidigungskräfte; Kampf gegen steigende Preise. Zu den **postmaterialistischen** Werten, die sich eher auf soziale Bedürfnisse und Selbstverwirklichung richten, gehören seiner Zuordnung nach die Prioritäten: Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz; weniger unpersönliche Gesellschaft; Ideen zählen mehr als Geld; mehr politische Mitbestimmung; freie Rede. Zusätzliche Merkmale für diese Haltung lassen sich aus einer Analyse von Milton Rokeach gewinnen; der postmaterialistische Komplex kann aufgrund seiner Untersuchungen ergänzt werden durch die Werte: schöne Welt, Weisheit, Gleichheit und innere Ausgeglichenheit. Postmaterialisten nehmen nach Ingleharts Schlußfolgerungen zudem häufiger eine kosmopolitische Haltung ein, treten für die Gleichberechtigung der Frau und die Freigabe der Abtreibung ein und neigen eher dazu, Armut nicht als individuelles Versagen, sondern als Ergebnis gesellschaftlicher Umstände zu sehen. Ganz allgemein ausgedrückt: „postmaterialistische Anschauungen gehen einher mit einer relativen Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen, während Materialismus sich mit Anliegen wie Aufrechterhaltung der Tradition und der Moral verbindet“.

Die neuen Werte nun liegen „quer“ zu der Links-Rechts-Dimension, von der die herkömmliche Politik geprägt gewesen ist. Werden die beiden Orientierungen miteinander verknüpft, ergibt sich das Wertefeld der **Tab. 1**, das einige vorläufige Anhaltspunkte für die Zuordnung der Anliegen liefern kann. Die alltäglichen Existenznotwendigkeiten, um welche die Nachkriegsgeneration zu kämpfen hatte, sind gesichert: Die jüngere Generation ist im Wohlstand aufgewachsen; für sie sind Wohnung, Nahrung, Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und Urlaub eine Selbstverständlichkeit, wogegen ihr andere Güter als „knapp“ erscheinen: Selbstverwirklichung, Spontaneität, Kreativität, eine angenehme Wohnumwelt, saubere

Das Wertespektrum in den ideologischen Feldern

Tabelle 1

Wachstum/Konsum Fortschritt/Technik lebensstandardorientierte Wirtschaftslenkung ökonomische Nivellierung Etatismus/ (reformistischer oder radikaler) Interventionismus Verteilungsgerechtigkeit/ soziale Sicherheit Emanzipation/Demokratisierung Arbeits- und Parteidisziplin Solidarität soziale Gleichheit Zentralismus Kollektivismus Veränderung/Reform chilastischer Utopismus bis pragmatischer Reformismus	MATERIALISTISCH Wachstum/Konsum Fortschritt/Technik ökonomische Freiheit/ Marktorientierung Steuerungspessimismus/ peripherer Staat politische Gerechtigkeit/ Rechtsstaatlichkeit/Recht und Ordnung Karriere/Leistung/Paternalismus beschränkte, repräsentative Demokratie Stärke der Nation und der Regierung Disziplin/Pflichterfüllung Hierarchie/Elite Privatismus/Familie Individualismus/„Gemeinschaft“ Kontinuität/Tradition Antiutopismus
LINKS qualitatives Wachstum ökologisch orientierte Wirtschaftslenkung/-kontrolle Umweltschutz/ ökotechnologische Lösungen Technikskeptizismus Solidarität mit der Dritten Welt direkte Demokratie/Mitbestimmung imperatives Mandat/Amterrotation usw. Antietatismus/Antibürokratismus unkonventionelle Protestformen Gleichberechtigung der Frauen innere Ausgeglichenheit/ Engagement Selbstverwirklichung/ Spontaneität/Emotionalität/ Hedonismus/Konkretheit zukunftsorientierter Utopismus	RECHTS qualitatives Wachstum oder Nullwachstum/Konsumverzicht/Anspruchsreduktion/Orientierung an „Grundbedürfnissen“/ Spargesinnung Umweltschutz/naturgerechtes Wirtschaften/Einbettung in die natürlichen Kreisläufe/ Technikaversion formaldemokratische und direkt-demokratische Elemente/ ziviler Protest Antietatismus/Antibürokratismus Subsidiarität/Regionalismus/ Kleinheit/Überschaubarkeit Heimat/Nation/Ganzheit/Organisation innere Ausgeglichenheit/Beschaulichkeit/Harmonie Selbstverwirklichung/Persönlichkeitserweiterung/Metaphysik/ Religion Moral/Tradition/romantischer Utopismus
POSTMATERIALISTISCH	

Anteile von Materialisten und Postmaterialisten

Tabelle 2

	NL	GB	USA	BRD	ÖST
Materialisten	19 %	30 %	39 %	56 %	41 %
Gemischt/Materialisten	31 %	38 %	31 %	28 %	37 %
Gemischt/Postmaterialisten	29 %	25 %	20 %	11 %	18 %
Postmaterialisten	21 %	8 %	10 %	6 %	5 %

Quelle: Barnes/Kaase 1979, Tab. 11.4; S. 320

Wertprioritäten nach Alterskohorten

Tabelle 3

Alter	NL		GB		USA		BRD		ÖST	
	M	PM	M	PM	M	PM	M	PM	M	PM
16–29	11	28	21	13	28	17	32	15	25	9
30–39	18	27	27	8	38	11	50	8	41	6
40–49	21	13	25	9	49	4	56	5	44	3
50–59	26	17	29	10	45	8	64	2	40	1
60–69	23	11	40	6	51	3	65	1	52	3
70 +	38	11	46	2	42	4	74	2	–	–

Anteile an Materialisten (M) und Postmaterialisten (PM)

Luft, eine friedliche Welt. Solche Werte lassen sich in dieser Wohlstandsgesellschaft schwer realisieren, und das diesbezügliche Defizit führt zum Protest. Bemerkenswerterweise sind es eher die Privilegierten dieser Gesellschaft, die der sozialen Ordnung am kritischsten gegenüberstehen. Nicht materielle Unzufriedenheit oder relative Deprivation führen zum Aufbegehren, sondern Wohlstand, Bildung und Sicherheit. Das Protestpotential ist vor allem vom Lebensalter, von der **Wertorientierung** und vom **kognitiven Niveau** abhängig; in der Analyse erweist sich gerade das Einkommen als bedeutungsloser Einflussfaktor. **Es protestieren jene, die jung sind, die postmaterialistische Werte vertreten und die in der Lage sind, ihren Protest zu durchdenken und zu artikulieren.**

In einer umfassenden, von Barnes und Kaase herausgegebenen Untersuchung kann ein Trend zu postmaterialistischen Werthaltungen empirisch belegt werden; in den fünf untersuchten Ländern – Großbritannien, Deutschland, Vereinigte Staaten, Niederlande und Österreich – gewinnen die Postmaterialisten im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums und der Entfaltung des Wohlfahrtsstaates an Boden. (Tab. 2 und 3).

Da es vor allem Jugendliche sind, die als Vertreter der neuen postmaterialistischen Werte angesehen werden, und da angenommen wird, daß sich ihre Einstellungen im weiteren Verlauf ihres Lebens nicht wesentlich verändern werden, lassen sich aus solchen Beobachtungen Thesen über einen generellen Wertwandel ableiten, demzufolge die materialistisch-puritanische, leistungs- und einkommensbezogene Haltung der Nachkriegsgeneration nunmehr durch eine Orientierung abgelöst wird, in der Persönlichkeitsentfaltung, Umweltschutz, Kommunikation und andere postmaterialistische Präferenzen dominieren. Statt einer technokratischen Vision wird eine kommunikative, statt einer formalpolitischen eine partizipative, statt einer wirtschaftsorientierten eine ökologische, statt einer rationalistischen eine humanitäre Vision verkündet. Die industrielle Revolution entläßt ihre Kinder; die Kinder der Wohlstandsgesellschaft träumen nicht mehr vom Wohlstand, den sie ohnehin besitzen. Aber da sie auch das Träumen nicht verlernt haben, weisen ihre Träume auf jene sozialen Defizite hin, mit denen der Wohlstand erkaufte wurde – und sie verwandeln sich nur allzu oft in Alpträume, welche die etablierte Politik, statt sie zu besänftigen, nur noch steigert. Aber ihre Träume bleiben nicht folgenlos, sondern werden häufig zum politischen Protest organisiert, einem Protest, bei dem die sanftmütigen Visionäre die hartgesottenen Politiker nicht selten das Fürchten lehren – und manchmal

selbst handfest, hartgesotten und dogmatisch werden. Dieser Wertwandel betrifft auf diese Weise unmittelbar die politische Stabilität und wirft Fragen nach der Krisenhaftigkeit der politischen Kultur, die von solchen Wertungen getragen wird, auf. Eine Einschränkung ist derartigen Behauptungen über einen „Wertwandel“ allerdings beizufügen: Es handelt sich wohl weniger um einen **Wandel** als um eine **Anspruchserhöhung**, weniger darum, daß die alten Werte nicht mehr geschätzt werden, als darum, daß Werte „kumuliert“ werden; die materialistischen Werte werden durch postmaterialistische angereichert. Nicht nur Wohlstand und Urlaub, soziale Sicherheit und eine schöne Wohnung werden verlangt, sondern dies alles auch noch in besserer Qualität und mit glücksverheißenden Folgen.

4. Von der Studentenbewegung zur Alternativbewegung – Kontinuitäten und Brüche

Die Studentenbewegung wurde, wie Studien zu belegen suchen, etwa von den Geburtsjahrgängen 1945 bis 1953 getragen; die Jahrgänge ab 1953 stellen einen neuen Generationszusammenhang dar. Die **Nachfolgegeneration** erweist sich als distanzierter, zynischer und entfremdeter gegenüber Politik; sie organisiert sich in Subkulturen und „Szenen“, manchmal auch in gegenkulturellen Strömungen. Die dominierenden Werthaltungen der Jugend in den 70er Jahren werden meist als Pendelschlag, als Reaktion auf die Studentenbewegung, nicht als ihre Fortführung angesehen; es lassen sich Belege für eine Akzentuierung bestimmter postmaterialistischer Haltungen, für das Desinteresse der „neuen“ Jugend an der nicht mehr so „Neuen Linken“ – ihrer marxistisch-aufklärerisch geprägten Vorgängergeneration –, und umgekehrt für die Aversionen mancher 68er-Veteranen gegen die unpolitisch-privatisierenden Grünen beibringen. Aber solche Grenzziehungen sind allzu sehr auf vordergründige Phänomene, auf Erscheinungsformen des Protests sowie auf die programmatischen Selbstdarstellungen der Bewegung fixiert; sie verkennen die grundlegende Kontinuität in jenen Bereichen, wo solche „Brüche“ in der Weltbetrachtung und propagierten Lebensgestaltung nicht stattgefunden haben.

Vielmehr läßt sich von den 60er zu den 70er Jahren, von der **Studenten- zur Alternativbewegung, eine Kontinuität in der propagierten „politischen Kultur“ und der „gemeinschaftlichen Kultur“** verzeichnen, während die **„ökonomische Kultur“** – neben einer Fortführung mancher Perspektiven – im wesentlichen durch eine **Neuorientierung gekennzeichnet ist; gerade in diesem Bereich allerdings liegen auch die Schwachstellen der alternativen Programmatik.**

Im Bereich der **politischen Kultur** werden von den alternativen Gruppierungen dieselben Themen vorgebracht wie von ihren protestierenden Vorgängern. Das Unbehagen gegen ein System, das ihren Ansprüchen nicht entgegenkommt, das Forderungen institutionell ausfiltert, das „dicht“ und unzugänglich ist und von eigensüchtigen Verwaltern des Status quo beherrscht wird, veranlaßt zum Widerstand: einem Widerstand, der die proklamierten und alltäglich verordneten Werte – Frieden, Freiheit, Mitbestimmung usw. – forcieren soll; einem Widerstand, der die Trennung von Form und Inhalt, von Demokratie und Gemeinwohl in einer Betonung partizipativer Elemente – von der Räte- oder Räte- und Räte- Demokratie bis zum imperativen Mandat – aufhebt. Die grundlegende Kritik- und Auflehnungsbereitschaft knüpft nahtlos an die 60er Jahre an: nicht mehr so sehr unter Berufung auf die Dominanz der Kapitalinteressen, die es zurückzudrängen gelte, sondern – weit emotionaler – unter Verweis auf die determinierende Übermächtigkeit technischer Apparaturen, die „Unheimlichkeit“ riesiger bürokratischer Apparate, die „Eiskälte“ des gesellschaftlichen Lebens. – Im Bereich der **gemeinschaftlichen Kultur** läßt sich mit zahlreichen Stichworten, die sich am deutlichsten bei Herbert Marcuse versammelt finden, an die Protestbewegung der 60er Jahre erinnern: Gemeinschaftsorientierung, Zuneigung, Kommunikation, Lebensglück, Selbstbestimmung, Persönlichkeitsentfaltung, Überschaubarkeit, Heimat, Handwerk, Lebensqualität, sexuelle Freizügigkeit, Spontaneität, Ganzheit usw. Diese Wertorientierungen, die dem herkömmlichen Leistungs- und Konsumdenken widerstreben, waren in der Studentenbewegung durchaus präsent; sie waren jedoch in eine Kapitalismuskritik eingebunden und von den **politökonomischen Kategorien** weithin „verdeckt“, sodaß man von ihrer „**Freisetzung“ in der Nachfolgegeneration** sprechen kann.

Eine deutliche Abkehr läßt sich indes im Bereich der **ökonomischen Kultur** verzeichnen, wo die Studentenbewegung als weitgehend unbefragte Grundlage ihrer zukunfts-optimistischen Haltung jene Werte teilte, die heute von den „Gegnern“ der neuen sozialen Bewegung – der „Allparteienkoalition“ der Wachstumsbefürworter – vertreten werden: wirtschaftliche Expansion, technologische Entwicklung, sozialer Fortschritt. Die „bessere Gesellschaft“, an deren Grundlegung die Protestbewegung – über die Ausbeutung und Entfremdung des kapitalistischen Systems aufklärend – mitzuwirken meinte, sollte wohl nach wie vor in jedem Sinne eine „**fortschrittliche**“ (eines der Schlüsselworte dieser Jahre) sein, finanziert aus den expandierenden Ressourcen: in ökonomischer Hinsicht eine besse-

re, großzügig wohlfahrtsstaatlich versorgte Industriegesellschaft, deren Technologie nicht mehr nach kapitalistischen Interessen, sondern nach humanen Bedürfnissen eingesetzt werden sollte. Zudem waren sich konservative wie neomarxistische Kritiker dieser Zeit darin einig, daß die Zukunftsgesellschaft ein **verwissenschaftliches, expertokratisches und technokratisches** Gemeinwesen sein würde; gerade durch die Perfektionierung und Ausweitung der Planung sollte jene Gesellschaftsordnung, in der die individuelle Repression beseitigt sein würde, realisiert werden. — Manche der damals erörterten Visionen werden zwar heute durchaus fortgeführt: die neue Einstellung zu Arbeit und Konsum, die Verweigerung von Leistung und Karriere, die Betonung von Bedürfnisüberlegungen usw.; im Grundsätzlichen jedoch ist die **Abkehr vom Fortschrittsoptimismus radikal**. Die ökologischen Grenzen des Wachstums haben den Expansionismus, die anthropologischen Grenzen des Wandels den Fortschrittsglauben, die administrativen Grenzen der Steuerung die Expertokratie diskreditiert. Gegen wirtschaftliche Erfordernisse werden ökologische Argumente, gegen Anpassungsnotwendigkeiten Aspekte der Lebensqualität, gegen Planungsstrategien „Gegenexperten“ aufgeboten. Die Umweltthematik (im weitesten Sinne) hat die traditionellen ökonomischen Themen weitgehend verdrängt, und es ist signifikant, daß in diesem Bereich meist auch die „blinden Flecken“ alternativer Programme nachzuweisen sind: im Hinblick auf wirtschaftliche Steuerung, Außenwirtschaft, Inflation, Arbeitslosigkeit und dergleichen herrscht dort Verwirrung, wo nicht überhaupt Schweigen obwaltet. Die politische Ökologie hat das Erbe der politischen Ökonomie übernommen; und die Kritik der Ökonomie geriert sich meist höchst unpolitisch.

Man kann dies auch so formulieren: Während die Studentenbewegung sich vorrangig um die ökonomische Fragestellung kümmerte — auch deswegen, weil sie meist in marxistischen Konzepten jene umfassende Welterklärung, deren sie bedurfte, zu finden glaubte —, haben sich die Akzente im Jahrzehnt darauf verschoben — von der **ökonomischen zur politischen und gemeinschaftlichen Kultur**. In diesen Bereichen aber waren in den 60er Jahren Anknüpfungspunkte zu finden, die erst richtig entfaltet werden mußten.

5. Konfliktkanalisierung und Protest — konventionelle und unkonventionelle Protestaktivitäten

Die Gruppierungen, welche die neuen

Anliegen in den politischen Prozeß „einspeisen“, bringen die theatralischen Akte der eingespielten Politik in Verwirrung; manche meinen eine neue Spaltung beobachten zu können, angesichts derer die **demokratischen Mechanismen der Konfliktkanalisierung und Konfliktbeherrschung versagen**. Während auf der einen Seite ein wachsender Problemdruck zu verzeichnen sei, werde auf der anderen Seite, nämlich bei den politischen Institutionen und Parteien, ein Vakuum an qualitativen Wert- und Zielvorstellungen offenbar, das — geboren aus der Orientierung an den Erfordernissen des Machterwerbs und der Machterhaltung — sowohl die Verfassungsstruktur wie auch die Wirtschaftsordnung als Mittel der Legitimation unzureichend werden lasse. Vielmehr werden die Ergebnisse des sozialen und politischen Prozesses an der Vorstellung einer „ökologisch-humanen Lebensordnung“ gemessen, einem neuen umfassenden alternativen Lebens- und Fortschrittsmodell. Daraus lassen sich Befürchtungen ableiten, daß wir eine Krise des Parteiensystems — die ihrerseits im wesentlichen aus einer Funktionskrise der Volksparteien gespeist werden — zu gewärtigen haben, die sich verschärfen könnte: bis hin zum „ökologischen Bürgerkrieg“.

Tatsächlich muß man sich vergegenwärtigen, daß es jenen, die sich zur Alternativbewegung hingezogen fühlen, in den meisten Fällen nicht um dieses oder jenes Anliegen, das zusätzlich in den Problemkatalog der Politik aufgenommen werden könnte, geht, sondern um einen **grundlegenden Bruch** mit der Entwicklung der letzten Jahrzehnte in den Industriegesellschaften. Der Umstand, daß es um unvereinbare Paradigmen der Welt- und Gesellschaftsbetrachtung geht, macht die Diskussionen zwischen den Anhängern des „etablierten Kurses“ und den Anhängern der „Umkehr“ so schwierig; Verständigung ist fast nicht möglich, wenn die Kategoriensysteme nicht kompatibel sind. **Forderungen nach einem fundamentalen Kurswechsel aber sind in einem Politiksystem, das auf Tausch und Kompromiß, auf Interessenausgleich und partielle Gewährung ausgerichtet ist, nicht „bearbeitbar“**. Aus dieser Konstellation könnten „cleavages“ erwachsen, die neue Bruchlinien in der Gesellschaft darstellen, welche — da sich auch die entsprechenden Problemlagen verschärfen dürften — als relativ dauerhafte „Klassenlagen“ betrachtet werden können.

Freilich trifft eine solche Betrachtung, die einen großen Teil der „Bewegung“ kennzeichnen mag, nicht für alle Gruppen zu, die sich zu „kommunikativen Demonstrationen“ versammeln. Es gibt auch kooperationswilli-

ge Umweltschützer, die sich der Verflechtungen, der Sachzwänge und der begrenzten Möglichkeiten einer komplexen Industriegesellschaft bewußt sind, die das Angebot der Wissenschaft nicht verschmähen und eine rationale Argumentation zugunsten der ökologisch-humanen Lebensordnung entwickeln; manche von ihnen, etwa einige Parlamentarier der neuerdings existierenden grünen Parteien, machen die erstaunliche Erfahrung, daß sich auch im bekämpften Establishment Leute finden, die durchaus ähnliche Vorstellungen vertreten und überdenkenswertes inkrementalistische Strategien anzubieten haben. Auf der anderen Seite finden sich jene, die sich bereits vom sozialen Prozeß abgekoppelt haben, indem sie einerseits ihre eigenen Lebenskreise — mit Bio-Läden, Zeitungen, Handwerksbetrieben und Bauernhöfen — aufgebaut haben oder sich in jenen gegenkulturellen Szenen umtun, welche die Grenze zur Illegalität nicht selten überschreiten, deren tiefstehende Protesthaltung aber in spontanen und ungezielten Ausbrüchen ihr Ventil findet. Das Protestpotential, so unübersichtlich es sich somit auch darbietet, muß differenzierter betrachtet werden; „den“ Jugendprotest im Sinne einer einheitlichen Stimmungs- und Problemlage gibt es nicht.

Das „Establishment“ — wie es die Vorläufergeneration genannt hätte — tut sich vor allem deswegen so schwer mit diesen Zivilisationskritikern, weil zum Kernprogramm der Gegenkultur die Prämiierung des **Irrationalismus** gehört; zu den höchsten Werten des neuen Lebensgefühls gehören eine kommunikative „Ich-Bezogenheit“, Wärme, Nähe und Natürlichkeit, Zärtlichkeit, Solidarität, Glück, Ganzheit, aber auch Vision und Magie. Die Ansprüche hat Theodore Roszak, einer der „Väter“ der Gegenkultur, in durchaus nicht allzu bescheidener Weise formuliert: „einen neuen Himmel und eine neue Erde zu proklamieren, so unbegrenzt, so wunderbar, daß sich die maßlosen Ansprüche technischer Experten angesichts eines solchen Glanzes notgedrungen nur noch auf einen untergeordneten Randbereich des Lebens beziehen“. Capra und Sloterdijk, Feyerabend und Illich sind diesen Strömungen des Zeitgeistes auf der Spur. Wo aber die Argumentation nicht mehr vom Kriterium der Wahrheit oder Richtigkeit, sondern von jenem des kollektiven Wohlfühls getragen wird; wo die Tätigkeit von „Experten“ von vornherein diskreditiert wird; wo der **Diskurs** zur entfremdenden Herrschaft der Rationalität, zur Verletzung der kollektiven Harmonie und somit zur „Bösartigkeit“ gerät, wird die Auseinandersetzung schwierig. Dennoch muß sie versucht werden, soll die politische Polarisierung

– mit der Gefahr des „Umkippens“ in den Autoritarismus – vermieden werden; zu diesen Zukunftsaussichten können nur einige kurze Bemerkungen vorgebracht werden.

6. Zur weiteren Entwicklung der neuen Parteien und der alternativen Bewegung

Die neuen sozialen Bewegungen kommen allen etablierten Gruppen ins Gehege und lösen Verwirrung aus. Die Neuordnung der politischen Landschaft aber birgt zweifelsohne einige Gefahren in sich, derer man bei der Beurteilung möglicher Entwicklungen eingedenk sein muß.

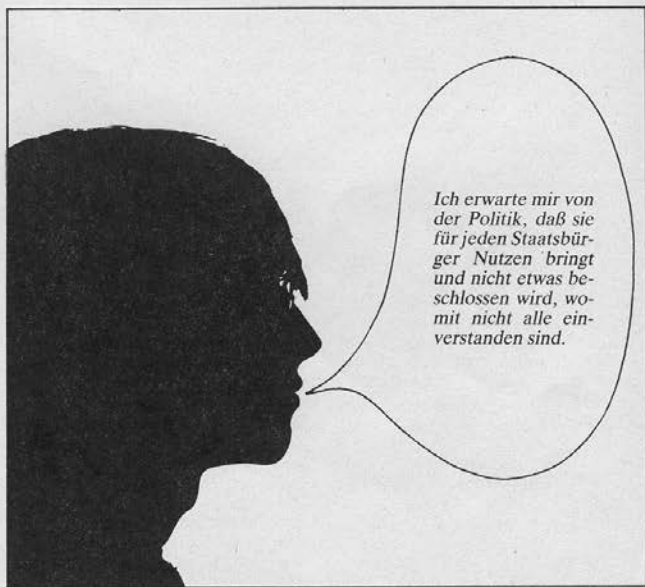
Wenn der Grundkonsens über eine humane Lebensordnung nicht mehr besteht, wenn die Mehrheitsregeln als Konfliktlösungsmechanismen nicht mehr anerkannt werden – aufgrund der Reichweite von Entscheidungen, aufgrund ihrer mangelnden Reversibilität oder aufgrund der Präferenz für spontane Unmittelbarkeit –, dann werden die Spielwiesen der neuen sozialen Bewegung indessen zum moralischen Sumpf, in dem es nicht mehr um ästhetische, expressive und humane Erfahrungen geht, sondern in dem ein gnadenloser Kampf ums Überleben beginnt. „Die Bürgerinitiativbewegung setzt, in einem ganz grundsätzlichen Sinn, das Problem der **Reichweite und der Grenzen politischer Entscheidungsfindung durch Mehrheiten** auf die Tagesordnung“. Aus einer Polarisierung, in welcher der Kompromiß als nicht mehr möglich angesehen wird, kann freilich ein **Autoritarismus von der einen oder von der anderen Seite** erwachsen: von den etablierten Eliten, welche die Erosion der industriegesellschaftlichen Errungenschaften verhindern wollen, oder von den ökologisch-humanitären Strömungen mit einer zu weilen überschießenden Gesinnungsethik und der Verachtung hinderlicher Formalismen.

Auch die neuen Parteien müssen sich als ernstzunehmende Teilnehmer am Spiel der Politik erst bewähren. So ist nicht abzusehen, ob es ihnen gelingt, eine umfassendere Programmatik – die auch Wirtschaft, Sozialpolitik, Kultur, Bildung etc. abdeckt – zu entwickeln, ohne daß sie an der dabei unweigerlich innerhalb der Grün-Alternativen zutage tretenden „alten“ Polarisierung entlang der Links-Rechts-Dimension zerbrechen. Genauso unklar ist es, ob es den neuen Organisationen möglich ist, sich in hinlänglichem Maße zu „professionalisieren“, ohne daß ihnen die eigene Basis davonläuft: „Mandate können heute einfach nicht mehr „nebenbei“ ausgeübt werden, ohne hinlänglichen „Apparat“ und ohne effiziente Organisation. Eine enge basisdemokratische Bindung kann in die Koopera-

tionsunfähigkeit münden oder in die „Unterwanderung“ durch manipulierende Gruppen; das Rotationsprinzip schließlich ist die sicherste Grundlage für den institutionalisierten politischen Dilettantismus. Da gerade diese organisatorischen Prinzipien aber aufs engste mit dem Selbstverständnis verbunden sind, „anders“ zu sein als die etablierten Parteien, ist die Entwicklung schwer abzuschätzen. Ohne einen gewissen „Normalisierungsprozeß“, so läßt sich allerdings vermuten, werden die neuen Konkurrenten auf dem politischen Markt zu keinen schlagkräftigen, effizienten und verantwortungsvollen Partnern werden können.

Der Aufschwung der alternativen Gruppierungen, insbesondere in Form ihrer parteipolitischen Institutionalisierungen, beruht zweifelsohne **auch** auf der „Integrationsschwäche“ und der „Verpflichtungsunfähigkeit“ der etablierten Organisationen: auf ihrem Konsens der ideologischen Mitte, der zur Ausblendung bestimmter Themen, zum Verlust des weltanschaulichen Profils, zur Verödung der politischen Kultur führt. Beiseite geschoben werden jene Themen, die in das Schema einer auf Versprechungen aufbauenden Konkurrenzpolitik nicht hineinpassen; bei denen die Konfliktlinien mitten durch die großen Parteien gehen; und die nicht „additiv“, also durch Aneinanderreihung (Kumulation) von Interessen, sondern nur „alternativ“ oder „kompetitiv“ (durch den Austrag von Zielkonflikten) zu

bewältigen sind. Allerdings muß aus den Indizien für „Parteiverdrossenheit“ nicht gleich auf eine tiefgreifende Krise des Parteiensystems oder der Demokratie insgesamt geschlossen werden; ob sich neue Wege der Interessenartikulation verfestigen werden, oder ob es zu einer stärkeren Segmentierung der Werthaltungen kommt, welche die soziale Homogenität vermindern und die Legitimations- und Identitätskrisen verschärfen, oder zu einer **Diffusion** der neuen Werte, – das hängt **auch** von den Reaktionen der etablierten politischen Kräfte ab: ob sie eine Strategie der **Ausgrenzung und Repression** steuern, durch die alternative Gruppierungen in Subkulturen, in „Reservaten“ isoliert werden, bei deren Überschreitung Kriminalisierung oder Psychiatriierung drohen; ob sie eine vollständige Integration versuchen, bei der die Opposition durch symbolische Verfahren, durch Kompromisse und partielle Änderungen zu überwinden getrachtet wird, während die Politikmuster im großen und ganzen gleichbleiben; oder ob bewußt und geplant ein **dritter Weg** begangen und ein Anpassungsprozeß – wie weitland beim Übergang vom liberalen zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus – zu einer sozial-ökologisch-partizipativen Marktwirtschaft eingeleitet wird, deren Konturen ohnehin noch kaum zu erahnen sind. Ob Instrumentalisierung, Akzeptierung oder Kooperation – das Konflikt-niveau in den politischen Institutionen könnte ansteigen.



Ich erwarte mir von der Politik, daß sie für jeden Staatsbürger Nutzen bringt und nicht etwas beschlossen wird, womit nicht alle einverstanden sind.

ZUR HEILIGUNG DER ARBEIT

Das neuzeitliche Europa ist nach wie vor in hohem Grade eine heidnische Welt, und zwar nicht vordergründig deshalb, weil wir inmitten dieser Welt immer wieder auf Überreste des heidnischen Kultus stoßen. Es geht vielmehr um etwas Wesentlicheres. In den Tiefen der Seele eines Europäers schlummert etwas, was gelegentlich an die Oberfläche gelangt und ihn für die aus dem Dunkel der heidnischen Vergangenheit auftauchenden Versuchungen empfänglich macht. Mit der Annahme der Taufe schwor der Mensch zugleich seinem alten Glauben ab; dieser besteht jedoch in ihm fort und er muß ihm immer aufs Neue absagen. Es stellt sich nun die große Frage, ob es nicht eine unumgängliche Verknüpfung des europäischen Christentums mit dem heidnischen Element gibt, die bewirkt, daß sich die Entwicklung und Reifung des Christentums nur in ständiger Auseinandersetzung mit dem sich immer wieder erhebenden Heidentum vollzieht. Es ist ein Kampf der Gegensätze: Das Christentum beschwört den Geist des Heidentums herauf und umgekehrt. Und vielleicht ist es gerade diese dichotomische Wechselwirkung, die uns über die Beschaffenheit der europäischen Welt besten Aufschluß gibt.

Was mag es aber mit dem heidnischen Zug der europäischen Seele auf sich haben? Darauf gibt es keine einfache Antwort. Es bliebe zu klären, ob das Heidentum ein einheitliches Gebilde darstellt, ob folglich die Griechen, Römer und die Barbaren in dieser Hinsicht gleichzustellen sind. Meines Erachtens irren allenfalls jene, die allein aus der Vielfalt der Erscheinung auf gravierende Unterschiede in der Sache selbst schließen möchten. Es gibt ein ganz einfaches, gleichsam fundamentales Differenzierungsmerkmal, das für all jene auf Anhieb einsehbar war, die in vergangenen Jahrhunderten die Taufe angenommen hatten. In seinem Buch über die Philosophie Rosenzweigs schreibt S. Moses: „Was die heidnische Welt vermissen läßt, ist eine Konzeption des Menschen, der offen wäre für das Wort und fähig, einen Dialog mit Gott aufzunehmen und Ihm seine irdische Existenz vollends anzuvertrauen.“¹ Also das Unterscheidungsmerkmal bildet die Idee des Dialogs – denn Menschen und Götter des Heidentums sind grundsätzlich dialogunfähig. Reden, die sie führen, sind entweder monologisiert oder aber bar jeglicher Bedeutung. Das menschliche Leben wird vielmehr vom blinden Schicksal – dem Fatum – bestimmt. Das Fatum

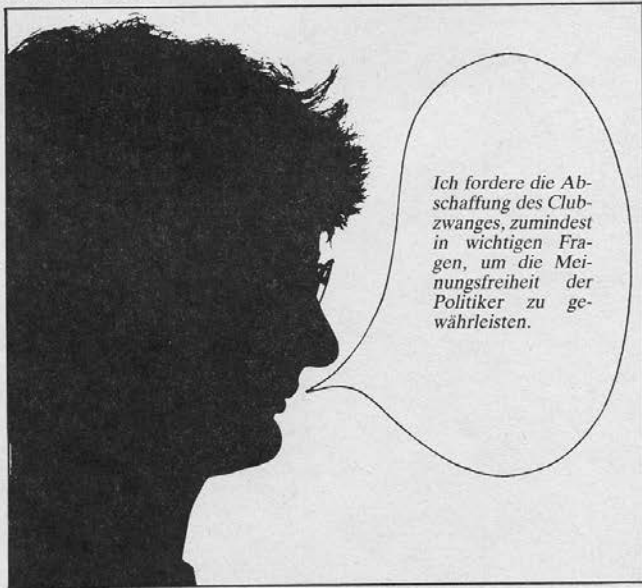
ist eine wortlose, düstere und stumme Macht. Was nützt dann die Wehklage Antigones? Welchen Sinn haben mithin noch die Fragen des Ödipus? Das Heidnische am europäischen Menschen, das tief in seiner Seele verborgen liegt, äußert sich in seiner Neigung, das Prinzip des Dialogs zugunsten des wie auch immer vorgefaßten Fatumglaubens aufzugeben. Einem Menschen, der unfähig ist, dem anderen zu vertrauen, bleibt nur eins: sich auf das Fatum zu verlassen.

Es gibt einen Bereich, in dem die Präsenz des heidnischen Geistes in Europa besonders augenfällig wird, nämlich jenen der Arbeit. Wer im neuzeitlichen Europa die Werkzeuge passiert, betritt heidnischen Boden. Darauf wies seinerzeit schon Marx hin: „Die Verwirklichung der Arbeit erscheint in dem nationalökonomischen Zustand als Entwicklung des Arbeiters, die Vergegenständlichung als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes, die Aneignung als Entfremdung als Entäußerung.“² Die Übermacht des Fatums degradierte den Menschen zur bloßen Arbeitskraft, zur Ware, ja zum beliebig formbaren Werkstoff in den Händen einer geheimnisvollen Gewalt.

Dem Fatum ist grundsätzlich ein jegliches Mitleid fremd, daher zeigt es sich in seiner Wirkung immer als grausam. Das dem Menschen immer überlegene Fatum kann ihm seinen Sieg nur mitteilen, indem es ihm Leid zufügt.

Diese Leid-Erfahrung vermittelt gleichsam wesentliche Erkenntnisse über unser Dasein. Für die Griechen fand dies seinen Ausdruck im Theater, für die Römer im Zirkus. Der Zirkus der Grausamkeit wurde zur Stätte der größten Offenbarung. Der heidnischen Grausamkeit stellte sich jedoch eines Tages die christliche Idee des Martyriums entgegen und dieses Martyrium erwuchs aus der Idee des Dialogs. Wer für andere sein Leben hergibt, ist vertrauenswürdig und bringt auch selbst den Mut auf, anderen zu vertrauen. Er wird zum Propheten und Zeugen, zum Eckpfeiler einer Glaubensgemeinschaft. Sein Prophetenamt geschieht in aller Öffentlichkeit und stellt sich somit in einen klaren Gegensatz zu dem aus dem Hinterhalt agierenden Fatum. Jedem, wenn in der europäischen Geschichte ein Ausbruch von Grausamkeit Martyrium nach sich zog, und dieses Martyrium eine weitere Steigerung der Grausamkeit bewirkte, war ein Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Heidentum erreicht.

Mein Hauptaugenmerk gilt hier aber dem Streit um das Wesen der Arbeit. Der Begriff der Arbeit kann seine Fundierung entweder in der Idee des Fatums, oder aber in jener des Dialogs finden. Die Arbeitsstätte kann zum Tempel heidnischer Götter werden, die Arbeit kann aber durchaus auch zu Gott führen. Eine jede Auf-



Ich fordere die Abschaffung des Clubzwanges, zumindest in wichtigen Fragen, um die Meinungsfreiheit der Politiker zu gewährleisten.

fassung der Arbeit hat ihre mitunter weitreichenden Konsequenzen, und zwar nicht nur für die Theorie, sondern vor allen Dingen für die Praxis. Eine Charakteristik der meines Erachtens heidnischen Elemente in der neuzeitlichen Kultur, die auf die Auffassung der Arbeit einen entscheidenden Einfluß genommen haben, wird zugleich etwas mehr Klarheit in die Auseinandersetzung um die Arbeit bringen.

Im Angesicht des Fatums

Der Mensch, der auf seinem Lebensweg dem Fatum begegnet, fordert es zunächst heraus, doch in diesem Kampf steht die Niederlage des Menschen von vornherein fest. Das Fatum ist mächtiger, es erweist sich auch als schlauer, denn sein Sieg führt nicht den Tod des aufbegehrenden Menschen, sondern seine Knechtschaft herbei. Der besiegte Mensch wird zum Werkzeug und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen wird der Mensch als willenloses Instrument des übermächtigen Fatums eine Verlängerung seiner Macht sein, wie es etwa der Stock in der Hand ist. Zum anderen wird er durch seine bloße Erscheinung – die eines Besiegten – die Übermacht des Fatums verkünden, wie ein Propagandaplakat die Siege des Führers. In beiden Fällen ist es Aufgabe des Unterjochten, die übrigen Aufrechter jeder anderen Hoffnung zu berauben als der auf das Fatum. Die Macht des Fatums beruht darin – und darauf will es hinaus – all das, was ist und was werden kann, lediglich als einen willenlosen und beliebig zu formenden Werkstoff hinzustellen. Der formenden Kraft wird ein zu formender Werkstoff gegenübergestellt. In diese zwei Bestandteile zerfällt die Welt. Dem Menschen kommt dann allenfalls die Rolle des Werkstoffes zu. Eine solche Konzeption des Menschen birgt eigentlich die moderne Technik in sich – jene neuzeitliche Erscheinungsform der Arbeit, von der Heidegger schreibt: „Was ist die moderne Technik? Auch sie ist ein Entbergen . . . Das Entbergen, das die moderne Technik durchdringt, entfaltet sich nun aber nicht in ein Hervorbringen im Sinne der poesis. Das in der modernen Technik waltende Entbergen ist ein Herausfordern, das an die Natur das Ansinnen stellt, Energie zu liefern, die als solche herausgefordert und gespeichert werden kann.“³ Also ein totales Herausfordern, dem die Überzeugung zugrunde liegt, alles sei „machbar“. Aus dieser Erkenntnis heraus erheben sich jene Stimmen, die behaupten, daß Technik in ihrer radikalsten Form etwas Heidnisches an sich hat. Der Mensch gibt für das Fatum lediglich den Werkstoff ab. Für eine solche Philosophie gibt es viele Beispiele. Nicht zuletzt war es Nietzsche, der

sagte, der Mensch sei der Wille zur Macht. Dieser Wille wird als Grundzug allen Lebens, ja des Seins schlechthin, dargestellt. So verliert der Wille seine natürliche Ausrichtung auf das Gute hin und ist kein Wille zum Guten mehr, kein guter Wille. Der Wille wird zum Selbstzweck. Er will Macht, also sich selbst. Und er braucht die Macht, denn erst in der Macht offenbart sich die Seinswahrheit: die ewige Wiederkehr, das Fatum schlechthin. Die endgültige Auffassung des Willens bei Nietzsche gibt treffend die knappe Formel wieder: amor fati. Wenn der Wille das Los liebgewinnt, wird er eins mit der ihm übergeordneten Macht, um so seine eigene Schwäche zu überwinden.

Kennzeichnend für derartige Konzeptionen ist die etwas befremdliche Verherrlichung der Kraft, der Macht und der Gewalt: Was real existiert, ist Macht. Macht ist an ihren Siegen erkennbar. Recht behalten immer die Sieger usw. Daraus ergibt sich eine bestimmte Auffassung der Arbeit. Sie ist Einsatz von Kraft, Macht und Gewalt, folglich ein Kampf. Nach dieser Konzeption wird die Arbeit ausschließlich in den Kategorien des Kampfes gedacht – was für neuzeitliche Auffassung der Arbeit charakteristisch ist. Wer arbeitet, der führt einen Kampf, er kämpft gegen die Natur, gegen die Mitmenschen, ja sogar gegen Gott an. Eine unumgängliche Voraussetzung für die so verstandene Arbeit sind Kraftreserven. Es werden immer neue erschlossen, indem die Menschen zu optimalen Arbeitskräften umfunktioniert werden. Erst aus einer solchen Arbeitskraft kann dann ein neuer Mensch geformt werden. Die Entwicklung der Arbeit erweitert den Freiheitsraum eines Menschen. Es ist dies aber keine individuelle Freiheit, sondern eine kollektive. Das Individuum kann sich nur in dem Grade „befreien“ sehen, insofern es sich zwar in der kollektiven Kraft auflöst hat.

Im Hinblick auf die Konsequenzen dieser heidnischen Einstellung in Europa scheinen zwei Fragen von besonderem Belang zu sein: die nach dem Wesen der Macht und die nach dem Wesen der Grausamkeit. Beide weisen einen Zusammenhang mit der Arbeit auf. Sowohl die Macht des Fatums als auch die Grausamkeit verfolgen dasselbe Ziel: dem Menschen eine bestimmte Form der Arbeit aufzuzwingen.

Wie ist denn die Herrschaft über die Arbeit und den sie ausführenden Menschen überhaupt möglich? Die heidnische, genauso wie auch die neuheidnische Konzeption der Macht legte Hegel in dem berühmten Kapitel über die Relation von Herrschaft und Knechtschaft in seiner „Phänomenologie des Geistes“ vor: Der Herr sieht

seine Macht über den Knecht darin begründet, daß der letztere an Gegenständen hängt, die Eigentum seines Herrn sind. Um zu leben, muß der Mensch etwas haben, und das wird von dem Herrn genutzt, um den anderen in die Knechtschaft zu zwingen. Weder ein Gesellschaftsvertrag (contract social) noch freie Entscheidung stellen Quellen der Macht dar, ihren Ursprung hat sie vielmehr gleichermaßen in der Schlauei der einen und der Naivität der anderen. Hegel schreibt: „Der Herr ist aber die Macht über das Sein, denn er erwies im Kampfe, daß es ihm nur als Negatives gilt; indem er die Macht darüber, das Sein aber die Macht über den anderen ist, so hat er in diesem Schlusse diesen Anderen unter sich.“⁴ Der Herr übt seine Herrschaft aus, indem er den Knecht „von hinten herumkriegt“, in der Taktik dem Fatum ähnlich. Der Knecht braucht Brot, Kleidung, ein Lager. Der Herr ergreift Besitz davon, um damit auch von dem bedürftigen Menschen Besitz zu ergreifen. Der Großinquisitor im Roman „Die Brüder Karamasoff“ sagt: „Und wenn sie dann von uns Brote erhalten, werden sie natürlich erkennen, daß wir uns ihre Brote, die von ihren eigenen Händen geschaffenen Brote, von ihnen nehmen, um sie wieder an sie zu verteilen, also ihnen ohne jedes Wunder Brot geben.“

Sie werden sehen, daß wir nicht Steine in Brot verwandeln. Aber wahrlich, mehr noch als über das Brot werden sie sich darüber freuen, daß sie es aus unseren Händen erhalten! Denn nur zu gut werden sie sich erinnern, daß früher, ohne uns, selbst die Brote, die sie schufen, sich in ihren Händen bloß in Steine verwandelten, daß aber, als sie zu uns zurückkehrten, selbst die Steine in ihren Händen zu Broten wurden.“⁵

Auch Grausamkeit soll zur Knechtschaft führen, indem sie sich die Angst vor dem Tod zunutze macht. Einen Höhepunkt der Grausamkeit stellte zweifelsohne die römische Grausamkeit dar, und zwar vordergründig wegen ihrer Zielgerichtetheit und -bewußtheit, der quantitative Aspekt fällt hier nicht sonderlich ins Gewicht. Die Kreuzigung ist ein gutes Beispiel dafür. Der strukturelle Aufbau dieser öffentlichen Hinrichtung verdient insofern unsere Aufmerksamkeit, als er uns allen in seinen wesentlichen Zügen vertraut ist, obwohl eine solche Strafe nicht mehr ausgeübt wird. Mit Kreuzigung wurden Meuterer bestraft, die ihre Hand gegen die offiziellen Staatsgötter erhoben hatten. Meuterer forderten die Götter heraus. Die Götter haben aber keinen gemeinsamen Boden mit den Sterblichen. So können sie nicht, und haben es auch nicht nötig, den Kampf von Mann zu Mann aufzunehmen. Sie können aber sehr wohl eine entspre-

chende Vergeltungsszene inszenieren lassen. An ihrer Statt treten dem Meuterer nun Schergen gegenüber – sie üben Vergeltung, was den Meuterer zusätzlich demütigt. Ihm schwebte Freiheit vor – das hat er davon! Dann beginnt die Kreuzigung. Ein erstes wichtiges Anliegen dabei ist, den Meuterer seines Gesichtes – des eines freien Menschen – zu berauben. Dann wird er zur Schau gestellt, damit alle sehen, wie die Flamme der Meuterei erlischt und der Freiheitstrieb erstickt. Der Meuterer lehnte sich dagegen auf, Werkzeug des Fatums zu sein, nun ist er es doch geworden. Sein Leichnam wird gleich einem Plakat einen weiteren Sieg des Fatums verkünden.

Das Plakat des Gekreuzigten verbreitet Angst. Der Schrecken greift um sich. Die Erde erzittert. Das Fatum ist der Gegensatz zur Gnade, deshalb ruft es Zittern hervor. Levinas schreibt folgendes: „Ein Zittern zieht heran, wenn die Erde in ihrem Kern erbebt, wenn die Identität der Dinge, der Ideen und des Seienden schwindet. Wenn A nicht mehr A ist, und B nicht mehr B; wenn Herr B kein Herr B mehr ist, sondern eine giftige Schlange, ein Verräter, der darauf hofft, das Herr K aufhört, Herr K zu sein. Ein Zittern verbreitet sich, wenn du dich von der Zeitung, die du kaufst, gekauft siehst, und wenn das vernommene Wort nicht das bedeutet, was es bedeutet, auch nicht das, was es leugnet; wenn Lüge zugibt, eine solche zu sein, und lügt, indem sie es zugibt – und die doppelte Verneinung ergibt keine Bejahung. Die ganz moderne Welt hüben und drüben des Eisernen Vorhangs ist ein einziges Zittern, sobald sie ohne Schleier und Vorhang betrachtet wird. Es ist ein Zittern, wenn der Mensch zögert, über die Welt ein Urteil abzugeben, und zwar aus der Furcht heraus – was wohl das größte Zittern ist – aus seinem Munde könnte eine fremde Stimme erklingen, die Stimme dessen, der ihn täuscht und korrumpiert, und mit dem er sich nie wird identifizieren können.“⁶⁶

In dieser Lage erscheint als einzige Rettung das Akzeptieren des Fatums, dessen Forderungen uns zur Verpflichtung werden, und es ist eine Gewissensfrage, Pflichten nachzukommen. Kepiński, Denker und Arzt, der in seiner Forschung unter anderem dem KZ-Syndrom der ehemaligen Häftlinge viel Aufmerksamkeit widmete, schreibt über die Täter: „Im Dritten Reich rückte der Befehl des Führers an die Stelle des Gewissens. Nur eine mangelhafte Ausführung des Befehls vermochte Schuldgefühle zu wecken. Nicht der Umstand, den Tod von Hunderttausenden verschuldet zu haben, löste bei dem Lagerkommandanten Hoess seine KZ-Neurose aus, sondern vielmehr das Bewußtsein, die

Extermination nicht effektiv genug zu betreiben. Die neurotischen Symptome klangen ab, sobald durch Einsatz von Gas die Effektivität der Massenmordmethoden erheblich gesteigert werden konnte. Internalisierungsprozesse der Führerbefehle hatten bei den Kriegsverbrechern ein gänzlich Ausbleiben jeglicher Schuldgefühle zur Folge.“⁶⁷

Das Christentum radikalisierte durch sein Erscheinen das Heidentum: Letzteres darf aber zunächst einmal – insbesondere in seiner griechischen und römischen Variante – keineswegs auf eine bloße Akzeptation des Fatums, auf Verherrlichung der Gewalt und Neigung zur Grausamkeit reduziert werden. Das Heidentum vermochte nämlich auch eine Negation des Grausamkeitsprinzips hervorzubringen: die Kunst, Philosophie, die attische Demokratie und das römische Recht sind ebenfalls sein Werk. Dennoch erzwang die Auseinandersetzung mit dem Christentum eine Radikalisierung auf seiten des Heidentums, denn das erstere machte sich alsbald fast alle Errungenschaften der heidnischen Kultur zu eigen; was dem Heidentum übrigblieb, waren kümmerliche Reste. Die neuheidnische Negation des Christentums hat daher immer radikaler und gotteslästerliche Formen angenommen. Der Nationalsozialismus bietet das beste Beispiel dafür. In ihm hat sich allerdings die Negation gleichsam selbst aufgehoben. Zunächst wurde das Christentum um des Wohls der Nation willen verworfen, bald aber verlor auch das Wohl der Nation jegliche Bedeutung. Der einzige daraus zu ziehende Nutzen ist die Erfahrung, die uns auf An-

zeichen des Heidentums in unserer Kultur sensibilisiert hat. Die Unfähigkeit zu sprechen und zuzuhören, ist für das Heidentum signifikant. Es verführt auch immer mit der Mirage, eine vollkommene harmonische Welt zu schaffen, bevölkert von fensterlosen Menschen-Monaden. Es wäre aber keinesfalls eine stille, ruhige Welt, ganz im Gegenteil, in ihr würden unaufhörlich marktschreierische Monologe in Form von verhängnisvollen Befehlen erschallen.

Zur Logik des Dialogs

Jede Erstarkung des Heidentums regt Erneuerungsbewegungen innerhalb des Christentums an. Man sieht sich veranlaßt, die Zeichen der Zeit neu zu deuten und den Weg zurück zu den Quellen der in Frage gestellten Hoffnung einzuschlagen. Wir müssen einen Neuanfang wagen, wiederum mit dem Evangelium in der einen, mit Weihwasser in der anderen Hand, und losziehen, um das Wort Gottes zu verkünden und zu taufen. Es ist dies die seit jeher bewährte Antwort eines guten Pfarrers auf jegliche Krisen der Welt. Eine besondere Bedeutung wird dabei dem Grundprinzip des Apostolats – dem Dialog mit dem Heidentum – beigemessen: Die menschliche Seele ist ihrer Natur nach christlich – anima naturaliter christiana. Die apostolische Aufgabe besteht mithin nicht darin, dem Menschen etwas von außen her aufzuoktroieren, sondern vielmehr das in seiner Seele von Geburt an verborgene Christentum ans Tageslicht zu fördern und zur Entfaltung zu bringen. Christ werden und Mensch werden sind zwei fast gleichlaufende Prozesse. Zuerst



Ich erwarte mir von der Politik, daß sie all jene Angelegenheiten regelt, die für die Menschen von großer Bedeutung sind. Das wären in erster Linie Umweltfragen und Beschlüsse, die jedem Einzelnen ein menschenwürdiges Leben sichern.

muß aber der Heide die Existenz seiner Seele zur Kenntnis nehmen. Plato wäre in dieser Hinsicht leichter zu überzeugen, weit schwerer hätten wir es mit jenen, deren Bewußtsein allein vom Sein bestimmt ist.

Ich stelle vorhin die Behauptung auf, in der Neuzeit – seit der Geburtsstunde des Kapitalismus und seiner darauffolgenden kollektivistischen Varianten – sei die menschliche Arbeitsstätte vom Neohedentum überwuchert worden: Wer Werkstoffe passiert, betritt heidnischen Boden. Dieser Sachverhalt mußte die Christen aufhorchen lassen, denn er zeugt von ihrer mangelnden Reife. Der Ruf nach Heiligung der Arbeit wurde laut, dem keineswegs nur durch Besprechung der Arbeitsstätte mit Weihwasser entsprochen wird. Er zielt vielmehr darauf ab, aus dem Wesen der Arbeit christliche Elemente herauszufiltern. Der Befund, die Arbeit habe tatsächlich etwas Heiliges an sich, stellt eine unabdingbare Voraussetzung für ihre mögliche Heiligung dar. Die Arbeit heiligen bedeutet, zu ihrem eigentlichen Wesen zurückzufinden. Hat nun aber die moderne Technik noch etwas Heiliges an sich?

Bei Befragung der Quellen kommt man um die Frage nach dem Wesen der Arbeit nicht herum. Was macht ihr Wesen aus? Zu welchem Wesen soll sie zurückfinden, um geheiligt werden zu können? Es muß vor allen Dingen eines mit allem Nachdruck deutlich gemacht werden: Wenn wir in der Arbeit eine Erscheinungsform der Macht und der Gewalt sehen, für die alles bloß ein zu formender Werkstoff ist, dann verfehlen wir das Wesen der Arbeit ganz gewiß. Eine solche Auffassung der Arbeit zwingt sie in die Kategorien des Kampfes und verwandelt die Arbeitsstätte in einen Kampfplatz. Das soll sie nun aber wahrhaftig nicht sein, und jegliche Analogiebildungen dieser Art sind fehl am Platze. Unsere Überlegungen zielen in eine andere Richtung.

Die Arbeit ist nämlich ihrem Wesen nach ein Dialog. Menschen, die arbeiten, kommunizieren miteinander. Die Arbeit hat ihren Ursprung in der Sprache und ist auch ihre Entfaltung. Vernünftigkeit der Kommunikation ist zugleich Vernünftigkeit der Arbeit. Die Kommunikation wird ihrem Wesen gerecht, wenn sie zum Einvernehmen führt, ja, sie kommt sogar erst dann zustande, wenn sie zum Einvernehmen wird. Ähnlich die Arbeit. Auch sie verwirklicht ihr Wesen erst, wenn sie zur Mitarbeit wird. In gleichem Maße wie der Streit eine Pathologie der Kommunikation darstellt, ist es der Kampf im Hinblick auf die Arbeit. Eine jegliche Verständigung hat etwas Heiliges, Unantastbares an sich, sie bringt ein Stück der Wahrheit über den Menschen zum Ausdruck. So auch die Mitarbeit, denn auch in

ihm glimmt ein Funke der Liebe. Der Verweis auf den Dialogcharakter der Arbeit hat weitreichende Konsequenzen. An dieser Stelle möchte ich die eingangs angeschnittene Problematik nochmals zur Sprache bringen. Was ist nun der Mensch als Subjekt im Arbeitsprozeß? Ist die Arbeit ein Dialog, so muß die Rolle des Subjektes nicht einer „Arbeitskraft“ sondern einem vermenschlichten Wesen, einem Menschen, vorbehalten bleiben, wie das Marx übrigens sehr richtig bemerkt hat. Norwid meinte, Arbeit sei „aktives Denken“. Als Subjekt kommt folglich nur der Mensch in Frage – das denkende Wesen schlechthin. Der Läuterungsprozeß der Arbeit muß daher damit beginnen, daß wir die Arbeit auf das Denken hin orientieren, und sie aus den Zwängen der Emotionen befreien, die nichts weiter sind als ein Drang zur Gewaltanwendung. Die befreite Arbeit muß als Frucht der Weisheit vor uns treten. Berechtigt erscheint allerdings, an dieser Stelle die Frage: Was ist das Denken und was ist die Weisheit? Die Verkümmern des Sinns fürs Denken verbaute uns den Einblick in das Wesen der Arbeit. Unser Denken entartete in ein zweckgebundenes und korruptes „Kombinieren“ im Dienste der Machtgier. Ein großes Vorbild bleibt uns die Schule des heidnisch-griechischen Denkens, die die Logik, die Definitionskunst, Mathematik, Ontologie des Daseins und die Metaphysik des Seins dazu einzusetzen wußte, die Tyrannei des Fatums einzuschränken. Somit wurde der Grundstein für ein neues Verständnis der Arbeit gelegt, grundverschieden vom Knechtbild bei Hegel oder dem Kriegshandwerk. Die von der griechischen Philosophie erstmals formulierten Probleme sind für das neuzeitliche Europa brandaktuell. Unser Glück, daß wir auf die Vorarbeit unserer Vorgänger zurückgreifen können.

In der Betrachtung der Arbeit nimmt das Denken eine Schlüsselstellung ein; entscheidend dabei ist die Reflexion über den Ursprung des Denkens. Durch welche Erfahrung wurde das Denken ausgelöst? In welchem Augenblick erwachte im Menschen das Bewußtsein, über ein Denkvermögen zu verfügen? Es dürfte wohl der Augenblick gewesen sein, in dem der Mensch sich der Wahrheit als Wert bewußt wurde. Wer Wahrheit als Wert entdeckt, muß ihr von da an eine Vorrangstellung einräumen und ihre Autonomie anerkennen – so wird er zum denkenden Wesen. Diese Entdeckung ist in ihrer Tragweite der Einsicht gleich, daß sich allein schon der pythagoräische Lehrsatz der Macht des Fatums gänzlich entzieht. Ein denkender Mensch begründet selbst seine Eigenständigkeit. Er gewinnt seine Seele, er findet zu

sich. Es bleibt uns jetzt die Aufgabe, die menschliche Arbeit dementsprechend aufzuwerten. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist es allerdings, den engen Zusammenhang zwischen der Arbeit und der Wahrheit wiederherzustellen, und somit jegliche Bindung ersterer an Macht und Gewalt zu lösen. Nur so kann die Arbeit ihre Seele zurückgewinnen.

Alles, was Arbeit vortäuscht – Kampf und Krieg miteingeschlossen –, muß rücksichtslos entlarvt werden. Denn scheinbare Arbeit schafft nur scheinbar Beziehungen und bringt nur scheinbar Früchte. Es entsteht eine Scheinwelt, die die Verschwendung der Gaben Gottes zum höchsten Prinzip erhoben hat. Sie erhält jene Menschen-Parasiten am Leben, deren Denken in der einzigen Frage aufgeht: Wieviel Lebenschancen soll man dem Baum zubilligen, damit die Parasiten darauf noch genug zu fressen haben?

Ein anderes Problem stellt die Herrschaft über die Arbeit dar. Wer danach trachtet, durch die Arbeit zur Weltherrschaft zu gelangen, der fällt genau in die Grube, die er sich für andere ausgedacht hat: Der Arbeitsfortschritt entzieht sich alsbald seiner Kontrolle. Es gibt verschiedene Modelle der Machtausübung. Kollektivistische Versuche gehen im Grunde genommen nicht über die bereits von Hegel entworfenen Konzepte hinaus. Dies ermöglicht allenfalls die Herrschaft über die Arbeitskraft, schließt aber ein aktives Mitdenken im Arbeitsprozeß aus. Nur in Verbindung mit der Wahrheit kann nämlich das aktive Mitdenken freigesetzt werden. Die Wahrheit stellt somit eine unerläßliche Bedingung für das Zustandekommen des Dialogs der Arbeit dar. Der Arbeitsakt darf nicht mehr als Anstrengung aufgefaßt werden, deren Ziel es ist, den Werkstoff in den gewünschten Gegenstand umzuformen – er muß ein Akt des freien Willens werden, in dem man sich für die Wahrheit ausspricht, für eine Wahrheit, die schöpferisch in die Tat umgesetzt werden möchte. Nur der kann die Herrschaft über die Arbeit behalten, der Wahrheiten anbieten kann – zu ihrer Verwirklichung. Stellt das Angebot des Arbeitgebers den Arbeitnehmer vor die Wahl, so existieren Macht und Freiheit nebeneinander. Und so kommt auch ein Dialog zwischen den Arbeitsgebern und den Arbeitnehmern zustande. Arbeitgeber im eigentlichen Sinne ist dann nicht der Geldgeber, sondern der, der Wahrheiten zur Verwirklichung anbietet. Dialog der Arbeit ist in seinem Kern also nichts anderes, als eine sinnvolle Nutzung der Freiheit.

Interessant ist zu bestimmen, wie sich dieser qualitative Sprung in der Auffassung der Arbeit auf die Rolle des Märtyrertums auswirkt. Das Marty-

rium war zunächst Antwort eines Propheten und Apostels auf die heidnische Grausamkeit. Es war ein dramatischer Akt der Erhebung über die Zwänge des Fatums. Martyrium ist in gewisser Hinsicht eine Entscheidung für den Tod um der Wahrheit willen; man will kenntlich machen, daß es eine Seele im Menschen gibt, daß Menschen denkende und liebende Wesen sind und keine abgekapselten, fensterlosen Monaden. Auf Geheiß der Heiden griff der Philosoph zur Giftdose, der Zeuge wurde aus Kreuz geschlagen. Uplötzlich nimmt aber die Schau der Grausamkeit eine unerwartete Wende: Der Märtyrer wahr sein Gesicht, und zwar in alle Ewigkeit. Für das bishin siegreiche Fatum ist er kein Beweisgegenstand mehr, ganz im Gegenteil, er setzt dem Fatum Grenzen: Was macht das schon, wenn sie den Leib töten, der Seele aber nichts antun können. Um den Märtyrer entsteht auch kein Vakuum, um ihn scharen sich vielmehr seine Bekenner. Die Erde erbebt und die Menschen zittern vor Angst, doch die Botschaft der Gnade wird vernommen: „Wer will mich von der Liebe trennen?“. Die Menschen hören auf, Handlanger des Fatums zu sein, sie finden zu sich selbst. Die Grausamkeit hat ihre Negation hervorgebracht. Sie hebt sich gleichsam auf. Jede Steigerung der Grausamkeit vergrößert nur die Zahl der Märtyrer und Bekenner. Das ist aber keineswegs eine erwünschte Entwicklung. Die Erde der Märtyrer kann dem Menschen keine wahre Heimat sein. Das Martyrium überflüssig zu machen ist das nächste Ziel. Norwid formuliert es folgendermaßen: „Der Sinn eines jeglichen Fortschritts der Menschheit soll seinen Ausdruck darin finden, daß infolge der energisch betriebenen Umsetzung des Guten in die Tat und der Erweiterung unserer Erkenntnis, die einzig wirksame und äußerste Waffe zugleich – das Martyrium – sich zunehmend überflüssig erweist.“⁴⁸ Damit in Zukunft keine Opfer mehr nötig sind, ist es Aufgabe des Denkers, zu verhindern, daß die Opfer von gestern dem Vergessen anheimfallen.

Solidaritätsbewegung

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen wird vielleicht der eigentliche, tiefere Sinn der polnischen Solidaritätsbewegung besser erfassbar. Diese Bewegung richtete sich in ihrem Protest zunächst gegen die sozialen Konsequenzen einer monologisch verstandenen, also in der Erscheinungsform von Macht und Gewalt auftretenden Arbeit. Diese wird von Machthabern beherrscht und gesteuert, die auf ihre Macht blind vertrauen und sich ungeniert als Diktator sanktioniert haben. Jene Machthaber machten von Anfang an keinen Hehl aus ihrer heidnischen Auffassung der Ar-

beit, die für sie nichts weiter ist als eine Form des Kampfes: gegen die Natur, gegen politische Gegner und nicht zuletzt gegen Gott. Die Organisation der Arbeit sollte nach ihrer Vorstellung eine Harmonie fensterloser Monaden sein. Konstituierende Aufgabe der durch und durch zentralisierten Verwaltung war es, eine jede unmittelbare Kommunikation zwischen den einzelnen Arbeitergruppen aber auch zwischen den Arbeitern eines Betriebes untereinander zu ersetzen. Die Folge davon war ein absoluter Stillstand in der Entwicklung der Arbeit, ja sie begann sogar zusehens abzusterben. Dies kam nicht zuletzt durch die beispiellose Vergeudung und Verschwendung von Rohstoffen und Energie bzw. durch die Ausnutzung des guten Willens der am Arbeitsprozeß beteiligten Menschen zum Vorschein. Die Regierenden zeigten ihr wahres Gesicht – sie entpuppten sich als Parasiten. Der Protest gegen die Verschwendung der Arbeit zielte darauf ab, die Arbeit als einen weitgefaßten Dialog innerhalb der Gesellschaft zu begründen. Daher die Forderung nach Abschaffung des Zentralplanes, nach größerer Selbständigkeit der Betriebe, nach Reform der Eigentumsverhältnisse, nach einer unabhängigen Gewerkschaft als der eigentlichen Dialogebene. Das Solidaritätsprinzip lautet: „Einer trage des anderen Last.“ Die Solidarität der Arbeiter bildete eine unmittelbare Reaktion auf die Grundsätze der Diktatur. Das Solidaritätsprinzip war weder politischer noch religiöser, sondern in erster Linie ethischer Prägung. Damit soll aber sein etwaiger Einfluß auf Politik und Religion nicht von vornherein geleugnet werden. Die Solidaritätsbewegung war erst auf der Suche nach ihrer Identität – sie war im Werden begriffen. Sie wurde aber zerschlagen, noch bevor ihr Wegedang abgeschlossen war. Die Zer-

schlagung einer solchen Bewegung muß das Martyrium der Arbeiter nach sich ziehen. Und das Martyrium m – mit allen Begleitumständen – ist Tatsache geworden.

Das Plakat dieses Märtyrertums findet seine weite Verbreitung in aller Welt. Viele läßt es erzittern, für nicht wenige ist es aber die Zeit der Gnade. Paradox sind die Folgen: Das Plakat, als Exempel zur Abschreckung statuiert, wird zum Zeichen der Erlösung. Bei dem Versuch, über die künftigen Chancen der Bewegung zur Heiligung der Arbeit nachzudenken, sind wir naturgemäß auf Mutmaßungen angewiesen. Die bisherige Geschichte der Arbeit wurde maßgeblich von Revolutionären geprägt, ihre Zukunft dagegen wird allem Anschein nach von „Künstlern der Arbeit“ gestaltet, die zum Objekt ihres künstlerischen Schaffens keine Gegenstände, sondern die Arbeit selbst machen werden. Aufgabe jener Menschen wird es sein, aus den Revolutionen der Vergangenheit Schlüsse zu ziehen. Sie müssen bewußt das ideelle Erbe der Märtyrer von gestern antreten und ihnen als Sachwalter treu bleiben. Sie werden einen Sinn für die in der neuen Auffassung der Arbeit steckende Hoffnung entwickeln und erkennen müssen, daß die Arbeit einen Dialog darstellt und ihre eigene Würde als Kunstwerk der europäischen Vernunft und des Gewissens besitzt. Dann ist alles bereit für die Nachfolger, die es viel leichter haben werden.

Anmerkungen:

- 1 Mosés, S., *Système et Révélation*, Paris 1982, S. 280
- 2 Marx-Engels, Werke, Ergänzungsband, Bd. 1., Berlin 1981, S. 512
- 3 Heidegger, M., Die Frage nach der Technik in: Vorträge und Aufsätze, Pfullingen 1967, S. 14
- 4 Hegel, G.W.F., *Phänomenologie des Geistes*, Shurkamp, S. 151
- 5 Dostojewski, F., *Die Brüder Karamasoff*, übers. E.K. Dahsin, B.T. S. 291
- 6 Levinas, E., *Difficile liberté*, Paris 1976, S. 326
- 7 Norwid, C., *Prometideion. Epilog*, Nr. VII



Ich hoffe, daß in der Politik mehr überlegt wird, und nicht nur aus Machtkämpfen zwischen den Parteien besteht. Das würde nicht nur den Jugendlichen zugute kommen, sondern auch den Parteien, da die Jugend von heute die Wähler von morgen sind.

MACHT, POLITIK UND MORAL

Meine Damen und Herren, ich möchte also versuchen, die Problematik von Macht, Politik und Moral, aber auch von Recht und Moral, die ein wichtiges Teilgebiet dieser Problematik darstellt, zu behandeln und möchte vorher vielleicht einiges über allgemeine Ethik sagen.

A Die Ethik des Politischen ist eine Komplizierung, eine Potenzierung der schon im normal-ethischen Verhalten angelegten Probleme. Deshalb ist es nicht überflüssig, sich die Kompliziertheit der ethischen Situation, abgesehen vom Politischen, vor Augen zu führen, um dann feststellen zu können, daß die Politik dieser Komplikation noch einiges hinzufügt. Ich bin da etwas professionell deformiert, ich habe nämlich in Salzburg, wo ich neun Jahre Professor für Politikwissenschaft war, jahrelang ein Seminar gemacht, mit einem Moralthologen, dem Professor Rehrl, und einem Psychiater, dem Professor Gastager, und ich als Politologe. Inzwischen bin ich zum Sozialphilosophen avanciert, mache aber im wesentlichen nicht viel anderes als früher. Und da sind so, wie Sie sich vorstellen können, bei diesem Seminar von drei so benachbarten und noch dazu so heiklen Disziplinen alle Probleme zwischen Himmel und Erde oder viele Probleme zwischen Himmel und Erde zur Sprache gekommen. Natürlich auch ausgiebig das Problem von Politik, Moral und alle diese Fragen.

Dies soll erklären, warum ich mich manchmal theologischer Kategorien bediene, um diese Problematik zu veranschaulichen; aber das ist nicht nur auf diese Salzburger Klimatisierung zurückzuführen, das hängt auch schon mit meiner Überzeugung zusammen, daß alle Probleme, auch philosophische Probleme, letzten Endes ins Theologische münden und es daher nicht überflüssig ist, wenn man letzte Auskünfte einholen will, sich an diese letzte Instanz zu wenden.

Ich würde also folgende vier Thesen in den Raum stellen, um die Problematik des Ethischen im Normalfall, also abgesehen von der Politik, zu demonstrieren. Die erste Problematik besteht darin – ich möchte sie vielleicht mit einem Schlagwort umschreiben, das eben auch aus der Moralthologie stammt, aber ich werde dann gleich erklären, daß das durchaus mit unserem Leben zu tun hat und nicht etwas Abstraktes darstellt.

1 In der Moralthologie gibt es zwei Extreme, die versuchen, das Problem des Ethischen jeweils auf ihre

Art zu lösen: Das eine ist die Kasuistik, die eine sehr ehrwürdige Tradition hat. Das ist der Versuch, alle denkbaren Fälle des Lebens in abstracto und antizipierend durch irgendwelche Normen zu erfassen. Da gibt es ganze Schwärmen von moraltheologischen Lehrbüchern, die versuchen, auf die Fragen, was eine Sünde oder eine schwere Sünde ist, Antwort zu geben – besonders auf dem Gebiet des sechsten Gebotes hat man sich hier oft sehr verbreitet und ausgelassen – und man hat also den Versuch unternommen, sozusagen in einem Kompendium alle möglichen Fälle und Vorstöße im voraus festzuhalten, damit die Menschen wissen, wovon sie sich zu hüten haben, um dann ungestört ethisch leben zu können. Es gibt also ganze Lehrbücher, etwa die von Noldin und Lehmkuhl, die auf diesem Prinzip aufgebaut sind. Heute ist man sich der Problematik dieser Vorgangsweise bewußt, weil die Wirklichkeit immer unerschöpflicher ist als die menschliche Phantasie. Es treten so viele ethische Probleme auf, die in keinem dieser Lehrbücher enthalten sind, bzw. die Lehrbuchfälle sind meistens harmlos im Vergleich zu dem, was die Wirklichkeit an ethischen Konflikten liefert, sodaß viele bereits den Versuch aufgegeben haben, kasuistisch antizipierend durch abstrakte Normen zu bestimmen, was im Einzelfall zu geschehen hat. Das andere Extrem ist die Situationsethik. Das ist die Ethik, die überhaupt auf Normen verzichtet bzw. Normen nur einen regulativen Wert zuschreibt, im Grunde genommen aber davon ausgeht, daß jede Situation für sich steht und daher eben auch im Einzelfall zu entscheiden ist, was ethisch ist; keine Norm und keine Kasuistik kann einem diese Entscheidung abnehmen. Nun, das sind zwei Extrempositionen: Es ist klar, daß eine extreme Kasuistik in Pharisäismus mündet und daß sie also nicht durchzuhalten ist, weil das Leben immer wieder uns gerade die interessantesten Fälle beschert, die kasuistisch nicht vorausgesehen werden können. Aber auf der anderen Seite ist es auch richtig, daß man die Menschen einfach nicht mit irgendwelchen vagen Allgemeintheorien ihrer konkreten Situation überlassen und ihnen einen Freibrief ausstellen darf, ihre jeweilige Situation nach Belieben und Gutdünken zu gestalten, weil das sehr leicht dazu führt, daß man sich die ethischen Normen, je nachdem, wie man es gerade braucht und will, für den Einzelfall zurechtbiegt. Das ist wiederum die Schwäche der Situationsethik, daß sie dazu neigt, sozusagen

auf allgemeine Regulative zu schnell zu verzichten. Auch hier ist vorschnell die via media, die eine ehrwürdige Tradition in der Philosophie und in der Theologie hat, der beste Weg, nämlich auf der einen Seite sich nicht vorzunehmen, die Fülle der Wirklichkeit antizipativ auszuschöpfen durch eine Kasuistik, auf der anderen Seite nicht in eine reine Situationsethik zu verfallen, sondern davon auszugehen, daß die große Masse der ethischen Probleme und Fälle schon durch die allgemeinen Normen beantwortbar und lösbar sind. Unsere alltäglichen Verrichtungen und unser Verhalten gegenüber den Mitmenschen sind sehr wohl durch diese allgemeinen Normen charakterisierbar, aber es treten immer wieder Sonderprobleme auf, wo die Kasuistik nicht ausreicht. Da muß dann auch die schöpferische Phantasie des Einzelnen und eben auch die Situationsethik Platz greifen, sodaß man sagen kann, daß alle allgemeinen Gebote und Verbote zwar wichtige Orientierungsmittel und Regulative sind, uns aber nicht die Entscheidung, was im Einzelfall zu geschehen hat, abnehmen.

Es gibt da natürlich viele Hilfsmittel, z. B. gilt ein Grundsatz der Moralthologie, daß Verbote immer gelten, (semper et pro semper) während Gebote nur unter bestimmten Voraussetzungen gelten, also dann, wenn die Voraussetzungen, die für das Gebot gelten, zutreffen, und so weiter; aber auch diese Regeln sind nicht imstande, die Fülle der Wirklichkeit zu durchforsten und in jedem einzelnen Fall treffsicher zu sagen, was die gute und gerechte Handlung ist.

Ich wollte mit diesem Hinweis auf die Spannungslage zwischen Kasuistik und Situationsethik ein Dilemma aufzeigen, das man erlebt, auch wenn man nicht theologisch denkt, sondern nur philosophisch. Auch dann stellt sich das Problem, weil man ja irgendeine Morallehre entwickeln muß und mit demselben Dilemma konfrontiert ist, daß man entweder versucht, eine möglichst minutiöse und penible Moral zu entwickeln, auf die Gefahr hin, hausbacken zu werden und eine Art Hauspostille zu entwickeln in einer Morallehre, oder aber allzu freizügig dem Einzelnen die Entscheidung anheimzustellen und ihn damit auch der Ungewißheit und Gefährdung seiner Existenz zu überlassen. Ich behaupte, daß es bis jetzt keine gute Lösung für dieses Problem gibt, weder theoretisch noch praktisch, was uns aber nicht von der Aufgabe entbindet, immer wieder eine solche zu versuchen. Das ist ein Auftrag sowohl für die

Theologie als auch für die Philosophie und natürlich auch für die politische Ethik als ein eigener Zweig der politischen Kultur.

2

Ein zweites Dilemma möchte ich kurz beschreiben, das in der Moraltheologie unter folgenden Stichworten läuft: Auf der einen Seite Rigorismus, auf der anderen Seite Laxismus. Der Rigorismus ist jene Theorie, die sagt, daß man, wenn ein Gebot vorhanden und die Auslegung dieses Gebotes zweifelhaft ist, immer die strengere Auslegung wählen muß. Das führt dann natürlich dazu, daß die Menschen sehr häufig überfordert und in unmögliche Situationen gebracht werden, so nach dem Grundsatz „Fiat Justitia, pereat mundus“. Da ist natürlich dann der Einwand auch des Evangeliums gegen diese rigoristische Haltung: Das Gesetz ist für den Menschen da und nicht der Mensch um des Gesetzes willen. Das ist auch ein Problem der Gerechtigkeitslehre. Wir sagen, ein Gesetz ist nur dann gerecht, wenn es auch billig ist. „Iustum et aequum“. Die Gerechtigkeit allein genügt nicht, im Gegenteil, schon die alten Römer haben gewußt: Summum ius-summa iniuria. Also wenn man versucht, möglichst gerecht zu sein, ist man in großer Gefahr, ungerecht zu sein, weil man zwar gerecht ist im Sinne der abstrakten Norm, aber nicht gerecht im Hinblick auf den konkreten Einzelfall, den man zu entscheiden hat. Aber man kann es auf der anderen Seite auch nicht zu billig geben und immer nur nach Billigkeitsgrundsätzen entscheiden, weil man dann die allgemeine Norm und ihre Wohltat, die ja gerade darin liegt, die abstrakten Fälle zu antizipieren, preisgibt.

Also auch hier gibt es keine gute Lösung für diese Spannung in der Moralphilosophie und in der Jurisprudenz zwischen der sogenannten allgemeinen Gerechtigkeit und der Einzelfallgerechtigkeit, und daher könnte man die Pilatus-Frage: „Was ist Wahrheit?“ mit viel mehr Berechtigung abwandeln – auf theologischer Basis und auf philosophischer erst recht – zur Frage: „Was ist Gerechtigkeit?“. Was ist nicht schon alles unter dem Namen „Gerechtigkeit“ geschehen, verlangt und geduldet worden? Auch die Gerechtigkeit ist nicht die einzige und letzte Kategorie zur Beurteilung menschlicher Verhältnisse und Zustände.

Der große deutsche Rechtsphilosoph Gustav Radbruch, der Justizminister in der Weimarer Republik war und dann nach den schrecklichen Erfahrungen des nationalsozialistischen Unrechtsstaates seine Rechtsphilosophie revidiert hat und Begriffe wie „übergesetzlicher Notstand“ und „gesetzliches Unrecht“ eingeführt hatte, die eigentlich vom streng positivisti-

schen Standpunkt aus gar nicht möglich waren in der früheren Philosophie, er hat darauf hingewiesen, daß es antinomische Rechtsideen gibt. Das heißt, das Recht ist nicht einer einzigen Idee untergeordnet oder mit einer einzigen Idee zu beschreiben, obwohl von der Gerechtigkeit eigentlich gilt: „est autem ius a iustitia“, das heißt, ohne den Begriff der Gerechtigkeit gäbe es kein Recht. Der Begriff der Gerechtigkeit ist für das Recht ebenso konstitutiv wie der Begriff der Wahrheit für die Philosophie oder die Wissenschaft überhaupt und wie der Begriff der Schönheit für die Ästhetik. Ein Grundbegriff, auf den man nicht verzichten kann, wenn er auch sehr schwer zu definieren ist; aber er ist nicht der einzige, es gibt auch einen anderen. Eine andere Rechtsidee, die Radbruch anführt, ist die Sicherheit. Die Sicherheit ist ebenso wichtig wie die Gerechtigkeit. Ein Beispiel dafür, daß die Rechtsordnung selbst dem Streben nach Gerechtigkeit ein Ende setzt, ist die Institution der Rechtskraft, die bedeutet, daß nach einer gewissen Zeit, wenn alle rechtlichen Möglichkeiten erschöpft sind, etwas als Recht gilt, selbst wenn es in höherem Sinne ein Unrecht ist. Sonst würde nie eine Rechtssicherheit eintreten, sonst könnte man endlos prozessieren. Eine Frage um die Tragödie des Michael Kohlhaas und anderer Menschen dieser Art besteht darin, daß sie es nicht verstehen, über ein ihnen wirklich zugefügtes Unrecht hinwegzugehen, sondern ihr ganzes Leben lang sozusagen an ihren Wunden lecken und dann unter Umständen auch zu Verbrechen usw. werden, während unser aller Leben erfordert, daß wir auch mit Ungerechtigkeiten fertig werden, im Hinblick auf die Sicherheit. Und Goethe, der nicht nur ein großer Dichter, sondern auch Jurist war, hat diesen merkwürdigen und bemerkenswerten Satz geschrieben in seiner „Belagerung von Metz“: „Ich will lieber eine Ungerechtigkeit begehen als Unordnung ertragen“. Ein sehr bemerkenswerter Satz, er sagt nicht bloß „Ich will lieber eine Ungerechtigkeit ertragen als eine Unordnung“, er sagt sogar „Ich will lieber eine Ungerechtigkeit begehen (also nicht nur in Kauf nehmen, sondern aktiv herbeiführen), ehe ich Unordnung ertrage“. Die Abwägung zwischen Ordnung und Sicherheit ist ein viel zu fundamentales Problem, als daß man von vornherein sagen könnte, ob im Einzelfall die Gerechtigkeit wichtiger ist als die Sicherheit, und ohne daß man eine Instanz angeben könnte, die sozusagen von vornherein über die Priorität dieser gleichrangigen Rechtsideen entscheidet.

Um die Sache noch komplizierter zu machen – nicht weil die Philosophie die Aufgabe hat, die einfachen Dinge

zu komplizieren, aber sehr wohl die, die Komplexität der Wirklichkeit darzustellen –, ist der Gedanke der Zweckmäßigkeit, den Radbruch als gleichberechtigt einführt neben Sicherheit und neben Gerechtigkeit, denn eine Lösung, die zwar gerecht ist und auch Sicherheit schafft, aber gegen soundsovielen Brauchbarkeiten und Handgrifflichkeiten des praktischen Lebens verstößt. Eine solche Ordnung ist, auch wenn sie gerecht und sicher ist, trotzdem nicht anwendbar bzw. nicht wünschenswert. Ich möchte jetzt also keine konkrete Ordnung nennen, aber es gibt Gesellschaftsideen, die sowohl gerecht sind oder gerecht scheinen als auch ein gewisses Maß an Sicherheit bieten und trotzdem nicht gut funktionieren und nicht praktikabel sind. Soll man sie also ihres Gerechtigkeitsgehaltes wegen trotzdem bevorzugen? Eine Frage – nicht nur an die Philosophen, sondern auch an den Praktiker. Sie sehen also, es gibt letzte Antinomien in der Rechtsidee selbst, das Problem ist eben hier angedeutet, ich bin ausgegangen von dem Problem Rigorismus und Laxismus.

Der Rigorismus sorgt immer für die strengere Auslegung, das führt natürlich zu großen Überforderungen, man macht ja auch der katholischen Moral in gewissen Bereichen oft zum Vorwurf, daß sie häufig in einer so rigoristischen Weise verfährt. Das andere Extrem ist der Laxismus, etwa in dem Sprichwort: „Macht's was wollt's“, sehen das immer alle oder nach dieser Wiener Maxime (das ist die Wiener Heurigenphilosophie, der Laxismus): „Wir kommen alle, alle in den Himmel“, was immer wir tun. Das ist natürlich auch etwas, womit man keinen Staat machen kann im doppelten Sinn des Wortes. Nach diesem Grundsatz „Macht's was wollt's“, kann man weder eine Moralphilosophie aufbauen, von einer Moraltheologie ganz zu schweigen, noch einen Staat führen, sondern es muß gewisse Regulative und gewisse Grenzen geben. Wo diese allerdings im Einzelfall liegen, das zu sehen ist die große Schwierigkeit. Also da möchte ich jetzt dieses Schlagwort im Raum stehen lassen und Ihnen selbst überlassen, Rigorismus und Laxismus zu beurteilen.

3

Eine dritte Dichotomie stammt jetzt ausnahmsweise nicht von einem Theologen, sondern von einem Philosophen und Soziologen, den manche sogar für den Vater der modernen Soziologie halten, nämlich Max Weber. Und Max Weber hat eine sehr wichtige Unterscheidung getroffen, die gerade für unser Thema „Macht, Politik und Moral“ höchst relevant ist, nämlich die Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Das ist natürlich eine idealtypische Gegenüberstellung, das heißt, es

gibt in der Wirklichkeit nie so eine reine Gesinnungsethik (oder ganz selten) und auch keine reine Verantwortungsethik, aber, um das Problem herauszustellen, muß man halt bis zu einem gewissen Grad von der Empirie abstrahieren.

Was ist nun die Gesinnungsethik? Interessanterweise ist man ja doch wieder gezwungen, eine theologische Formel anzuwenden. Max Weber sagt nämlich, Gesinnungsethik bestehe darin, daß man das Gute tut und den Erfolg Gott überläßt, also sich nicht abhängig macht von den Folgen seines Tuns. Das ist natürlich eine ganz andere Haltung als die sogenannte Verantwortungsethik, die darin besteht, daß man eben die Folgen seines Tuns, soweit man sie überhaupt erfassen kann, sehr wohl berücksichtigt, eine Abwägung trifft und dann halt eine – unter Berücksichtigung all dieser Komponenten – bestmögliche Entscheidung zu treffen versucht. Und da, würde ich sagen, ist ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Politiker und dem Wissenschaftler, und deshalb ist eine Personalunion von Politik und Wissenschaft in den seltensten Fällen auf lange Sicht gesehen sinnvoll oder gut für beide Teile, weil hier der Politiker einer ganz anderen Logik gehorchen muß von seiner Sphäre her als der Wissenschaftler.

Für den Wissenschaftler gibt es nichts Höheres als die Wahrheit, in Wahrheitsfragen gibt es aber keinen Kompromiß. Was wiegt, das hat's sozusagen, und es ist also eine Todsünde, für den Wissenschaftler, in Wahrheitsfragen, in Überzeugungsfragen Kompromisse einzugehen. Für einen Politiker ist es dagegen geradezu eine Tugend, Kompromisse einzugehen. Es müssen das nicht immer faule Kompromisse sein, es können ausnahmsweise auch wirklich echte Kompromisse sein, denn was ist das Wesen der Politik? Das Wesen der Politik besteht darin, wie es Karl Renner einmal so schön formuliert hat, die widerstreitenden Interessen, die in der Gesellschaft vorhanden sind, auf ein Durchschnittsinteresse, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Also in irgendeiner Form könnte man es, bildlich ausgedrückt, zermörsern, und eine Masse daraus machen, die für alle einigermaßen erträglich und genießbar ist. Da bleibt natürlich vieles unerfüllt, bzw. muß vieles zurechtgestutzt werden.

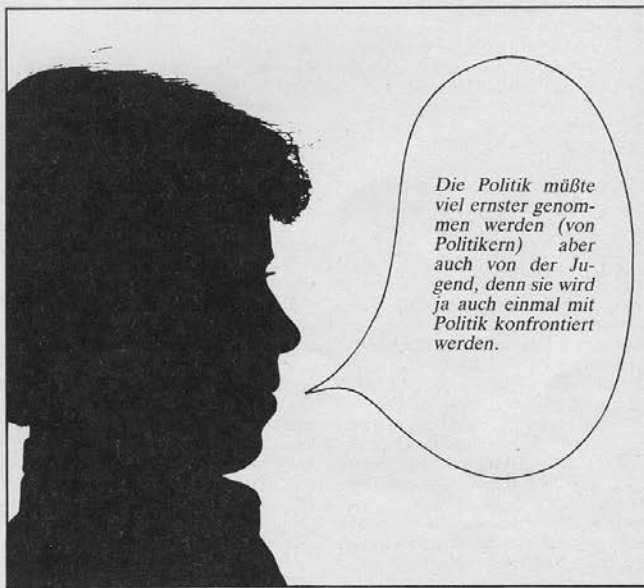
Der Kompromiß ist für die Demokratie speziell gar kein Laster, sondern durchaus eine Tugend, wenn natürlich auch immer wieder das Streben nach Kompromiß als Packelei usw. abgetan wird und es häufig ja auch so ist, besonders wenn Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, kompensatorisch zusammengebracht werden. Das nennt man dann Junktim, in der Volkssprache nennt man das Kuhhan-

del, viel einfacher, nicht wahr. Es spielt natürlich in der Politik oft eine große Rolle, daß Dinge, die an sich sachlich gar nichts miteinander zu tun haben, doch in eine Nähe miteinander gebracht werden – und daraus entsteht eben ein großer Unterschied zwischen dem Politiker und dem Wissenschaftler.

Womit ich nicht sagen will, daß es nicht auch für den Politiker letzte Wertfragen gibt, wo er reiner Gesinnungsethiker sein muß. Die reinste Gesinnungsethik hat Luther verkörpert, zumindest verbal, in diesem berühmten Wort, das er da gesprochen hat: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir. Amen“. Das ist reinste Gesinnungsethik, und er hat es auf alle kommenden Folgen ankommen lassen, er konnte nicht wissen, daß das so gut ausgeht mit den Landesfürsten, die ihn vor dem Zugriff der päpstlichen Gewalt schützten. Er hat es also getan, hat es gewagt: „Ich habe meine Sache auf mich gestellt“, im Sinne von Hutten, das ist reine Gesinnungsethik.

Die Verantwortungsethik besteht darin, daß man auf die verschiedenen Umstände Rücksicht nimmt und sich dann in der Regel nicht zu einer so klaren Haltung durchringen kann wie eben der Wissenschaftler es tun soll, obwohl auch der Wissenschaftler natürlich irgendwelchen Opportunitätserwägungen unterliegt. Nur ein Esel sagt allezeit, was er sich denkt, nicht wahr? Aber der Wissenschaftler kann sich den Luxus leisten, nur das oder relativ viel von dem, was er sich denkt, zu sagen, oder nichts zu sagen, was er sich nicht denkt. Alles das muß der Politiker, glaube ich, bisweilen

tun, daß er also verschiedene Dinge verschleierte. Wobei die offene Lüge die riskanteste Form ist und daher auch von Politikern nicht häufig gewählt wird, außer von Dilettanten. Die eigentliche Kunst besteht darin, etwas zu sagen, was zwar wahr ist aber anderes, das ebenso wahr ist zu verschweigen. Das, was die Engländer als „lying by truth“ bezeichnen. Ich kann nämlich auch dadurch lügen, daß ich zwar etwas Wahres sage, aber etwas anderes, was ebenso wahr ist und dazugehört als Korrektur und Ergänzung der Wahrheit, verschweige, oder indem ich die Proportionen verzerrte und verkehre. Dann sage ich zwar auch etwas Wahres, aber ich mache unter Umständen aus der Mücke einen Elefanten oder umgekehrt usw., und darin bestehen eben die vielen semantischen Feinheiten in der Politik, daß man die Menschen durch solche scheinbar wahren, in Wirklichkeit aber irreführenden halbweisen Erklärungen daran hindert, zur vollen Einsicht in den Lauf der Dinge und der Zusammenhänge einzudringen. Man kann das der Politik gar nicht verübeln, daß sie das bis zu einem gewissen Grad tun muß; es soll nur nicht zu kraß sein. Dieser Abfall von den eigenen Beteuerungen und Überzeugungen soll also nicht zu schnell vor sich gehen, wie es z. B. bei der FPÖ meines Erachtens der Fall ist, die sehr viel vom Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft gesprochen hat – und seit sie an der Macht ist, habe ich nichts mehr davon gehört. Also so schnell muß man ja nicht vergessen, was man gestern noch verkündet hat. Aber auch wenn es nicht so schnell geht und nicht so kraß, es ist immer wieder zu



Die Politik müßte viel ernster genommen werden (von Politikern) aber auch von der Jugend, denn sie wird ja auch einmal mit Politik konfrontiert werden.

beobachten, daß notwendigerweise hier eine Diskrepanz eintritt zwischen dem was proklamiert wurde und der Realität.

Da ist eben ein wesentlicher Unterschied zwischen Politik und Wissenschaft, deshalb ist die Personalunion von Politik und Wissenschaft, obwohl sie immer wieder vorkommt, sicherlich sehr problematisch, auch für den Betreffenden selbst, weil er dann nicht weiß, und die anderen vor allem nicht wissen, wenn er etwas sagt, ob er als Politiker spricht oder als Wissenschaftler. Daher ist also die Arbeitsteilung vorzuziehen: Die einen sollen sozusagen die Arbeit machen und die Politik durchführen und die anderen sollen das glossieren bzw. sollen auch vielleicht Ratschläge geben für eine bestimmte Politik, gebeten oder ungebeten, opportun oder inopportun. Also das wäre das Problem Gesinnungs- und Verantwortungsethik, das auch nicht glatt auflösbar ist, sondern eine Spannungslage beschreibt.

4

Ich habe es schon angedeutet, eigentlich lag es schon in diesen Ausführungen drinnen, soll aber hier noch eigens thematisiert werden: Es handelt sich auch hier um Extreme, auf der einen Seite die Dramatisierung und auf der anderen Seite die Bagatellisierung der Normkonflikte. Beides ist gefährlich. Man soll sich vielmehr dem Normkonflikt als einem wesentlichen Bestandteil der ethischen Problematik stellen. Der Normkonflikt liegt darin, daß es ja nicht immer nur eine Norm ist, die man zu befolgen hat, sondern in der Regel verschiedene Normen, die gleichzeitig existieren. Die Moral ist ja ein Kosmos von Geboten und Verboten. Wenn man nur die zehn Gebote herinnert, ist das schon genug, nicht wahr, aber die sind ja sozusagen nur der grobe Raster. In Wirklichkeit sind ja die Normen viel verfeinerter, werden dann angewendet und wir sind mit einer Fülle von Normen konfrontiert, die wir alle kennen sollten – die Unkenntnis des Gesetzes schützt bekanntlich nicht vor Strafe –, also wir müssen bei Strafe sozusagen alle diese Normen theoretisch kennen und müssen ihnen entsprechen. Das ist häufig recht schwer, nicht nur juristisch, sondern auch im moralischen Sinn, weil es eben verschiedene Normen gibt, die einander oft widersprechen, der Mensch aber nur eine beschränkte Auffassungsgabe, eine beschränkte Kapazität, auch nur ein beschränktes Zeitbudget und eine beschränkte Energie hat und daher nicht gleichzeitig allen Normen entsprechen kann. Auf dieses Problem haben vor allem Max Scheler und Nicolai Hartmann in ihrer Wertphilosophie aufmerksam gemacht. Hartmann hat sogar von einer „Antinomie des Wertvorzugs“ ge-

sprochen, der darin besteht, daß es uns gar nicht möglich ist, alle Werte gleichzeitig zu verwirklichen, und daß wir einen oder einige Werte auf Kosten anderer verwirklichen müssen. Es ist übrigens eine der größten Lügen der Politik, daß viele Politiker sich und ihren Wählern vormachen, alle Werte gleichzeitig maximieren und optimieren zu können. Das ist natürlich in der Praxis nie möglich, sie verschweigen meistens den Wert, den sie mit einer einmal getroffenen Entscheidung verkümmern lassen müssen, aber das ist bei jeder Entscheidung der Fall. Das beginnt schon bei unserer Lebenswirklichkeit:

Wir alle können nicht alle Werte gleichzeitig verwirklichen, weil wir uns sonst sozusagen zerreißen und verzetteln würden. Wir müssen einige Werte verwirklichen auf Kosten anderer und können nie sicher sein, ob es die richtigen waren, weil wir das Leben nicht noch einmal beginnen können. Wir können nur hoffen, daß wir die richtigen Entscheidungen getroffen haben, und wenn man sehr pessimistisch und streng denkt, wie es also viele Wertphilosophen getan haben, so könnte man auch zu dem Schluß kommen, daß der Mensch eben deshalb schon ein schuldiges Wesen ist, weil er gewissen Werten gegenüber, die er unverwirklicht lassen muß, immer im Defizit, im Rückstand bleibt; also, das könnte man dann geradezu zu einer Philosophie des Schuldigwerdens-Müssens entwickeln, das wäre eine Dramatisierung. Auf der anderen Seite ist es ebenso falsch, die Existenz von Normkonflikten zu leugnen oder zu bagatellisieren.

Man muß gar nicht zu so extremen Beispielen greifen, wie sie die teufelische Phantasie in diesem Jahrhundert erfunden hat: Jener berühmte Fall, den Frankl erzählt in seinem Buch: „Ein Arzt erlebt das KZ“, daß ein SS-Mann einem jüdischen Vater die Wahl gelassen hat, einen seiner Söhne sozusagen zur Tötung zu bestimmen und der andere dafür das Leben erhält; der Mann hat, weil er sich nicht dazu entschließen wollte, einen Sohn praktisch dem Tod preiszugeben, diese Verantwortung nicht auf sich nehmen wollte, Selbstmord begangen. Ob das die richtige Lösung war, ist natürlich wieder eine andere Frage, aber jedenfalls ist es eine ungeheure Überforderung und zeigt, daß es keine gute ethische Lösung in diesem Fall gibt, sowohl das Nichtentscheiden als auch das Entscheiden wäre ein Verstoß gegen irgendeine ethische Norm. Man kann auch alltägliche Fälle heranziehen, wo sich zeigt, daß es Normenkonflikte gibt.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, wo sich für mich ein Normenkonflikt sehr häufig praktisch ergibt und auch darstellt und nicht gut lösbar ist, und wo sich herausstellt, daß oft die Ein-

haltung der niedrigen Norm wichtiger ist als die der an sich höheren Norm, wenn die niedrigere die dringlichere Norm ist. Ein Gedanke, den übrigens Max Scheler in seiner Wertethik ausführt, daß die niedrigeren Werte doch einen Vorzug haben gegenüber den höheren, wenn sie also dringlicher sind. Ich muß zuerst mein Nahrungsbedürfnis befriedigen gegenüber anderen höheren Bedürfnissen und wenn ich das nicht tue, entfällt die körperliche Grundlage für die Verwirklichung oder auch nur für den passiven Konsum höherer Werte. Das wäre ein ganz elementares, praktisches Beispiel.

Ein anderes Beispiel: Das höchste Gebot nach dem Evangelium ist das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe. „Du sollst Gott lieben aus Deinem ganzen Herzen und Deiner ganzen Seele und Deinen Nächsten lieben, wie Dich selbst“. Aber auch dieses Gebot läßt sich konkret nicht vollkommen durchführen, zum Beispiel für jemanden, der im Arbeitsprozeß steht. Der hat gewisse Berufspflichten, der muß also acht Stunden oder je nachdem, seine Zeit absitzen, und abarbeiten, kann sich aber in der Zeit z. B. nicht der Pflege eines kranken Angehörigen widmen, obwohl diese Norm an sich ontologisch gesehen höher steht, nämlich die Nächstenliebe als die Erfüllung einer formalen Pflicht. Trotzdem ist es für den Einzelnen zur Lebenserhaltung und auch für die Gesellschaft wichtiger und funktionaler, daß er seiner Berufspflicht nachgeht, als daß er der höheren Norm unbeschränkt genügt, weil er sonst seine Existenzgrundlage verlieren würde. Also das sind zwei Beispiele, die Sie nach Belieben aus Ihrem eigenen Erfahrungsbereich vermehren können und die zeigen, daß wir in der Regel schon wissen, was wir zu tun haben, daß es aber Fälle gibt, wo wir in echte Normenkonflikte kommen, wo uns die ganze Moralphilosophie und Theologie letzten Endes im Stich läßt und auf das eigene Gewissen zurückwirft, das ja auch nach katholischer Lehre die Stimme Gottes im Menschen bzw. die Anwendung der göttlichen Gebote auf den Einzelfall ist. Also, soviel möchte ich zur allgemeinen Ethik sagen.

B

Und jetzt möchte ich einige Momente anführen in der Sphäre der Politik, die diese ethische Problematik, die an sich schon groß genug ist, noch potenziert und kompliziert. Aber die Philosophie darf sich eben über so schwierige Fragen nicht hinwegtäuschen und nicht mit gefälligen Antworten über die Schwierigkeiten hinwegdrücken. Worin liegt nun die Komplizierung der politischen Sphäre gegenüber dem normalen Alltag, der kein politischer ist, wenn natürlich auch bei uns in Österreich speziell die

Politik ganz schön in den Alltag hineinpfuschen – meines Erachtens viel zu stark, vor allem die politischen Parteien. Das beginnt beim Arbeitsplatz und endet beim Begräbnisplatz am Friedhof, der auch vom Wohlwollen des jeweiligen Ortsvorstehers oder sonst etwas abhängig ist, ich will das nicht ausführen, das wissen Sie alle, wie weit wir hier durch die Politik geprägt sind.

Aber trotzdem wäre es falsch zu sagen, daß alles, was wir tun, politisch ist. Das würde den Begriff wieder vollkommen überstrapazieren und denaturieren. Und was ist nun das Wesen der Politik? – Jetzt vom Standpunkt des Politikers aus gesehen. Ich möchte jetzt die Frage vor allem auf den Politiker zuspitzen, also auf denjenigen, der in besonderer Weise zum politischen Handeln berufen ist, obwohl wir natürlich nach der demokratischen Fiktion alle irgendwie partizipieren und mittun sollen, aber eben mit Maß und Ziel. Wenn es zu arg wird, zeigen sich schon die Grenzen dessen, was an Mitwirkung erwünscht wird, gerade in der Gegenwart. Daher muß man sehr wohl diese Unterscheidung treffen: zwischen den echt politischen Handelnden, die sozusagen an den Hebeln sitzen und das berühmte Erfolgsgefühl und -erlebnis haben, daß sich ihre Handlungen und Intentionen unmittelbar in Handlungs- und Erfolgsergebnisse umsetzen, in den anderen, die höchstens peripher und temporär und quasi subsidiär politisch werden.

1

Meine erste These lautet: Die politische Sphäre ist eine Sphäre der Mediatisierung des Menschlichen und insofern eine prinzipiell inhumane Sphäre von ihrer Natur aus. Man kann sie durch verschiedene Freundlichkeiten und Zurückhaltungen humanisieren. Und das ist erfreulicherweise auch geschehen und in einigen Ländern gelungen. Sogar in Rußland hat man sich dazu entschlossen, angeblich haben nach der Liquidierung des gefürchteten Beria die damaligen Machthaber einen Schwur geleistet, sich gegenseitig nicht mehr umzubringen. Das war schon ein großer Fortschritt und verdient, festgehalten zu werden, wenn das auch die Sowjetunion keineswegs zu einem humanistischen Staat gemacht hat; aber es gibt sozusagen Einsichten aus historischen Erfahrungen, die zu einem partiellen Gewaltverzicht führen. Selbst wenn man also den Mord, die Verhaftung und alle diese extremen Formen politischer Sanktionen ausläßt und alles rechtsstaatlich einbindet, besteht doch gar kein Zweifel daran, daß Karl Schmitt Recht gehabt hat, wenn er Politik als die Sphäre des Freund-Feind-Verhältnisses definierte.

In Österreich gibt es aber den schönen Spruch: die Steigerung von Feind –

Todfeind – Parteifeind, nicht wahr? Das heißt also, gerade in den eigenen Reihen ist die Feindschaft besonders groß, und je höher es hinaufgeht, desto stärker ist natürlich der Kampf um die Macht, der allerdings immer verschleiert wird. An die Stelle der sexuellen Pruderie ist bei uns eine Machtpruderie getreten. Niemand spricht mehr von Macht, alle wollen nur Verantwortung, und stürzen sich mit Verachtung und Hintanstellung aller persönlichen Interessen in dieses Geschäft bzw. in diese Sphäre; dem ist natürlich nicht so, wenn man dann die Leute genau analysiert. So stellt sich schon heraus, daß eine sehr „gesunde Portion Egoismus“ dabei ist und wahrscheinlich auch beteiligt sein muß, weil man sonst einen solchen Zeitaufwand für eine doch im Grunde und letzten Endes frustrierende Angelegenheit nicht aufbringt. (Wenn man nicht sehr stark auch Erfolgsergebnisse bezieht.) Also die Macht ist noch immer eine der stärksten Drogen, glaube ich, die bisher in der Menschheitsgeschichte gefunden wurde, und das Gefährlichste an dieser Droge ist eben, daß nicht nur derjenige, der diese Droge nimmt, davon betroffen ist, sondern auch alle anderen. In Diktaturen ist das ja überhaupt ganz klar, da hängt sozusagen alles an einer Person, und schon die Alten haben diesen Spruch geprägt: „Quidam delirant reges plectuntur Achivi“, was also die Herrscher verbrechen oder in ihrem Wahn anrichten, das müssen die einfachen Menschen büßen. Aber auch in der Demokratie ist die Sache zwar gemildert und in Österreich noch gemildert durch Schlamperei, aber es ist prinzipiell auch so, und darüber soll man sich keiner Täuschung hingeben. Das soll man ganz offen aussprechen, es geht gar nicht anders.

Die Politik ist eine notwendige Sphäre der Mediatisierung des Menschlichen in dem Sinne, daß an sich der Einzelne hinter der Sache zurücktreten muß, auch im guten Sinne des Wortes, also nicht nur als etwas Negatives, sondern es hat auch einen heroischen Aspekt: Politik ist notwendig mit Opfern verbunden. Allerdings in der Praxis opfert man lieber andere als sich selbst. Also, die Beispiele der Selbstopferung bzw. des freiwilligen Rücktritts sind relativ selten, sehr häufig sind die Beispiele der Koketterie mit dem Verzicht und der Ankündigung des Verzichts, aber real durchgeführt ist er relativ selten und wird daher auch als eine besondere Leistung gewürdigt, wenn er ausnahmsweise eintritt.

Was bedeutet Politik? Politik heißt, – zum Großteil – Personalentscheidungen fällen, eine bestimmte Person heben, die andere fallen lassen, den einen versetzen. Die Menschen werden also zu Bauern oder zu vergleichbaren Figuren am Schachbrett und werden

hin- und hergeschoben, und es ist schon sehr viel, wenn (wie gesagt) das Gewaltverbot und die Rechtsstaatlichkeit verhindern, daß jemand deshalb irgendwie einen physischen Nachteil erleidet. Aber es können Kompetenzkonflikte zwischen ganz hochgestellten Persönlichkeiten, auch wenn keinerlei physische Aggressionen durchgeführt werden, ganz schönen Staub aufwirbeln. Es soll in verschiedenen Bundesländern vorgekommen sein und auch noch vorkommen. Das ist immer wieder eine regelmäßige Begleiterscheinung des politischen Lebens. Natürlich werden dann immer Rationalisierungen entwickelt, warum das so sein muß, und jeder behauptet, daß der andere das Recht verletzt hat, in Wirklichkeit geht es allen Beteiligten nur um die Sache. Aber das ist in Wahrheit sehr häufig ein Selbstbetrug bzw. eine Verschleiierung der eigentlichen Problematik.

Also in der Politik ist es notwendig, daß man etwas tut, was eigentlich Kant als den Eingriff der Unsitlichkeit ansieht, denn eine Fassung des kategorischen Imperatives von Kant lautet: „Handle so, daß Du die Menschheit nicht nur in Deiner Person, sondern in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck und niemals als bloßes Mittel gebrauchst“. Gerade das ist aber in der Politik nicht möglich, nicht war? Gelegentlich kommt es vor und ich will das den Politikern nicht absprechen, zumindest diesen guten Willen, auch viele Menschen zu der eigentlichen Erfüllung ihres Zwecks zu führen, und das ist dann umso schöner, wenn es mit den Zwecken der Politik zusammenfällt. Aber wenn es zu einer Kollision kommt, und das ist sehr häufig der Fall, dann muß die Entelechie des Einzelnen (aristotelisch gesprochen) der Politik oder des jeweiligen Politiklers weichen.

Deshalb kann es auch in der Politik keine Freundschaft geben, selbst wenn der Parteigruß so lautet. Das ändert auch nichts daran, daß es eben in der Politik keine Freundschaft gibt. Lord Attlee, der selber „den Beinamen Schlächter“ gehabt hat, weil er über Nacht eine Regierungsumbildung vorgenommen hat, hinter der sich die von Sinowatz verstecken kann, (einem solchen Gewaltstreich ist gleich das dreiviertel Kabinett zum Opfer gefallen), hat das sehr schön formuliert in dem Satz „There is no room for friendship at the top“, also, in der Eiseskälte der Macht gedeihen keine menschlichen Beziehungen. Wenn sie früher existiert haben, so verkümmern und verdorren sie notwendigerweise, nämlich wenn man unter Freundschaft das versteht, was Aristoteles mit Recht darunter verstanden hat, das „uneigennützige Interesse am Wohl des anderen“. Aber in der Politik herrscht das eigennützi-

ge Interesse am eigenen Wohl ziemlich vor, und weil eben in der Politik die Sache über der Person steht, muß der Politiker theoretisch bereit sein, sich selbst zu opfern, aber umso natürlicher auch andere zu opfern, und deshalb können auf die Dauer keine Freundschaftsgefühle aufkommen. Die besten Beweise dafür findet man in Memoiren von gestürzten Politikern bzw. wenn man wie ich die Gelegenheit hat, auf relativ gutem Fuße mit vielen Expolitikern zu stehen und mit ihnen darüber spricht, wie sie über ihre ehemaligen Chefs und Kollegen denken: also da bleibt wirklich kein Auge trocken. Da kommen diese Ressentiments, die solange niedergehalten werden, als die Macht noch alle zusammenhält, offen zum Vorschein, und es stellt sich heraus, daß in Wirklichkeit die negativen Gefühle sehr stark überwiegen in der Politik: das Gefühl der Feindseligkeit, und das ist leider Gottes nicht eliminierbar aus dieser Sphäre. Und deshalb ist es viel schwerer, in der Politik rein zu bleiben, auch im Sinne der Pflege menschlicher Beziehungen, es ist einfach nicht möglich, was der Bundespräsident unlängst gesagt hat, es klingt zwar sehr schön, aber ich bezweifle, ob er es selber durchführen konnte. Er hat nämlich gesagt, man soll die Kontakte, die man früher gehabt hat, bevor man ein bestimmtes Amt hatte, auch weiter pflegen und keinen Unterschied machen. In Wirklichkeit geht das eben auf Grund eines 24-Stunden-Tages und eines Terminkalenders nicht. Viele Politiker stürzen sich auch in diese Terminkalender und in dieses Leben, weil das so eine Art „Selbstbetäubung“ ist, und so kommen dann die früheren Freundschaften natürlich zu kurz oder fallen unter den Tisch. Das ist etwas, was man dem Einzelnen oft gar nicht anlasten kann, sondern es ist eben der Überdruck, der in dieser Sphäre existiert. Also, ich würde sagen, die Politik ist schon deshalb eine ungeheure Komplizierung der ethischen Problematik, vor allem in den menschlichen Beziehungen, weil sie notwendigerweise, um wirksam zu sein, eine Sphäre der permanenten Mediatisierung des Menschlichen durch unmenschliche oder übermenschliche sachliche Gesichtspunkte darstellt.

2

Das Zweite ist offenkundig, es ist auch schon erwähnt worden, aber es muß immer wieder betont werden: Die Sphäre der Politik und Macht ist eine Sphäre des Mißbrauches. Das sind natürlich alle menschlichen Sphären, es gibt nichts, was nicht mißbraucht wird durch den Menschen. Aber in der Macht ist sozusagen der Mißbrauch schon immanent. Lord Acton, der ein Liberaler, aber auch ein katholischer Philosoph war, hat also diesen berühmten Satz geprägt,

den man in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert: „Power tends to corrupt, and absolute power corrupts absolutely“, und ich interpretiere diesen Satz so, daß die Macht die Tendenz hat, zu korrumpieren, aber absolute Macht korrumpiert „absolutely“, jetzt im doppelten Sinne, mit absoluter Sicherheit und auch in jeder Richtung. Das wissen wir ja aus den traurigen Anfangsbeispielen dieses Jahrhunderts, daß das auf die Dauer nicht gutgeht mit einer absoluten Macht. Auch eine relativ große Macht, wie sie, sagen wir, einem Würdenträger in der Politik in Österreich zusteht, führt sehr häufig nach einer gewissen Anzahl von Jahren (ich will ja keine Namen nennen – „nomina sunt odiosa“) zu gewissen Mißbrauchs- und Abnutzungserscheinungen, die dann den Unmut der Betroffenen hervorruft, der sich schon jahrelang angestaut hat. Also, die Macht ist eben deshalb, weil sie sozusagen den einzelnen so stark über die Alltätlichkeit hinaushebt, ihm im Extremfall ein Gottähnlichkeitsgefühl gibt, auch eine extreme Gefährdung für die Menschen. Das ist kein Zufall, daß eine der Versuchungen Jesu auf den Zinnen des Tempels (das Ansinnen des Teufels an ihn) eben die Macht ist. Also der Machtsphäre ist der Mißbrauch viel mehr immanent, als es in anderen Sphären der Fall ist. Darum ist es auch in dieser Sphäre viel schwerer, sich intakt zu halten, als in anderen Sphären. Ich war vor einigen Wochen bei einem interessanten Symposium in Wien, bei einem psychoanalytischen Symposium über den Begriff der Macht. Ein französischer Psychoanalytiker hat dort erzählt, daß er einen

sehr hohen Politiker jahrelang in Behandlung gehabt hat, (er hat natürlich nicht den Namen genannt, das wäre eine Verletzung des Berufsgeheimnisses), und daß er nach dieser jahrelangen Analyse in all seinen Vorurteilen gegen die Macht bestärkt und bestätigt worden ist. Auch daß Menschen, die sich in der Sphäre der Macht auf die Dauer bewegen, nach einer gewissen Zeit, obwohl sie unersorglich zu sein scheinen, doch in einer anderen Welt leben. Damit meine ich nicht nur den Luxus und die anderen Begleiterscheinungen, die Liebedienerei und die Gefügigkeit der Menschen in verschiedenster Beziehung, sondern auch die Entfremdung, die damit einhergeht, daß man sich gewisse Dinge nicht mehr vorstellen kann.

So hat die selige Marie Antoinette, als sie hörte, daß die Pariser Ratten essen, weil sie kein Brot haben, gesagt, ja wenn sie kein Brot haben, warum nehmen sie dann nicht Kuchen? Das ist natürlich ein extremes Beispiel, und die Haltung des demokratischen Politikers ist ja nicht durch einen solchen Abstand von den Massen gekennzeichnet, wie es damals der Fall war im „ancien regime“. Aber sonnenkönigshafte Erscheinungen gibt es ja auch im zwanzigsten Jahrhundert, und damit natürlich auch alle Begleiterscheinungen eines Hofstaates, von Hofdichtern und so weiter, die eben die gewünschten Versionen produzieren, und dafür dann auch bei nächster Gelegenheit, wenn sich der Hof ändert, an die Luft gesetzt werden. Verdientes Schicksal! Nun, ich würde sagen, die Politik (auch das ist eine Formulierung, die ich schon oft verwendet habe) ist eine Sphäre des Dubio-



Ich erwarte mir von der Politik vor allem große Einigkeit, denn ich finde, daß es fehl am Platze ist, wenn sich die einzelnen Parteien untereinander bekämpfen, wie es in letzter Zeit allzuoft vorgekommen ist.

sen, im doppelten Sinn des Wortes: Dubios in dem Sinn des heiligen Augustinus, der gesagt hat, „in dubiis libertas, in necessariis unitas, in omnibus autem caritas“, letzters ist zwar am wenigsten in der Politik zu finden, aber „in dubiis libertas“, das heißt, es gibt einen großen Ermessensspielraum.

Es steht nicht von vornherein fest, was geschehen soll. Und deshalb ist also hier die Politik die Sphäre des Dubiosen im guten Sinne des Wortes. Das „dubium“ ist hier etwas spezifisch Menschliches, denn das Tier ist ja durch seine animalische Ausstattung mehr oder weniger programmiert auf ein bestimmtes Verhalten. Der Mensch kann zweifeln und Descartes hat sogar die Fähigkeit des Zweifels als den eigentlich archimedischen Punkt der menschlichen Selbstbestätigung aufgefaßt, nicht mit Unrecht. Aber es gibt natürlich auch das Zweifelhafte im negativen Sinn des Wortes. Es ist sozusagen die Sphäre, in der selbst im besten Falle (und der beste Fall ist bekanntlich sehr selten) diese Grauzone von Lüge und Korruption notwendigerweise – jedenfalls als Versuch – immer wieder auftaucht.

3

Eine dritte Komplikation der in der normalen Lebenssphäre gegebenen ethischen Situation besteht darin, daß in der Politik Probleme anderer Größenordnung eine Rolle spielen. Der einfache Hausvater hat eben nur mit seinem Familienbudget zu tun, während ein Finanzminister viel größere Möglichkeiten im Guten und im Bösen hat – und das gilt genauso für andere Dinge. Die meisten Menschen sind in ihrem Leben nicht mit solchen Größenordnungen konfrontiert, haben daher nicht so schwierige Abwägungsprobleme zu entscheiden wie ein Politiker an der Spitze, und deshalb stellt sich also für den Politiker die Frage in höherem Maße als für den einfachen Menschen, – obwohl auch für jeden einzelnen Menschen diese Frage eine große Rolle spielt – nämlich die Frage, ob der Zweck die Mittel heiligt. Es gibt einen Satz von irgendeinem mittelalterlichen Moralphilosophen, welcher verschieden übersetzt werden kann: Man kann nämlich sagen, wenn der Zweck erlaubt ist, sind auch die Mittel erlaubt. Man kann aber auch den Satz anders übersetzen (und so war es wahrscheinlich von diesem Moralphilosophen gemeint) wenn der Zweck erlaubt ist, dann gibt es auch erlaubte Mittel; denn es wäre sinnwidrig, einen erlaubten Zweck vor sich zu haben, zu dessen Erreichung es keine erlaubten Mittel gibt. Dann wäre nämlich der Zweck auch nicht erlaubt. Aber in der Politik wird der Satz meistens so verstanden: „Est finis licitus sunt et media licita“, das heißt, der Zweck heiligt

die Mittel. Es gab sogar einen Streit darüber und ein Jesuitenprovinzial hat demjenigen einen Preis ausgesetzt, der nachweisen kann, daß in irgendeinem jesuitischen Moralwerk (die Jesuiten sind nämlich besonders bezieht worden, daß sie diesen Grundsatz vertreten hätten) etwas derartiges steht; und tatsächlich ist es in dieser Form nirgends gelehrt worden, aber das ändert nichts daran, daß es sehr häufig so praktiziert wird, und ich würde sogar noch weitergehen, sie noch mehr schockieren: daß es oft gar nicht anders geht.

Es ist in Wirklichkeit eine Heuchelei, wenn man diesen Satz vollständig ablehnt, der Zweck heiligt die Mittel. Es ist schon sehr viel, wenn man sozusagen die Verhältnismäßigkeit von Zweck und Mittel einhält. Daß man aber nicht darum herumkommt, sich irgendwelcher Mittel zu bedienen, um erlaubte Zwecke zu erreichen (die man anderenfalls nicht einsetzen würde, wenn man nicht diesen Zweck vor Augen hätte), das scheint mir auch der Alltag zu lehren: Es beginnt bei der Notlüge, die allerdings Kant auch verworfen hat, der gesagt hat, daß man sogar in Lebensgefahr keine Notlüge gebrauchen darf. Na also, ich möchte den sehen, der nicht zur Erhaltung seines Lebens zu einer Notlüge greift! Aber auch in Extremfällen ist es häufig nicht so, daß man gewisse Mittel, die man normalerweise verabscheut, einsetzt, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Ein anderes Problem ist die Frage des kleineren Übels, auch das ist ein altes moralphilosophisches Problem. Wenn ich zwischen zwei Übeln zu entscheiden habe und handeln muß, handle ich dann moralisch, wenn ich das kleinere Übel wähle? Professor Lübke hat gestern auch hier gesprochen und in Wien (er übertrifft mich noch an Mobilität, nicht wahr?) und er hat also gestern Abend in Wien folgendes gesagt: Es nimmt die Zahl der Menschen zu, die infolge der Kompliziertheit der modernen Verhältnisse mit ihrem Urteil aussetzen und mit ihrer Gedankentätigkeit und zu einem Nein, ein Moratorium-Nein (ich weiß nicht, ob er das auch gesagt hat) neigen; das heißt, sie sind nicht überzeugt, daß Hainburg schlecht ist, aber da sie die Sachlage nicht überblicken, neigen sie dazu, eher gegen diesen Bau zu sein – was ja an sich eine vernünftige Einstellung ist unter Umständen, denn wenn man eine Sache nicht überblickt, auch nach moraltheologischen Grundsätzen nicht, wenn man zweifelt, ob das, was man begehrt, eine Sünde ist, und man muß nicht handeln, so ist es besser, man handelt nicht.

Und wenn man das jetzt auf unsere obige Fragestellung überträgt, so könnte man sagen, es ist also, wenn man nicht zum Handeln gezwungen

ist, weniger riskant, es so zu lassen, wie es ist, und nicht für eine Veränderung einzutreten, und das erklärt eben die Haltung vieler Menschen. Aber es ist auch gefährlich, obwohl es die Durchschnittsphilosophie des österreichischen Wählers ist, denn welcher Wähler, außer die Politiker selbst und ganz naive Gemüter, wählt also aus voller Überzeugung eine Partei? In Wirklichkeit ist es doch so, daß jeder Stimmzettel eine Generalabsolution für begangene Fehler und ein Blankoscheck für künftige, erst zu begehende ist. Aber anders kann man es ja nicht machen, denn man kann eben nur einen Stimmzettel abgeben; wenn man mehrere abgibt, ist die Wahl ungültig, man muß sich sozusagen für das kleinere Übel entscheiden. Da kann einem allerdings passieren, daß man es solange für das kleinere Übel hält, bis es längst aufgehört hat, das kleinere Übel zu sein. Aber auch das bedarf dann eines langen Denkprozesses, um es bewußtseinsmäßig nachzuvollziehen. (Ich deute nur diese Problematik an).

4

Wodurch wird also viertens die politische Sphäre gegenüber der normalethischen Sphäre kompliziert? Durch Sachzwänge, die sehr häufig als Alibi von den Politikern bemüht werden, auch dort wo sie nicht vorhanden sind, aber es läßt sich nicht leugnen, daß sie in sehr vielen Fällen tatsächlich existieren, und zwar in sehr vehementer Form existieren. Auch der Zeitdruck ist gegeben. Ein Wissenschaftler kann sich zwar mehr oder weniger aussuchen, wann und ob er überhaupt etwas publiziert. (Es soll Leute geben, die sich auf ihren einmal erworbenen Lorbeeren ausruhen und sozusagen nicht mehr viel von sich hören lassen, und trotzdem weiter ihr Gehalt beziehen). Ein Politiker muß aber zumindest eine Aktivität vortäuschen, muß eine Frage zumindest einer Scheinlösung zuführen, kann sich den Luxus nicht leisten, eine Frage, die ansteht, unerledigt zu lassen. Allerdings sind die Politiker häufig dadurch negativ charakterisiert, daß sie Fragen zu lang anstehen lassen und dann sehr häufig blitzartig eine Zwangssituation, einen „casus perplexus“ herbeiführen, wo sie sich und andere glauben machen, daß eben jetzt gerade gehandelt werden müsse und keinen Tag später. In Wirklichkeit ließe sich sehr wohl fragen, ob das so sein muß. Aber das ändert wiederum nichts daran, daß der Zeitdruck ein ganz wesentliches Element der Politik ist, wobei ja von uns allen ein Element der Wirklichkeit nicht immer nationalökonomisch gesehen wird, obwohl man nicht immer daran denkt. Man denkt oft nicht daran, daß die Zeit nicht nur eine Anschauungsform im Sinne von Kant ist, sondern auch ein ökonomischer Faktor, denn man

kann ja Zeit gegen Geld tauschen usw.. Das ist ein Element der Wirklichkeit, und insofern sind wir alle gleich, in gewissem Sinne auch schon vor dem Tode, der bekanntlich alle gleich macht. Auch vor dem Tode ist ein Faktor gleichmachend, das ist die Zeit, sie ist nämlich für alle knapp, aber nicht gleich knapp, weil nicht alle gleich lang leben; allerdings weiß niemand, wie lang er lebt. Die Zeit ist für alle gleich und doch wieder nicht gleich und nie läßt es sich so organisieren, daß die menschlichen Schicksale wirklich gleich werden. Das spricht gegen die Utopie der gleichen menschlichen Schicksale, die in Wirklichkeit hinter allen Utopien einer vollkommenen Gesellschaft steckt. Aber es ist eine Tatsache, daß wir alle unter Zeitdruck leben, und daß wir ein beschränktes Zeitbudget zur Verfügung haben, auch das Evangelium sagt uns ja: niemand kennt den Tag und die Stunde und die klugen Jungfrauen unterscheiden sich eben von den törichteren dadurch, daß sie immer in Bereitschaft sind. Ich will das jetzt nicht in diesem Gleichnis in allen Einzelheiten wiedergeben, aber es ist jedenfalls ein Element. Der Zeitdruck ist für die Politik ein viel gravierenderes Faktum als für den Alltag. Deshalb ist der Politiker an eine bestimmte Situation gebunden und wenn er sie nicht ausnützt, dann ist es unter Umständen zu spät. Da gilt dann das schöne Wort des Dichters: was Du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück. Aber der Wissenschaftler kann sich zurücklehnen in seinen Lehnstuhl und dann erst recht über das Ganze philosophieren, und vielen wird die Sache erst dann richtig schmackhaft, wenn sie für den Politiker schon verloren ist. Oder sie wird bereits früher spruchreif, wenn sie für den Politiker noch eine lästige Störung ist. Ich selber habe häufig erlebt, daß Themen, die ich angereissen habe, als unzeitmäßig betrachtet und totgeschwiegen wurden, aber einige Zeit später ist das Thema von der Realität her auf die Politiker zugekommen und sie haben es wohl oder übel zur Kenntnis genommen.

5

Also noch etwas fünftes, das für die Politik natürlich ganz entscheidend ist und sie auch von der Wissenschaft unterscheidet: es gibt in der Politik eine besondere Art von Erfolgszwang. Ein Politiker muß wiedergewählt werden. Er kann sich also unter Umständen nicht leisten, Gesinnungsethiker zu sein, weil er sonst die Möglichkeit verliert, später Dinge, die er für wichtig hält, durchzusetzen. Er kann zwar „in Schönheit sterben“, durch einen Gewissensakt. Es gibt Beispiele, daß man zurückgetreten ist und dann geholt wurde, aber es gibt keine Garantie. Viele haben vergeblich darauf gewartet. Es gibt mehr

Beispiele für das letztere als für das erstere, daher ist es sehr riskant. Urbild all dieser Rücktrittskoketterien ist der berühmte Baron Holstein aus dem Wilhelminischen Deutschland, auf den auch der Ausdruck gemünzt wurde: „Graue Eminenz“, ein Ausdruck, der heute noch manchmal verwendet wird für Leute, die im Hintergrund die Fäden ziehen und agieren. Holstein hat fünfzehn und sechzehnmal seinen Rücktritt schriftlich eingebracht und das immer als Druckmittel verwendet, um irgend etwas durchzusetzen. Das sechzehnte Mal wurde er angenommen, und da hat er dann gewütet gegen alle diejenigen, von denen er angenommen hat, daß sie infaam genug waren, ihn beim Wort zu nehmen.

Der Erfolgszwang hat für einen Politiker viel größere Aktualität, besonders in einer Demokratie, wo jemand immer wieder gewählt werden muß, als für einen Wissenschaftler, der auch einen Erfolgswegweis erbringen soll, aber nicht muß.

Nur im Amerikanischen gilt dieser Grundsatz: „Publish or perish“. Also, wenn man dort nicht viel publiziert, geht man unter. Aber bei uns – vorläufig zumindest noch, auch das kann sich ändern – haben die Professoren einen relativ geschützten Status, der es ihnen ermöglicht, sich auf ihren welkenden Lorbeeren auszuruhen, und der Erfolgswegweis für einen Wissenschaftler besteht darin, daß er häufig zitiert wird, daß er in möglichst vielen Nachschlagwerken aufscheint, wenn er eitel ist oder wenn er etwas zu sagen hat, beides schließt ja einander nicht aus, dann auch noch im Fernsehen usw.

Für einen Politiker ist diese mediale Präsenz auch wichtig, aber vor allem ist es wichtig, daß er nicht herausfällt aus dem Getriebe. Einer der wesentlichen Gründe, warum Trotzki den Machtkampf gegen den Stalin verloren hat, ist, daß Trotzki nicht mitgegangen ist mit den Leuten oder sie eingeladen hat und mit ihnen nicht saufen gegangen ist nach den Sitzungen. Er hat es abgelehnt, und das kann sich oft sehr rächen. Die informellen Kontakte beim Heurigen spielen ja gerade in Österreich eine große Rolle. Kreisky hat einmal den Ausspruch geprägt, in Österreich endet alles beim Heurigen. Ich habe mir erlaubt, diesen Ausspruch in Bezug auf das Burgenland zu variieren, weil ich ja eigentlich Burgenländer bin und man soll immer vor der eigenen Tür kehren. Und da habe ich also gesagt, in Burgenland beginnt schon alles beim Heurigen. Die Folgen sind ja auch manchmal zu sehen in einer Art Kameraderie bzw. in neofeudalistischen Strukturen, die aus diesen weinseligen Gesprächen hervortreiben wie Triebe am grünen Holz. Aber ich will damit nicht das „Grüne“ vorwegneh-

men.

C

Nun möchte ich mich einem Thema zuwenden, das gerade heute, in den Tagen von Hainburg usw. eine gewisse Rolle spielt und daher also auch in philosophischer Sicht nicht verschwiegen werden soll: Das Problem des Verhältnisses zwischen Recht und Moral. Wir gehen davon aus, daß das Recht an den Menschen gewisse Anforderungen stellt und auch Moral gewisse Anforderungen. Im Idealfall sollen diese Anforderungen zusammenfallen, aber es ist sehr häufig nicht so. Schon Kant hat mit guten Gründen zwischen Moralität und Legalität unterschieden, wobei diese Sphären oder Kreise einander überschneiden, aber nicht decken, und das soll auch gar nicht sein. Es soll nicht alles, was unmoralisch ist, gleichzeitig strafbar sein. Umgekehrt ist nicht alles, was strafbar ist, auch unmoralisch, sondern es ist halt nur verboten. Ein wesentlicher Unterschied ist der, daß er das Recht auf das äußere Verhalten abstellt, die Moral aber auf das innere.

Für die Moral ist es wichtig, aus welchem Motiv jemand etwas tut. Es kann also jemand vollkommen untadelig handeln und in Wirklichkeit trotzdem unmoralisch sein, wenn er z. B. eine unerlaubte oder wesensfremde Absicht dabei verfolgt. Z. B., wenn jemand das elterliche Züchtigungsrecht, das ja bis vor kurzem noch im bürgerlichen Recht existiert hat, zur Befriedigung von Aggressionen oder sadistischen Gelüsten mißbraucht. Trotzdem war er nicht strafbar. Wenn er das objektive Maß nicht überschritten hat, hat der Gesetzgeber nicht die Frage gestellt, aus welchen Motiven er dieses Züchtigungsrecht ausübt. Die Frage war nur, ob er es ausüben darf oder nicht. Für die Moral wäre eben das gerade die entscheidende Frage. Ein Vater, der ein Züchtigungsrecht ausübt, auch wenn es das objektive Maß nicht überschreitet, ist natürlich kein guter Vater, auch wenn er vom Standpunkt des Gesetzes aus gut dasteht. Es ließen sich ähnliche, eine Fülle von Beispielen finden, die zeigen, daß Recht und Moral sehr häufig eben nicht übereinstimmen. Im Kirchenrecht, wo man am ehesten annehmen sollte, daß eine letzte Einheit da ist, auch da gibt es Beispiele dafür, daß Recht und Moral auseinanderfallen müssen, denn das Zusammenfallen von Recht und Moral würde einen allwissenden Gesetzgeber, also Gott voraussetzen.

Also in Wirklichkeit könnte nur das Jüngste Gericht oder das besondere Gericht des Menschen nach seinem Tode in diesem Sinne ein Zusammenfallen von einem Rechtsspruch mit einem moralischen Spruch sein, während unsere Erkenntnis immer unvollkommen ist und wir uns daher gar

nicht anmaßen dürfen, einen letzten Werturteil oder Unwerturteil über eine bestimmte Person zu fällen. Das ist eine wichtige Unterscheidung zwischen Recht und Moral, die in der Beurteilung eines bestimmten Verhaltens zu Grenzfällen führt, z. B. also jetzt konkret in Bezug auf die Besetzung der Au, die sicherlich, wenn sie fortgesetzt wird, zu einem Zeitpunkt, wo die Staatsgewalt bereits eingreift, ein rechtswidriger Akt ist, unbeschadet der Frage, ob nicht auch die Bescheide, auf die sich das Vorgehen gründet, rechtswidrig sind. Deren Rechtswidrigkeit müßte nämlich erst in einem Rechtsverfahren festgestellt werden. Trotzdem würde ich sagen, es besteht durchaus kein Widerstand zu Recht in irgendeinem positiv rechtlichen Sinne, aber wenn jemand trotzdem der Meinung ist, die Frage sei so wichtig, daß er das Gefühl hat, hier werden fundamentale Werte verletzt, so kann er vom Standpunkt der Moral aus durchaus im Sinne seiner Überzeugung handeln. Er muß allerdings dann die Rechtsfolgen auf sich nehmen. Die Vorstellung, daß man das Recht brechen kann, ohne ein Risiko auf sich zu nehmen, ist ebenso weltfremd, wie die Vorstellung mancher Linker oder extrem Linker, die gleichsam pragmatisierte Revolutionäre sein möchten. Auf der einen Seite wollen sie die bestehende Ordnung unterminieren, auf der anderen Seite einen Pensionsschutz von seiten des Staates, den sie also bekämpfen, beanspruchen. Das halte ich für nicht ganz logisch und auch nicht für sehr moralisch. Dieses Problem entsteht immer wieder, daß man Widerstand leisten muß gegen irgend etwas; auch das Evangelium sagt ja, man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen. Aber die Vermutung spricht immer für die Rechtmäßigkeit der Obrigkeit, denn alle Obrigkeit kommt von Gott (im paulinischen Sinne). Allerdings ist man auch von der Obrigkeit inzwischen schon etwas abgerückt, aber gerade in einem demokratischen Gemeinwesen muß man doch immer wieder darauf hinweisen, daß die Vermutung für die Rechtmäßigkeit spricht. Das schließt aber nicht aus, daß Ein-

zelne oder Gruppen in Grenzsituationen oder in Situationen, die sie für Grenzsituationen halten, auf sich nehmen, das Recht zu verletzen. Allerdings müssen sie sich dann auf die Moral berufen und nicht auf das Recht und müssen auch die Sanktionen auf sich nehmen. So ist die Logik der Situation, in der wir uns befinden, auch wenn man die größten Sympathien für den Einzelnen und für die Gruppen hat, die sich da konkret engagieren. Ich wollte gerade dieses Beispiel erwähnen, weil es eben zeigt, daß hier unter Umständen Recht und Moral nicht das Gleiche sind. Ich würde mich sehr hüten, zu sagen, daß diese jungen Menschen, die sich da mit großer Begeisterung an dieser Sache beteiligen – auch wenn sie sich dann weiter beteiligen, wenn es zu einer Konfrontation kommen sollte in den nächsten Tagen, was ja zu befürchten ist – unmoralisch handeln, aber sie handeln wahrscheinlich unrechtmäßig, es sei denn, eine spätere juristische Entscheidung rehabilitiert sie, aber darauf wollen sie offenbar nicht warten. Ein anderes Problem, das auch sehr aktuell ist, das ich jetzt nicht ausschöpfen möchte aber nur als Beispiel anführen möchte im Bereich der Grenzfällen von Moral und Recht ist also die Frage der Freiheit der Kunst, die vor allem durch den Fall Thomas Bernhard aktualisiert wurde und durch sein Buch „Holzfällen“ bzw. durch die Verleihung des Kulturpreises an den Künstler oder Nichtkünstler Hermann Nitsch. Darüber sind in der Öffentlichkeit Auseinandersetzungen entstanden. Der Großteil derer, die sich artikuliert haben für Nitsch und für die Verleihung des Preises an ihn, bzw. die für Thomas Bernhard Stellung genommen haben, machten dies unter Berufung auf die Freiheit der Kunst, weil diese in der Verfassung positiviert ist. Nun muß man demgegenüber sagen, daß auch die Freiheit der Kunst keine letzte Freiheit ist, sondern nur eine Freiheit neben anderen Freiheiten, die man im konkreten Fall abwägen muß, z. B. gegen die Privatsphäre einer Person, in die man also durch ein Kunstwerk,

das eben ein Schlüsselroman ist, eindringt, und auch gegen andere Paragrafen, wie z. B. Gotteslästerung, Verletzung religiöser Gefühle, oder auch Pornographie, das ist also zumindest abzuwägen. Jedes solche Gesetz ist natürlich großzügig auszulegen, sonst kommt man in eine sehr engstirnige Bekämpfung, aber auf der anderen Seite ist nicht alles, was sich selber als Kunst deklariert oder was von einer kleinen Gruppe als Kunst hochstilisiert wird, bereits wirklich schutzwürdig und Kunst. Man muß sich wehren gegen diese Vereinfachung des Problems, denn sonst wäre ja der Künstler sozusagen ein aus der Gesellschaft kraft seines Talents vollkommen herausgehobener Einzelner, der machen kann, was andere nicht tun dürfen. Und schon Aristoteles hat gesagt, daß derjenige, der sich selber außerhalb der Gemeinschaft befindet und stellt, entweder ein Gott oder ein Tier ist. Daher ist es eine wirkliche Vereinfachung der Problematik, wenn gesagt wird, jeder, der nicht dafür ist, daß Thomas Bernhard ungestraft diesen Roman veröffentlichten kann oder jeder, der nicht dafür ist, daß man den Hermann Nitsch noch öffentlich fördert, sei bereits ein Reaktionsär oder ein Faschist oder jemand, der gegen die Freiheit ist. Mehrere Rechtsnormen bestehen eben gleichzeitig und müssen daher gleichzeitig beachtet werden. Eine andere Frage ist natürlich die Frage der Moral, die hier auch nicht ganz mit dem Recht übereinstimmt: Vom Standpunkt der Moral aus ließe sich wahrscheinlich noch mehr gegen diese einseitige Stilisierung der Wirklichkeit sagen. Ich habe diese aktuellen Beispiele nur angeführt, um zu zeigen, daß das Problem der Abwägung und Abgrenzung von Recht und Moral durchaus kein akademisches Problem ist, sondern ein Problem, das immer wieder auftaucht und vielen Menschen gerade in der Welt von heute unter die Haut geht, und ich möchte Sie also jetzt einladen, zu all diesen nur angedeuteten Thesen in der Diskussion Stellung zu nehmen.

ALTERNATIVE POLITIK UND NEUE MORAL

Ihr Parteifreund, der Wiener Vize-Bürgermeister Busek, hat in seinem Buch „Mut zum aufrechten Gang“ unter anderem dazu aufgefordert, endlich – gerade als Politiker – wahrzunehmen, „... daß uns die Erde anvertraut und unser Leben endlich ist“. Eine notwendige Aufforderung, die freilich überall der politischen Einlösung noch bedarf. Wir wissen ja in der Regel in der Bundesrepublik von der österreichischen innenpolitischen Szene nicht allzu viel. Aber natürlich werden bei uns die Vorgänge um Hainburg mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Für mich persönlich war damals die Zweitenordfabstimmung eine große Überraschung. Sie zeigte, daß ich die ÖVP wohl falsch eingeschätzt hatte – als Schwesterorganisation der CSU. Dies scheint mir nun nicht unbedingt so zu sein. Große Teile Ihrer Partei schlagen sich auf die Seite der Umweltschützer und Atomkraftgegner. Ich freue mich nun daher besonders, heute in Ihrem Kreis sein zu dürfen und mit Ihnen Gedanken über eine Politik der Zukunft, über eine neue Moral in der Politik auszutauschen.

Die Probleme sind offenkundig: Wenn man von München mit dem Zug hierher fährt und aus dem Fenster guckt, sieht man, daß zum Beispiel das Waldsterben ganz enorme Folgen zu haben scheint, und ich denke, daß die Betroffenheit hier, wie bei uns, gleich ist, bei Ihnen vielleicht noch stärker als bei uns; denn die Menschen in einem Bergdorf wissen genau, wenn der Wald da weg ist, dann ist ihr Dorf auch bald weg, nämlich weggeschwemmt von Erdbeben und Lawinen.

Der Ruf nach neuen Ideen, nach neuen Lösungskonzeptionen ist in unseren beiden Ländern nicht deshalb entstanden, weil einige Leute Lust hatten, einmal etwas anderes zu machen. Die Nachfrage nach einer anderen Art von Politik ist aus existentiellen Gründen stark gewachsen. Das liegt einfach daran, daß bisherige Politik für viele von den Menschen empfundene Probleme keine Antworten mehr weiß und schwerwiegendere noch, daß sie das Vertrauen verspielt hat, ernsthafte Antworten auf die wirklichen Zukunftsfragen zu suchen. Ein Beispiel: Immer weniger Menschen sind bereit, den offenkundigen Wahnsinn der atomaren Rüstungsspirale, insbesondere bei uns in der Bundesrepublik, noch als Sicherheitsgarantie zu akzeptieren. Dazu eine Zahl: 55 % der Bevölkerung haben ganz eindeutig die Stationierung ame-

rikanischer Atomraketen, die ja bei uns eine zusätzliche Stationierung von Atomwaffen bedeutet, abgelehnt. Die Mehrheit befürwortet jedoch den Verbleib in der NATO, was ja nicht unbedingt ein Widerspruch sein muß. In der Berichterstattung der Medien wurde dann der Eindruck erweckt, diese Neu-Stationierung solcher Atomraketen sei im wesentlichen von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt. Das ist nach wie vor nicht der Fall. Die Menschen sind insgesamt unsicher geworden. Sie lassen sich nicht mehr abspeisen mit den üblichen politischen Routinen, mit den Beschwichtigungen und Verharmlosungen auf den unterschiedlichsten Gebieten, mit den Scheingefechten, den schönen Worten, die wirksame Handeln letzten Endes immer wieder verhindern und wohl auch verhindern sollen.

Der Schindluder, den unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft, letztlich ja wohl wir alle, seit Jahrzehnten mit den Lebensgrundlagen von Menschen, Pflanzen und Tieren betrieben haben, der ist so offensichtlich geworden, daß die Bevölkerung zunehmend nach schnellen und wirksamen Gegenmaßnahmen verlangt. Gleichzeitig wird bewußt, ein geradezu unheimliches Zusammentreffen, wie sehr Politik zumindest in der Bundesrepublik zum Handlanger von Industrieinteressen verkommen ist.

Beispiel: Die durch die Medien ja hinreichend erläuterte Flick-Affäre. Wie kann eine Politik glaubwürdig sein, die den Geruch der Käuflichkeit besitzt? Und diese Frage nach der Käuflichkeit von Politik, die ja nicht nur die Frage nach der moralischen Qualifikation von Politikern ist, ist vor allem eine Frage nach dem Zustand von Politik heute und auch nach ihrem Sinn. Der ursprüngliche Sinn von Politik, das Beste für die Allgemeinheit, das Beste für das gemeine Wohl im Dienste aller zu unternehmen und durchzusetzen, ist durch die Affären der jüngsten Zeit in einer üblen Weise in den Dreck gezogen und korumpiert worden. Daran sind gewiß nicht diejenigen schuld, die diese Affären aufgedeckt haben, sondern diejenigen, die an den Affären schuld sind. Solche Fragen werden nicht mehr nur von jungen Leuten gestellt, sondern sie ziehen sich quer durch die Bevölkerung hindurch. Es ist zunehmend zu beobachten, daß auch eingefleischte Parteigänger etablierter Parteien enorm unzufrieden werden mit ihren eigenen Parteiführungen, ja, daß sie über Stillfragen hinaus sogar die Frage

der Kompetenz zur Lösung von Zukunftsproblemen in Bezug auf ihre eigene Partei erheblich in Frage stellen. Dazu gibt es in der jüngsten Zeit einige interessante Infas-Umfragen für die Bundesrepublik. Es stellt sich heraus, daß z. B. sozialdemokratische Parteimitglieder ihrer eigenen Parteiführung keine Kompetenz zutrauen auf dem Gebiet der Umweltpolitik. Gleichzeitig steht jedoch die Umweltpolitik bei den Anhängern der Sozialdemokraten an zweiter Stelle im Rangordnungskatalog der wichtigsten innenpolitischen Themen. Ähnliches gilt umgekehrt für Parteigänger der Christlich-Demokratischen Union.

Alternative Politik, das kann heute nur Politik sein, die die Zukunftsfragen positiv aufnimmt: Dann ist sie erfolgreich.

Deswegen haben Sie mich eingeladen, weil Sie die Erfolge der Grünen in der Bundesrepublik sehen. Alternative Politik, wie sie von mir verstanden wird, ist eine Politik der Umorientierung von den alten Industriestrukturen hinweg zu neuen ökologischen Orientierungen. Das ist eine Politik, die versucht, ohne die üblichen Rücksichten auf Industrie- und Politikerinteressen die Versöhnung von Mensch und Natur, von Ökonomie und Ökologie wirklich anzugehen. Ökologische Politik ist in diesem Sinne alternative Politik. Für den Wunsch vieler Menschen nach Umorientierung sind die Grünen parlamentarisches Symbol, und so werden sie für einen nennenswerten Teil der Bevölkerung zur Partei ihrer Wahl. Viele wählen die Grünen, weil sie sagen, na, was bleibt mir schon übrig, die ändern setzen nichts in Bewegung.

Eine ähnliche Situation wie die der Sozialdemokraten in der Zeit ihrer Meinungsführerschaft in der Bundesrepublik. Anfang der 70er Jahre hat fast die gesamte junge Generation sie gewählt, als studentenbewegte Protestgeneration, weil wir uns damals sagten, was bleibt uns anderes übrig, die nehmen wenigstens einen großen Teil unserer Wünsche und Hoffnungen ernst.

Der in den Köpfen vieler Menschen vorhandene Wunsch nach grundlegenden Änderungen ist in unserer industriellen Wohlfahrtsgesellschaft natürlich von enormen Widersprüchen geprägt. Der oft zitierte Schlagertext: „Wir wollen alles, und das sofort“, ist nicht zufällig Kennzeichen für eine Art relativ undifferenzierter Jugendprotestes. Tief sitzt in uns allen ja noch die Versprechung des sozial-liberalen Aufbruchs, das materielle Pa-

radies auf Erden verwirklichen zu können. Und dieses Aufbruchversprechen hat ja sehr tiefgreifende Spuren hinterlassen: z. B. den Glauben, alles sei mach- und erfüllbar, etwa die totale Chancengleichheit im Bildungswesen. Als auch die Gesamtschulen zeigten, daß das so nicht stimmt, war die Verwirrung groß und dies – unter anderem – führte zu dem Desaster der Bildungspolitik, das wir derzeit in den Ländern der Bundesrepublik beobachten müssen. Oder das Versprechen, eine blühende Wirtschaft zu schaffen, Arbeit für alle, Wohlstand für alle, einen blauen Himmel nicht nur über der Ruhr, bei gleichzeitig abenteuerlichen Produktionssteigerungen der Industrie. Das waren sozialdemokratische Vorstellungen, die Bewußtsein geprägt haben. Die unbeschwerte Freizeitgesellschaft, ein fürsorglicher, väterlicher Staat, der alle Störungen dieser lieblichen Perspektive durch pfundige Bürokraten abzuwenden weiß. Das steckt in uns allen noch drin, und so mischt sich dann allzu oft mit dem Wunsch nach einer ökologischen Umorientierung der Politik das Verlangen nach einer Wiederbelebung der alten Träume von der Verwirklichung des materiellen Paradieses auf Erden. Um eine Vorstellung davon zu geben, daß diese Träume mit der derzeitigen Realität fast nichts zu tun haben, ein Beispiel aus der Bundesrepublik: Allein die notdürftige Sanierung der inzwischen bekanntgewordenen eintausend Giftmülldeponien der vergangenen 30 Jahre, die gefährliche Giftmengen an das Grundwasser abgeben, würde eine Summe von mindestens 300 Milliarden DM erfordern. Sie haben in Österreich sicher weniger Giftmülldeponien, aber nehmen Sie die gleiche Zahl in Schillingen an, dann sind Sie wahrscheinlich in der richtigen Größenordnung. Klar ist, daß solche Probleme enorme finanzpolitische Schwierigkeiten nach sich ziehen werden. Völlig ungelöst ist ja die Aufgabe der Politik, einen Rangordnungskatalog vorzulegen: Was sind die wichtigsten Probleme, die jetzt angegangen werden müssen im Hinblick auf die Sicherung der Zukunft der kommenden Generationen, was sind weniger wichtige Probleme und wie muß das in einer politischen Zielvorgabe konkret auf die Handlungsnotwendigkeiten der nächsten zehn Jahre ausgewiesen sein? Das heißt natürlich, daß Politiker anfangen müssen, sich langfristig zu orientieren. Nicht von Wahlkampf zu Wahlkampf zu hecheln, nicht den Leuten nach dem Mund reden, was gerade „in“ ist, sondern von einem am Allgemeinwohl orientierten Standpunkt das zu tun, was eben auch im Hinblick auf diejenigen, die nach uns kommen, notwendig ist.

Wenn man über grüne Politik und

grüne „Moral“ redet, ist es notwendig, auch die spezifisch deutsche historische Situation zu sehen. Denn nicht zufällig ist es ja so, daß die grünen Parteien bislang vor allem auf dem Boden deutschsprachiger Länder entstanden sind. Warum ist das so? Was die Bundesrepublik anbelangt, ist dazu vielleicht folgendes zu sagen: Als nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in dem westlichen Teil Deutschlands die parlamentarische Demokratie eingeführt wurde, war dies eine Einführung „von oben“. Nach den furchtbaren Erfahrungen des Nationalsozialismus war die Idee einer plebiszitären, von unten kommen Demokratie diskreditiert. Der Nationalsozialismus hatte je gerade mit der Form der Massenmobilisierung den Grundgedanken der Demokratie von unten in den Schmutz gezogen. Es gab nach 1945 in Deutschland kaum mehr wirkliche demokratische Energie. Demokratie wurde nicht als Wagnis, Experiment und Prozeß verstanden. Während sich die Bevölkerung zum größten Teil von der Schuld und der Barbarei der Vergangenheit unpolitisch abwandte und sich in den Wiederaufbau stürzte, war den Alliierten wie den herrschenden deutschen Eliten vor allem am Funktionieren und formalen Absichern der neuen Ordnung gelegen. Industrielles Wachstum sowie soziale und militärische Sicherheit, das waren die akzeptierten Imperative der entstehenden Wohlfahrtsgesellschaft. Im Grunde genommen war nach 1945 die importierte Demokratie so wenig ein Thema wie die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Man klammerte beides aus, nahm die vorgegebene Form einfach als gegeben hin und versuchte, so gut es ging, mit ihr zu arbeiten. Die Demokratisierung in der Bundesrepublik war somit zunächst einmal ein Prozeß der Gewöhnung, nicht ein Prozeß der Verinnerlichung von Demokratie. Sie war Pflichtübung, nicht Kür. Vor allem eines gelang nicht, allen Sonntagsreden zum Trotz, daß der Dissens, der das fundamentale Dissens, zum selbstverständlichen Bestandteil des demokratischen Alltags wurde. Ein Gutteil der Verantwortung dafür trägt in der Bundesrepublik die selbstherrliche Administration der Adenauer-Ära, die immer geneigt war, jede Abweichung von der herrschenden Linie gleich als „Abgrund von Landesverrat“ (der berühmte Satz Adenauers aus der Spiegel-Affäre) zu diskreditieren. Dazu wirkte eine Bürokratie, die natürlich auch nie an demokratische Umgangsformen gewöhnt war. Das was heute ans Licht kommt: die Haltung z. B. des Flick-Konzerns in seinem Verhältnis zum Staat, der Staat als Instrument, das man schmieren kann, das sind Dinge, die in der vordemokratischen Tradition verwurzelt

sind und die deswegen ja auch einen so enorm schalen Geschmack nach sich ziehen. Wir wissen, daß eben genau derselbe Konzern, der heute durch seine Spendenaffären von sich reden macht, in den Jahren vor 1930 die Nationalsozialisten geschmiert hat. Das sind heikle und historisch brisante Dinge.

Zusammengefaßt: Zu früh in der Geschichte der Bundesrepublik wurde immer wieder Dissens und abweichende Meinung aus den Parlamenten ausgeklammert, in den Parlamenten fanden mehr oder weniger formale Auseinandersetzungen statt. Das, was sich an Jugendprotest formulierte, denken wir etwa an die Unruhen der 50er Jahre, dann die Studentenbewegungen der 60er Jahre, das waren immer außerparlamentarische Auseinandersetzungen. Es gibt daher eine Spaltung, die kennzeichnend ist für die jüngere Geschichte der Bundesrepublik zwischen den formalen Verwaltungen der Demokratie, den staatlichen Institutionen auf der einen Seite, und auf der anderen Seite denen, die keine Wahl hatten, als ihre von unten kommenden demokratischen Anliegen außerparlamentarisch vorzutragen und zu organisieren. Daß der Wunsch nach direkter politischer Mitsprache fast immer in den außerparlamentarischen Raum abgedrängt wurde, ist eine Voraussetzung für die explosive Entwicklung des Protests nach dem Ende der 50er Jahre, ist eine Voraussetzung für den Ausbruch der Studentenbewegung und letztlich für den Aufbruch der Grünen und Alternativen. Man kann die grüne Bewegung in der Bundesrepublik wohl kaum verstehen, wenn man sich nicht auf diese Zusammenhänge besinnt. Mit dem Aufkommen der Grünen ist zum ersten Mal gelungen, das, was an außerparlamentarischem, an wirklichem Dissens in der Gesellschaft vorhanden ist, wieder in die Parlamente hineinzutragen. Der deutsche CDU-Politiker Biedenkopf hat dazu bemerkt, daß die Gesellschaft in der Bundesrepublik dabei ist, durch diesen Protest, der ins Parlament durch die Grünen hineingetragen worden ist, „den Normalzustand zu erreichen“. Er nennt allerdings den Normalzustand demokratischer Gesellschaften den Krisenzustand. Ich denke, daß wir uns dieser Definition ohne weiteres anschließen können.

Soweit einige Bemerkungen zu dem historischen Aufkommen von Grünen ausgerechnet in der Bundesrepublik. Sie werden ähnliche Überlegungen in Ihrer eigenen Situation in Österreich anstellen können.

Für unsere Generation, die Generation der Nachkriegskinder, ist es nicht leicht, mit dem zerstörerischen Erbe der Geschichte so fertigzuwerden, daß daraus eine hoffnungsvolle zukünftige Entwicklung hervorgehen

kann. Wir sind ja diejenigen, die am meisten an dieser enormen Wohlstandsgesellschaft profitiert haben für unseren eigenen Lebensstil. Das ist ein Punkt, über den ich selbst oft nachdenke, wenn ich hier beispielsweise Urlaubspläne schmiede oder jetzt einmal geschwind zwischen Weihnachten und Neujahr, falls Schnee liegt, zum Schlafen fahre, oder ähnliches. Wir sind Kinder dieser Überflußgesellschaft. So erklärt sich vielleicht manchmal auch die scheinradikale fundamentalistische Attitüde, die viele Grüne haben, die Schizophrenie, die man sich selbst gegenüber empfindet, daß man auf der einen Seite ein ökologisches Verhalten anstrebt und dann andererseits selbst, indem man z. B. mit seinem schlecht eingestellten Auto durch die Gegend braust, genau an der Zerstörung dieser Umwelt, für die man sich politisch einsetzt, teilnimmt. So ein Konflikt findet in jedem Menschen statt. Der Konflikt zwischen alter Moral und neuer Moral findet in uns selbst statt. Um eine grundlegend neue Politik, eine alternative Politik, eine ökologische Politik zu erreichen, bedarf es eines grundlegenden Wandels der Maßstäbe des politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Handelns. Dieser Wandel, und das ist das eigentlich Faszinierende in den letzten Jahren, bahnt sich weltweit wirklich an. So ist mein Eindruck. Wissenschaftler schließen sich z. B. über die Nationen hinweg zu Gruppierungen zusammen – denken Sie an die Wissenschaftler gegen den Atomkrieg, eine Bewegung, die von Kalifornien ausging oder Ärzte gegen den Atomtod, die inzwischen zehntausende Ärzte aus allen Nationen einschließlich des Ostblocks umfaßt, oder denken Sie an Physiker gegen die Atomenergie, eine Bewegung, die noch vor zwanzig Jahren in dieser Breite völlig undenkbar gewesen wäre, denn gerade in dieser Nuklear-Entwicklung sahen Physiker immer die große Chance für die Entwicklung ihres eigenen Berufsstandes. Oder denken Sie an die Initiative „Chemiker gegen Chemiewaffen“ usw. ... Es tut sich also auch innerhalb der Wissenschaften etwas, was wir noch vor fünf, sechs Jahren als fast unmöglich angenommen hätten. Die Friedensbewegung ist weltweit und hat weltweit wichtige Spuren hinterlassen. Und sie hat zweifellos viele Millionen Menschen ernsthaft bewegt. Es geht heute um nichts Geringeres, als eine neue Tradition gesellschaftlich und ökologisch verantwortliches Handeln zu entwickeln. Und Ausreden, Politik sei ein schmutziges Geschäft und das sei immer so gewesen und deswegen werde es auch in Zukunft nicht besser sein, können überhaupt nicht mehr vertuscht, daß die Menschen insgesamt nicht mehr

bereit sind, solche Politik des schmutzigen Geschäftes zu akzeptieren. Sie können vor allem nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß es noch nie so notwendig war, neue Handlungsperspektiven zu entwickeln, die in der Lage sind, große Mengen von Menschen tatsächlich zu überzeugen und dazu zu bringen, daß sie auch einschneidendere Maßnahmen in ihr persönliches Leben bejahen. Man stelle sich einmal vor, was das eigentlich heißt, wenn man z. B. Tempolimit 100 in der Bundesrepublik beschließt, wo wir so viele Raser auf den Autobahnen haben, die finden, daß freie Fahrt für freie Bürger etwas ist, was zu ihrer Individualität und zu ihrem Lebensgefühl dazugehört. Hierzu eine Seitenbemerkung: Ein amerikanisches Reisebüro verkauft ja bereits Abenteuerfahrten auf deutschen Autobahnen, und zwar Arrangement inklusive Porsche-Verleih und Übernachtung in erstklassigen Hotels unter dem Titel „Abenteuer-Tour“. Wir haben exotischen Charakter in der Bundesrepublik. Man kann uns zumindest in dieser Beziehung bestaunen wie die Affen im Zoo. Wir benehmen uns ja auch nicht besser. Dagegen anzugehen, und das mit demokratischen Methoden, ist enorm schwierig. Man darf sich da keinen Illusionen hingeben wie Grüne, die sich hinstellen und sagen, also Leute, wir fordern erstens einmal eine stärkere Besteuerung der Spitzeneinkommen, dann natürlich das Tempolimit, dann biologische Landwirtschaft und dabei nehmen wir die Erhöhung der Lebensmittelpreise um 25 % in Kauf usw. Wir würden uns ungeheuer schwer tun, dies auch durchzusetzen, zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls. Als in Polen die Regierung versuchte, die Lebensmittelpreise um ein Viertel zu heben, wurde sie durch Massenproteste gezwungen, das wieder zurückzunehmen. Wie will man einschneidende Änderungen demokratisch durchsetzen? Die Frage ist also, schaffen wir es, eine Politik des Wandels so überzeugend zu machen, daß sie auch akzeptiert werden kann von den Menschen, daß die Menschen in der großen Mehrheit glauben, daß das, was da verordnet wird, oder was mehrheitlich beschlossen wird, auch wirklich im Sinne der Zukunft ist und nicht im Sinne der Politiker, die dadurch irgendwelche Pfünde absichern wollen. Dabei hat die Politik, die wir jetzt vorfinden, die Chancen zu einem solchen Wandel eher verschlechtert. Es stellt sich hier ja eine Grundfrage an die Demokratie: Ist Demokratie als System überhaupt imstande, eine wirkliche Erneuerung von Politik zuzulassen und zu fördern? Meine Überzeugung ist ein klares Ja. Ökologische Politik ist nur im Grundkonsens mit der Mehrheit der Bevölkerung mög-

lich. Insofern gibt es für sie nur den demokratischen Weg. Alternative Politik – wenn sie diesen Namen verdient – ist Realpolitik. Ihr Wertesystem kann nicht vom Himmel fallen, es muß anknüpfen an die vorgefundenen Traditionen und die positiven Bestände unserer Kultur. Vorrangig in diesem neuen Wertesystem ist die Einordnung allen materiellen menschlichen Handelns in die Zusammenhänge der Natur sowie die Respektierung und der Schutz der Lebensgrundlagen. Eine im Zusammenhang dieser Überlegungen stehende ökologische Politik geht in ihren Absichten daher weit über das hergebrachte Politikverständnis hinaus. Sie kann sich nicht auf die Reparatur des Bestehenden beschränken, sondern sie versucht, in vielen Bereichen die Steuer herumzuweisen, weg von dem Glauben, alle Dinge seien machbar, weg vom Trend der Zeit, das Ziel in immer komplizierteren und undurchschaubareren Technologien zu suchen, weg von der Überzeugung, ein Mehr an Staat würde den einzelnen Bürgern auch ein Mehr an Wohlbefinden sichern. Ökologische Politik ist insoweit eine Politik des Bruchs mit den bislang herrschenden gesellschaftlichen Normen. In dieser Beziehung ist sie daher radikal und neuartig. Daß sie andererseits auf den Realitäten aufbauen muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Lebendige Systeme, also auch Gesellschaften, können sich nicht sprunghaft verändern, sondern sie können sich nur kontinuierlich verändern. Das Ziel einer alternativen Politik ist also eine Umorientierung unserer Gesellschaft im Sinne einer neuen Grundüberzeugung, die ich mit dem Begriff des Ökologischen Humanismus kennzeichnen möchte. In der Wahl der Mittel ist sie sanft. Die Sanftheit ist übrigens ganz kennzeichnend für die neue Alternativbewegung, entgegen dem Auftreten mancher grüner Repräsentanten. Einer der häufigsten verwendeten Slogans in Gedichten und auf Demonstrationen, ist der Satz: „Nur das weiche Wasser höhlt den Stein“. Das heißt nichts anderes, als daß man in der Praxis auf die Mitwirkung des größten Teils der Menschen setzt. Deshalb kann ja ökologische Politik keine andere Methode haben als die Methode des Diskurses, des Dialogs, die Methode der Überzeugung, wenn sie demokratisch orientiert sein soll. Wie wir gesehen haben, gibt es keinen anderen Weg. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, daß alternative Politik sehr schnell etwas erreichen muß. Die ökologischen Probleme sind dringend genug. Viele wichtigen Grundforderungen, beispielsweise die Reduzierung des Stickoxides, beispielsweise das weltweite Verbot des DDT-Einsatzes, müssen schnellstens verwirklicht werden. Sind unsere Gesellschaftsstrukturen, sind

wir selbst für diese Aufgaben hinreichend gerüstet?

Das menschliche Dilemma, vor dem wir heute alle stehen, egal welcher Partei wir zugehören, ist die Diskrepanz zwischen „der zunehmenden Komplexität aller Verhältnisse und unsere Fähigkeiten, ihr wirksam zu begegnen“.

Das ist das, was der „Club of Rome“ 1979 in seinem Bericht für die 80er Jahre formuliert hat. Und in der Tat ist es ja so, daß unsere Welt geprägt ist von den Fehlentwicklungen des überkommenen, zu einfachen Denkens, des linearen Denkens. So trug die scheinbare Lösung der Abgasprobleme in den Ballungszentren durch den Bau hoher Schornsteine bei den Kraftwerken mit entscheidend zu den verheerenden globalen Erscheinungen des Waldsterbens bei. So war die Idee vom militärischen Kräftegleichgewicht durch immer mehr Rüstung zunächst ja durchaus einsichtig nach dem primitiven Vorstellungsmuster, wenn zwei sich mit einer Pistole in der Tasche gegenüberstehen, wird jeder daran gehindert, die Pistole auch zu ziehen, weil der andere schneller sein könnte. Diese viel zu einfache Vorstellung hat die Welt jedoch hineingeführt in die wahnsinnige Rüstungsspirale, weil ja jede der Supermächte genau die gleichen oder bessere Waffen haben mußte als die jeweils andere. Dies führte auch in den Militäretats der mittleren und kleinen Mächte zu einer ständigen, kaum zu verkraftenden Steigerung. Wichtige soziale Aufgaben, die existentiellen Aufgaben der Umweltsicherung, Aufgaben der Entwicklungshilfe wurden und werden so in den Hintergrund gerückt.

Ökologische Politik geht verknüpfend vor. Der Gesichtspunkt der Verknüpfung ist eines der ganz wichtigen Grundprinzipien der neuen Handlungsmoral. Ökologisch denkende Politiker müssen den Auswirkungen ihres Handelns in den verschiedensten Bereichen zugleich Rechnung tragen. Sie erkennen dabei die menschliche Gesellschaft als Teilbereich eines umfassenden ökologischen Systems Erde. Ihre Planungszeiträume reichen weit in die Zukunft hinein.

Ich möchte dies noch einmal an einem Beispiel vor Augen führen: Es wird immer klarer, daß die Energiewirtschaft und der Verkehr neben der chemischen Industrie Hauptverursacher für die schwerwiegendsten Umweltschäden unserer Zeit sind. Eine grundlegende Umorientierung ist daher unter ökologischen Gesichtspunkten gerade hier dringend erforderlich. Es geht dabei um Grundsätzliches: Die Umorientierung der Politik kann sich sicher nicht in der Ablehnung von bestehenden Großkraftwerksplanungen wie z. B. Hainburg oder Brokdorf in der Bundesrepublik erschöpfen.

Gerade aber auch an der Hainburg-Frage wird die Kompliziertheit des Problems deutlich. Wie jeder weiß, ist die Wasserkraftnutzung eigentlich etwas Positives unter ökologischem Blickpunkt. Auf der anderen Seite weiß jeder zugleich, daß die Zerstörung der Donaualandschaften unter ökologischen Gesichtspunkten etwas sehr Negatives ist. Wie soll man sich in einer solchen Situation entscheiden? Man kann das eigentlich nur richtig tun, wenn man umfassende Gesamtalternativen als Lösungspakete im Auge behält. Die Frage ist, will man grundsätzlich weiter den Weg der Zentralisierung gehen? Oder will man sich auf den mühseligen Weg der Dezentralisierung der Energieanlagen begeben? Hainburg ist im Grunde ebenso großtechnologisch wie Zwentendorf oder Brokdorf. Eine grundlegende Alternative hierzu ist durch eine Fülle von dezentralisierenden Maßnahmen möglich. Hierzu zählt z. B. die Einrichtung von dezentralen Blockheizkraftwerken, d. h. gleichzeitige Erzeugung von Wärme und Strom in Ballungsgebieten. Dazu zählt die Nutzung von Windenergie, die Nutzung von Wasserenergie für Dörfer aus den unmittelbar in der Nähe zur Verfügung stehenden Ressourcen, die Nutzung von Bioenergie, die Mobilisierung der industriellen Energiereserven usw. Natürlich gibt es hier enorme Hindernisse zu überwinden. Dezentrale Energiepolitik greift tief in die Finanzinteressen großer Konzerne im Elektrizitätsbereich ein. Und die sind natürlich aufs engste verknüpft mit politischen Entscheidungsträgern.

In der Bundesrepublik läuft die Diskussion typischerweise folgendermaßen: Die Vertreter der Großindustrie sagen: „Wir brauchen eine ganze Fülle von zentralen Atomkraftwerken, sie sind umweltfreundlicher, es gibt kein Schwefeloxid, kein Abbrand und deswegen ist das doch eine ganz vernünftige Angelegenheit“. Eine schöne, einfache Lösung, die gewisse Verfügungsmacht gerade wegen ihrer Einfachheit der Argumentation auch auf nicht mit finanziellen Interessen verbundene Politiker ausübt. Bei diesen Argumentationen ist jedoch nicht bedacht, welche längerfristigen Folgen eine solche Technologie hat, etwa die Folgen der Wiederaufbereitung, etwa das Problem, was man eigentlich mit diesen Strahlenabfällen in Zehntausenden von Jahren macht. Unter dem Maßstab einer ökologischen Handlungsmoral verbietet sich ein solches Vorgehen. Was sollen eigentlich diejenigen sagen, die nach uns kommen, wenn sie in einem derartigen ungeheuerlichen Umfang mit den Abfällen unserer jetzigen Zivilisation konfrontiert werden? Und ist es nicht wirklich unmoralisches Verhalten, wenn wir Entscheidungen treffen, die das Le-

ben künftiger Generationen in einem ganz entscheidenden Umfang vorbelasten. Ich denke, daß gerade an diesem Beispiel deutlich wird, was neue politische Moral heißt: die Kategorie der Verantwortung ernsthaft in Politik einzubeziehen und Verantwortung weiter zu fassen, als Verantwortung für die eigene Partei, als Verantwortung für den eigenen Klientel, nämlich als Verantwortung für die kommende Generation und für die Lebensgrundlagen der gesamten Erde.

Ein Leitmotiv der neuen amerikanischen ökologischen Bewegung, das ich sehr beeindruckend finde, heißt so: „Global denken und lokal handeln“. Damit soll ausgedrückt werden, man solle die Perspektiven der Entwicklung der Erde im Auge haben und konkret da handeln, wo man handeln kann, ob in der Kommune, ob im eigenen Haushalt, ob im eigenen beschränkten politischen Bereich. Auf diese Weise soll ein System von ökologisch orientierten „Handlungseinheiten“ entstehen, die allmählich zusammenwachsen und die im Zusammenwirken den notwendigen politischen Umschwung herbeiführen. In der Praxis gibt es durchaus schon viele ermutigende Beispiele. Vieles wird Ihnen selber einfallen. In unserem Lande Baden-Württemberg gibt es inzwischen z. B. einige Städte, z. B. Rottweil und Heidenheim, in denen versucht wird, ein erheblich größeres Maß an Energieautonomie zu erreichen. Dies versuchen die Städte durch den Bau von Blockheizkraftwerken und zum Teil durch die Nutzung von Deponiegasen und anderen Energiequellen. Hier handelt es sich zweifellos um kommunalpolitische Schritte in die richtige Richtung. Die Stadt Flensburg hat es auf ähnliche Weise geschafft, sich fast völlig unabhängig von den großen Elektrizitätsmonopolen zu machen. Sehr wichtig sind auch die Bestrebungen, die Einspeisung von Strom in das öffentliche Netz aus dezentralen Quellen von privaten Erzeugern wieder zu vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen möglich zu machen. Hierbei geht es um nichts anderes als um die Herstellung von Marktwirtschaft auch im Strombereich. Im Kanton Basel-Stadt ist z. B. am 30. Juni 1983 ein Gesetz beschlossen worden, daß jeder, der Strom aus Abwärme oder aus regenerativen Energiequellen erzeugt, berechtigt ist, seinen erzeugten Strom zum Marktpreis neuer Anlagen in das städtische Netz einzuspeisen. Der freie Zugang zum Elektrizitätsnetz für alle Produzenten zu vernünftigen, gerechten wirtschaftlichen Bedingungen kann zu einem entscheidenden Umschwung in der Energiepolitik führen. So wird z. B. für kleine Industriebetriebe, die sowieso Wärme erzeugen, die Einführung von Kraft-Wärme-Kopplung erst rentabel. Daß sich eine

solche Umorientierung auch sehr positiv für die Umwelt auswirkt, ist klar, denn eine verbesserte Ausnutzung der Primärenergiequellen bedeutet ja Reduzierung von Abgasen, Reduzierung von Abwärme, insgesamt weniger Belastung. Auch ein Blick in die Vereinigten Staaten zeigt, daß eine solche Politik wirklich erfolgreich sein kann. In Kalifornien, in dem ein ähnliches Gesetz gilt wie im Kanton Basel-Stadt, gibt es inzwischen schon über 5000 Windkraftwerke, die zum Teil in den sogenannten „Windfarmen“ zusammengefaßt sind und die ihren Besitzern und denjenigen, auf deren Grund und Boden sie aufgebaut sind, eine einträgliche Einnahmequelle beschaffen. Der Neubau von Atomkraftwerken ist dort grundsätzlich eingestellt. Sie haben sich als überflüssig erwiesen.

Auch an diesem Beispiel erweist sich, daß ökologische Politik zumindest auf Dauer auch die wirtschaftlichere Politik ist. Im Grunde genommen ist ihr Vorbild die Natur: mit kleinstem Aufwand möglichst viel erreichen. Die intelligente, kleine Lösung, die sparsam ist, hat immer den Vorrang vor der verschwenderischen und meist zu pauschalen großen Lösung.

Daß hier nicht gering zu achtende Widerstände im Bereich der Industrie zu überwinden sind, ist nicht verwunderlich. Es bedeutet eine strukturelle Veränderung auch in den Produktionsweisen mancher Unternehmer, wenn plötzlich statt weniger zentraler Großkraftwerke eine Fülle kleinerer dezentraler Kraftwerke installiert werden muß. Unter regionalpolitischen Gesichtspunkten bietet die dezentrale, die ökologische Lösung, ebenfalls erhebliche Vorteile. Aufträge werden in die Region hineinvergeben, auch kleinere und mittlere Unternehmen sind in der Lage, sich im Wettbewerb zu behaupten, eine gesunde, dezentrale Wirtschaftsstruktur wird gefördert, das Arbeitsplatzangebot wird gleichmäßig über das Land verteilt. Gerade hier in der Steiermark sollte dieser Gesichtspunkt nicht unberücksichtigt bleiben. Ökologische Politik ist immer auch eine ganz bewußte regionale Politik, die die Kompetenz und die wirtschaftliche Autonomie der einzelnen Regionen, ja, der einzelnen Gemeinden, mit in den Vordergrund stellt. In einer 1981 von Freunden in den USA erstellten Studie über die wirtschaftlichen Folgen einer energiepolitischen Autonomisierung einer größeren Stadt im Auftrag der dortigen Industrie- und Handelskammer hat sich im wesentlichen folgendes Ergebnis gezeigt: Durch ein erheblich gesteigertes Maß an Eigenproduktion von Energie wird der Geldumlauf innerhalb des untersuchten Gebietes erheblich gesteigert. Dadurch kommt es zu einer Steigerung der regionalen Wirtschaftskraft,

der Steigerung der Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Einige Bemerkungen noch zum Problem der Durchsetzbarkeit einer neuen Politik:

Ich habe im Verlauf des Vortrages schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß sich die Ideen und Vorstellungen von einer neuen Politik ja weit über den Rahmen von grünen und alternativen Gruppierungen hinaus angesiedelt haben. In den unterschiedlichen Parteien, in kirchlichen Gruppierungen, in Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen konzentrieren sich enorm viele Gedanken auf diese Fragen. Wie können die Bedingungen dafür geschaffen werden, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit die neue Politik wirklich will? Ich möchte an dieser Stelle das Stichwort „neue Allianzen“ in die Diskussion bringen. Dezentrale Energietechniken sind zum Beispiel nur dann durchsetzbar, wenn eine ausreichende Zahl von leistungsfähigen Betrieben in der Lage ist, die benötigten Produkte anzubieten. Dies wiederum kann aber nur dann erfolgsversprechend sein, wenn eine ausreichende Zahl möglicher Abnehmer vermutet werden kann. Wenn Politik die Randbedingungen hierfür schafft, können kleine und mittlere Unternehmen in den genannten Bereichen zu Verbündeten der neuen Politik gewonnen werden. Daß Menschen unterschiedlichster Herkunft im übrigen an der Durchsetzung ökologieverträglicher Politik interessiert sind, zeigen die Erfahrungen aus den Bürgerinitiativbewegungen der letzten Jahre. Hier ist es immer wieder gelungen, anhand von konkreten Sachpunkten über traditionelle Ausbildungsgrenzen und Berufsgrenzen hinweg Menschen zu gemeinsamem Handeln zu veranlassen. Solche Tendenzen politisch auf breiter Front verstärkt können dazu führen, daß unsere Gesell-

schaften tatsächlich den notwendigen Sprung in das ökologische Zeitalter schaffen.

Ich möchte zum Schluß kommen und noch einmal zusammenfassen:

Ökologische Politik muß zugleich verschiedenartigen Maßstäben gehorchen, muß radikal sein im Hinblick auf ihre Absicht, einen grundlegenden Wandel der maßgeblichen gesellschaftlichen und politischen Werte zu erreichen. Sie muß sich ausrichten auf den Werten eines regional verankerten und global orientierten Ökologischen Humanismus. Sie muß stetig und schrittweise ihre Konzepte mit der vorgegebenen Realität als Ausgangspunkt entwickeln und verfolgen. Sie muß im Hinblick auf die tatsächliche Zeitnot angesichts verschiedenartiger drohender Katastrophen auf konkrete Schritte und den fortlaufenden Nachweis ihrer Umsetzungsfähigkeit in der Praxis dringen. Ich habe versucht zu zeigen, daß diese neuen Maßstäbe in der Gesellschaft eigentlich schon vorhanden sind. Politische Aufgabe über die Parteigrenzen hinweg ist es, diese Maßstäbe weiterzuentwickeln und politisch wirksam werden zu lassen. Die Wegorientierung von den „harten“ Werten der bisherigen Gesellschaft wie z. B. Durchsetzbarkeit, Machtorientierung und dergleichen hin zu den neuen Werten wie z. B. Einbettung in die Natur, Sanftheit, muß politisch unterstützt werden. Die tatsächliche Lösung der heutigen Krise mag anders aussehen, als wir sie uns derzeit vorstellen. Vielleicht auch anders, als wir sie uns wünschen. Sicher ist, daß zu ihrer Bewältigung dieses grundsätzliche Umdenken und ein neues verantwortungsvolles Handeln gehört. Die humanistisch-ethische und ökologische Einbindung der notwendigen Veränderungen muß deren grundlegender Maßstab sein.



Man wird in Zukunft sicher mehr auf Umweltprobleme eingehen müssen. Nur für Katalysatorautos plädieren und dann Kraftwerke bauen, hat keinen Sinn. Der Umweltschutz sollte auf breiter Linie erfolgen.

DEMOKRATIE UND ENTFREMDUNG

Demokratie ist von ihrer Idee aus als die grundsätzliche Beseitigung von Entfremdung verstanden worden.

Entfremdung ist dabei als Zwang oder Notwendigkeit, fremde Interessen zu verwirklichen und eigene Interessen zurückzustellen verstanden. Die Bürger sollen selbst ihre Interessen vertreten und in verschiedenen Formen organisieren können.

Wenn sich nun zeigt, daß die Bürger zu ihren politischen Repräsentanten oder zu ihrem politischen System mit großer Skepsis aufschauen und sich mit diesem politischen System nicht identifizieren können bzw. in diesem System ihre Interessen nicht aufbereitet finden, dann hat sich jenes System von den Bürgern entfremdet; dann sind die Bürger letztlich einer neuen Herrschaft untergeordnet worden, die mit dem Anliegen der Demokratie nicht übereinstimmt.

Wir erlebten, in Österreich in den letzten fünf bis sieben Jahren eine, für meine Begriffe sehr starke Zunahme der Entfremdung die ihre Ursachen nicht nur in der Politik hat. Aber dort auch. Sie liegt bitte auch in einem Zeitgeist begründet: In der Nachkriegszeit bis in die 60er Jahre – ich mache es sehr einfach –, war der Zeitgeist gekennzeichnet durch den Wiederaufbau. Wieder einmal es einigermaßen stabile Existenzformen geben. Es war die Zeit des Aufbaus, von wirtschaftlicher und persönlicher Sicherheit. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, – denken Sie an die Studentenrevolten – ist die Frage aufgekomen, wie weit dieser Wiederaufbau sowie die Schaffung von wirtschaftlichen Grundbedingungen eigentlich gerecht verteilt wurde und wie weit sich Irrationalismen entwickelt haben. Der damalige Zeitgeist wandelte sich zum „Glauben an die Machbarkeit der Welt mit Hilfe der menschlichen Vernunft“.

Demokratisierung, Chancen-Gerechtigkeit waren damals die Schlagworte sowie der Glaube an die Machbarkeit der Welt durch die menschliche Vernunft; und damit der Glaube an die Politik und an die Demokratie als Instanz der Durchsetzung der menschlichen Bedürfnisse und Interessen.

Dieser Glaube ist am Ende der 70er Anfang der 80er Jahre ganz rapid zu Boden gefallen. In der Zeit um 1976/77 war weitgehend dieser Glaube an die Machbarkeit der Welt durch die menschliche Vernunft noch da. Wissenschaft war noch die Instanz, der man vertraut hat. Das ist in den letzten Jahren, in den letzten 70er Jahren ganz rapid abgefallen, bedingt durch

verschiedene Erscheinungen wie etwa „die Grenzen des Wachstums“, wo uns auf einmal vor Augen geführt wurde wie begrenzt unsere Möglichkeiten sind. Dazu kamen die ersten Ansätze der Skandalberichterstattungen aus der politischen Szenerie. Dazu kamen die widersprüchlichen Gutachten etwa im Bereich der Atomkraftwerke, da gab es also prominente Physiker die eindeutig dafür, und prominente Physiker die eindeutig dagegen waren.

Wem soll man glauben? In diesem Zusammenhang ist der Glaube an die Machbarkeit durch menschliche Vernunft und der Glaube an die Wissenschaft ganz rapid abgefallen. Welcher Wissenschaft glauben wir denn jetzt eigentlich. Der Pro-Zwentendorf oder der Kontra-Zwentendorf-Wissenschaft? Welchen Politikern glauben wir denn jetzt?

Die Glaubwürdigkeit der bisherigen Repräsentanten unserer Ordnung ist rapid abgesunken und das hat sich natürlich auch ausgewirkt auf das politische Verständnis. Das ist eine Ursache, die Politik hat das ihre dazugezogen. Um diese Glaubwürdigkeit noch weiter auf den Boden zu bringen. Vor allem aus der Jugend-Forschung werden hier einige Tendenzen deutlich.

Wir haben seit ca. 1980 ganz eindeutige Ergebnisse, die auf ein „Gauernimage“ der Politik hinweisen. 1976 waren Politiker die Berufsgruppe, vor der Jugendliche den größten Respekt und die größte Achtung hatten. Heute sind inländische Politiker jene, die im Vergleich zu ihrer Leistung viel zu viel kassierten (IFES). Wenn ich heute das Statement „in Politik geht es um die Durchsetzung von Partei- vor Allgemeininteressen“, vorlege so stimmen ca. 90 % der Jugendlichen und ca. 80 % der Gesamtbevölkerung ausdrücklich zu. „In der Politik geht es ziemlich korrupt zu“, meinen ungefähr 88 % der Jugendlichen gegenüber ungefähr 81–82 % der Erwachsenen.

„Die österreichischen Parteien leisten wirklich gute Arbeit“ meinen dem gegenüber nur ungefähr 7–8 % der österreichischen Bevölkerung.

Wenn ich Jugendliche frage, wie sie ihre verschiedenen Lebensbereiche beurteilen, so liegt das Leben in der Familie am besten. Dann folgt die Arbeit im Betrieb mit 62 % Positivnennungen. Am weitaus schlechtesten wird die Arbeit der politischen Parteien beurteilt.

Aus allen sozialwissenschaftlichen Zahlen geht hervor, daß eine starke Distanz und Skepsis zum politischen Geschehen vorliegt; daß also die

Österreicher mit ihrer Vertretung, mit ihrem politischen System nicht übermäßig glücklich sind.

Wie das für den Bürger erlebbar ist, möchte ich an einigen Merkmalen zum Ausdruck bringen. Nach Parteiprogrammen, zum Beispiel nach dem Subsidiaritätsprinzip, soll es den selbständigen und den mündigen Bürger geben der in den Sonntagsreden der politischen Parteien ganz groß im Vordergrund steht. Und wir erleben daneben, daß diese Subsidiarität beispielsweise gar nicht so gemeint ist, wenn es eine Anstellung in einem staatsnahen Betrieb betrifft, oder wenn Sie nach einer Wohnung suchen. Ich brauche diese Fälle nicht mehr weiter aufzulisten. Hier postuliert man auf der eine Seite Subsidiarität, Freiheit und Selbständigkeit der Bürger, und auf der anderen Seite erleben die Menschen, daß sie überall eigentlich vom Wohlwollen und Mißwollen der Parteien abhängig sind. Das ist Zynismus.

Zum Beispiel im Jugendbereich wird ebenfalls Zynismus erlebt: Bitte versetzen Sie sich einmal in einen Jugendlichen, der in die Schule gehen muß, dort jeden Tag seine Schulaufgaben macht und lernen muß – und vergleichen Sie jetzt, was in den Schuldebatten, in den Medien und in den Aussagen, vor allem von Jugendrepräsentanten, zum Thema Schule kommt: Schule sei veraltet, die Lehrer sind ganz falsch ausgebildet, und außerdem ist vieles von dem, was im schulischen Bereich an Lerninhalten gebracht wird, veraltet und gehört dringend reformiert.

Nun soll er sich mit Begeisterung hinsetzen und den unsinnigen Lehrstoff lernen!

Politische Instanzen und politische Repräsentanten profilieren sich (showmäßig), um den Leuten das, was sie selbst beschlossen haben, als Unsinn darzustellen. Noch drastischer ist dies am Beispiel der Präsenzdienstpflicht nachweisbar. Wenn ich etwas tun muß, von dem ich überzeugt bin, dann nehme ich viel Anstrengung und sehr viel Kraft dafür in Kauf. Wenn mir aber aus politischer Profilierungssucht genau die Repräsentanten die dies beschlossen haben immer wieder erklären, daß es ohnedies unsinnig ist, dann darf ich mich nicht wundern, wenn ich Imageverlust und dergleichen zu verzeichnen habe. Das ist politische Unseriosität!

Ein dritter Bereich soll nur mehr kurz gestreift werden, der zunehmend das System der Abhängigkeit erhöht: daß wir mit unserem eigenen Geld abhängig gemacht werden. Daß zum Bei-

spiel Betriebe vom Staat übernommen werden und daß sie dann unter Preis gesunde Betriebe mit Steuerergänzen konkurrieren und diese kaputt machen und ähnliche Dinge.

Ich möchte nun auf einige strukturelle Gründe zu sprechen kommen, warum sich diese Probleme entwickelt haben. **Ursache 1:** Die Parteien haben eine ganz deutliche Wandlung erlebt, die auch manche positiven Seiten hat. Die Parteien haben sich von Vertretern gesellschaftspolitischer Utopien zu Pragmatikern entwickelt, denen es in erster Linie darum geht, die Machtverhältnisse in möglichst vielen Entscheidungsgremien kontrollieren zu können, um damit Macht und Abhängigkeit auszuüben am Beispiel der Postenvergabe, am Beispiel der Wohnungsvergabe und dergleichen mehr! Parteien brauchen, die Abhängigkeit der Bürger um ihre Macht zu erhalten.

Es kommt nicht von ungefähr, daß Österreich als einziges Land mit ungefähr 30 % Parteimitgliedschaft arbeitet. In der Bundesrepublik gibt es insgesamt etwas weniger Parteimitglieder als in Österreich, nur ist die Bundesrepublik natürlich ein bißchen größer. Wir sind hier wirklich im Nahbereich der kommunistischen Staaten. Wenn man die Menschen fragt, warum sie denn Mitglied sind, dann ist es nicht deshalb, weil sie die Partei so sehr lieben, sondern weil sie über Mitgliedschaft sich diverse Vorteile erwarten. Hier ist ein absolutes Mißverhältnis zu den Programmen zu sehen. Die Strategie der Parteien geht weitgehend darauf hin, alle Engpässe der Menschen, alle Bereiche, wo die Menschen Schwierigkeit erleben, zu kontrollieren. Das ist der Bereich der Ausbildung, das ist vor allem der Bereich der Postensuche, das ist der Bereich der Wohnungssuche, das ist der Bereich der Vergabe von geförderten Krediten, die Baugenehmigungen usw. Wir wissen, daß in Österreich für alle diese Dinge ein politisches Nahverhältnis hilfreich ist.

Parteien tendieren also dazu, dort, wo die Menschen Engpässe erleben, Abhängigkeit zu schaffen. Die Parteistrategie läuft vom Programm, weg von der Idee hin zur pragmatischen Machtpolitik mit der Begründung, ich brauche zuerst einmal Macht, damit ich nachher unser Programm durchsetzen kann. Er ist aber schon längst auf der Strecke geblieben vor lauter Partei- und Machtinteresse.

Ich komme damit zur **zweiten** Ursache. Die Parteien haben den Glauben an die Utopie, an ihr eigenes Programm und an ihre eigene Utopie verloren und – jetzt kommt eine ganz zentrale Aussage – haben damit die **Moralität** ihrer politischen Handlungen verloren. Die Moral einer Organisation und einer Interessens- oder einer Überzeugungsgemeinschaft leitet

sich aus deren Wertsystem, das heißt, aus dem Programm ab. Wenn man die Handlungen der ÖVP und der SPÖ an ihrem Programm mißt, dann sind wohl beide letztlich unmoralisch. Wenn ich das Salzburger Programm und die praktischen alltäglichen Entscheidungen und Handlungsweisen etwa der ÖVP hernehme, dann muß ich in vielen Fällen sagen, hier sind starke Diskrepanzen.

Wenn man Schulgesetzen zustimmt, die viele kleine Dorfschulen aufgelöst und durch Zentralschulen ersetzt haben; wo nicht mehr die Lehrer ihre eigenen Schüler kennen, sondern wo mit zweitausend Schülern Anonymität herrscht und wir alle möglichen Schulpsychologen brauchen, um das zu erkennen, was ein Lehrer, der seine Kinder einigermaßen gekannt hat, freihändig gesehen hat.

Ursache 3: Tendenz zu Zentralismus und Großstrukturen. Die Tendenz, immer mehr Lebensbereiche zentral zu organisieren und immer mehr Bereiche der staatlichen Kontrolle und der staatlichen Organisation zuzuführen und damit den Menschen zu führen, ist stark sichtbar. Die Bürger haben zunehmend das Gefühl, im Kafka'schen Sinn „im Schloß“ zu sitzen, wenn sie etwa in Sozialversicherungsanstalten, in Ministerien, in die Landesregierungen und dergleichen gehen. Sie erleben dort nicht mehr, daß ihre Interessen vertreten werden. Sie können sich mit dieser Struktur nicht mehr identifizieren. Offensichtlich können es auch die Manager nicht mehr, wenn man sich anschaut, was sich an Gigantomanie getan hat rund um das AKH, was sich getan hat rund um das Rinter-Zelt, um die EBS in Wien und ähnliche Dinge, wo wir die Gigantomanie praktiziert haben. Hier sehen die Bürger, daß ihre politischen Vertreter eine Organisation ihrer Interessen praktiziert haben, die für sie nicht mehr greifbar ist und von der sie immer mehr abhängig zu werden drohen. Das tut den Menschen weh, sie ziehen sich zurück, sie werden mißtrauisch. Es ist niemand mehr da, der dafür verantwortlich ist. Wer ist denn für dieses AKH verantwortlich? Es gibt hier niemanden der für Großstrukturen verantwortlich ist. In den Großstrukturen ist persönliche Verantwortung fast verschwunden. Für die Bürger ist hier eine deutliche Unzufriedenheit, ein Unbehagen erlebbar. Wir sehen das zum Beispiel drastisch im Jugendbereich. Bis ungefähr 1978/79 waren noch die politischen und weltanschaulichen Jugendorganisationen hochattraktiv und haben noch sehr viele Leute an sich gebunden. In der Zwischenzeit sprechen die politischen Jugendorganisationen keine 5 % der österreichischen Jugendlichen mehr an. Die größten Jugendorganisationen sind die freiwillige Feuerwehr, das Jugendrotkreuz und die

Musikvereine. Das hat ja wohl seine Gründe. Wir erleben eine ganz rapide Abwanderung von den politischen Jugendorganisationen hin zu den örtlichen Vereinen.

Politik ist für Jugendliche kein Thema mehr. Rückzug in die Kleinstrukturen, in die kleinen dörflichen Gemeinschaften ist eine Folge davon.

Ich komme zu einem **vierten Punkt:** Ich überspitze bewußt, um die Tendenzen herauszustellen: Politik als Show: In Österreich läuft Politik sehr stark nach den Kriterien und Ergebnissen einer Meinungsforschung, die nicht immer genau das trifft, was der Kern der Sache ist. Man orientiert sich weniger an Programmen als daran, daß es jetzt gerade wieder eine neue Mehrheit für die eine oder andere gibt. Das bewirkt nicht Glaubwürdigkeit. Daß nun die ÖVP und SPÖ in den diversen Gremien sehr viel gute, solide und seriöse Arbeit macht, ist in den Medien nicht transportierbar, weil die Leute einfach keine Beziehung haben zu diesen Großstrukturen. Also muß medial alles mögliche aufgebaut werden. Hier bekommen die Menschen im Prinzip eine Show vorgesetzt. Daß Politik oder das Verkaufen von Politik weitgehend nach den kommerziellen Kriterien der Öffentlichkeitsarbeit geschieht, wird den Leuten bewußt. Wir wissen alle, wie sehr die Bundespolitik darauf angewiesen ist, mit ganz beinhalten, kommerziellen Werbeagenturen, Werbefirmen ihr Image zu präsentieren: Sie wissen wahrscheinlich genauso, wer es in der SPÖ und wer es in der ÖVP macht. Da arbeiten bessere oder schlechtere kommerzielle Werbeagenturen, die mehr oder weniger die Show nach außen tragen. Das wissen auch die Bürger, das merken die Bürger gefühlsmäßig, daß nach außen hin eine Show fabriziert wird.

Eine fünfte Ursache, die mir sehr wesentlich erscheint ist folgende: Politik und Staat versuchen, immer mehr Bereiche des alltäglichen Lebens zu organisieren. Ich habe darauf schon hingewiesen. Wir sehen, wie sich diese Überorganisation des Alltagslebens ausgewirkt hat. Wie die Auswirkungen bei den Menschen sind, insbesondere bei den Jugendlichen.

Wenn Sie Jugendliche fragen, was Sie stört so hören Sie: Sie fühlen sich in eine „Maschinerie“ eingeklemmt.

Wenn Sie das im Detail anschauen so wird der Jugendliche in der Früh möglichst nahe von daheim vom Schulbus abgeholt, und in die Schule gebracht. In der Schule bekommt er für jede Unterrichtsstunde sein eigenes Schulbuch, wo er nur mehr das fehlende Wort einsetzen muß. Am Nachmittag setzt er daheim die fehlenden Worte ein und entweder gibt es eine ganze Menge von Freizeitangeboten oder sonst kann er sich Ö3 anhören. Und am Abend wird dieser nachmittägliche

che Konsum vom gemeinsamen familiären Fernschidyll abgelöst. Er lebt in einer überorganisierten Welt. So wachsen unsere Jugendlichen in eine Welt des Konsumieren hinein. Es zeigt sich in der Form, daß wir noch nie ein so hohes Unbehagen, so hohe Lebensunzufriedenheit hatten wie jetzt in den letzten Jahren. Aktivität und Eigenengagement ist ganz tief gesunken, weil sie das nie gelernt haben. Wo sollen sie es denn lernen? Sie haben die Sehnsucht, selbständig ihr eigenes Leben zu gestalten, selbständig in dieser Welt mitzugestalten und etwas zu tun. Sie haben es aber nie gelernt.

Wir profilieren uns also damit, daß wir immer mehr zentral vorgeben, daß wir ihnen alles konsumierbar in die Hände geben und daß sie damit eigentlich jedes Selbstwertgefühl einbüßen. Selbstwert entsteht dadurch, daß ich gebraucht werde.

Wo, hat ein Jugendlicher in unserer heutigen Gesellschaft das Erlebnis, „gut das es mich gibt?“ Wir vermitteln das Erlebnis, gut daß es andere gibt. Wir bieten diesen Jugendlichen alles, wir geben ihnen jede Organisation,

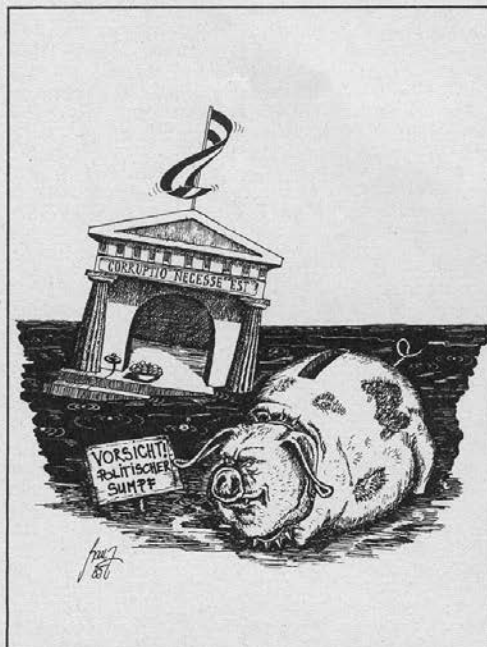
um uns zu profilieren. Bitte, denken Sie an die verschiedenen Jugendzentren, wo man um sündteures Geld einen fünfzigjährigen Architekten beauftragt, etwas zu bauen, was die Jugendlichen gar nicht wollen.

Wenn die Jugendlichen selber daherkommen und Räume ausbauen wollen und bitten, wir hätten gerne Geld, um das Material anzuschaffen, dann geht das nicht, aber um drei Millionen geht es. Da haben wir jede Menge von Beispielen, wo einfach Jugend gebraucht wird, zur politischen Profilierung, wo es darum geht, daß die jeweiligen politischen Repräsentanten auf Kosten der Jugendlichen der Öffentlichkeit zeigen, was sie nicht alles Gute für die Jugendlichen tun.

Dazu kommt, daß die Parteien vor lauter Angst vor der neuen Grün-Bewegung selbst grün sein wollen, das aber in einer Weise, daß die Jugendlichen sagen, „um Gottes willen, die haben ja nichts kapiert“. Die Aussagen der politischen Parteien zum Thema „Umweltschutz“, usw. zeugen oft von so rührendem Dilletantismus in der Sache, daß es die Leute schon ärgert.

Wenn Sie denken, was waren denn die Motive vor hundert Jahren, die unsere Urahnen auf die Barrikaden gebracht haben in den bürgerlichen Revolutionen von 1848 und den Folgejahren. Da ging es um geistige Freiheit und materielle Unabhängigkeit. Das war das bürgerliche Prinzip. Wir lassen uns diese Ideen so leicht wegnehmen. Aber wenn ich diese Ideen mit dem alltäglichen Leben vergleiche, dann sehe ich hier die Diskrepanz. Das Verselbständigen eines Apparates ist das, was dem Bürger wehtut, weil er noch die Sehnsucht kennt. Solange er noch die Sehnsucht kennt, ist er in der Lage etwas zu ändern. Ich hoffe, daß die Sehnsucht der österreichischen Bürger und vor allem der Jugend stärker noch verpflanzbar ist, und daß es damit auch zu Konflikten innerhalb der Parteien, stärker als jetzt, kommt.

Daß nämlich eine entfremdete Parteilinie wieder ein bißchen zurückgenommen wird und auf die Interessen derer bezogen wird, um die es eigentlich geht, nämlich auf die Interessen der Bürger.



MORAL, POLITIK UND KONTROLLE

Wenn wir die Politik als unverzichtbare Ordnungsfunktion zur Integration der gesellschaftlichen Zwänge in ein Gesamtwohl akzeptieren, dann muß dennoch immer der Mensch im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen.

Politik darf, so verlangt es die Ethik, niemals reiner Selbstzweck sein. Politik und Ethik, heute oftmals ein scheinbarer Widerspruch, haben sich dem Bürger unterzuordnen: Politische Ethik verlangt die Dezentralisierung, aber niemals die Verstärkung der Macht des Staates.

Weder die politische Ethik ist in klare legislative Formeln zu pressen, noch die in diesem Zusammenhang oftmals genannte Korruption schlüssig zu definieren: Wir wissen nur, daß Korruption jedenfalls ein Widerspruch zur Ethik und etwas Unanständiges ist.

Unanständig ist aber auch die politische Postenvergabe – vom Schuldienst bis hin zur Verstaatlichten – und dennoch wird sie nur von besonders sensiblen Staatsbürgern dem Bereich der Korruption zugeordnet. Obwohl politisch vergebene Posten den Bürger demütigen, sind sie dennoch Alltag unseres Systems: Die Amoral ist schon so weit zur Usance pervertiert, daß sie als solche gar nicht mehr wahrgenommen wird.

Etwas griffiger ist die politische Kontrolle zu skizzieren: Sie kennzeichnet die Prüfung von Vorgängen auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Rechtmäßigkeit, eingebettet in ein Ambiente politischer, zum Teil objektiv-unethischer, aber subjektiv gerechtfertigt erscheinender Wertvorstellungen.

„Moral, Politik und Kontrolle“ sind in dieser Kombination eine unendlich-unergründliche Geschichte.

So ist es noch immer unverständlich, daß erst vor einem halben Jahr ein niederösterreichischer Spitzenpolitiker seine Entscheidung zugunsten des Baues des Donaukraftwerkes Hainburg im Fernsehen mit moralischen Prinzipien dadurch rechtfertigte, indem er die Verbauung einer Naturlandschaft mit deren endgültiger Rettung in einem Atemzug nannte. Was zeigt, daß in höchsten politischen Kreisen die Fehler allzulanger Machtausübung noch immer mit „Erfahrung“ verwechselt und die Jugendlichen noch immer als unreif eingestuft werden.

Man vergißt in allen Parteien noch allemal, daß gerade die Jugend ein sehr ausgeprägtes politisches Sensorium besitzt, das von sehr hohem Verantwortungsbewußtsein in Hinblick auf die Notwendigkeiten unseres Staates

getragen ist.

Wenn die Dezentralisierung der Macht erwähnt wurde, dann sei als positives Beispiel der seit zwei Jahren bestehende Landesrechnungshof der Steiermark genannt, der – in weitgehender Unabhängigkeit von den herrschenden Politikern – demokratische Kontrolle übernimmt, gleichzeitig aber auch Mitverantwortung zu tragen hat.

Dieses steirische Modell signalisiert eine neue Ära der Polit-Kontrolle: Das Verhindern von Fehlern; das Lernen aus Fehlern und das Miteinandergangen von Kontrolloren und Kontrollierten. Erstmals in der Republik wird nicht im nachhinein, sondern begleitend und sogar vorschauend kontrolliert.

Das erleichtert das Leben steirischer Politik beträchtlich: Anderswo holpert die Politik noch einen kurvigem Weg entlang, dem zu folgen die Bevölkerung, jedenfalls aber die Jugend, keinesfalls bereit ist.

Aber gerade auf die heutige Jugend kommt es an: Bund, Länder, Gemeinden sind mit rund 1,4 Billionen Schilling verschuldet; rechnet man die Privatschulden der Bürger dazu, dann ist die Republik mit fast 2,5 Billionen Schilling belastet – Schulden, die der einst zum überwiegenden Teil von der Jugend abgetragen werden müssen.

Mit den derzeitigen Instrumenten der Politik ist die Staatsverschuldung nicht mehr in den Griff zu bekommen: Die politischen Fronten sind geredet erstarrt und zur politischen Innovation ungeeignet. Um zu überleben, bedarf es daher der Mithilfe der Jugend: Sie in die Mitverantwortung schon jetzt einzubinden, wäre daher eine Forderung, die der politischen Ethik entspricht. Der Jugend von heute die Katastrophe von morgen zu beschern, wie dies derzeit geschieht, ist durch und durch unverantwortlich: Die etablierte Politik muß rechtzeitig erkennen, daß sie mehr auf die Warnungen der Jugend zu hören und danach zu handeln hat.

Es ist daher geradezu absurd, daß die höchsten gesetzgebenden und bestimmenden Körperschaften unseres Staates mit ehrwürdigen alten Männern besetzt sind, während die Handvoll Paradejugendlicher in den parlamentarischen Apparaten zum Schweigen verurteilt werden.

Angesichts des stark strapazierten Geschwafels von politischer Verantwortung ist es daher kein Wunder, wenn Grüne und Alternative der politische Sukkus aus gescheiterter etablierter Politik sind.

Wie pervers diese unsere Landschaft geworden ist, kennzeichnet eine winzi-

ge, aber symptomatische Episode, die einen Tag vor den Landtagswahlen in Vorarlberg passierte. Wie es im ORF so Brauch und Sitte, durften die wahlwerbenden Parteien mit einigen signifikanten Sätzen durch den Äther huschen: Der regierende Landeshauptmann tat dies, indem er die Grünen und Alternativen seines Landes als „gesellschaftspolitische Gefahr“ apostrophierte; der alternative Kaspanaze Simma hingegen sprach von „mehr Liebe auch in der Politik“.

Diese Szene spricht für sich: Der christlich-soziale Machtpolitiker wittert den Untergang seines Imperiums, während die solcherart Desavouierten die Liebe predigen.

Der Bürger hat die Quittung ausgestellt: Auch er will offenbar mehr Liebe, aber weniger Macht.

So ist es auch heute unverständlich, einem armen Bergbauern die Subsidiarität zu empfehlen, wenn im warmen Nest einer E-Werkschaft politische Günstlinge aller Schattierungen zu Höchstpreisen Unterschlupf finden. Ebenso absurd ist es, das Individuum in den Mittelpunkt jener Gesellschaft stellen zu wollen, die mit einer perversen Lust am praktizierten Zynismus die öffentliche Wohnbauförderung nach praktierten Prozentsätzen an parteiorientierte Wohnbaugesellschaften verschleudert.

Ethik und Moral zu predigen wirkt dann wie ein Faustschlag ins Gesicht der Demokratie, wenn Koffer mit millionenschwerem Inhalt von einer schmutzigen in die nächste politische Hand übergeben werden. Oder wenn sich ganze, auch die christlichen Parlamentsfraktionen unter dem Druck des Kapitals auf den Bau von Hainburg einschwören, ohne daß man einem Volksbegehren überhaupt noch die Chance der Abwicklung gäbe.

Die in vielen Fällen noch immer mit vielen Protzgebärden gestaltete Politik – man denke nur an die an Parteitag ablaufenden Rituale („Ich übergebe Dir den Vorsitz“ – „Danke, ich übernehme ihn und erteile Dir das Wort“ – Motto: Schwachsinniger geht es nicht mehr) – hat offenbar noch immer nicht erkannt, daß das Politik-Machen von Mal zu Mal mühseliger wird: Daß Politiker nur die Hausmeister sind, die vom Souverän, dem endlich erwachenden Bürger, in absehbarer Zeit gekündigt werden können.

Nicht die Bürgerinitiativler müssen sich ändern: Die etablierte Politik liegt in den letzten, röchelnden Zügen. Die Bevölkerung nimmt es ganz einfach nicht mehr so hin, wenn Spitzenpolitiker immer öfter am Rande des Strafrechtes spazieren. Sie akzeptiert aber

auch nicht mehr länger, wenn Politiker mit emsigem Fleiß sich immer mehr mit sich selbst befassen.

Politiker, von einer Sitzung zur andern hastend, von einer Intrige zur nächsten, betreiben heute Zeitvernichtung im größten Stil: Zu meinen, die diversen Parteisitzungen mit unendlichen Leerläufen brächten irgendetwas für den von neuer Armut und Arbeitslosigkeit bedrohten Bürger, gehört zum Glaubensbekenntnis der Politik.

Wenn ein Politiker blödsinnig von einer Sitzung zur nächsten hastet, ist er davon überzeugt, sein Leben für den Bürger geopfert zu haben. Wenn ein Politiker glaubt, er müsse – zwecks günstiger Stimmung bei der Kandidatenreihung zur nächsten Wahl – seinen eigenen Funktionsapparat umschmeicheln, statt den Bürger, der findet in der heutigen Jugend kein Feedback mehr.

Und die Jugend gleitet dann in neue Ideologien über.

So muß die etablierte Politik des Widerspruches zur Moral und der Mitschuld am Keimboden der Korruption beschuldigt werden: Pleitenkürzel wie AKH, TKV, WBO oder AHG können nur dort gedeihen, wo die Politiker die Bazillen und Keime der Amoral begünstigen.

Es müssen daher die Parteien zuerst beginnen, die Wurzeln der Korruption zu untergraben – was nur in einer totalen Kehrtwendung von Parteien und Politik geschehen kann.

Es geht um die Wiedergewinnung der politischen Glaubwürdigkeit: Es geht nicht an, daß „politische Verantwortung“ jene hohle Phrase bleibt, die sie derzeit ist; es kann aber auch nicht sein, daß, wenn der Oberste Gerichtshof einen Politiker nur wegen eines Betrages von 400.000,- Schilling, statt mit 4 Millionen, rechtskräftig für schuldig erklärt, der Parteiboss einer Partei sofort die totale Rehabilitierung des Schuldigen proklamiert.

Was zum Stichwort „Parteienfinanzierung“ überleitet.

Parteien werden bekanntlich, und das nicht zu knapp, offiziell von der öffentlichen Hand aus Steuergeldern finanziert. Parteien kassieren aber auch von ihren Abgeordneten, von den Verstaatlichten- und EVU-Managern eine Art Postenmaut, die in höchstem Maße unvertretbar ist; Parteien kassieren – wenn auch immer dünner fließende freiwillige – Spenden, gegen die – sofern sie nicht im Rabelbauer-Koffer beim Parlamentstor hineingebracht werden – nichts einzuwenden ist.

Völlig unzumutbar und verwerflich aber ist die indirekte und stille Parteienfinanzierung, die durch Wohnbaugesellschaften seit Urzeiten passiert: Diese an Untreue im Sinne des Strafbuchgesetzes grenzende Unsitte, die sich gar nicht selten in Inseraten oder sonstigen Naturalleistungen niederschlägt, ist in höchstem Maße schand-

bar.

Wer ein Leben lang seinen Spargroschen sammelt und in den Erwerb einer Wohnung steckt, hat das Recht darauf, daß sein Geld nicht durchs Hintertür in die dubiosen Konten einer Partei fließt.

Hier potenziert das Parteienunwesen auf Kosten unschuldiger Dritter ein Unrecht, das der wache Staatsbürger der Korruption zuordnen muß. Es seien daher die Parteien angehalten, selbst etwas sparsamer zu leben und auf sinnlose Imageplakate zwischen-drin zu verzichten.

Korruption unterbinden, heißt daher auch die Finanzierung der Parteien zu durchleuchten: Dies könnte durch ein unabhängiges Gremium höchstehonorierter Parteimänner geschehen, die in unregelmäßigen Zeiträumen Sonderkonten und Wahlkampfkonten auf ihre Ehrenhaftigkeit durchkämmen.

Siehe WBO: Fliegt eine Unregelmäßigkeit auf, dann tritt der Schalter-schlußmechanismus in Kraft. Freilich täte es allen Parteien gut, diesen Prinzipien der Deckung zu entsagen, denn so demolieren sie nur ihre eigene Glaubwürdigkeit. Sie zwingen so rot und schwarz raus und die Jugend in grün oder alternativ rein.

Daher noch einmal das Thema gemeinnütziger Wohnbau: Die Steiermark, vorbildlich in vielen Dingen des politischen Lebens sonst, hat noch immer Politiker in ihren Landtagen sitzen, die gleichzeitig auch Wohnbaumanager sind.

Hier spießt sich ein eindeutiger Parteibeschluß offenkundig mit der Realität: Solange solcherart die Parteipolitik in den Wohnbau hineingetragen und der immer dünner werdende Förderungskuchen ausgepackt wird, dürfen sich die Politiker über ihr mieses Image nicht wundern.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen und kein Parteibedürfnis: Die Abkoppelung der 230 rot-schwarzen Gemeinnützigen von jedweder Partei täte not; ebenso die Zuteilung von Förderungsmitteln nach Grundsätzen der Priorität, statt des Proporz; sowie die Schaffung eines effizienten Kontrollorgans.

Der Steirische Landesrechnungshof ist ein erster, wenn auch noch nicht ausreichender Schritt: Es ist geradezu drollig, daß die Gemeinnützigen durch einen von ihnen selbst finanzierten Prüfverband geprüft werden. Wen wundert's, daß der Prüfverband die diversen Firmenzusammenbrüche übersieht.

Das alles sind Usance gewordene Unvereinbarkeiten. Die Gemeinnützigen brauchen neue Kontrollinstrumente: Den persönlich haftbaren Ziviltechniker, den Wirtschaftsprüfer und den sachkundigen Vertreter der Wohnungswerber.

Unregelmäßigkeiten müssen gerade in diesem sensiblen Wohnbaubereich

den unerbittlichen Verlust der Gemeinnützigkeit zur Folge haben. Denn es werden professionelle Wohnungsbauer und keine politischen Marionetten gebraucht, deren Dilettantismus schutzlosen Kunden auf den Kopf fallen.

Eine Gleichschaltung gewerblicher und gemeinnütziger Wohnbauträger wäre im Sinne des Wettbewerbes notwendig. Aber auch die Abkehr von gigantomanischen Bauprojekten und die Rückkehr zum überschaubaren Wohnbau wäre höchst an der Zeit. Denn gerade im Windschatten der Großprojekte wuchert die Korruption, daß einem das Grausen kommt. Kontrolle muß aber auch Angelegenheit der Finanzbehörden sein, die eine liechtensteinische Briefkastenfirma nicht länger als Steuerabschreibeposten dulden darf: Transparente Planungen bedürfen keiner Briefkästen. Alle Jahre wieder geistern aber auch die Elektroversorgungsunternehmen durch Medien und Öffentlichkeit. Deren finanzieller Größenwahn und deren Ignoranz gegenüber dem Stromkunden wurde gerade in letzter Zeit immer öfter dokumentiert: Die EVUs haben in ihrem Gesamtgehalt das Maß des Erträgliches bei weitem überschritten. Es muß daher jedem aufrechten Bürger unseres Gemeinwohles ein echtes Bedürfnis sein, die proporzmäßige Besetzung der EVU-Posten zu kritisieren. Die Unsitte, abgetackelte Politboizen mit EVU-Posten zu versorgen, entbehrt daher ebenfalls jedweder Ethik.

Daß sich in ähnlichem Sinne auch die Sozialpartnerschaft bis weit hinein in die Sozialversicherungen verästelt hat, hat sich längst herumgesprochen. Sozialversicherungen unterliegen dem reaktionären Instrument der Selbstkontrolle und diese versagt daher auch in schöner Regelmäßigkeit. Die bekannten Folgen zeigt Jahr für Jahr der Rechnungshof auf: Die Sozialversicherung, die einen staatlichen Jahreszuschuß von 40 Milliarden kassiert, investiert flott und munter in sündteure Tintenburgen und Feudalmobiliare, in exotische Dienstreisen und in tollere Gehälter.

Auch in der Sozialversicherung, wo Milliarden verlutet werden, fehlt eine effiziente Kontrolle der rot-schwarz-proporzionierten Manager.

Früher oder später wird man auch die gesamte Verwaltung der Länder und des Bundes in profit-Centers umfunktionieren müssen, zumal die Pragmatisierung von Beamten kein ausreichendes Motivationselement zu Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit darstellt. Mit Zunahme der Verschuldung stellt die Übung, der Beamten-tätigkeit keine Personalkosten zuzuordnen, weil Beamte ja ohnehin vorhanden sind, eine Absurdität ersten Ranges dar.

Am Beispiel Austrian Airlines und

Österreichische Bundesbahnen sei die Pragmatisierung und das effiziente Management gegenüberstellt. Bekanntlich werfen die AUA, trotz weltweiter Luftverkehrsturbulenzen, seit 14 Jahren beachtliche Dividenden ab. Diese von zwei aus dem Beamtenstand kommenden Vorstandsdirektoren geleitete AUA wurde nach modernsten Managementgrundsätzen vom ruinierten Staatsbetrieb in ein florierendes Unternehmen der höchsten Attraktivität hochgebracht. Vielleicht leidet unter diesem eiskalten Erfolgsmanagement die schmutzige Wärme etwas, die den alpinen Schlendrian so liebenswert macht. Aber der Republik nutzt ein durchorganisierte Betrieb mehr, als ein tolpatschiger Fetzentandler-Laden, der mit staatlichen Subventionen österreichische Gemütlichkeit vermarktet.

Die ÖBB verschlingen heuer 25 Milliarden Staatszuschuß und werden dies progressiv steigend so lange tun, bis diesem Finanzwahnsinn durch den Staatsbankrott ein Ende gesetzt wird. Es besteht daher kein Zweifel, daß die ÖBB endlich in eine Sondergesellschaft übergeleitet werden und kaufmännische Überlegungen Platz greifen müssen.

Es ist unmöglich, daß sich auf Dauer die Gewerkschaft einen eigenen Vorstand mit Gleisanschluß hält. Gewerkschaft, CV, BSA, Freimaurer oder Club 45 sind allesamt Synonyma für Parteibuchkorruption: Mit Lebensfreundschaften, gleich welcher Art, oder Parteibuchwirtschaft können die Krisen von heute nicht gelöst werden. Heute müssen Fachleute an die Ruder der Wirtschaft und keine parteilich angefärbelten Politmariotten.

Wirtschaft und Verwaltung, Spitäler, Verkehrsbetriebe oder Stahlunternehmen gehören eiskalt entpolitisiert. Die verstaatlichte Elin ist pleite; die privat-dominierte Siemens wirft sagenhafte Dividenden ab: Überall dort, wo das Parteibuch dominiert, krachen die Betriebe. Fehlt es an Innovation.

Innovation heißt bei den Bloßfüßigen von Fernost das Produzieren von Mikroprozessoren und Computern; Innovation in Österreichs Verstaatlichter erschöpft sich an der Produktion von Zweiliter-Plastik-Cola-Flaschen und Aludosen.

Österreich ist in der Abfallbeseitigung ebenso hinten nach, wie in der Emissionsverhinderung oder Wirtelschichttechnik. Das klassische Innovationsland Österreich ist in ein destruktives Parteibonzentrum abgesackt, dessen monarchische Attitüden jene neue Art des Machertums signalisiert, das uns durch das Beispiel Hainburg vorgeführt wurde.

In Österreich versagt der Umweltschutz, die Stadtrenaturierung, die Frei-

zeit-Industrie und alles das, was gemäßiger Fortschritt heißt.

Mit Sängerknaben, Lipizzanern, Salinger und Zilk allein ist Österreich nicht zu retten: Unserem gewaltigen Braintrust innovatives Leben einzuhauchen wäre höchstes Gebot der Stunde.

Innovation heißt auch, Macht, Politik und Kontrolle auf strengere Personal-auslese-Kriterien zu konzentrieren: Pleiten wie ÖKG, Elin, Länderbank, Andritz, Heid, AKH oder TKV sind verursacht durch das widerliche Zusammenspiel von unfähigen Politikern und unfähigen Managern.

Genaugenommen fehlt es in Österreich rundum an Kontrolle. Gemeint sind dabei nicht nur die Beamten von Rechnungshof und Kontrollämtern, nicht nur der sehr effizient arbeitende Journalismus, gemeint sind vor allem jene 10.000 Aufsichtsräte dieses Landes, deren Effizienz sich noch allemal an den periodischen Großpleiten krachender Firmen widerspiegelt.

Aufsichtsräte sollten endlich zu jener Verantwortung herangezogen werden, zu denen sie vom OGH verpflichtet werden: Zur gleichen Sorgfaltspflicht, wie Geschäftsführer und Vorstand.

Aber wie das Beispiel Maschinenfabrik Graz-Andritz beweist, sind Vorstände und Aufsichtsräte hierzulande von jener Dumpfheit getragen, die schon sträflich ist. Daß etwa dem Aufsichtsrat der in Konkurs gegangenen gemeinnützigen Neuen Eigenheime ein Rechnungshofvizepräsident und ein Vizegeneraldirektor der Länderbank angehörten, ist atemberaubender Teil unseres verfilzten Systems. Daß bei der WBO grenzdebile Politruks herumkurvten und ehrgeizige Politmacher die Fäden zogen, ruiniert die Glaubwürdigkeit der Politik einmal mehr.

Es ist daher hoch an der Zeit, versagende Aufsichtsräte auch persönlich zur finanziellen Verantwortung zu ziehen. Auch die Unart der Mehrfach-aufsichtsräte, die sich offensichtlich auf Kosten der Verstaatlichten oder der verstaatlichten Banken zu ihren Supergehältern noch Superaufsichtsratsgagen einhandeln, ist nicht dazu angetan, die Kontrolle zu verstärken und die Glaubwürdigkeit des Systems zu vertiefen.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Dieser Lenin-Spruch wirkt mehr wie eine Karikatur auf Lenin, weniger aber als österreichische Realität.

Dieser Satz erfordert eine Ergänzung: „Planen kostet Geld, nicht planen noch mehr!“

Planung ist Österreichs große Stärke nicht: Das AKH, wo die „begleitende Planung“ institutionalisiert wurde, was wie ein Scherz aussieht, aber bittere Realität ist, ist ein wunderschönes Beispiel für totales Versagen jed-

weder Planung und Konzeption.

Das AKH – ein Beispiel von vielen – ist eines jener Fakten, mit denen sich Österreich vor der Welt blamiert. Dieses AKH ist erst zum AKH geworden, weil Kontrollamt und Rechnungshof viel zu spät geprüft haben. Im nachhinein starke Berichte zu schreiben, wenn das Malheur schon passiert ist, mag medienwirksam, aber nicht effizient sein.

In den USA gibt es den Begriff „NCP“ – „No change possible“: Ab einem gewissen Stadium dürfen keine Planungsänderungen mehr durchgeführt werden. In Österreich gibt es diesen Begriff nicht, weil's in vielen Fällen keine Planung gibt.

Der Rechnungshof ist überfordert, denn er muß im nachhinein, also die „Gebahrung“, prüfen. Auch hier müssen neue Wege beschritten werden: Die Zukunft der Kontrolle gehört nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart und der Zukunft. Projektanalyse, Betriebskostenkontrolle und Planungsdurchleuchtung sind wesentlich wichtiger, als die nachträgliche Fehleranalyse.

Es ist daher notwendig, das 5. Hauptstück der aus 1920 stammenden Bundesverfassung, wo in den Artikeln 121 ff die Agenda des Rechnungshofes geregelt sind, neu zu formulieren: Ein Staat am Rande der finanziellen Pleite, braucht den Mut zur Progression.

In Zeiten der Elektronik auf Federkiel und Ärmelschoner zu beharren, zeigt nicht von Weiblichkeit.

Wir brauchen daher einen neuen Rechnungshof: Modernes Kontrollmanagement, das begleitend und vorausschauend kontrolliert; moderne Beamtentypen, die Verantwortung tragen, statt weisungsgebunden zu sein.

Wir brauchen mehr Kontrollorgane jenes Typs, wie sie schon in das moderne Kontrollsystem des Steirischen Landesrechnungshofes eingebunden sind. Unterschätzen wir aber auch nicht die Medien als die wohl effizientesten Kontrollmechanismen unseres Landes: Die unabhängige Presse ist sicher wohl noch das wichtigste Regulativ in der österreichischen Demokratie.

Moral und Kontrolle sind daher jener Stoff, aus dem die Zukunft der heimischen Politik gewebt sein muß: Moral als reaktionärer Begriff aus der Vergangenheit, der endlich wieder, ohne sich dafür schämen zu müssen, aus der Kiste der Wertigkeiten hervorgeholt werden muß; und Kontrolle als zeitgemäßes Instrumentarium, ohne das es keine Politik geben darf.

REDNERPULT UND BAHRE

Ethik und Politik. Die Ethik ist laut Lexikon die philosophische Wissenschaft vom Sittlichen, die nach Ursprung, Wesen, Zweck und Ziel des sittlichen Wollens und Handelns beim Menschen fragt; und die Politik das auf den Staat bezogene Handeln, wobei sich der Unterbegriff Staatspolitik auf die Verwirklichung der Staatszwecke die Bewahrung der Staatsmacht, Souveränität, Sicherheit, Frieden, Wohlfahrt und anderes beschränkt. Diesen Erklärungen zufolge haben beide Worte – Politik und Ethik – viel gemein. Die Botschaft (des Lexikons) hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Grob ausgedrückt beginnt die Ethik mit den ersten ernst gemeinten Versprechungen am Rednerpult und endet mit der Laudatio über den Politiker vor dem offenen Grab; dazwischen liegt die Politik. Nicht nur jene der großen Greuel wie Krieg, Hunger, Not, Elend, Zerstörung, Tod und Verderben, sondern auch jene der kleinen Greuel (Wohnbauskandale, AKH- und TKV-Skandal, die Draken-Katastrophe, das Loipersdorf-Dilemma um nur einige zu nennen). Und natürlich die Politik des gemeinsamen Wollens und Handelns, der positiven Dinge, die es uns möglichen machen, in einem Land der Freiheit und des relativen Wohlstandes zu leben.

Im Großen und Ganzen aber ist es sicherlich nicht die Moral, die uns den Glauben an die hohe Staatskunst vergällt. Es ist wohl die Diskrepanz zwischen ihr und der Politik, die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen, die Hierarchie, die Parteidisziplin, der unerbittliche Wettstreit der verschiedenen Parteien, der Kampf Funktionär gegen Funktionär, die unglaublichen Vorfälle rund um Sekaninas, Frischenschlagers, Reders, Kerys, Ludwigs, Peltzmans, Sauerzops, die Machenschaften um GWS, AHG, Heimland, Neue Heimat etc. Natürlich spielt dabei die Tatsache mit, daß uns die wirklichen Idole verloren gegangen sind. Es gibt höchstens ein paar Persönlichkeiten wie Renner, Figl, Schärp, Raab, Körner, Krainer I, und selbst die schaffen es – siehe Dr. Bruno Kreisky – uns ein zweifelhaftes Erbe zu hinterlassen. Frei nach dem Motto „Hinter mir die Sintflut“. Und dabei sind wir soweit, daß man über den Ex-Bundeskanzler sagt: Er war wenigstens eine Persönlichkeit.

Jahr für Jahr versiegen die Milliarden wie der Glaube an die Politiker. Und ein bißchen Ethik kommt erst dann

wieder ins Spiel, wenn Kontrollamtsberichte Mißstände aufzeigen, Verfehlungen aufdecken, Institutionen, Unternehmen und Politiker ins Kreuzfeuer der Kritik nehmen. Sei es – ohne in die Ferne zu schweifen – in punkto Landeskrankenanstalten, Wohnbau, Joanneum, Volkskundemuseum, Landesreisebüro, Loipersdorf und anderem mehr.

Was darauf allerdings folgt, ist hinlänglich bekannt: Abwälzen der Schuldfrage, Versprechungen, im besten Fall Entschuldigungen, Wiedergutmachungsversprechungen und der flammende Aufruf zu neuen Taten: „Es muß was g'schehn“.

Geschehen muß folgendes – Umdenken! Inmitten der Parteibüchlerschaft, des Postenschachers bei den Lehrern, Landes- und Magistratsbeamten, bei der Verstaatlichten und öffentlichen Institutionen, inmitten von Draken, Zwentendorf, Hainburg und Dürnrohr, inmitten verschmutzter Gewässer und sterbender Wälder sammelt sich eine neue Art von Protestwählern. Jenes nicht gewillte Stimmvieh, das zwar nicht weiß, wen es wählen, das aber genau weiß, wen es nicht wählen kann. Daraus resultieren dann eben jene Gruppierungen, die zwar ohne Ideologie, aber mit Herz zu überraschenden – und für die etablierten Parteien traurigen – Erfolgen kommen.

In diesem Zusammenhang sind es

Angst und Versprechungen, die Landeshauptmann Krainer in seinem Schlußreferat bei der Abgeordnetenkonferenz am 23. Februar dieses Jahres in Graz sagen ließen: „... die Protestphänomene und das geschärfte Umweltbewußtsein stellen alle Parteien ... vor neue Herausforderungen. Unsere Antwort auf den oft diffus vorgetragenen Protest kann nicht opportunistische Anbiederung und Aufgeregtheit, aber schon gar nicht Aggression sein. Für unser politisches Handeln hat daher folgendes zu gelten: Entscheidend ist eine glaubwürdige und eigenständige Linie, die offen für alle neuen Ideen und berechnete Kritik ist“.

Medien tragen in erster Linie nicht dazu bei, die Ethik hoch leben zu lassen (bei allem Wollen genießen wir Journalisten wohl selbst einen zu zweifelhaften ethischen Ruf), aber wir haben immerhin die Möglichkeit, unsere Politiker an die Ethik zu erinnern, sie in aller Öffentlichkeit zu warnen, daß es kein Zwentendorf, Kongresszentrum, AKH, TKV in dieser Form mehr geben darf.

Es ist viel ethisches in der Politik in den letzten Jahrzehnten kaputt gemacht worden. Jenes ethische, das – wie schon angeführt – bei den ersten politischen Gehversuchen da ist und dann zumeist erst wieder an der Bahre. Und dazwischen ist eben Politik. Politik zum Umdenken.



Am wichtigsten wird es in der Zukunft sein, daß es Parteien gibt, die Jugendliche und kritische Erwachsene vertreten und diese Wählerschicht auch ansprechen können.

ETHIK UND POLITIK IN SZENEN

Im „Brockhaus“ wird Ethik als Sittenlehre verstanden, die sich mit dem Wollen und Handeln des Menschen hinsichtlich der jeweiligen Situation beschäftigt.

Brockhaus definiert weiters Politik als das staatliche oder auf den Staat bezogene Planen und Handeln.

In diesem definierten Sinn von Ethik und Politik ist auch das politische Planen und Handeln der österreichischen Gegenwart in die sittliche Pflicht zu nehmen:

Ethik und Politik und „Waffengewalt“

Ein österreichischer Innenminister droht österreichischen Menschen laut einer Rundfunkmeldung vom 17. Dezember 1984 (1984!) – eine Woche vor dem Heiligen Abend – mit der Möglichkeit von Waffengewalt, wenn diese Menschen vom Schützenwollen einer österreichischen Landschaft (in Hainburg) nicht ablassen.

Erstmals seit 40 Jahren, seit 1945, seit Kriegsende, schämt man sich für eine österreichische Regierung. Denn sie droht mit „Waffengewalt“. Und man erinnert sich und will sich doch nicht mehr erinnern an andere Waffengewalt in unserem Land. An Anhaltelager, Kanonen, Bombentrichter, Tiefleger. An Verwundete und Tote. Waffengewalt? Was wissen ein sonst sehr verbindlicher Minister oder überbezahlte Elektro-Multis noch von der grauslichen Realität dieses Wortes?

Waffengewalt: Das bedeutet hierzu-land kurz vor Weihnachten 1984 Schläge, Ohnmacht im Sumpf, Blutergüsse, amtlich zugelassene Menschen demütigung. Eine ebenso empfindliche wie wichtige Grenze des Umganges zwischen kultivierten Menschen wurde überschritten.

Es geht offenbar schon lange nicht mehr um den verletzten Stolz von Kilowatt-Baronen oder um Regierungsprestige.

Auch um Österreich geht es. Unsere Generation hat 1945 schließlich nur mit Kerzen zu leben und zu überleben gelernt. Für eben dieses Österreich. Und ohne Waffengewalt. Damit aber haben wir ein Anrecht darauf, zu reden.

„Judenstern“ für Zivildienner

(Ein Beitrag zur Ethik der Gewaltlosigkeit)

In einer konfessionell gebundenen Wochenzeitung Österreichs war am 9. Jänner 1985 zu lesen:

„Und sich vom Wehrdienst davonzu-

stehlen unter Berufung auf Christus heißt: Gott versuchen.“

Und weiter: „Ein ihr Gewissen symbolisierendes Abzeichen – sagen wir: ein in Hammer und Sichel verstricktes Kreuz – würde Wehrdienstverweigerer überall kenntlich machen.“

Bravo! Man entsinnt sich also überraschend schnell wieder der demütigenden Zeichen eines organisierten Antisemitismus, um auch die gewaltlosen Anhänger und Bekenner der Bergpredigt öffentlich diffamieren zu wollen. Man erfindet also einen quasi neuen „Judenstern“, um Zivildienner allgemein zu brandmarken.

Durch das erwungene Tragen von Abzeichen Menschen, die nicht töten wollen, zu demütigen, dadurch würde die Grenze von Menschenwürde, – nicht nur von katholischer Menschenwürde, – auf häßliche Weise demoliert werden.

Früher durfte man in solchen Zusammenhängen an „Kleriko-Faschismus“ denken und dachte dabei etwa an den slowakischen Pfarrer-Präsidenten Tiso (von Hitlers Gnaden) und seine Judenauslieferungen zwischen 1939 und 1945. Man dachte an den verführten österreichischen Katholiken Seif-Inquart und seine todbringende „Arbeit“ unter den niederländischen Juden; man dachte – und wollte schon nicht mehr denken – an die katholisch akzentuierte Ustascha-Bewegung in Kroatien, deren vorläufiger historischer Schlußpunkt vielleicht in diesen Tagen durch den Prozeß gegen den von den USA kürzlich ausgelieferten Innenminister dieses Regimes gesetzt werden kann. (Die Mitschuld am Tod an einigen 100.000 Menschen wird in diesem Verfahren klargelegt.) Junge Menschen unseres Landes haben sich mit diesem Begriff politischer Ethik zwar philosophisch noch nicht auseinandergesetzt, aber sie sind dennoch ganz konkret „einberufen“. Und sie fragt, – oder stellt in Frage, – wer denn heute angesichts der „politischen Ethik“ menschlicher Kriegsgeschichte überhaupt noch das moralische Recht hat, ihr – dieser Jugend – das Leben abzuverlangen.

Hitler, Konkordate, Seif-Inquart, der Pfarrer Tiso, Ustascha usw. sind keine sinngebenden Garanten für einen österreichischen Heldentod, auch einen anderen Sinn vermag man kaum zu entdecken. Man sollte zumindest bei Friedrich Heer nachlesen, bevor man neue „Abzeichen“ erfindet. Und mit ihm wird ein österreichischer Christ heute doch sehr traurig über solche Entwicklungen sein.

Die Ethik des Heldentodes

Die derzeitige Bundesregierung Österreichs aktualisiert durch eine wenig sinnvolle Gemeinschaft von Sozialismus und Nationalismus sehr konsequent vergangenheitsbezogene Konflikte, die in unserem Land noch lange nicht ausreichend ausgetragen wurden: Hainburg (prügeln statt argumentieren); Major Reder (abstimmen statt bewältigen) usw.

Solche Politik ohne Ethik beschwört aber sehr schnell die unbewältigten Gespenster der Vergangenheit. Ebenso schnell wie lautstark erheben sie ihre Stimmen.

So heißt es etwa im neokonservativen „Readers Digest“ Österreichs (den sog. „Conturen“) vom Februar 1985 bereits unmißverständlich, wenn man die mangelnden „Steherqualitäten“ österreichischer Politiker in Sachen „Hainburg“ kommentiert: „Generalstäbler“ sind wichtig, aber entscheiden muß der militärische Führer, um ein Bild zu gebrauchen. Kein Zufall, daß etwa um die Wende des Rußlandkrieges 1942/43 ein neuer Typ von General gefragt war: der zu „halten“ verstand, auch mit Härte, was wieder innere Festigkeit ohne übertriebenen Selbstzweifel voraussetzt.“ (S. 35).

Vorsichtig zu fragen wäre hier, ob der neue Typ von General nicht auch die lebensbedrohende Verlängerung des Krieges gefördert hat. Die Treue auf den „Fahnenstiel“ der NS-Generation wird beschworen und man vermeidet dabei das Wort „Hakenkreuzfahne“. Und man vergißt dabei jene, die diesen Eid aus Gewissensgründen verweigert haben und deswegen auch ermordet wurden.

Vielleicht ist in unserem Jahrhundert schon genug (unter Fahnen aller Art) marschiert worden.

Der Heldentod ist doch nicht weniger lustig, wenn er ein nationales Mässcherl hat. Der Bauchschoß, die Witwe, das Chaos des Bösen, die entsetzliche Ästhetik des Krieges, das anbefohlene Sterben, – ist dies wirklich nur die Sache von Generalen mit „Steherqualitäten“ oder finden sich christlich determinierte Alternativen dazu, in der „Bergpredigt“ zum Beispiel?

Die Ermordeten sind nicht mehr stimmberechtigt

(Über die Ethik von Parlamentsabstimmungen)

Die Mehrheit des österreichischen Parlaments hat vor den Augen einer sehr aufmerksamen Weltöffentlich-

keit – die offizielle Begrüßung eines rechtskräftig Verurteilten durch den österreichischen Verteidigungsminister offiziell akzeptiert und damit auch einen Teil dessen, was zwischen 1938 und 1945 Furchtbares geschehen ist.

Die ermordeten Männer, Frauen und Kinder von Marzabotto und deren Hinterbliebene waren dabei nicht mehr stimmberechtigt.

Aber andere Stimmen getrauten sich im Schatten des vielleicht nur pat-scherten oder instinktiven Friedhelm F. wieder ans Licht der österreichischen Öffentlichkeit. Ihre Stimmen hat man in unserem Land schon fast verstummt geglaubt:

Man verkündete den „großen Rausch“, der eine ganze „Generation“ in das Bündnis mit dem Faschismus lockte und der heute offenbar noch benommen macht. So benommen, daß das redigewandte Wegdiskutieren der Grenzen der Leidensfähigkeit von Millionen europäischer Menschen in jener (braunen) Zeit heute scheinbar schon wieder wie ein Reflex abläuft.

Vielleicht ist diese Vergangenheitsverdrängung eine Möglichkeit, die toten Stimmen von Marzabotto zu verdrängen?

Ermordete sind in keinem Parlament der Welt mehr stimmberechtigt. Derjenige aber, den die Waffen-SS seinerzeit vor 2000 Jahren ans Kreuz genagelt hat, er wird alle Stimmen einmal gerechter wiegen, als alle Volksvertretungen der Welt zusammen.

Eine junge Generation beginnt die „Ethik“ der Politik unserer Zeit, unserer so hoffnungsvoll begonnenen Zweiten Republik, bereits zu richten: und zwar ebenso sensibel wie gerecht. Den „großen Rausch“ der Gestrigen legen sie weg wie eine alte Zeitung, und dabei muß es nicht einmal der „Völkische Beobachter“ sein.

Die Jungen reden von Alternativen, und müssen diese auch noch selbst glaubhaft leben lernen! Aber diese Alternativen sind zu nennen: Anständigkeit, Ehrlichkeit, Mut zur Verantwortung, Machtgebrauch ohne Privilität. Und Versöhnlichkeit! Diese Versöhnlichkeit müßte auch den Major Reder miteinschließen können. Wenn der Faktor „Christlichkeit“ noch Bedeutung hat in der österreichischen Innenpolitik.

Antiquitätenflieger

eine unsittliche Zumutung für die Steirer

Man muß sich erinnern:

Ab 1938 hatte ein dicker, weißer „Reichsmarschall“ das Sagen über das lärmende Kampfgebiet über unserem Land. Gefragt wurde schon damals kein Steirer. Man durfte das Getöse höchstens mit sinnlosen „Heilrufen“ kompensieren. Doch dieser Unfug

brachte keine Linderung der Umwelt-Situation.

Als der dicke, weiße „Reichsmarschall“ sehr bald versagte, beherrschten sehr schnell amerikanische Bomber und britische Tiefflieger den steirischen Luftraum.

Besonders dominierend waren gegen Kriegsende die tieffliegenden Flugzeuge der Firma „Lightning“, der ja bis vor kurzem auch die Liebe Frischenschlagers gehörte. Die „Lightnings“ jagten damals Kinder am Schulweg, Bauern am Feld, Flüchtlinge auf den Straßen, sie jagten sie wie die Hasen. Klein-Friedhelm war damals nicht dabei. Trotzdem will er mit den Menschen der Steiermark genauso reden wie der dicke, weiße „Reichsmarschall“ oder die Kommandeure der „Lightnings“ damals. Und das ist unsittlich, im politischen Sinn. Schließlich geht es doch um die absichtliche (hoffentlich nicht dumme) Demolierung wesentlicher Teile des steirischen Lebensraumes.

Doch vielleicht sollten sich die Steirer vom Verständnis eines N. Steger oder Friedhelm F. nicht zu viel erwarten. Fehlt diesen doch jede Erfahrung und persönliche Betroffenheit. Sie haben weder Schießplätze noch startende Antiquitätenflieger vor ihrer Haustüre. Darum gehen sie offenbar auch mit der steirischen Landschaft, mit dem steirischen Luftraum und mit dem Lebensraum steirischer Menschen gar so großzügig um. Ist es doch nicht ihre erlebte Geschichte und nicht ihre persönliche, verstümmelte Umwelt.

Um einseitige, unsittliche (weil unethische) Belastungen vermeiden zu helfen, sollte man doch viel ernsthafter den österreichischen Flughafen mit der größten Kapazität zur (gerechten) Diskussion stellen: nämlich Wien-Schwechat.

Die Antiquitätenflieger könnten dort nicht nur die größte Bevölkerungskonzentration Österreichs unter ihre schützenden Draken-Flügel nehmen, falls diese Apparate dazu überhaupt fähig sind, auch manche Bewohner ministrabler Villen könnten in Wien am lautstarken Zeugnis österreichischen Wehrwillens als wahre Patrioten realitätsnäher teilhaben, als in der Steiermark.

Die Steirer würden ihnen diese Teilhabe in sittlicher Mitfreude gönnen.

„Herbst“-Löcher

Nur zum Beispiel: Venedig war in den letzten beiden Jahren Standort der vielleicht bedeutendsten kunsthistorischen Ausstellungen innerhalb Europas: „7000 Jahre China“, „7000 Jahre Ägypten“. Dargeboten wurden beide Präsentationen im Palazzo Ducale hinreißend schön mit perfektem italienischem „modern design“. Der faszinierende Kontrast zu den Bildern Tie-

polos oder Tintoretts vermochte den Eindruck für den Zuschauer noch zu steigern. Das war Weltformat, keine provinzielle Anmaßung.

Steirische „herbstliche“ Kulturprogramme werden vielleicht die wichtigen gestaltenden Leitlinien menschlicher Geschichte und Zukunft noch ernsthafter aufsuchen und berücksichtigen müssen als bisher, sehr offen und gesprächsbereit. Und zwar bevor man noch in die Nähe exklusiven, „hohen Muts“ gerät. Der hat mit Ethik wenig zu tun. Doch er verursacht manchmal „Herbst-Löcher“.

Frei assoziierend, ohne großen Anspruch (ist man doch kein Kultur-Profi), wagt man unvollständige und wenig bescheidene Wünsche zu denken: Eine Vorlesungsreihe mit Peter Sloterdijk über die bewegende „Heimkehr des Taugenichts“ (München und so); eine gesungene Ansprache von John Cale an den Steirischen Landtag (überall); nach anglo-amerikanischem (nicht so sehr „hochkünstlerischem“) Vorbild: einen Kompositionsauftrag an Gavin Bryars (London), den die steirische Kirchenmusik unterstützen könnte, um von ihren anspruchlosen „Schlagermessen“ loszukommen (Meditation ist gefragt); Stefan Heym, als Repräsentanten einer großen, abtretenden Generation, zu einer Dichterlesung holen (wenn es die DDR gestattet); Christo um die „Verpackung“ des Grazer Uhrturmes ersuchen (in Pink-Folien); Schuberts letzte kürzlich entdeckte, weit bis zu Mahler weisenden „Sinfonischen Fragmente“ (D-Verzeichnis 936 A1) erstmals in Graz hören zu dürfen, mit der Dresdner Staatskapelle; oder-und Filme der Österreicher Fritz Lang, Max Ophüls oder Fred Zinnemann möglichst geschlossen zu sehen u. a. m. u. s. w.

Erfreulichere, wichtigere, buntere Wünsche und ihre kunstvolle Erfüllung könnten einem zum Stopfen von mehr „Herbst-Löchern“ zweifellos noch einfallen. Doch Niveau müssen sie haben. Mehr Niveau als bisher, – oder doch so wie früher, damals . . . Begabtes Kasperltheater spielt heute nahezu jede Mutti für ihre Kinder, ohne Subvention aber mit grenzenloser Phantasie und einigen bunten Flikken. Sehr kunst-voll jedenfalls.

Kunst-Volles (mit Niveau) muß auch der Homo Ludens des Steirischen Herbstes erwarten dürfen, keine „Herbst-Löcher“.

Im längst fälligen öffentlichen Gespräch könnten auch des „Kaisers neue Kleider“ zum kunst-vollen Flickwerk Steirischer „Herbst-Löcher“ werden.

DER POLITICUM-POLITIKERTEST

von Ludwig Kapfer

Politikeraussagen, -aktionen, -vorschläge, -entscheidungen sind selbstverständlich immer, überall und ausschließlich geprägt von Idealismus, entstanden aus der Sorge um das Wohl der Menschheit, rein von Trug, Täuschung und List, frei von Tricks, unbeeinflusst von niederen Motiven.

Mit einem Wort: Politik und Politiker orientieren sich ausschließlich (wie es sich gehört) am Gemeinwohl.

Damit alle Bürger nachprüfen können, daß die Politiker ohne doppelten Boden arbeiten, veröffentlicht politicum einen Politikertest.

Die 9 Fragen ermöglichen eine Feststellung, wie glaubhaft die Aussagen unserer Politiker und wie weit die Politiker wählbar sind.

Geben Sie jeweils zwischen 0 und 10 Punkte (0 Punkte = nichts davon trifft auf den Politiker zu, 10 Punkte = Politiker ist wie beschrieben).

Überlegen Sie gut. Sie verlangen Ehrlichkeit und eine möglichst objektive Behandlung auch vom Politiker.

1. Wie geht der Politiker mit Macht und Verantwortung um?

Will nicht Macht um der Macht willen; sein Ziel ist nicht, andere Menschen zu beherrschen, weiß, daß er die Macht von den Wählern bekommen hat, um damit Politik mit und für den Wähler zu machen;

für seine Entscheidungen steht er gerade; sucht die Schuld an Fehlentwicklungen nicht grundsätzlich bei den anderen;

Entscheidungen trifft er nach gründlicher Auseinandersetzung mit der Sache und mit den Betroffenen;

gehört nicht zu jenen, die sich zuerst festlegen und dann mit aller Kraft ihre Entscheidungen argumentieren, er denkt zuerst, dann entscheidet er.

Punkte

2. Wie sehr setzt sich der Politiker mit der Sache auseinander?

Kennt alle Vor- und Nachteile seiner und anderer Lösungen; kennt alle Fakten und Daten; hat Fachleute aller Richtlinien befragt; studiert vor seiner Entscheidung die neueste Fachliteratur; liest regelmäßig Bücher, die sich mit den neuesten Strömungen der Politik beschäftigen; besucht Seminare und Fortbildungsveranstaltungen; er stellt sich vor allem immer wieder die Frage nach den Auswirkungen seiner Politik.

Punkte

3. Kommen die Betroffenen zu Wort?

Alle Betroffenen kommen zu Wort; der Politiker setzt sich mit allen Interessen an einen Tisch, fördert die Kommunikation der Betroffenen untereinander; erkennt faule Tricks und verhindert diese; kann verschiedene Meinungen integrieren.

Punkte

4. Wie klar ist die Linie?

Ist verlässlich in der Linie; steht auch zu seiner Überzeugung, wenn die Mehrheit anderer Meinung ist; begegnet auch Mächtigen mit Festigkeit; berechnet seine Aussagen nicht nach Opportunität und eigenen Vorteilen; verzichtet zugunsten eines langfristigen Erfolges auf „Augenblicksvorteile“;

ist selbst felsenfest von der Richtigkeit seines Tuns überzeugt, würde eher sein Mandat zurücklegen als Aktionen unterstützen, die gegen seine innere Überzeugung laufen.

Punkte

5. Wie sehr sind die Entscheidungsgrundlagen transparent?

Er macht bekannt, wer von der Lösung profitiert, wem sie schadet und wem sie nützt, wer aus welchen Motiven welches Interesse hat; die Entscheidungsgrundlagen werden auf den Tisch gelegt; Vor- und Nachteile einer Lösung werden dem Bürger ehrlich gesagt; die Verpackung entspricht dem Inhalt; in seinen Aussagen finden sich keine manipulativen Argumente, geheime Drohungen, falsche Moralisierungen oder blinde Verherrlichungen; Politiker ist bemüht, Beeinflussungsmechanismen durchschaubar zu machen.

Punkte

6. Wie sehr ist der Politiker bereit, seine Aussage in die Tat umzusetzen?

Tut auch selbst, was er von den anderen verlangt; er tut, was er in schönen Reden und gescheiten Büchern vorlegt; ist auch bereit, Opfer auf sich zu nehmen; versucht, politische Vorstellungen vorbildhaft in seinem eigenen Bereich umzusetzen; hilft anderen bei der Umsetzung mit Rat und Tat;

Punkte

7. Wie redet der Politiker mit seinen Bürgern?

Kann zuhören, versteht das Anliegen hinter den Worten und kann in der Sprache des Bürgers Verständnis erringen; nimmt sich für Gespräche Zeit; verzichtet auf unverständliche „Imponiersprache“; Qualität der Gespräche geht ihm vor Quantität; sorgt für ein offenes Klima bei Gesprächen; scheut sich auch vor Konfrontationen nicht; akzeptiert seine Gesprächspartner so, wie sie sind.

Punkte

8. Wieviel sind ihm die Menschen wert?

Will für die Menschen da sein; gehört nicht zu den Politikern, die glauben, die Wähler wären für sie geschaffen; trägt Erfolge und Mißerfolge gemeinsam mit Politikerkollegen und den Wählern; tut alles, um Abhängigkeiten zu vermeiden.

Punkte

9. Wie geht der Politiker mit anderen Politikern um?

Er kann mit Politikern aller Parteien reden; glaubt, daß auch in anderen Parteien gute Politiker sind, mit denen man zusammenarbeiten kann; ist nicht von vornherein gegen Vorschläge anderer Parteien, sondern setzt sich damit auseinander; versucht, gemeinsam die beste Lösung zu finden.

Punkte

Das Ergebnis:

80–90 Punkte: Idealer Politiker, selbstsicherer, verständnisvoller Typ, der mit Menschen und mit sich umgehen kann und von der Sache etwas versteht. Sollte unbedingt wiedergewählt werden.

60–80 Punkte: Durchschnittlicher Politiker, schleppt manchen Fehler mit sich herum, im Grunde jedoch durchaus brauchbar.

50–60 Punkte: Ein Überdenken mancher Position würde nicht schaden. Kritik scheint angebracht. Vor Wiederwahl unbedingt auf Verbesserungsfähigkeit achten.

40–50 Punkte: Muß leider vor die Alternative gestellt werden, sich zu bessern oder abberufen zu werden. Hilfe ist angebracht.

unter 40 Punkte: Als Politiker unbrauchbar. Muß zuerst einmal lernen, mit sich und seinen Mitmenschen umzugehen. Abwählen!

Nachmerkungen:

Der vorliegende Test kann auch auf Parteien angewendet werden. Politiker dürfen sich auch selbst testen.

DIE DREI LESUNGEN DES GESETZES

von Peter Handke

1.
Jeder Staatsbürger hat das Recht –
Beifall
seine Persönlichkeit frei zu entfalten –
Beifall
insbesondere hat er das Recht auf:
Arbeit –
Beifall
Freizeit –
Beifall
Freizügigkeit –
Beifall
Bildung –
Beifall
Versammlung –
Beifall
sowie auf Unantastbarkeit der Person –
starker Beifall

2.
Jeder Staatsbürger hat das Recht –
Beifall
im Rahmen der Gesetze seine Persönlichkeit frei zu entfalten –
Rufe: Hör! Hör!
insbesondere hat er das Recht auf:
Arbeit, entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen –
Unruhe, Beifall
auf Freizeit nach Maßgabe seiner gesellschaftlich notwendigen Arbeitskraft –
Zischen, Beifall, amüsiertes Lachen, Unruhe
auf Freizügigkeit, ausgenommen die Fälle, in denen
eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden
ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden –
schwacher Beifall, höhnisches Lachen, Scharren, Unruhe
auf Bildung, soweit die ökonomischen Verhältnisse sie sowohl zulassen als auch nötig machen –
starke Unruhe, Murren, unverständliche Zwischenrufe, Türenschlagen, höhnischer Beifall
auf Versammlung nach Maßgabe der Unterstützung der Interessen der Mitglieder der Allgemeinheit –
Pultdeckelschlagen, Pfeifen, allgemeine Unruhe, Lärm, vereinzelte Bravorufe, Protestklatschen, Rufe wie: Endlich!
oder: *Das hat uns noch gefehlt, Trampeln, Gebrüll, Platzen von Papiertüten.*
sowie auf Unantastbarkeit der Person –
Unruhe und höhnischer Beifall.

3.
Jeder Staatsbürger hat das Recht,
im Rahmen der Gesetze und der guten Sitten seine Persönlichkeit frei zu entfalten,
insbesondere hat er das Recht auf Arbeit entsprechend
den wirtschaftlichen und sittlichen Grundsätzen der Allgemeinheit –
das Recht auf Freizeit nach Maßgabe der allgemeinen
wirtschaftlichen Erfordernisse und den Möglichkeiten eines durchschnittlich leistungsfähigen Bürgers –
das Recht auf Freizügigkeit, ausgenommen die Fälle,
in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit dadurch beson-
dere Lasten entstehen würden oder aber zur Abwehr
einer drohenden Gefahr für den Bestand der Allge-
meinheit oder zum Schutz von sittlicher und leistungs-
abträglicher Verwahrlosung oder zur Erhaltung eines
geordneten Ehe- Familien- und Gemeinschaftslebens –
das Recht auf Bildung, soweit sie für den wirtschaftlich-sittlichen Fortschritt der Allgemeinheit sowohl
zuträglich als auch erforderlich ist und soweit sie nicht Gefahr läuft, den Bestand der Allgemeinheit in ihren Grundlagen
und Zielsetzungen zu gefährden –
das Recht auf Versammlung nach Maßgabe sowohl
der Festigung als auch des Nutzens der Allgemeinheit
und unter Berücksichtigung von Seuchengefahr, Brandgefahr und drohenden Naturkatastrophen –
sowie das Recht auf Unantastbarkeit der Person:
Allgemeiner stürmischer, nichtendenwollender Beifall.

Zitiert aus: Deutsche Gedichte von 1900 bis zur Gegenwart; Herausgegeben von Fritz Pratz, Fischer Taschenbuch Verlag